

Ciao bella!

Vom Niedergang
des schönsten
Landes der Welt



Hausmitteilung

18. Juli 2011

Betr.: Titel, Promotionen, „Dein SPIEGEL“

Das SPIEGEL-Titelbild vom 25. Juli 1977 wirkte, zugegeben, martialisch. Auf einem Teller Spaghetti liegt ein schwarzer Revolver, das Fenster im Hintergrund zieren Einschusslöcher. Die Titelzeile „Entführung, Erpressung, Straßenraub – Urlaubsland Italien“ verheißt einen wenig schmeichelhaften Report über ein Land, das durch Taschendiebe und Mafiosi im kriminellen Chaos zu versinken drohte. Die Empörung über den SPIEGEL war groß in Italien, allein der „Corriere della Sera“ blieb gelassen: Die Spaghetti seien „zu weich gekocht“. Als Fiona Ehlers, 41, SPIEGEL-Korre-

spondentin in Rom, jetzt zu Recherchen durchs Land reiste, wurde sie „überall auf den Titel von 1977 angesprochen“. Ein kreativer Neapolitaner regte an, angesichts der Sexskandale um Ministerpräsident Silvio Berlusconi, 74, statt des Revolvers einen roten Seidenslip auf den Pastateller zu legen. Für die aktuelle Titelgeschichte



Ehlers in Palermo, SPIEGEL-Titel 31/1977



hat sich Ehlers mit den früheren Rom-Korrespondenten Alexander Smoltczyk, 52, und Hans-Jürgen Schlamp, 60, zusammengetan. Die SPIEGEL-Leute beschreiben den „Niedergang des schönsten Landes der Welt“ (Ehlers), das nicht nur wegen der maroden Staatsfinanzen reif für einen Regierungswechsel ist. Der US-Maler Dan Adel, 48, hat für das Titelbild dem Gondoliere Berlusconi Vertrautes zu Füßen gelegt: den Spaghettiteller von 1977 mit dem schwarzen Revolver (Seite 70).

Mehrere Wochen lang chattete SPIEGEL-Redakteur Takis Würger, 26, um mit Deutschlands erfolgreichsten Internetdetektiven ins Gespräch zu kommen. Die Frauen und Männer hatten auf den Seiten von GuttenPlag und VroniPlag die Doktorarbeiten prominenter Politiker als plumpe Plagiate entlarvt und Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, 39, zu Fall gebracht. Die Rechercheure legen auf Anonymität beinahe so viel Wert wie Geheimagenten. „Telefone spielen in der Welt dieser Menschen kaum eine Rolle“, sagt Würger. Dutzendfach versuchte er in Chats, die Plagiatsjäger zu einem Hintergrundgespräch zu bewegen, einige sagten schließlich zu. Würgers Fazit nach seinen Treffen auf einem Golfplatz, in einem Feinschmeckerrestaurant, unter einem Apfelbaum im Rheinland und in einer schäbigen Studentenkneipe: „Den meisten geht es nicht um Politik, sie wollen Betrüger überführen und den Ruf der Wissenschaft wahren“ (Seite 36).



Wie erklärt man Mädchen und Jungen die NS-Zeit und den Widerstand? „Dein SPIEGEL“, das Nachrichten-Magazin für Kinder, lässt in seiner an diesem Dienstag erscheinenden Ausgabe Berthold von Stauffenberg, 77, aus seiner Kindheit erzählen. Er war zehn Jahre alt, als sein Vater Claus Schenk Graf von Stauffenberg am 20. Juli 1944 ein Attentat auf Adolf Hitler verübte; der Sohn berichtet, wie er von der Tat erfuhr. Außerdem im Heft: Wissenschaftler enträtseln das Leben der ägyptischen Königin Kleopatra. Und: Kinder befragen Bahn-Chef Rüdiger Grube, warum die Bahn so oft zu spät kommt.

Titel

Was wird aus Italien?
Wie Silvio Berlusconi sein Land ruiniert 70

Deutschland

Panorama: Deutschland fördert U-Boot-Verkauf an Israel / Im Entführungsfall Maria Bögerl gerät die Polizei nach dem Selbstmord des Witwers unter Druck / Koch-Mehrin legt Widerspruch gegen Aberkennung des Dokortitels ein 15
Europa: Konflikt um die Europa-Politik 20
Euro: Die Regierung prüft Pläne für einen Schuldenschnitt Griechenlands 22
Essay: Angela Merkel findet keine guten Worte für ihre Politik 24
FDP: SPIEGEL-Gespräch mit Vizekanzler Philipp Rösler über seine Herkunft und Migranten in Deutschland 26
Bundesnachrichtendienst: Geheimnisverrat auf der Großbaustelle in Berlin 32
Parteien: Die Probleme der Piratenpartei mit der direkten Demokratie im Netz 34
Internet: Wer verbirgt sich hinter den Plattformen, die Doktorarbeiten von Politikern als Fälschungen enttarnen? 36
Sozialdemokratie: Die Bürger halten wenig von Sigmar Gabriels Basisdemokratie 39
Arbeitsrecht: Wer Missstände anprangert, riskiert die Kündigung 40
Verbrechen: Warum ein pädophiler Serienmörder fast zwei Jahrzehnte unerkannt blieb 42
Baden-Württemberg: Neue Köpfe, altes Lagerdenken – die Wahl des Landesvorsitzenden dokumentiert die Personalnot der CDU 46

Gesellschaft

Szene: Wie die Cricket-Nationalmannschaft Afghanistans zum Weltfrieden beitragen möchte / Die dubiose Anziehungskraft eines menschlichen Körpers 48
 Eine Meldung und ihre Geschichte – wie eine Mutter ihrem Sohn half, ein Erpresser zu werden 49
Atomkraft: In Tennessee wird das vorerst letzte Kernkraftwerk der USA gebaut – trotz gravierender Sicherheitsmängel 50
Ortstermin: Auf dem Marktplatz von Xanten versucht die Bundesregierung, ihre Politik zu erklären 55

Wirtschaft

Trends: Gazprom hofft auf Merkmals Hilfe / Ärzte diskriminieren Kassenpatienten / Staatsanwälte schonen BayernLB-Vorstände 56
Affären: Der Versicherer Ergo sieht sich als Opfer eines Komplotts 58
Staatsfinanzen: Wie gerecht ist das Steuerabkommen mit der Schweiz? 63
Immobilien: Der Skandal um die größte Bauruine der Republik kommt vor Gericht 64
Verbraucherschutz: Ein neues Internetportal verärgert die Lebensmittelindustrie 66

Ausland

Panorama: Russische Neonazis verehren muslimischen Tschetschenen-Führer / Die Hauptstadt des Wüstenstaats Mauretanien droht zu versinken 68
Enthüllungen: Bradley Mannings Chatprotokolle 81



Merkel mit Präsident Sarkozy (l.)

Europa: Merkmals Schlingerkurs

Seite 20

Die Zukunft Europas wird zum Streitfall in der Union. Während Angela Merkel auf die Euro-Krise eher sprunghaft reagiert, verlangen viele Parteifreunde ein klares Bekenntnis zur EU. Die CSU nutzt die Verwirrung, um mit Sprüchen gegen Brüssel auf Wählerfang zu gehen.

Der Ergo-Krimi

Seite 58

Wer steckt hinter der Serie von peinlichen Enthüllungen über Missstände beim Versicherungskonzern Ergo? Das Unternehmen sieht sich als Opfer eines großen Komplotts – zu Recht?

Murdochs Imperium wankt

Seite 128

Nach der Abhöraffaire seines britischen Skandalblatts „News of the World“ gerät Rupert Murdoch auch in den USA unter Druck. Der Medien-Tycoon bemüht sich um Schadensbegrenzung, sein Lebenswerk steht auf dem Spiel.

Vom Streber zum Glamour-Boy

Seite 96



Hamilton, Lebensgefährtin Nicole Scherzinger

Der Brite Lewis Hamilton, Weltmeister von 2008, hat in der Formel 1 so rasant Karriere gemacht wie kein anderer Rennfahrer. Nun inszeniert er sich wie ein Popstar. Beraten wird er neuerdings von Simon Fuller, Ex-Manager der Spice Girls und Erfinder einer Castingshow. Hamilton orientiert sich am Erfolg der Fußball-Ikone David Beckham – auch den hat Fuller groß gemacht.

Flüchtlingskind in Kenia

Afrikas Tragödie

Seite 90

Wegen extremer Dürre hungern am Horn von Afrika Millionen Menschen, Zehntausende fliehen. Der Anfang einer großen Tragödie zeichnet sich ab: Der Uno-Hochkommissar für Flüchtlinge sieht die „schlimmste humanitäre Katastrophe dieser Zeit“ heraufziehen.

REBECCA BLACKWELL / AP

Kampf um den Kreml

Seite 88

Moskaus Elite rätselt, wer ab 2012 das Land führen wird. Kandidiert Präsident Medwedew für eine zweite Amtszeit? Oder kehrt sein Vorgänger Putin zurück? Von einer Fortsetzung des Tandems halten die meisten Russen nichts.

Geheimgänge in Bayerns Unterwelt

Seite 102

Bayern ist durchlöchert: Unter der Erdoberfläche existieren Hunderte Tunnelanlagen, deren Erbauer und Zweck niemand kennt. Jetzt wollen Archäologen das Rätsel der mindestens 800 Jahre alten Geheimgänge lösen.

Der unbekannte Ai Weiwei

Seiten 112, 118

Er ist die prominenteste Symbolfigur für den Protest gegen das Regime in China. Ai Weiweis Biografie ist jedoch nahezu unbekannt. Jetzt erscheint ein Interview-Buch, in dem Ai Auskunft gibt – über seine Kindheit, die Verbannung des Vaters und seine Zeit in New York, als er Warhol und Jasper Johns für sich entdeckte. Außerdem übersetzt: Auszüge aus seinem provokanten Blog.



Ai vor Warhol-Selbstporträts in New York 1988

GALIANI BERLIN

USA: Im Haushaltsstreit spielen die Republikaner mit der Zukunft des Landes	82
Ägypten: SPIEGEL-Gespräch mit Außenminister Mohammed al-Orabi über die Revolution von Kairo und das Verfahren gegen Ex-Präsident Husni Mubarak	84
Justiz: Widerstand gegen die Todesstrafe in den USA	86
Russland: Rätsel um das Regierungs-Tandem ...	88
Afrika: Nach der Dürre kommt der Hunger	90
Global Village: Ein Luxushotel im Zentrum des Nahost-Konflikts	94

Sport

Szene: Die frühere Weltfußballerin Mia Hamm über die Errungenschaften der Weltmeisterschaft / Iranische WM-Reporterin der Deutschen Welle in Teheran inhaftiert	95
Autorennen: Rebell und Popstar – die schillernde Karriere des Rennfahrers Lewis Hamilton	96
Zeitgeschichte: „Sportverräter“ – über 600 DDR-Athleten flohen in den Westen	99

Wissenschaft · Technik

Prisma: Warum sich Torhüter beim Elfmeter häufiger nach rechts werfen / Pilotenfehler führten zum Absturz der Lufthansa-Frachtmaschine in Riad	100
Archäologie: Im bayerischen Untergrund existieren jahrhundertealte Tunnelanlagen – doch niemand kennt ihre Erbauer	102
Medizin: Wie es zur tückischen Darmkrankheit Morbus Crohn kommt	106
Internet: Google hat ein soziales Netzwerk für Erwachsene geschaffen	108
Tiere: Das letzte seiner Art – der qualvolle Tod eines Nashorns in Vietnam	109

Kultur

Szene: Schön und stimmstark, die britische Soul-Sängerin Joss Stone / Was wird aus Erich Maria Remarques Villa im Tessin?	110
Dissidenten: Ai Weiwei, Chinas prominentester Regimekritiker, spricht über seinen langen Weg zur Kunst und das Scheitern der Kommunisten	112
Auszüge aus dem Blog Ai Weiweis	118
Bestseller	116
Intellektuelle: Marshall McLuhan, der Visionär des Medienzeitalters, sah auch schon dessen Schwächen voraus	120
Musik: SPIEGEL-Gespräch mit Nike Wagner über ihre Vorfahren Franz Liszt und Richard Wagner und die Nibelungentreue ihrer Familie zu Adolf Hitler	122
Literaturkritik: Maja Haderlapp preisgekrönter Familienroman „Engel des Vergessens“	125

Medien

Trends: Die Mär vom schönen Sommer / Bei den Tageszeitungen droht ein langer Streik ...	127
Skandale: Rupert Murdoch kämpft um sein Lebenswerk	128

Briefe	8
Impressum, Leserservice	132
Register	134
Personalien	136
Hohlspiegel/Rückspiegel	138

Titelbild: Illustration Dan Adel für den SPIEGEL



SPiegel-Titel 28/2011

„Es spiegelt den Menschen Helmut Kohl: Die Spendenaffäre – weggedrückt. Die Söhne – ignoriert. Der Tod der Frau – ausgeblendet. Armer alter Mann!“

Dr. Rudolf Holzapfel aus Augsburg zum Titel „Die Familie Kohl – Ein deutsches Drama“

Nr. 28/2011, Die Familie Kohl –
Ein deutsches Drama

Bis zum bitteren Ende

Helmut Kohl war unnachahmlich geschickt darin, seinen geradezu brutal gehüteten Machtanspruch mit Hilfe seines heilen Familienlebens und dem bewusst gepflegten Saumagen-Image zu kaschieren. So konnte sein bedrohlicher Wegbeiß-Reflex für alles, was ihn subjektiv von intellektueller und journalistischer Seite zu bedrohen schien, in den 16 Jahren seiner Kanzlerschaft mehr kulturellen Schaden anrichten, als man damals wahrhaben wollte.

MÖNCHENGLADBACH

GREGOR ORTMAYER

Millionen Töchter und Söhne haben sich von ihren unvollkommenen Eltern emanzipiert, Millionen Frauen von ihren mangelhaften Männern. Den Kohls ist das nicht gelungen, das ist weder tragisch, noch verdient es Respekt, Mitleid oder Sympathie.

MAINZ

DIRK RESÜHR

Viermal hatte ich Gelegenheit, Helmut Kohl zeichnerisch festzuhalten, vor dem Untersuchungsausschuss zur CDU-Spendenaffäre. Tauchte die mächtige Gestalt des Oggersheimers auf, entstand jene Welle, in deren Sog Menschen und Apparate wie Trabanten um einen Planeten kreisen. Nimm er am Zeugentisch Platz, schüchterte er allein schon durch Masse ein. Beim ersten Auftritt am 29. Juni 2000 nahm er die obligatorische Frage nach früherer Tätigkeit vorweg: „Mein Beruf? – Bundeskanzler a. D.“

HAMBURG

CHRISTINE BOER
GERICHTSZEICHNERIN

Wenn das eine verspätete Rache am heimlichen SPIEGEL-Leser Kohl gewesen sein sollte, ist es komplett danebengegangen.

WIESBADEN

WALTER WALENZIAK

Kohls einziges Verdienst besteht darin, dass er Westdeutschland zurück in Adenauers Spieß-Republik gebeamt und für 20 Jahre Verspätung in der politischen Entwicklung

gesorgt hat. Als er zu Beginn der Achtziger im Namen der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ die „geistig-moralische Erneuerung“ ausrief, versank die BRD gerade bis zum Hals im Flick-Spendenskandal. Seine Karriere als erster Spießbürger des Landes beendete er folgerichtig in der zweiten Spendenaffäre, als er per „Ehrenwort“ seine von der Verfassung vorgegebenen Kanzlerpflichten preisgab.

PARIS

HANS-GEORG HERMAN



Kohl-Söhne Peter, Walter bei Gedenkfeier
Ablassventil aufgestauter Aggressionen

Für die Söhne Kohls ist der Vater im Rentenalter zu einer Art Ablassventil aufgestauter Aggressionen avanciert, weil sie nicht so scheinbar unbeschwerte Kindheitstage erleben durften wie andere. Dramatisch sehe ich bloß den physischen und geistigen Zerfall dieses einst so mächtigen Berufspolitikers. Ihm fehlte es an Vertrauenswürdigkeit, Überzeugungskraft und menschlicher Wärme. Die Fähigkeit, sich in die Rolle anderer Menschen zu versetzen, ging ihm völlig ab.

BRAKEL (NRW)

HUBERTUS WULF

Ähnlich wie bei Willy Brandt zeigt das Drama um Kohl eines wohl deutlich auf: Historische Größe und menschliche Größe sind zwei vollkommen unterschiedliche Kategorien.

POTSDAM

MARTIN HENNIGER

Männer und Frauen in Spitzenstellungen, mit höchster politischer oder wirtschaftlicher Verantwortung, müssen Defizite im Familienleben in Kauf nehmen, die nicht alle und immer aufgefangen werden können. Der Vollblutpolitiker Kohl hat unter Verzicht auf privates Durchschnittsglück und Einschränkung seiner Altersgesundheit für unser Vaterland Großes geleistet. Sein privates Leben gehört ihm und seinem Gewissen – das Drama ist die Art des öffentlichen Umgangs mit diesem Leben durch Söhne und Medien.

HAMBURG

SIEGFRIED F. STORBECK

Wer selbst erlebt hat, was es bedeutet, einen schwerbehinderten Partner umfassend zu stützen, der hat Verständnis für die womöglich als einseitig und übertrieben empfundene Dankbarkeit dessen, der diese Hilfe anzunehmen gezwungen ist; aber für den Betroffenen zählt jetzt allein die Gegenwart mit diesem Partner. Da sollten die Angehörigen ihre Animositäten und Ressentiments gründlich überprüfen. So könnten die beiden Söhne Kohls souverän beweisen, dass sie hinsichtlich der emotionalen Intelligenz ihrem Vater womöglich überlegen sind.

SAARBRÜCKEN

BERND REUTLER

Anstatt sich damit zu beschäftigen, wie schwer es für Spitzenpolitiker ist, Politik und Familienleben zu verbinden, wird eine Räuberpistole gestrickt, die krampfhaft eine Familiensaga à la „Dallas“ oder „Guldenburgs“ konstruieren soll.

MELLE (NIEDERS.)

VOLKER GEILE

Walter Kohls Buch ist keine Abrechnung und keine Klage. Er hat es geschafft, seine schwierige Jugend aufzuarbeiten und eine reife, versöhnliche Grundhaltung einzunehmen. Dafür gebührt ihm Respekt und Anerkennung. Dass es in jüngster Zeit zu Streitereien mit seinem Vater kommt, steht nicht im Widerspruch zu dieser Leistung: Es ist ein Zeichen seines Erwachsenseins.

BERLIN

TILMAN DEHNHARD

Diskutieren Sie im Internet

www.spiegel.de/forum und www.facebook.com/DerSpiegel

- **Titel** Italien in der Euro-Krise – muss Berlusconi zurücktreten?
- **Europa** Verrät Angela Merkel das Erbe Helmut Kohls?
- **China** Kann sich der Künstler Ai Weiwei im kommunistischen System behaupten?



Nr. 27/2011, Interview mit dem Plagiatsgutachter Wolfgang Löwer

Aus unbekannten Quellen

Professor Löwer in allen Ehren: Aber die Behauptung, dass der Inhalt der Dissertationen in den Geisteswissenschaften zu „80 Prozent redundant“ seien, ist in dieser Pauschalität sicherlich falsch. In meinem Fach – Geschichte – besteht eine Dissertation üblicherweise aus einer knappen Zusammenfassung des Forschungsstandes, und dann hat sich der Doktorand aus bislang unbekannten Quellen sein Thema zu erarbeiten. 80 Prozent Redundanz kommen allenfalls bei der 10000. Arbeit über Hitler vor – oder aber in Fächern, die sich wirklich fragen müssen, ob bei ihnen etwas nicht stimmt, wenn Dissertationen zu 80 Prozent bereits Bekanntes wiederkauen dürfen.

SCHWÄBISCH GMÜND PROF. DR. GERHARD FRITZ

Nr. 27/2011, Die Bahn verschleiern die wahren Kosten von Stuttgart 21

Schlichtweg töricht

Zu Ihrem investigativen Artikel muss ein Detail richtiggestellt werden: die Grafik. Diese ist von den Projektbetreibern bewusst verlogen konzipiert worden und soll über die Überzeugungskraft eines luftig-hellen Bildes für S21 einnehmen. Sie geistert immer noch durch die Medien, obwohl man uns schon seit langem verspricht, sie werde nicht mehr verwendet. Unabhängig-



Entwurf des neuen Stuttgarter Bahnhofs
Überzeugungskraft eines luftig-hellen Bildes

ge Simulationen des Fraunhofer-Instituts zeigen ein bedrückendes, düsteres Bild. Auf der Betondecke werden niemals Bäume wachsen, es ist auch gar nicht geplant.

TAMM (BAD.-WÜRTT.) JÜRGEN SCHWAB

Dass der SPD-Fraktionschef sich wünscht, dass das Ergebnis des Stresstests dann bindend ist, wenn er bestanden ist, erinnert

an den Kindergarten! Soll das etwa heißen, wenn der Stresstest nicht bestanden wird, ist das Ergebnis nicht bindend? Weder der Stresstest noch der Volksentscheid können ausreichende Vernunftgründe für oder gegen den Bahnhofsumbau liefern. Man muss die Formel umkehren: Nur wenn nachgewiesen werden könnte, dass der bestehende Kopfbahnhof untauglich für den Zugverkehr des 21. Jahrhunderts ist, dass er nicht ertüchtigt werden kann und dass die Nachteile des geplanten Tiefbahnhofs beseitigt werden können, nur dann darf man diese horrende Summe wirklich ausgeben ohne den Vorwurf absolutistischer Verschwendungssucht.

STUTTGART DR. DIETRICH SCHMIDT
BAUHISTORIKER I.R.

Warum spricht eigentlich niemand über die Kollateralschäden, die immensen Begleit- und Folgekosten bei S21, die in Höhe von circa einer Milliarde Euro auf die Stadt Stuttgart zukommen und die nicht in der Kostenberechnung enthalten sind?

NEUHAUSEN A. D. F. (BAD.-WÜRTT.) JOCHEN SIEGEL

Es ist einfach töricht, in einer Kessellage einen offenen Tiefbahnhof zu bauen! Ein Jahrhundertregen wäre eine Katastrophe.

BARSINGHAUSEN (NIEDERS.) GERD-DETLEF JESSEN

Nr. 27/2011, Herfried Münkler über die Rettung Europas

Grottenfalsch

Richtig an Münklers Überlegungen ist sicher, dass der entscheidende Schritt für Europa eine andere politische Verfassung wäre als die von Lissabon. Grottenfalsch dagegen: dass diese neue Verfassung zentralistisch sein müsste und nicht im Gleichschritt mit vertiefter Demokratisierung geschehen könnte. Europas Zukunft liegt in einer wesentlich weiter entwickelten Demokratie. Das tiefste Hindernis dahin bilden nicht allein die gegenwärtigen politischen Eliten, die Münkler durch neue ersetzen will, sondern letztlich das Versagen der politologisch-wissenschaftlichen Eliten selbst, die viel zu wenig soziale und demokratische Phantasie entwickeln. Davon legt dieser undifferenzierte Zentralisierungs-Essay selbst ein beredtes Zeugnis ab.

BERLIN JOHANNES HEINRICH
PROF. FÜR PHILOSOPHIE U. SOZIALÖKOLOGIE

Münkler offenbart ein Gesellschaftsverständnis, das den reaktionären Kräften des 19. Jahrhunderts zur Ehre gereicht hätte. Wie Metternich und Bismarck traut er dem Volk nicht, sondern setzt auf die Weisheit der Eliten – von der er sich dann aber enttäuscht sieht. Die wichtige Rolle der Eliten ist unbestritten; sie gegen Demokratisierung auszuspielen ist anachronistisch.

STUTTGART DR. ANDREAS KALCKHOFF

Nr. 27/2011, Sind Frauen die besseren Polizisten?

Gewisses Maß an Diplomatie

Es ist keine Überraschung, dass eher männliche Polizisten attackiert und verletzt werden. Denn zu bekannt gefährlichen Randalierern werden bevorzugt männliche Teams geschickt. So lassen die zitierten Zahlen keine Rückschlüsse auf die Qualität der Geschlechter zu.

BERLIN STEFAN SCHINLE

Es hat durchaus seine Gründe, warum bisher Frauen auf der soziologischen Müllkippe der Nation unterrepräsentiert sind. Sie sind nicht so stressstabil wie Männer.



Angriff auf Einsatzfahrzeug in Berlin 2009
Bevorzugt männliche Teams geschickt

In Extremsituationen fühlen sie sich aufgrund der körperlichen Unterlegenheit schneller bedroht und greifen eher zur Waffe, wobei die Gefahr besteht, diese nicht adäquat der Bedrohung oder vermeintlichen Gefahr einzusetzen. Es gibt durchaus Bereiche der Ermittlungsarbeit, in denen Frauen den Männern überlegen sind, wo Gründlichkeit, Beharrlichkeit und ein gewisses Maß an Diplomatie oder verständnisvoller Interpretation nötig sind. Aber eben nicht generell im Streifendienst in typischen Problemlagen.

BUXTHEUDE (NIEDERS.) BERND REICH

Nr. 27/2011, In Dresden eröffnet das erste gesamtdeutsche Militärmuseum

Sterben und ermordet werden

Der Unterschied zwischen „sterben“ und „ermordet werden“ liegt offenbar darin, wer wen vom Leben zum Tode befördert. Wenn die „Guten“ 35 000 Frauen, Kinder und Flüchtlinge zu Tode bombardieren, so sind diese halt „gestorben“, während KZ-Insassen von den Bösen selbstverständlich „ermordet“ wurden. Für die Opfer wird dies zwar keinen Unterschied gemacht haben, den Lesern wird hier jedoch unterschiedlich eine Unterscheidung in gutes und böses Töten vermittelt. Dieser feine Unterschied konterkariert die Intention der Ausstellung.

BERLIN MICHAEL MECKE

Es sind nicht „manche“, die den Libeskind-Keil als Zumutung empfinden, sondern wenigstens 95 Prozent der Dresdner – und das ist noch konservativ geschätzt. Das interessante Ausstellungskonzept hätte man mindestens genauso wirkungsvoll in der konventionellen Architektur umsetzen können. So besteht sogar die Gefahr, dass die Konzentration der Besucher durch den architektonischen Effekt vom eigentlichen Ausstellungsinhalt abgelenkt wird.

DRESDEN

RENÉ LUTZ



Militärhistorisches Museum in Dresden
Vom eigentlichen Inhalt ablenken

Die Ausstellung solle helfen, die Akzeptanz der Bundeswehr in der Gesellschaft zu verbessern, sagt Gorch Pieken. Gerade im Bildungswesen eines modernen, humanitären Staates sollten junge Leute noch mehr zu Toleranz, gegenseitigem Respekt und Gewaltverzicht erzogen werden. Heißt das aber nicht auch, dass im Prinzip Soldatentum mit einer Ausbildung zum Schießen und Töten längst überholt ist? Und dass zukünftig eine noch stärkere Erziehung zur Friedenserhaltung und zur Abschaffung des Krieges als eines der wichtigsten Ziele angestrebt werden muss?

BERLIN

TOMMY SPREE
LEITER DES ANTI-KRIEGS-MUSEUMS

Nr. 27/2011, Hormontherapie gegen Wechseljahrsbeschwerden – die Geschichte eines Großversuchs an Millionen Frauen

Deutsche Hexenjagd

Wer medizinisch sorgfältig ist, wird vor einer Hormontherapie das Risiko thromboembolischer Prozesse eruieren und seinen Patientinnen qualifizierten Brust-Ultraschall zur Vorsorge und eine Mammografie empfehlen, mit und ohne Hormontherapie. Hormone können bei depressiven Symptomen, sexuellen Störungen, Haarausfall, trockenen Augen, Reizblase, Osteoporose und Gelenksbeschwerden helfen – das ist der Praxisalltag!

HAMBURG

DR. MED. MARKUS MATHIES

Ich bin überzeugt, dass die Aussage von Frau Dr. Dören zutrifft und die Wechseljahre ein schulmedizinisches Konstrukt sind. Als Anthropologin habe ich zahlreiche Gespräche in Westafrika mit Frauen zwischen 45 und 65 Jahren geführt. Die von mir abgefragten typischen Symptome

stießen bei den Frauen durchgehend auf Kopfschütteln und Unverständnis. Ganz sicher kommt auch hier eine kulturelle Komponente hinzu: Während der „Wert“ der westlichen Frau mit zunehmendem Alter abnimmt, steigt er in vielen afrikanischen Gesellschaften.

JONA (SCHWEIZ)

SABINE SCHULTZ

Der Hinweis auf angeblich katastrophale Ergebnisse der WHI-Studie ist nach neun Jahren wirklich dramatisch. Denn als Folge dieser rein deutschen Hexenjagd gegen die Hormonsubstitution findet keine Frauenforschung mehr in Deutschland statt, wird die Zulassung für niedrigst dosierte Hormontherapie-Präparate nicht mehr angestrebt, werden hervorragende Hormonersatzpräparate mangels ausreichender Nachfrage nicht mehr fabriziert und verlassen Hormonproduzenten das Land.

MÜNCHEN

DR. MED. CHRISTIAN ALBRING
PRÄSIDENT DES BERUFSVERBANDS DER FRAUENÄRZTE

Und wieder ignoriert ein(e) SPIEGEL-Redakteur(in) fast ungeprüft die Möglichkeiten und Erfolge der alternativen Medizin.

IMMENSTAAD (BAD.-WÜRTT.)

FRTZ NEFFKE

Professor Dören scheint die enormen Beeinträchtigungen, die Frauen allein durch Hitzewallungen und Schlafstörungen auf Dauer erleiden, zu unterschätzen. Dass die Betroffenen sich damit an ihren Arzt wenden, ist kein „antrainierter Reflex“, sondern nachvollziehbar und berechtigt.

OSNABRÜCK

RITA HARING



Hormonyoga-Kurs in Hamburg

Die Einstellung macht's

Wechseljahre sind genauso wenig eine Krankheit wie Schwangerschaft und Pubertät. Ich komme gar nicht auf die Idee, einen Schwächeanfall den Wechseljahren in die Schuhe zu schieben. Wenn ich Kopfschmerzen habe, gehe ich spazieren und laufe keine Ü50-Östro-Route, mache Gymnastik gegen Verspannung und kein Hormonyoga. Ich bin nicht krank, ich leide nicht. Die Einstellung macht's. Außerdem nennt man die Zeit auch Menopause. Das klingt „vorübergehend“ und „entspannend“ – also locker bleiben!

DAMP (SCHL.-HOLST.)

HEIKE RITTER

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe – bitte mit Anschrift und Telefonnummer – gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen. Die E-Mail-Anschrift lautet: leserbriefe@spiegel.de

U-Boot der „Dolphin“-Klasse in Haifa



Deutsche Hilfe für Israel

Deutschland fördert den Verkauf eines sechsten U-Bootes der „Dolphin“-Klasse an Israel. In den kommenden vier Jahren unterstützt der Bund das Rüstungsgeschäft mit insgesamt 135 Millionen Euro. Im Entwurf des Bundeshaushalts 2012 wird die Ausgabe als „Beitrag zur Beschaffung von Verteidigungssystemen für Israel“ im Einzelplan 60 („Allgemeine Bewilligungen“) aufgeführt. Bei seinem Besuch in Israel sprach Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) in der vergangenen Woche über das U-Boot-Geschäft mit Premierminister Benjamin Netanyahu und seinem Amtskollegen

Ehud Barak. Die „Dolphin“-U-Boote werden von der Kieler HDW-Werft gebaut; sie haben wegen des modernen Brennstoffzellenantriebs eine große Reichweite und könnten auch zum Abschuss nuklear bewaffneter Marschflugkörper benutzt werden. Seit Ende der neunziger Jahre liefert Deutschland U-Boote an Israel. Die ersten beiden bezahlte die Bundesregierung ganz, seitdem sinkt der deutsche Subventionsanteil. Nach Angaben aus Regierungskreisen beteiligt sich der Bund diesmal mit einem Drittel an den Kosten des Bootes, will die Obergrenze von 135 Millionen jedoch nicht überschreiten.

KRIMINALITÄT

Hilferuf des Witwers

Im Entführungsfall Maria Bögerl gerät die Polizei nach dem Selbstmord des Witwers unter Druck. Der Heidenheimer Sparkassen-Chef Thomas Bögerl hatte sich bereits im Sommer 2010, rund zwei Monate nach der Entführung und Ermordung seiner Frau, über die Arbeit der Ermittler beschwert. In einem Brief an die Polizei hatte der Witwer Aufklärung über die Pressearbeit der Polizei und die missglückte Lösegeldübergabe gefordert. Im Juli wandte sich Bögerl in einer E-Mail mit dem Betreff „Hilfe“ unter anderem an den Regierungspräsidenten in Stuttgart, Johannes Schmalzl, sowie den Präsidenten des Sparkassen- und Giroverbandes, Heinrich Haasis. In dem Brief des Witwers heißt es: „Ich bitte Sie, al-

les Menschenmögliche zu veranlassen, den oder die Entführer und Mörder zu finden.“ Daraufhin soll es ein Gespräch zwischen Bögerl und Ermittlern gegeben haben, anwesend waren wohl auch ein Staatsanwalt und ein Moderator von Polizeiseite. Das Treffen sei hochemotional verlaufen, heißt es in einem Vermerk der Beamten. Auch österreichische Ermittler sind verwundert über die Vorgehensweise der Kollegen aus der Heidenheimer Soko „Flagge“. In Linz ist seit Frühjahr ein Rocker inhaftiert, der an einem Überfall auf eine Bankiersgattin in Österreich beteiligt gewesen sein soll. Die Tat weist Parallelen zum Fall Bögerl auf, zudem ähnelt der Beschuldigte einem Phantombild, das in dem deutschen Entführungsfall

erstellt wurde. Beamte aus Heidenheim haben den Verdächtigen bereits vor Wochen in Österreich vernommen, sein Alibi für die Tatzeit in Deutschland sei noch immer nicht abgeklärt. „Wir sind dran“, beteuerte ein Sprecher der Polizeidirektion Heidenheim, „aber wir sind jetzt nun mal auch mitten in der Urlaubszeit.“ Da seien nicht alle Zeugen leicht zu erreichen. Die

Ehefrau des Heidenheimer Sparkassen-Chefs war im Mai 2010 aus ihrem Haus verschwunden und drei Wochen später erstochen aufgefunden worden. Am vergangenen Montag nahm sich der Witwer Thomas Bögerl das Leben. Bei einer Hausdurchsuchung wurden vergangene Woche Computer und Unterlagen des Ehemanns beschlagnahmt.



Bögerl, Kinder 2010

SASCHA SCHURMANN / DDP IMAGES / DAPD

BUNDESNETZAGENTUR

Dringliche Vergabe

Die Bundesnetzagentur hat den Auftrag für den Betrieb des eigenen Internetanschlusses ohne öffentliche Ausschreibung vergeben. Zum Zuge kam mit der Firma Colt Telecom ausgerechnet der ehemalige Arbeitgeber des Präsidenten der Bundesnetzagentur, Matthias Kurth. Bis Anfang 2000 war er Mitglied der Geschäftsleitung bei der Colt Telecom GmbH, seit 2001 Präsident der Bundesnetzagentur. Im Juli 2002 erhielt Colt Telecom den Zuschlag für die Bereitstellung des Internetanschlusses der Bundesbehörde. Dabei wurden von vier Unternehmen Angebote eingeholt. Keine Angaben machte die Bundesnetzagentur dazu, mit wie vielen Anbietern am Ende verhandelt wurde. Vergaben ohne öffentlichen Teilnahmewettbewerb sind normalerweise nur in besonderen Fällen erlaubt, etwa bei Nachlieferungen oder Spezialprodukten. Die Bundesnetzagentur begründete die Vergabe mit zwingender Dringlichkeit. „Aufgrund des Konkurses des früheren damaligen Internetproviders“ KPNQuest habe man mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen müssen, „dass die Leitungen kurzfristig abgeschaltet werden“, so Rudolf Boll, Sprecher der Bundesnetzagentur. Das Vergaberecht besagt allerdings, dass dann der Auftrag zunächst nur für einen möglichst



Kurth

kurzen Übergangszeitraum zu vergeben ist. Die Regulierungsbehörde vereinbarte mit Colt Telecom jedoch eine anfängliche Vertragslaufzeit von einem ganzen Jahr. Der Vertrag verlängert sich automatisch um ein halbes Jahr, wenn er nicht gekündigt wird. Bis heute war dies insgesamt 16-mal der Fall. Allein von Januar 2005 bis Juni 2011 flossen über den Vertrag 851 000 Euro aus dem Topf der Bundesnetzagentur an Colt Telecom. Von Matthias Kurth war auf Anfrage keine Stellungnahme zu erhalten.

MARTIN OESER / DAPD



Erstsemester an der Universität Mainz

BILDUNG

Mangelware Studienplatz

In diesem Jahr wird es vermutlich nahezu 500 000 Studienanfänger in Deutschland geben und damit mehr als jemals zuvor. Auch in den nächsten Jahren sollen die Zahlen kräftiger steigen als bisher erwartet. Zu diesem Ergebnis kommen die Hochschulexperten von CHE Consult in einer neuen Modellrechnung. Demnach drohen Studienplätze knapp zu werden: Die Planzahlen des Bundes und der Länder bis 2015 lägen um bis zu 216 000 Studienanfänger zu niedrig, heißt es in der Studie. Die Experten konstatieren deshalb „ein enormes Planungs- und damit auch Finanzierungsdefizit“. Zugleich untersuchten sie den bisherigen Aufbau von Studienplätzen im Rahmen des „Hochschulpakts“: Doppelt so viele zusätzliche Erstsemester wie vorgesehen seien seit 2007 zum Studium zugelassen worden. Das sei „ein großer Erfolg der gemeinsamen Bemühungen von Bund und Ländern“, sagt Christian Berthold, Geschäftsführer von CHE Consult. Besonders viele Studienplätze seien in den Ingenieurwissenschaften geschaffen worden. Sie liegen nun – gemessen an der Studentenzahl – gleichauf mit den Sprach- und Kulturwissenschaften.

GEDENKEN

Blamage für Berlin

Mitten im laufenden Wahlkampf dem rot-roten Senat der Hauptstadt eine Blamage – das Ende der Zuständigkeit für den Bau des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma. Der beauftragte Künstler Dani Karavan lehne eine weitere Zusammenarbeit mit der „absolut unfähigen Verwaltung“ ab, sagt sein Anwalt Peter Raue. Zwischen dem Israeli Karavan und den zuständigen Beamten gab es immer wieder Streitigkeiten (SPIEGEL 52/2010). Der Künstler ist mit der Bauausführung der Gedenkstätte in unmittelbarer Nähe des Reichstags unzufrieden, sie entspreche in vielen

Punkten nicht seinen Vorgaben. Die Verwaltung, so Raue, begleite das Vorhaben wie den Bau einer Brücke und nicht wie den eines Kunstwerks. Zur Rettung des Projekts werden nun Gespräche über die Übernahme des Baus durch den Bund geführt. Die verantwortliche Berliner Senatsbauverwaltung hat bereits die Bereitschaft zur Abgabe an den Bund erklärt. Allerdings fürchten die Fachleute eine weitere Verzögerung der Bautätigkeit und zusätzliche Kosten. Sogar ein Teilabriss des halbfertigen Denkmals wurde erwogen. Die Einweihung war eigentlich für 2010 geplant.

Unvollendete Gedenkstätte



NORBERT MICHALKE

SICHERUNGSVERWAHRUNG

„Überschätzte Gefahr“



Rudolf Egg, 63, Leiter der Kriminologischen Zentralstelle des Bundes und der Länder, über die Rückfallgefahr ehemaliger Sicherungsverwahrter

SPIEGEL: Ein im September 2010 aus der Sicherungsverwahrung entlassener Mann hat offenbar bereits im Januar erneut ein kleines Mädchen missbraucht. Ist das erschreckend – oder muss man froh sein, dass nicht noch mehr passiert?

Egg: Man muss vor allem froh sein, dass das aufgeklärt werden konnte und er jetzt sicher keine Gelegenheit mehr bekommen wird, weitere Straftaten zu begehen. Das liegt aber natürlich auch daran, dass diese Männer, wenn sie nicht ohnehin schon überwacht werden, viel stärker im Visier der Polizei sind als andere Täter.

SPIEGEL: Dabei galt der Mann als Musterbeispiel der Resozialisierung, so dass man Ende 2010 seine Überwachung durch die Polizei einstellte.

Egg: Ein Restrisiko gibt es leider immer, auch wenn man meint, dass die Rückfallwahrscheinlichkeit sehr gering ist. Null ist sie nie.

SPIEGEL: Von den bislang etwa 50 Sicherungsverwahrten, die in den ver-

gangenen anderthalb Jahren infolge eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg freigelassen wurden, ist bisher offenbar nur dieser eine Mann rückfällig geworden. Hätten Sie mit deutlich mehr Rückfällen gerechnet?

Egg: Nein. Im Einzelfall ist so etwas natürlich immer furchtbar. Aber generell muss man sagen, dass die Gefährlichkeit in der Mehrzahl der Fälle eher

nen durch die Polizei zu verdanken, dass nicht noch mehr passiert ist?

Egg: Das trägt sicher mit dazu bei. Aber man muss einfach sehen, die meisten dieser Männer waren sehr lange weggesperrt, sind zum Teil sogar schon im Rentenalter. Da nimmt die Gefährlichkeit im Allgemeinen ohnehin ab. Zudem wird die Prognose immer schwieriger, je weiter die eigentliche Anlasstat zurückliegt. Prognosefehler kann es in

beide Richtungen geben – dass die Rückfallgefahr unterschätzt wird, ist aber, nach allem, was man weiß, eher die Ausnahme.

SPIEGEL: Trotzdem lösen genau diese Fälle immer wieder Entsetzen aus.

Egg: Natürlich ist jeder derartige Fall ein Fall zu viel. Doch von den Fällen, in denen jemand unnötigerweise weggesperrt wird, bekommt die Öffentlichkeit eben nichts mit.

SPIEGEL: Müsste man demnach also die

Prognose-Kriterien eher verschärfen?

Egg: Es muss jedenfalls klar sein, dass es hundertprozentige Sicherheit nicht geben kann – zumindest nicht, wenn man auch die Freiheitsrechte der Sicherungsverwahrten sieht.



Gefängnis-Innenhof für Sicherungsverwahrte

überschätzt als unterschätzt werden dürfte. Und dass in diesen Straßburger Fällen bisher nur ein Einziger wieder eine einschlägige Straftat begangen hat, entspricht diesem Bild.

SPIEGEL: Ist es nicht vor allem der Überwachung vieler dieser Entlasse-

SPD

„Falsche Richtung“

An der SPD-Spitze gibt es Widerstand gegen die Abschaffung des Parteipräsidiums. „Der Plan geht in die falsche Richtung“, sagt der hessische Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel, der im Präsidium sitzt.

„Wenn wir das Präsidium abschaffen, wird künftig ein noch kleinerer, von den Landesverbänden weiter entfernter Kreis als bisher die eigentlichen Entscheidungen treffen.“ Der SPIEGEL hatte in der vergangenen Woche berichtet, dass Parteichef Sigmar Gabriel und Generalsekretärin Andrea Nahles das oberste Führungsgremium ihrer Partei abschaffen wollen. Das Spitzengremium wäre dann der Vorstand, der von 45 auf 29 Mitglieder schrumpfen soll. Die eigentlichen Entscheidungen aber würde wohl informell ein sogenannter geschäftsführender Vorstand treffen, bestehend aus

der engsten Parteiführung um Gabriel und Nahles. „Das ist keine Öffnung der Partei, sondern eine Einengung“, sagt Schäfer-Gümbel. „Genau diese Art des zentralistischen Durchregierens von oben nach unten haben wir vor kurzem noch beklagt.“ Das Präsi-

dium sei wichtig, „weil nur so die Sicht der Länder auf bestimmte Probleme auch in Berlin wahrgenommen“ werde. Präsidiumsmitglied Elke Ferner kündigte ebenfalls Widerstand an.

„Wenn das Präsidium abgeschafft wird und stattdessen ein geschäftsführender

Vorstand die Entscheidungen trifft, ist eine Mindestbeteiligung von Frauen wie auch Männern nicht gewährleistet“, sagte die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Da die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands direkt gewählt würden, unterlägen sie keiner Quotierung. „Im Extremfall kann es also passieren, dass dann nur noch Frauen oder nur noch Männer vertreten sind“, so Ferner.



SPD-Parteizentrale in Berlin

PLAGIATE

Koch-Mehrin legt Widerspruch ein

Silvana Koch-Mehrin (FDP) kämpft um ihren Dokortitel. Die Europaparlamentarierin hat Widerspruch gegen die Entscheidung des Promotionsausschusses der Universität Heidelberg eingelegt, ihr den Titel zu entziehen. Hält die Uni an der Entscheidung fest, könnte Koch-Mehrin vor dem Verwaltungsgericht klagen. Der Promotionsausschuss der Philosophischen Fakultät hatte ihr im Juni den Dokortitel entzogen, weil die Dissertation „in substantiellen Teilen aus Plagiaten besteht“, wie Dekan Manfred Berg sagte. Die Politikerin verwies daraufhin in einer Stellungnahme unter anderem darauf, dass dem Promotionsausschuss die Schwächen der Arbeit bekannt gewesen seien, als ihr der Titel im Jahr 2000 verliehen worden sei. Der Dekan weist diesen Vorwurf zurück. In der vergangenen Woche hatte auch Jorgo Chatzimarkakis (FDP) seinen Dokortitel verloren. Er wolle die juristische Begründung der Uni Bonn abwarten, verkündete Chatzimarkakis, und „eine erneute Doktorarbeit in Angriff nehmen“.



Koch-Mehrin

PATRICK SEIGER / DPA

BEHINDERTE

Verbände torpedieren Nationalen Aktionsplan

Bundessozialministerin Ursula von der Leyen hat massive Probleme mit den deutschen Behindertenverbänden. So droht der Inklusionsbeirat des Bundesbehindertenbeauftragten, seine Arbeit einzustellen. Grund des Ärgers ist der vom Bundeskabinett beschlossene Nationale Aktionsplan zur Um-

setzung der Uno-Behindertenrechtskonvention. Das Papier lässt nach Einschätzung des Inklusionsbeirats „jegliche Ambitionen“ vermissen, die Rechte von Menschen mit Behinderung in Deutschland umzusetzen, heißt es in einer „grundsätzlichen Stellungnahme“. „Leider hat es nur eine Pro-forma-Beteiligung Behinderter gegeben“, klagt Sigrid Arnade, Geschäftsführerin der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben. Kritik an dem „dürren Papier“ äußert auch die Sprecherin des Deutschen Behindertenrats, Barba-

ra Vieweg. Ihre Organisation wird dem Wunsch der Regierung nicht nachkommen und auch keine Stellungnahme zum Entwurf des Staatenberichts des Bundes abgeben. In diesem Bericht will Deutschland die Uno über die Fortschritte bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention informieren. „Was nutzt ein Papier, das ohnehin niemand in der Regierung zur Kenntnis nimmt?“, argumentiert Vieweg. Stattdessen beabsichtigten die Behindertenverbände einen eigenen Bericht an die Uno zu schicken.

STASI-BEHÖRDE

Abgelehnte Angebote

Der Versuch des neuen Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, Mitarbeiter aus seiner Behörde loszuwerden, die einst beim Ministerium für Staatssicherheit beschäftigt waren, droht zu scheitern. In Einzelgesprächen erkundigte sich die Behördenleitung bei den 47 betroffenen Mitarbeitern nach ihrer Bereitschaft, sich in andere Institutionen des Bundes versetzen zu lassen. Dabei sollen nach Angaben von Behörden-Insidern nur drei Mitarbeiter ein mögliches Einverständnis zum Wechsel signalisiert haben. Allerdings stehen bislang überhaupt nur 20 gleichwertige

Planstellen anderswo zur Verfügung. Die Behördenleitung erwägt nun eine Art Ausleihe der drei Wechselwilligen, um wenigstens einen Teilerfolg vermelden zu können. Kündigungen sind ausgeschlossen, da die Arbeit der Betroffenen nie bemängelt wurde. Eine Versetzung gegen den Willen der Mitarbeiter ist umstritten. Beiratschef Richard Schröder lehnt Zwangsversetzungen ab. Die Arbeitskollegen hätten sich in den letzten 20 Jahren nichts zuschulden kommen lassen, „sie waren loyal“. Juristen fürchten bei einer Zwangsversetzung lange arbeitsrechtliche Auseinandersetzungen.



JOHANNES EISELE / AFP

Jahn



Politikerin Merkel auf Brüsseler EU-Gipfel*: Für die Kanzlerin ist Europa eine Frage von Euro und Cent

MICHEL SPINGLER / AP

EUROPA

Erloschene Leidenschaft

In der Union wächst der Unmut über Angela Merkels orientierungslose Europa-Politik. Die Kanzlerin findet keine Idee für die Zukunft der EU, sie verheddert sich in rastloser Tagespolitik. Die CSU nutzt Merkels Schwäche, um sich mit populistischen Sprüchen zu profilieren.

Er ist jetzt 81 Jahre alt, das Sprechen fällt ihm manchmal schwer, aber Helmut Kohl braucht nicht viele Worte, um zu sagen, was er denkt. Er empfängt noch immer Gäste, vor allem über die Europapolitik lässt er sich gern aus erster Hand informieren. Kohl ist der einzige lebende Ehrenbürger Europas, es ist ein Titel, den er mit Stolz trägt. Neulich

schaute CSU-Chef Horst Seehofer auf eine Tasse Kaffee vorbei, auch Jürgen Stark von der Europäischen Zentralbank fand den Weg nach Oggersheim, und besonders freute den Altkanzler, dass auch der ehemalige EU-Kommissionspräsident Romano Prodi sich noch mal Zeit für ein Gespräch nahm.

Kohl ist gut im Bilde über das politische Geschehen, sein Urteil ist scharf, und das gilt besonders, wenn die Sprache auf Angela Merkel kommt. Kohl sieht sein politisches Erbe in Gefahr, den Euro und die europäische Einigung, und er macht dafür nicht allein die Schuldenpolitik der Grie-

chen und Portugiesen verantwortlich, sondern auch die irrlichternde Politik der Kanzlerin. Was Merkel da mache, sei „sehr gefährlich“, klagte Kohl, so berichtet es ein Besucher. Dann fügte er an: „Die macht mir mein Europa kaputt.“

Es steht im Moment nicht gut um die Europapolitik der Union. Sie war einmal das Herzensanliegen der Konservativen, bei kaum einem Thema entwickelten sie mehr Pathos. Der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer legte zusammen mit Frankreichs Staatspräsident Charles de Gaulle die Fundamente eines einigen

* Mit dem lettischen Ministerpräsidenten Valdis Dombrovskis, dem griechischen Premier Georgos Papandreou, Kommissionspräsident Manuel Barroso, Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy, Portugals Premier Pedro Passos Coelho und Sloweniens Premierminister Borut Pahor am 23. Juni.

Europas, es war die Antwort auf die beiden Weltkriege; Helmut Kohl brachte erst den Euro auf den Weg und dann die Erweiterung der Union nach Osten.

Für die CDU war Europa eine Frage des Prinzips. Die Partei konnte erstaunlich schnell ihre Politik der Stimmung im Volk anpassen, aber sobald es um die europäische Einigung ging, trauten sich CDU-Kanzler, unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Noch im Grundsatzprogramm der Partei aus dem Jahr 2007 heißt es: „Von Beginn an hat die CDU den europäischen Einigungsprozess leidenschaftlich vorangetrieben.“

Nun ist die Leidenschaft erloschen. Kein Regierungschef der Union hat so kühl nach Brüssel geblickt wie Angela Merkel, für sie ist Europa keine Frage von Krieg und Frieden, sondern von Euro und Cent. Bisher bestand ihre Politik vor allem aus freudlosen Reparaturarbeiten, sie stopfte Löcher und löschte Brände.

Man kann Merkel nicht vorwerfen, dass sie bisher kleinlich gewesen wäre, am Ende hat sie alle Hilfszusagen und Bürgschaften für die wankenden Mitgliedsländer des Euro unterschrieben, schon jetzt müsste Deutschland für mindestens 140 Milliarden Euro eintreten. Wenn im Herbst der dauerhafte Rettungsschirm der EU den Bundestag passieren sollte, käme sogar noch eine Bar-einlage von 22 Milliarden Euro hinzu.

Aber nach all dem Flickwerk verlangt ihre Partei nun endlich ein grundsätzliches Wort zur Europapolitik. Wo will Merkel hin? Liegt in der Krise die Chance, Europa endlich zu einer politischen Gemeinschaft zu führen, wie Finanzminister Wolfgang Schäuble glaubt? Oder gibt sie den Populisten in der CSU nach, die Brüssel schon jetzt schon für ein bürokratisches Monstrum halten, das immer mehr Rechte an sich zieht?

Die Union wird an der Unentschlossenheit der Kanzlerin irre. An einem Tag macht sie das Überleben des Euro zur Schicksalsfrage Deutschlands, dann wieder lästert sie fröhlich über das Lotterleben der Spanier und Griechen, für das nun auch noch der deutsche Steuerzahler aufkommen müsse. Es ist unklar, ob sie Staatsfrau sein will oder Königin des Boulevard.

Als sich vor kurzem das CDU-Präsidium traf, machte sich der Ärger Luft. Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier wandte sich direkt an Merkel und sagte, nach all den technischen Debatten über die Euro-Rettung seien ein paar grundlegende Worte über die Zukunft der EU notwendig. Jetzt setzt er darauf, dass Merkel die Regionalkonferenzen ihrer Partei ab Mitte September nutzt, um

Klartext zu reden: „Europa ist ein politisches Projekt. Es ist zu wichtig, um es den Ratingagenturen zu überlassen.“

Viele in der Partei sehen die Gefahr, dass die CDU nach all ihren Häutungen unter Merkel nun auch noch das europapolitische Erbe verspielt. Vor allem Finanzminister Schäuble blickt argwöhnisch auf das Treiben der Kanzlerin. Öffentlich kommt ihm kein kritisches Wort über die Lippen, doch in Brüssel lässt er sich gern als „letzter Europäer“ der Bundesregierung feiern, darin steckt auch eine versteckte Kritik an der Kanzlerin.

Für Schäuble ist die Euro-Krise eine Gelegenheit, endlich seinen Plan von einer politischen Union zu verwirklichen. „Europa ist wie ein Fahrrad. Hält man es an, fällt



Kanzler Kohl*: Sorge um das europapolitische Erbe

es um“, zitierte er bei einer europapolitischen Grundsatzrede im vorigen Dezember in Paris den großen Europäer Jacques Delors. Der Finanzminister hat noch nie daran geglaubt, dass eine Gemeinschaftswährung ohne politische Zusammenarbeit funktioniert. Hinter den Kulissen drängt er Merkel in diese Richtung, aber die Kanzlerin zögert und zaudert. „Sie muss endlich mal ein Risiko eingehen“, seufzte Schäuble kürzlich im Kreise seiner Vertrauten.

Schäuble hofft, dass der Druck aus der Union Merkel zum Handeln zwingt. Da sind auf der einen Seite die Wirtschaftspolitiker, die befürchten, dass Merkels planlose Politik den Euro noch weiter in den Abgrund schlittern lässt. „Das Letzte, was sich die Exportnation Deutschland leisten kann, ist eine europaskeptische Bevölkerung“, sagt Kurt Lauk, der Chef des CDU-Wirtschaftsrats. „Die Regierung muss jetzt in die Offensive gehen.“ Auch der stellvertretende Unions-Fraktionschef Michael Meister klagte kürzlich vor Parteifreunden: „Wir haben eine zu passive Strategie.“

* Mit dem französischen Präsidenten François Mitterrand 1988.

Den Europapolitiker Elmar Brok etwa ärgert, dass Merkel mit der deutschen Tradition gebrochen hat, Rücksicht auf die kleinen EU-Länder zu nehmen. Diese Tendenz habe zwar schon zu Zeiten der Regierung Schröder begonnen, sagt Brok, der seit 31 Jahren im Europaparlament sitzt: „Aber die jetzige CDU/FDP-Regierung setzt sie in letzter Zeit leider fort.“ Als Brok Verhandler des Europaparlaments für den Vertrag von Amsterdam war, habe Kohl ihm geraten: „Mach, was du willst bei den Verhandlungen, aber vergiss nicht, am Ende des Tages steht Deutschland an der Seite der kleinen Länder.“

Im vergangenen Oktober verabredete die Kanzlerin auf der Strandpromenade des französischen Seebads Deauville einen Deal mit dem französischen

Präsidenten Nicolas Sarkozy, es ging um Sanktionen für notorische Schuldenmacher. Die anderen EU-Länder wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. „Ich halte den Strandspaziergang von Deauville nicht unbedingt für ein Vorbild, wie man europäische Konflikte lösen sollte“, sagte dazu der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker.

Aber Merkel will nicht auf dem Weg zu einer politischen Union voranschreiten, das zeigt ihre alltägliche Politik immer wieder. So kritisierte die Bundesregierung zwar die Wiedereinführung der Grenzkontrollen durch Dänemark. Sie lehnt es aber gleichzeitig ab, der EU-Kommission die Entscheidung

zu überlassen, in welchen Situationen innereuropäische Kontrollen vorübergehend wieder eingeführt werden.

Merkel trägt auch eine Mitschuld, dass Europa noch immer nicht über eine starke Stimme verfügt. Vor zwei Jahren sorgte die Kanzlerin mit dafür, dass der Belgier Herman Van Rompuy zum Präsidenten des Europäischen Rats und die Britin Catherine Ashton zur Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik aufsteigen konnten. Die beiden blassen Politiker sind nun zum Symbol dafür geworden, dass ein klingender Titel noch lange nicht Einfluss und Ansehen garantiert.

Merkels Berater argumentieren, dass viele EU-Länder schon jetzt Brüssel für zu mächtig hielten, die Niederlande zum Beispiel, deren Regierung von dem Rechtspopulisten Geert Wilders toleriert wird. Auch in Dänemark wachse die Europaskepsis, ganz zu schweigen von Großbritannien unter der konservativen Regierung von David Cameron.

Aber das ist nur die halbe Wahrheit. Merkel treibt auch die Angst vor dem Wähler um. Selten hatte Europa so ein



CSU-Politiker Dobrindt, Seehofer: Fruchtbare Boden für die Bedenken der Kanzlerin

schlechtes Image bei den Bürgern wie derzeit, und es war noch nie Merkels Stärke, die Bürger von der Notwendigkeit unpopulärer Entscheidungen zu überzeugen. Dazu kommt ihre ostdeutsche Biografie, die Europaeuphorie ihrer CDU-Kollegen aus dem Westen war ihr schon immer fremd.

Merkel spricht ihre Skepsis nicht laut aus, das würde zum endgültigen Bruch mit den Europapolitikern ihrer Partei führen. Sie versteckt sich lieber hinter juristischen Argumenten. Parteifreunde erinnern sie regelmäßig an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag. Der Spruch aus Karlsruhe lasse weitere Integrationsschritte nicht zu, schon deshalb seien ihr in der Europapolitik die Hände gebunden.

Doch das Gericht hatte nur ein Begleitgesetz des Lissabon-Vertrags für verfassungswidrig erklärt, den Kern des Regelwerks ließ es passieren. Außerdem, so argumentieren die Europafreunde in der Union, würde es sich das höchste deutsche Gericht im Ernstfall niemals trauen, das europäische Einigungsprojekt an Rechtsfragen scheitern zu lassen.

Bei der CSU jedoch fallen die Bedenken der Kanzlerin auf fruchtbaren Boden. Anfang Juni machte sich Generalsekretär Alexander Dobrindt daran, ein europakritisches Pamphlet zu verfassen, er hatte dafür ausdrücklich den Segen von Parteichef Seehofer. Dobrindt warnte vor einem Automatismus, „der zu einer fortschreitenden Machtverschiebung in Richtung Brüssel führt“. Der Tenor des Papiers war eindeutig: Die CSU will weniger, nicht mehr Europa.

Es ist nichts Neues, dass die CSU mit populistischen Sprüchen auf Wählerfang geht. Schon in den neunziger Jahren

machte der damalige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber Stimmung gegen die Einführung des Euro, manche Christsoziale verunglimpften die gemeinsame Währung sogar als „Esperanto-Geld“. Aber solange Kanzler Kohl dagegen hielt, war das nichts weiter als rustikale Bierzelpolemik: Sie war laut, aber folgenlos.

Merkel aber fällt nichts zu Europa ein, deshalb dröhnen die Worte der CSU umso lauter. Bei den vernünftigen Kräften in der Partei geht die Sorge um, die Sprüche des Generalsekretärs könnten bald Regie-

rungspolitik werden. Flehentlich bitten die Europapolitiker der CSU die Parteispitze, endlich zur Vernunft zu kommen.

„Es ist zutiefst im bayerischen Interesse, für Europa zu sein“, sagt der Europaabgeordnete Manfred Weber. Auf einer Klausur wollen Weber und seine Kollegen Ende der Woche beraten, wie sie Dobrindt und

Seehofer stoppen können. Im Herbst steht der CSU-Parteitag an, Weber möchte verhindern, dass er zu einem Festival des Populismus wird.

Unterstützung bekommt er dabei ausgerechnet von dem Mann, der in seiner aktiven Zeit Brüssel bekämpft hat wie kein zweiter: Edmund Stoiber. Seit er vor vier Jahren aus dem CSU-Vorsitz gepusht wurde, steht er in den Diensten der EU-Kommission, und in dieser Zeit ist ihm Europa sehr ans Herz gewachsen. Er könne vor einer „Renaissance des Nationalismus“ nur warnen, sagte Stoiber kürzlich bei einem Auftritt in Brüssel. Dann schob er einen Satz hinterher, den man auch als Kritik an der europamüden Kanzlerin verstehen kann: „Es gibt im Moment keinen, der die gesamteuropäische Perspektive einnimmt.“

PETER MÜLLER,
RENÉ PFISTER, CHRISTOPH SCHULT

EURO

Suche im Waffenarsenal

In der Politik reift die Erkenntnis, dass nur ein Schuldenschnitt Griechenland retten kann.

Schäubles Beamte prüfen bereits mögliche Modelle.

Der Appell war dramatisch, der Lage angemessen. „Die aktuelle Stimmung hilft uns nicht, aus der Krise herauszukommen“, schimpfte Griechenlands Premierminister Georgios Papandreou vergangene Woche. „Diese Unsicherheit verschreckt Investoren.“

Damit hat der Grieche sicher recht. Während sein Land vor der Pleite steht, sind die Euro-Finanzminister in der Frage eines zweiten Rettungspakets für den Hellenen-Staat weiterhin balkanisiert. Immerhin waren sie sich am Montag vergangener Woche in einem Befund einig: Die bisherigen Rettungsmaßnahmen, die Griechenland Zeit verschaffen sollten, seine Schulden in den Griff zu bekommen, sind gescheitert. Der Wirtschaft droht der Absturz, die Verschuldung der Griechen steigt rasant weiter – auf derzeit 150 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Daher reift auch in der Politik eine Überzeugung, zu der die Wissenschaft längst gelangt ist: Griechenland ist nur mit einem Schuldenschnitt zu helfen. Doch da fangen die Probleme an. Wie soll ein Rückkauf griechischer Staatsanleihen organisiert werden? Und welche Rolle sollen private Gläubiger wie Banken und Versicherungen dabei spielen?

Die Beamten von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) prüfen mehrere Modelle, wie die Schuldenlast Griechenlands auf ein erträgliches Maß gestutzt werden kann, angestrebt sind etwa 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. In absoluten Zahlen wäre das eine Senkung der Schulden um 70 Milliarden Euro. „Wir durchsuchen das gesamte Waffenarsenal für eine grundlegende Lösung“, heißt es in Schäubles Umfeld.

In der Grundvariante würde der europäische Rettungsfonds EFSF künftig griechische Staatsanleihen von Banken und Versicherungen aufkaufen, die diese Papiere loswerden wollen. Alternativ könnte der Fonds europäische Anleihen gegen griechische tauschen.

Das Problem dabei: Derartige Operationen sehen die Statuten des EFSF (noch) nicht vor. Im Deutschen Bundestag wehrt sich vor allem die FDP dagegen, dass der Rettungsschirm Anleihen auf dem Sekundärmarkt künftig aufkaufen darf.

Um diese Einschränkung zu umgehen, könnte – Modell zwei – der EFSF Griechenland Geld geben, damit das Land seine Anleihen selbst zurückkaufen kann. Für Griechenland wäre das ein gutes Geschäft, denn die Kurse für griechische Anleihen liegen derzeit bis zu 50 Prozent unter ihrem Nennwert.

Dieses Angebot könnte für Gläubiger durchaus interessant sein. Manche haben sich erst während der Krise, also zu Kursen weit unter dem Nennwert, mit Griechenland-Anleihen eingedeckt. Andere, etwa Finanzinstitute, haben die Griechenland-Anleihen bereits abgeschrieben und zum – niedrigen – Marktwert in ihren Büchern. Wenn die Griechen ihnen ein Angebot über dem Marktpreis machen, könnte sich ein Verkauf für sie lohnen.

vor, dass die Laufzeit aller Anleihen privater Gläubiger um sieben Jahre verlängert wird. Für eine solche Lösung aber gibt es keine Mehrheit. Und das gilt für härtere Umschuldungsmodelle umso mehr.

In der vergangenen Woche schlug etwa Commerzbank-Chef Martin Blessing in einem Beitrag für die „FAZ“ vor, dass die Gläubiger auf einen Teil ihrer Forderungen verzichten müssen. Der Rest würde in neue Papiere mit längerer Laufzeit umgewandelt, die zum Großteil von der Euro-Zone garantiert würden.

Wie eine Umstrukturierung der griechischen Schulden aussehen könnte, beraten derzeit unter anderem auch Manager der Großbanken HSBC, BNP Paribas und der Deutschen Bank sowie Vertreter der Allianz mit Mitarbeitern der EU und des internationalen Bankenverbands IIF

den Konflikt mit der EZB einzugehen, zumindest dann, wenn diese Einstufung nur von kurzer Dauer ist. Denn nach der Umschuldung steht Griechenland auf jeden Fall besser da und müsste daher auch ein besseres Rating bekommen. Auch bei vielen Finanzinstituten herrscht längst Einigkeit: So wie bisher kann es nicht weitergehen, das griechische Problem kann nur mit einer Rundumlösung für den gesamten Schuldenberg gelöst werden.

Die europäischen Banken stehen unter Druck. Acht von ihnen fielen am Freitag vergangener Woche durch den Stresstest. Und US-Geldgeber sind aus Angst vor einer Ausbreitung der Euro-Krise immer weniger bereit, die europäischen Institute über den Erwerb von kurzfristigen Schuldtiteln mit Dollar zu versorgen. Der Bestand an ausländischen Geldmarktpapieren in den



Finanzminister Schäuble mit Kollegen in Brüssel*: Die Rating-Agenturen stehen allen Lösungen skeptisch gegenüber

Von einer echten Beteiligung privater Gläubiger, wie sie die Bundesregierung bislang fordert, ist dieses rein freiwillige und mit Steuergeldern finanzierte Modell allerdings weit entfernt. Schäubles Beamte weisen jedoch darauf, dass dieses Programm die griechischen Schulden um immerhin bis zu 20 Milliarden Euro reduzieren würde. Das zweite Griechenland-Paket, das nach jetziger Planung bis zu 120 Milliarden Euro umfassen soll, müsste zwar etwas größer ausfallen, eine Aufstockung des Rettungsschirms EFSF ist dafür aber nicht erforderlich.

Noch Anfang Juni hatte Schäuble eine ganz andere Lösung – Modell drei – favorisiert: die sanfte Umschuldung. Es sah

in Rom. In den Expertenteams geht es außerdem darum, welche Banken die Abwicklung des komplizierten Deals übernehmen könnten. Bis Mitte August könnten detaillierte Vorschläge fertig sein.

Eine Schwierigkeit bleibt allerdings die Reaktion der Rating-Agenturen. Die stehen jeder substantiellen Beteiligung privater Gläubiger ablehnend gegenüber und drohen damit, einen solchen Fall als Zahlungsausfall zu werten.

Im Bundesfinanzministerium wächst jedoch die Bereitschaft, dieses Risiko und

USA ging in nur vier Wochen um 23 Milliarden auf 230 Milliarden Dollar zurück.

Doch noch ist offen, ob sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf eine Lösung verständigen können, wenn sie am Donnerstag in Brüssel zu einem Sondergipfel zusammenkommen. Vor allem die Deutschen hatten sich lange gegen einen solchen Gipfel gewehrt. Sie wollten ihn nur, wenn es auch etwas zu beschließen gäbe.

Am vergangenen Freitagabend setzte EU-Ratspräsident Herman van Rompuy den Termin dann durch. Zumindest erhöht das den Einigungsdruck auf die Europäer.

PETER MÜLLER, CHRISTOPH SCHULT, ANNE SEITH

* Im Gespräch mit dem Franzosen François Baroin beim Treffen der Finanzminister der Euro-Gruppe am vergangenen Montag.



ESSAY

EIN UNTERZUCKERTES LAND

DIE POLITISCHE KOMMUNIKATION ANGELA MERKELS IST EIN DESASTER.

VON DIRK KURBJUWEIT

Eine Demokratie wird mit Worten gefüttert, Worte treiben den Organismus einer Gesellschaft an. Im Diskurs wird die Politik lebendig, sie wird kenntlich und nachvollziehbar. Im Diskurs zeigen sich die Positionen, zeigen sich Zustimmung und Ablehnung zu den einzelnen Themen, und wenn der Diskurs gelingt, dann schafft er Zustimmung für die Demokratie und für die Politik insgesamt.

In Deutschland gelingt der Diskurs derzeit nicht. Dieses Land leidet an Fehlernährung, dieses Land leidet an Unterernährung, Deutschland verkümmert. Es fehlen die Worte, es fehlen vor allem die Worte der Bundeskanzlerin. Angela Merkel verweigert den Diskurs zu den wichtigsten Fragen. Von ihr kommt nur dünne Suppe, wenn überhaupt etwas.

Sie ist nie durch Wortgewalt aufgefallen. Sie ist nicht Volkstribunin, sondern Ingenieurin der Macht. Das war immer bedauerlich, aber allmählich wird es schädlich. Sie hat in diesem Jahr schwerwiegende Entscheidungen getroffen, für eine Energie- und für eine restriktive Euro-Politik, für Panzerexporte nach Saudi-Arabien. Zu jeder dieser Entscheidungen wären große Reden fällig gewesen, aber Merkel hält bestenfalls kleine.

Ihre politische Kommunikation ist ein Desaster, und dafür gibt es drei Gründe: Stümperei, Geheimniskrämerei und Paternalismus.

STÜMPEREI

Was ist das Ziel der Kommunikation einer Regierung? Sie will den Bürgern vermitteln, dass sie klug und einig zu deren Wohl handelt. Sie will ein schönes Selbstbildnis malen. Dafür gibt es Strategien der Inszenierung, die legitim sind. Es ist dann Aufgabe der Medien, hinter diese Inszenierung zu blicken und das Hässliche hinter dem Schönen zu finden.

Aber Merkels Regierung gibt den Journalisten gar nicht die Gelegenheit, einen Schleier wegzureißen, denn Merkels Regierung bekommt eine solche Inszenierung nicht zustande. Sie

kommuniziert teilweise so stümperhaft, dass manches noch schlimmer wirkt, als es eigentlich ist.

Am Mittwoch der vergangenen Woche sprach die Bundeskanzlerin in Angolas Hauptstadt Luanda davon, Deutschland wolle bei „der Ertüchtigung der Marine“ des Landes helfen. Sie sagte zunächst nur diesen einen Satz und löste damit ein kleines Mediengewitter aus. Der Satz fiel vollkommen unvorbereitet in die Debatte um die umstrittenen Exporte von mehr als 200 Panzern nach Saudi-Arabien, womit die Frage aufgeworfen war, ob sich die Bundesregierung nun endgültig als Waffenlieferant an zweifelhafte Regime profilieren wolle.

Später ergänzte sie, dass es sich um Patrouillenboote für die Küstensicherung handelt. Auch darüber muss man reden, aber die Sache wirkt nicht mehr so kriegerisch. Merkel hätte das nur gleich sagen müssen, aber ihr fehlte die Einfühlung in die Situation, also in die Debatte um den Panzerexport, ihr fehlten die richtigen Worte. Sie kommunizierte ohne Strategie, das Thema „Boote für Angola“ plumpste in die Welt, so wie man einen Stein in einen Brunnen plumpsen lässt.

Beim Thema Steuererleichterungen war es eher ein Purzeln. Der eine sagte dieses, der andere jenes, bis klar war, dass die Bundesregierung die Steuern senken möchte. Auch das geschah ohne eine kommunikative Strategie, ohne einen Plan. Die Veröffentlichung geschah der Koalition einfach. Es gab kein Einchwören, kein breites Werben in den eigenen Reihen. Die Folge war Streit, kein Wunder. Ein schönes Selbstporträt gelingt so nicht.

Als einmal erkennbar an diesem Porträt gearbeitet wurde, offenbarte das einen unangenehmen Zug. Bei Merkels Besuch in Washington im Juni ließ Regierungssprecher Steffen Seibert deutschen Journalisten ausrichten, dass auf der Pressekonferenz eine Frage nach einem Berlin-Besuch Barack Obamas nicht willkommen sei. Dieses Thema ist heikel für Merkel, weil sie nicht zugelassen hat, dass Obama als Wahlkämpfer vor dem Brandenburger Tor auftrat. Seibert handelte hier übergriffig.

Klassischerweise sind in einer Demokratie die Journalisten für die Fragen zuständig, die Politiker für die Antworten. Das hat sich bewährt und muss nicht geändert werden.

Die Berlin-Frage wurde gestellt, Obama sagte, er werde vielleicht in seiner zweiten Amtszeit noch einmal nach Berlin kommen, und Merkel sagte schlagfertig, das Brandenburger Tor stehe sicherlich „noch eine Weile“. Manchmal funktioniert die Kommunikation, aber zu oft ist es Stümperei.

GEHEIMNISKRÄMEREI

Eine Regierung muss nicht alles kommunizieren, es darf selbstverständlich interne Debatten geben, und es gibt Staatsgeheimnisse, über die kein Politiker reden darf. Die Sitzungen des Bundessicherheitsrats fallen unter dieses Staatsgeheimnis, nicht aber das Ergebnis, und natürlich dürfen Journalisten versuchen herauszufinden, was dort besprochen wurde. Der SPIEGEL hat vor zwei Wochen aufgedeckt, dass der Bundessicherheitsrat den Export von mehr als 200 „Leopard 2“ nach Saudi-Arabien gebilligt hatte. Ein Geheimnis dieser Bundesregierung ist nun keines mehr, wobei eine offizielle Bestätigung noch aussteht. Angela Merkel und ihre Minister mögen über dieses Thema nicht reden und reklamieren dafür ihre Pflicht, das Geheimnis zu wahren.

Das ist falsch. Nach der Enthüllung muss der Diskurs beginnen. Der Export einer so schlagkräftigen Waffe wie des „Leopard“ nach Saudi-Arabien wirft viele Fragen auf, zumal in Zeiten der arabischen Revolution. In Riad herrscht ein autoritäres Regime, das brutal handeln kann, gegenüber eigenen Bürgern und anderen. Saudi-Arabien hat Truppen nach Bahrain geschickt, um einen Aufstand dort zu ersticken. Es könnte die „Leoparden“ auch gegen eine demokratische Revolution im eigenen Land einsetzen. Möchte man dann deutsche Panzer rollen und schießen sehen? Kann man sich das unvergessliche Bild vom chinesischen Aufstand mit „Leoparden“ vorstellen? Ein Mann, demokratisch gesinnt, stellt sich einer Panzerkolonne deutscher Wertarbeit entgegen?

Anders als der Verkauf von Kühlschränken formt der Export von Panzern das Bild eines Landes erheblich, nach innen wie nach außen. Panzer bringen den Tod, ihr Verkauf zeigt an, dass das exportierende Land die Käufer als Sieger in kommenden Kämpfen sehen möchte. Darüber still und heimlich zu entscheiden ist immer zweifelhaft. Die Stille und die Heimlichkeit fortzusetzen, obwohl bekannt ist, dass man sich zu diesem Geschäft entschlossen hat, ist unverfroren.

Vielleicht hat die Bundesregierung gute Gründe für diesen Verkauf, aber dann will man sie hören. Die Gründe müssen sich dem Diskurs stellen. Dieses Geschäft hätte eine ungenügende Legitimation, wenn es, obwohl bekannt, weiterhin als Geheimnis behandelt wird. Sprechverweigerung an diesem Punkt zeigt Arroganz gegenüber der Öffentlichkeit. Es ist zudem albern, ein Geheimnis wie ein Geheimnis zu behandeln, obwohl es kein Geheimnis mehr ist. Das erinnert an Kinder, die sich unentdeckt glauben, solange sie die Augen geschlossen halten: Sehe ich dich nicht, siehst du mich auch nicht. Politische Kommunikation kann dieser Regel nicht folgen, Merkels Verpanzerung muss aufhören.

PATERNALISMUS

Kann man ein Land veröden? Merkel kann. Sie hat dies im Wahlkampf 2009 bewiesen, als sie trübe, nahezu leere Reden hielt, nichts verkündete, den Gegner schonte, damit sich niemand aufregen konnte und damit es die fernen Sympathisanten der SPD nicht zu den Urnen drängte. Sie setzte auf eine niedrige Wahlbeteiligung und hatte Erfolg damit, einen persönlichen

Erfolg, keinen für die Demokratie. Rund 30 Prozent der Wahlbürger blieben daheim, angeödet, unterzuckert von einem Mangel an Worten. Das war ein Minusrekord, und seither hat sich Merkel nicht die geringste Mühe gegeben, den demokratischen Diskurs neu zu beleben. Dabei gäbe es so viel zu besprechen.

Im ersten Halbjahr 2011 hat die Weltgeschichte das Tempo eines Rennpferds vorgelegt, arabische Revolution, Euro-Krise, die Atomkatastrophe von Fukushima. Das alles wirkt bedrohlich, die Politik muss reagieren, und in der Folge verändert sich die Welt. Und wenn sich etwas verändert, wollen die Veränderten wissen, warum es jetzt anders ist, welche Risiken es gibt und welche Hoffnungen. Sie wollen Begründungen, Erklärungen und Visionen hören.

Sind die Risiken wirklich so groß, dass bis 2022 alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden müssen? Warum gilt jetzt das Gegenteil vom Herbst 2010, als die Laufzeiten verlängert wurden? Liegt eine Verheißung in der Energiewende, also der Umstellung auf Windkraft oder Gas? Warum sollen die Deutschen Griechenland retten? Wäre die Mark nicht viel besser als der Euro? Gibt es überhaupt eine Hoffnung für den Euro? Wird bald das Preisniveau steigen und der Lebensstandard sinken? Liegt immer noch eine Verheißung in der Europäischen Union?

Es ist hohe Zeit für Reden an die Bevölkerung, es ist die Zeit für große Reden, auf jeden Fall für klärende Worte. Merkel verweigert das, die Unterzuckerung des Landes ist seit der Wahl noch schlimmer geworden.

Warum ist das so? Ist es ihre Sprache, eine Unfähigkeit, gute, vielleicht auch große Worte zu finden? Das spielt eine Rolle. Merkel bedient sich eines eigentümlichen Idioms, einer *Lingua Merkelae* mit vielen verrutschten Formulierungen und Sonder-

barkeiten beim Ausdruck von Gefühlen. Aber das erklärt nicht alles. Merkel kann in Hintergrundgesprächen mit Journalisten witzig und charmant sein, sie kann klug analysieren, aber so-

bald sie öffentlich redet, sucht sie in den allermeisten Fällen Sicherheit im Manuskript, das zusammengeklaut ist aus dem grausigen Baukasten der Abteilungsleiterbürokratie; ein Konglomerat von Sätzen, die so vielfach abgeklopft, gerundet und befeilt wurden, dass jenseits der Inhaltsebene nichts anderes rüberkommt als depressierende Mutlosigkeit.

Die Angst vor den eigenen Worten ist eine Erklärung dafür. Die Bundeskanzlerin will nicht anecken, will niemanden aufwühlen, weil sie weiß, wie heftig Worte in der medialen Verstärkung wirken können. Deshalb segelt sie lieber leise über den See.

Eine zweite Erklärung für ihre Sprachlosigkeit ist der paternalistische Zug, den sie immer stärker herausbildet, bei einer Frau eigentlich ein maternalistischer, aber dieser Begriff trifft es nicht richtig. Paternalistisch heißt: Ich bestimme für andere, nach der Maßgabe dessen, was ich für deren Wohl halte. Ich muss das nicht groß erklären, denn ich weiß, was das Beste für alle ist. Die anderen sollen folgen, nicht lamentieren, denn in Wahrheit folge ich ja ihren Bedürfnissen. So führt Merkel das Land, während sie zugleich vom Land geführt wird, kurzum: Herrschaft in der Verkleidung der Fürsorge.

Das ist Merkels sprachloser Paternalismus. Die Geheimniskrämerei passt dazu, auch die Stümperei, weil sie eine Form der politischen Arroganz ist: Ich muss mich nicht um Strategien bemühen, weil ich meine Ziele irgendwie auch so erreiche, zumindest den nächsten Wahlsieg.

Paternalismus und Demokratie sind nicht gut zu vereinbaren. Eine Gesellschaft ist nicht das, was in vergangenen Jahrhunderten ein Abendbrot mit Kindern war. Es muss geredet werden. Das Reden gehört nicht nur zur Demokratie, es ist das Wesen der Demokratie. Ohne Worte wird sie zum Skelett.

Reden Sie, Kanzlerin, reden Sie endlich.

Sätze aus dem grausigen Baukasten der Abteilungsleiterbürokratie.

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Papa ist mein Vater, Schluss, aus“

Der FDP-Vorsitzende und Vizekanzler Philipp Rösler, 38, über sein Leben als Adoptivkind, den Umgang mit Ausländern in Deutschland und die Probleme vieler Asiaten beim Alkoholenuss

SPIEGEL: Herr Minister, Sie sind in Vietnam geboren, mit neun Monaten wurden Sie von deutschen Eltern adoptiert. Wann haben Sie zum ersten Mal gemerkt, dass Sie anders aussehen als deutsche Kinder?

Rösler: Als ich vier oder fünf war, hat sich mein Vater mit mir vor einen Spiegel gestellt. Er hat gesagt: „So, schau dich mal an, und dann schau mich mal an – wir sehen unterschiedlich aus. Aber egal was passiert und egal, was die Leute sagen: Ich bin dein Vater.“

SPIEGEL: Wurden Sie als Kind wegen Ihres Äußeren gehänselt?

Rösler: Nein, nie. Ich habe damals mal geträumt, ich sei ein verschollener vietnamesischer Prinz. Der Gedanke gefiel mir. Irgendwann wollte ich von meinem Vater wissen, ob es in Vietnam überhaupt Prinzen gibt. Er sagte, früher habe es da mal einen Kaiser gegeben, aber jetzt nicht mehr. Das muss ungefähr im Jahr 1980 gewesen sein, da waren schon die Kommunisten an der Macht.

SPIEGEL: Konnten Sie es sich als Teenager vorstellen, mit Ihrem Aussehen einmal Vizekanzler der Bundesrepublik zu werden?

Rösler: Welcher Teenager kann sich überhaupt vorstellen, einmal Vizekanzler zu werden? Ich finde, die Bürger gehen doch sehr tolerant und gelassen mit der Tatsache um, dass ich anders aussehe als der „Durchschnittsdeutsche“. Im Ausland sorgt das ab und an für Aufsehen. Vor kurzem habe ich die Bundeskanzlerin nach Washington begleitet. Beim Empfang im Weißen Haus hat mich Präsident Obama interessiert zu meinem politischen Werdegang gefragt.

SPIEGEL: Gab es Reaktionen in Vietnam auf Ihren Aufstieg zum FDP-Chef und Vizekanzler?

Rösler: Ich habe von vielen Regierungen ein Glückwunschschreiben bekommen, auch von der vietnamesischen. Das hat mich sehr gefreut. Ein Bezug zu meiner vietnamesischen Herkunft wurde dabei aber nicht hergestellt.

SPIEGEL: Ist man in Vietnam stolz auf Philipp Rösler?

Rösler: An meinem Ministerium halten öfter mal Reisebusse mit vietnamesischen



CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Wirtschaftsminister Rösler: „Ich habe geträumt, ich sei ein verschollener Prinz“

Touristen an. Für viele Vietnamesen ist es wohl etwas Besonderes. Wenn ein aus Deutschland Adoptierter in der vietnamesischen Regierung säße, fänden wir Deutsche das wahrscheinlich auch irgendwie interessant.

SPIEGEL: Hat Ihr Vater Ihnen viel von Vietnam erzählt?

Rösler: Mein Vater hat durch seinen Beruf als Hubschrauberpilot bei der Bundeswehr einige Vietnamesen kennengelernt. In den siebziger Jahren musste er oft zum Training in die USA. Dort wurden auch die Piloten der südvietnamesischen Armee ausgebildet. Der Krieg in Vietnam hat ihn – wie die meisten seiner Genera-

tion – enorm beschäftigt. Für ihn gab es damals zwei Möglichkeiten: entweder sich auf die Straße zu stellen und zu protestieren – oder ganz praktisch zu helfen. Er hat sich für Letzteres entschieden und ein Kind aus Vietnam adoptiert – mich.

SPIEGEL: Wenn Sie heute Filme über den Vietnam-Krieg sehen, auf welcher Seite stehen Sie dann?

Rösler: Auf gar keiner. In Filmen wie „Platoon“ von Oliver Stone gibt es keine so eindeutige Aufteilung in Gut und Böse. Insofern fühlte ich mich gar nicht gedrängt, Partei für eine Seite zu ergreifen.

SPIEGEL: Haben Sie jemals versucht, Vietnamesisch zu lernen?

Das Gespräch führten die Redakteure Markus Feldenknecht und René Pfister.

Rösler: Dafür habe ich nie einen Anlass gesehen.

SPIEGEL: Gab es bei Ihnen irgendwann den Wunsch, wie ein Deutscher auszusehen?

Rösler: Nein, ich bin ja Deutscher und habe mich immer wie ein Deutscher gefühlt. Ich bin in eine katholische Grundschule in Hamburg-Harburg gegangen, da gab es viele spanische und italienische Schüler. Nach dem ersten Schultag bin ich zu meinen Vater gelaufen und habe gesagt: „Papa, bei mir sind ganz viele Ausländer in der Klasse.“ Da hat er schallend gelacht.

SPIEGEL: Ist Deutschland ein ausländerfreundliches Land?

Rösler: Ja. Ich selbst habe nie negative Erfahrungen gemacht.

SPIEGEL: Welche Ausländer haben es am schwersten in Deutschland?

Rösler: Das ist schwer zu sagen. Grundsätzlich macht Fremdes und Andersartiges vielen Menschen Angst. Deswegen vermute ich, dass es diejenigen am schwersten haben, die sich optisch am stärksten vom „typischen Deutschen“ unterscheiden.

SPIEGEL: Hängt Ihr positives Deutschlandbild auch damit zusammen, dass Sie in behüteten Verhältnissen aufgewachsen sind? Ein türkischer Junge in einem Problemviertel wie Berlin-Neukölln hat wahrscheinlich einen ganz anderen Blick auf Deutschland.

Rösler: Über meine Herkunft hat sich nie jemand lustig gemacht. Aber türkische Jungs wurden früher oft mit der Nase darauf gestoßen, dass sie anders sind. Ich hielt das für ungerecht und gefährlich. Denn wie soll sich jemand in die Gesellschaft einbringen, wenn ihm von Anfang an gesagt wird, eigentlich gehörst du gar nicht zu uns!

SPIEGEL: Warum ist das Klima für Ausländer in Deutschland rauer geworden?

Rösler: Früher galten Ausländer als Bereicherung. Westdeutschland brauchte Arbeitskräfte, und deswegen waren Spanier, Italiener und Türken willkommen. Mit der Angst vor der Arbeitslosigkeit stieg bei vielen Menschen die Angst, dass ihnen Einwanderer den Job wegnehmen könnten. In den letzten Jahren ist das Klima aber deutlich besser geworden.

SPIEGEL: Wie kommt es, dass Neonazis im Osten Vietnamesen als „Fidschis“ beschimpfen?

Rösler: Vietnamesen so zu bezeichnen ist nicht nur geografisch völlig absurd. Die Fidschi-Inseln liegen einige tausend Kilometer von Vietnam entfernt.

SPIEGEL: Können Sie verstehen, dass Menschen Angst vor Einwanderern haben?

Rösler: Es gibt immer zwei Möglichkeiten, mit diesen Ängsten umzugehen. Entweder man gibt sich ihnen hin und schottet sich ab, oder man versucht, offen zu sein und die Menschen aufzuklären – für mich ist das der liberale Weg.

SPIEGEL: Hat die FDP genug Aufklärungsarbeit geleistet?

Rösler: Die gesamte Politik hat sich zu wenig mit dem Thema Integration befasst.

SPIEGEL: War die deutsche Politik zu nachsichtig mit Ausländern, die die Integration verweigert haben?

Rösler: Ich glaube, die Politik hat zu wenig Angebote gemacht, zum Beispiel Sprachkurse. Strafen sollten nicht die erste Antwort sein.

SPIEGEL: Werden Sie als Wirtschaftsminister die Regeln für die Zuwanderung nach Deutschland lockern?



Abiturient Rösler 1992

„Immer wie ein Deutscher gefühlt“

Rösler: Ich werde mich dafür einsetzen, dass sich die Bundesregierung weiter in diese Richtung bewegt. Deutschland braucht qualifizierte Zuwanderung. Es ist doch absurd, wenn wir hier mit viel Geld ausländische Studenten ausbilden und sie nach ihrem Abschluss nur ein Jahr im Land bleiben dürfen.

SPIEGEL: Asiaten gelten in Deutschland als besonders gut integriert. Woran liegt das?

Rösler: Vietnamesische Eltern legen, wie viele andere auch, besonderen Wert darauf, dass ihre Kinder eine gute Ausbildung bekommen.

SPIEGEL: Ist es für Sie in der Politik hinderlich, dass Asiaten den Ruf haben, immer nett und freundlich zu sein?

Rösler: Warum sollte es hinderlich sein, als freundlich zu gelten?

SPIEGEL: Weil in der Politik freundlich oft als Synonym für durchsetzungsschwach verwandt wird.

Rösler: Da machen Sie sich bei mir mal keine Sorgen.

SPIEGEL: Finanzminister Wolfgang Schäuble hat in einem Interview über Sie gesagt, Sie seien nicht nur sachkundig und liebenswürdig, sondern verfügten auch über ein hohes Maß an Humor. Fühlten Sie sich von Schäuble verniedlicht?

Rösler: Ich habe mich schon gefragt, worin der Mehrwert seiner Äußerungen bestand.

SPIEGEL: Sind Sie stolz, ein Deutscher zu sein?

Rösler: Eigentlich ja, aber der Satz ist von Rechtsradikalen okkupiert worden. Niemand muss ihn plakativ gebrauchen.

SPIEGEL: Gehört der Islam zu Deutschland?

Rösler: Es gibt rund vier Millionen Muslime in diesem Land, auch sie prägen es. Deswegen ist es auch richtig zu sagen, der Islam gehört zu Deutschland. Der Satz stammt ja von Bundespräsident Christian Wulff. Als er ihn gesagt hatte, habe ich ihm gleich eine SMS geschickt: „Das war mutig. Die Sache wird noch große Wellen schlagen.“ So ist es gekommen.

SPIEGEL: Warum haben Sie erst mit 33 Jahren zum ersten Mal Ihr Geburtsland Vietnam besucht?

Rösler: Ich hatte einfach nicht den Wunsch, Vietnam hatte keine besondere Bedeutung für mich. Wenn einem nichts fehlt, dann sucht man auch nichts. Ich bin dann schließlich hingefahren, weil meine Frau mir gesagt hat: „Eines Tages wollen wir doch mal Kinder haben, und denen möchte ich erklären können, wie es in Deinem Geburtsland aussieht.“

SPIEGEL: Wie haben Sie sich vor Ort gefühlt? Als gewöhnlicher Tourist?

Rösler: Vielleicht als besonders interessierter Tourist. Mitunter haben sich die Vietnamesen erkennbar die Frage gestellt, was für ein Mensch ich wohl bin. Man sah mir ja an, dass ich nicht in Vietnam lebe. Wie ein japanischer Tourist, von denen es viele in Vietnam gibt, sah ich auch nicht gerade aus. Die meisten dachten, ich sei ein amerikanischer Urlauber, einer, der aus einer in die USA ausgewanderten Familie stammt.

SPIEGEL: Wussten Sie damals schon Näheres über Ihre vietnamesischen Wurzeln?

Rösler: Ja. Das habe ich unter anderem auch dem SPIEGEL zu verdanken. Bei einer Veranstaltung in Holzminden hat mich ein Mann gefragt, wo ich denn herkäme. Ich habe ihm den Namen meines Heimatortes gesagt. Den kannte ich aus



SÖREN STACHE / PICTURE ALLIANCE/ DPA

Ehepaar Rösler: „Meine Frau durfte die Namen der Kinder bestimmen“

meiner Geburtsurkunde. Das sei ja ein Zufall, sagte der Mann, da komme seine Tochter auch her. Sie war eines jener Kinder, die 1975 aus dem Kriegs-Vietnam evakuiert wurden. Eine der letzten Maschinen ist ja abgestürzt und zur Hälfte auf einem Reisfeld ausgebrannt. Der SPIEGEL hat dann mit den überlebenden Kindern eine Reise in den Ort gemacht – und das war jene Stadt, in der mein Waisenhaus stand. In dem SPIEGEL-Artikel wurden auch die beiden Nonnen zitiert, die sich damals um insgesamt 3000 Waisenkinder gekümmert haben. Die haben sich damals für ihre Schützlinge irgendwelche Namen ausgedacht, um sie außer Landes schleusen zu können.

SPIEGEL: Haben Sie sich nicht mal Karten von Vietnam angesehen, um zu erfahren, wo genau Ihr Geburtsort liegt?

Rösler: Doch, aber auf den Karten, die mir zur Verfügung standen, habe ich den Ort nicht gefunden. Als ich 2006 in Vietnam war, besuchte ich den ehemaligen südvietnamesischen Präsidentenpalast. Unten im Keller fanden sich noch die früheren Lagezentren der Amerikaner. An der Wand hingen viele alte Karten. Dort habe ich meinen Geburtsort gesucht. Ich wusste, dass er irgendwo in der Nähe von Saigon sein musste. Schließlich habe ich ihn gefunden. Unser Dolmetscher hat uns dann erklärt, dass nach dem Kriegsende 1975 alle Orte und Städte in Südvietnam

einen anderen Namen bekommen haben. Kein Wunder, dass ich ihn vorher nie finden konnte.

SPIEGEL: Sie sind dann mit Ihrer Frau in den Ort gefahren?

Rösler: Nein. Denn unsere Reisegruppe fuhr in eine andere Richtung. Ehrlich gesagt, habe ich das auch nicht gebraucht, ich hatte ja eine grobe Vorstellung, wie es in meinem Ort ausgesehen haben musste. Vietnamesische Ortschaften unterscheiden sich im Grunde nicht sehr voneinander.

SPIEGEL: Wissen Sie etwas über Ihre leiblichen Eltern?

Rösler: Nein. Die Schwestern aus meinem Waisenhaus mussten über 3000 Kinder betreuen. Sie haben sich die Herkunft und Namen der Kinder ausdenken müssen, um die Formulare für ihre Ausreise auszufüllen. Da gibt es wahrlich keine Spur zu meinen leiblichen Eltern.

SPIEGEL: Haben Sie jemals daran gedacht, selbst nach ihnen zu suchen?

Rösler: Nein. Für mich ist mein Vater mein Papa. Es ist gut so, wie es ist. Mir fehlt nichts.

SPIEGEL: Hatten Sie Angst, dass Ihr Leben komplizierter werden würde, wenn Sie Ihre leiblichen Eltern gefunden hätten?

Rösler: Die Frage, wer mein leiblicher Vater ist, stellte sich mir nicht. Mein Papa ist mein Vater, Schluss, aus.

SPIEGEL: Was hat Ihnen an Vietnam besonders gut gefallen?

Rösler: Die Landschaft ist toll, auch das Essen. Wenn man bei uns asiatisch essen geht, dann ist alles sehr eingedeutscht. Viele Asiaten gehen deshalb in Deutschland nicht asiatisch essen – es schmeckt einfach nicht wie daheim.

SPIEGEL: Warum wollen Sie eigentlich deutscher sein als jeder Deutsche?

Rösler: Will ich gar nicht. In meinem Büro stand zum Beispiel lange keine Fahne.

SPIEGEL: Dann mal der Reihe nach: Ihr Liebessänger heißt Udo Jürgens. Ihre Zwillinge taufen Sie auf die Namen Grietje und Gesche. Sie sind im Zentralkomitee der deutschen Katholiken. Und dann verpflichten Sie sich freiwillig bei der Bundeswehr. Sie sind kein Deutscher, Sie sind ein Musterdeutscher.

Rösler: Dann mal die Gegenrede: Richtig ist, dass ich glühender Udo-Jürgens-Fan bin. Aber gewiss nicht, weil er deutsch singt. Ich verrate Ihnen, dass bei uns zu Hause keine Deutschlandfahne hängt. Zudem fahre ich privat ein französisches Auto – aus sehr praktischen Gründen. Nur in dieses Auto passt ein Zwillingsskinderwagen aufrecht rein. Jetzt zu den Kindernamen: Meine Frau hat bei unserer Hochzeit meinen Nachnamen angenommen – das ist ja heutzutage alles andere als selbstverständlich. Wir hatten vereinbart, dass sie Rösler heißt und dafür die Namen unserer Kinder bestimmen darf. Ich konnte Wünsche anmelden, aber ent-



CHRISTIAN THIEL / DER SPIEGEL

Bierzeltbesucher Rösler: „Bei mir gibt es keinen Rausch, nur den Kater“

scheiden durfte meine Frau. Grietje ist zudem eher niederländisch, Gesche eher friesisch.

SPIEGEL: Würden Sie sagen: Es gibt eine deutsche Leitkultur?

Rösler: Den Begriff haben andere geprägt. Aber natürlich gibt es eine Kultur, auf die man sich verständigen kann. Die schwankt irgendwo zwischen Grünkohlkönig und Moderne.

SPIEGEL: Ach ja, Glückwunsch noch mal! Sie wurden in diesem Jahr zum Oldenburger Grünkohlkönig gewählt.

Rösler: Zu dieser Grünkohlkönig-Tradition gehören durchaus ernsthafte Werte: Dass man sich untereinander stützt und unterstützt und für eine Region kämpft. Ich hab ja lange Zeit Vorträge zum Thema „Heimat“ gehalten. Ich finde, dass Heimat nicht spießig, brav oder langweilig ist.

SPIEGEL: Wann haben Sie zum ersten Mal gemerkt, dass Asiaten ein Enzym zum Abbau von Alkohol fehlt?

Rösler: In der Pubertät – wenn es gemein hin die ersten Berührungspunkte gibt.

SPIEGEL: Waren Sie schlimm betrunken?

Rösler: Nein. Bei Alkohol ist es ja so: Er wird bei den meisten Menschen erst zu Aldehyd umgewandelt und dann zu Essigsäure. Das ist bei mir anders, mit einer unschönen Folge: Bei mir gibt es keinen Rausch, nur den Kater.

SPIEGEL: Klingt ja furchtbar. Sie trinken also gar nichts?

Rösler: Doch. Würde ich nie Alkohol trinken, reichten ganz geringe Mengen und mir wäre schlecht. Wenn ich aber regelmäßig wenig Alkohol trinke, bilden sich Enzyme, die beim Abbau von Alkohol behilflich sind.

SPIEGEL: Wie viel vertragen Sie?

Rösler: Ein Glas Wein geht.

SPIEGEL: Wie kann man als Politiker in Niedersachsen überleben, wenn einem nach drei Korn übel ist?

Rösler: Vielleicht haben Sie zu drastische Klischees von meiner Heimat im Kopf. Niedersachsen ist ein freies Land. Man muss ja nicht mittrinken. Ich glaube sowieso: Die Zeit, in der man meinte, politisch nur Karriere machen zu können, wenn man wahnsinnig viel mittrank, die ist vorbei.

SPIEGEL: Sind Sie ein Vorbild für Ausländer in Deutschland?

Rösler: Ich werde von einigen als Vorbild wahrgenommen. Als ich gerade Bundesminister werden sollte, gab es eine Sitzung im Restaurant des Bundestags. Da kam irgendwann ein Farbiger auf mich zu, er arbeitete im Service der Catering-Firma. Und wissen Sie, was der sagte: „Ich finde es ganz toll, dass einer von uns es bis ganz nach oben geschafft hat.“

SPIEGEL: Haben Sie sich gefreut?

Rösler: Ja, weil es ehrlich war und von Herzen kam.

SPIEGEL: Herr Minister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



BUNDESNACHRICHTENDIENST

Alles top secret

Der Wunsch nach maximaler Sicherheit führt beim BND-Neubau in Berlin zu hohen Kosten und Planungschaos – richtig geheim ist die Baustelle trotzdem nicht.

Zwei Farben, Grün und Blau, signalisieren auf Berlins geheimster Baustelle Sicherheit.

Männer in grüner Uniform kontrollieren den Einlass, sie arbeiten für private Sicherheitsfirmen und kommen mitunter aus dem Türstehermilieu. Ihre Kollegen in Blau tragen den Bundesadler auf der Jacke, sie sind vom Bundesnachrichtendienst (BND) und sollen unter anderem verhindern, dass Wanzen in den Rohbau gelangen oder Baupläne in falsche Hände geraten.

Mehr als hundert solcher Wachleute patrouillieren täglich durch die künftige Geheimdienstzentrale. Die Mitarbeiter, die hier ab 2014 einziehen wollen, fühlen sich trotzdem nicht ausreichend geschützt. Bei den Arbeitern auf ihrem Gelände, so fürchten die BND-Leute, könnte es sich ja um ausländische Spione handeln. Vom Bund forderten sie deshalb voriges Jahr weitere 25 Millionen Euro, von denen 18 Millionen Euro bereits freigegeben wurden: für noch mehr Aufpasser, schärfere Kontrollen und zusätzliche Sperrzonen.

Vorige Woche alarmierte ein „Focus“-Bericht über verschwundene Baupläne

Politik und Öffentlichkeit. Prompt versuchte BND-Chef Ernst Uhlrau am Dienstag vor der Presse das Problem kleinzureden, es seien nur Nebengebäude wie das Parkhaus betroffen. Verantwortung trage nicht der BND („Wir sind nur die Mieter“), sondern die Bauherren der Bundesverwaltung.

Doch so schnell ist der Vorgang nicht erledigt, die Berliner Großbaustelle wird zur Belastung – für Uhlrau und für seine Behörde.

Für Uhlrau, weil sich sein Verhältnis zu Kanzlerin Angela Merkel (CDU) so weiter verschlechtert. Erst vor wenigen Tagen musste er im BND-Intranet darüber informieren, dass er einen Abteilungsleiter intern versetzt und damit faktisch ablöst. Monatelang hatte Uhlrau an dem wichtigen Mitarbeiter festgehalten, obwohl der seinen Dienststrecker entgegen der strengen Vorschriften privat genutzt und dabei wohl auch Sex-Seiten angeschaut hatte. Uhlraus Unfähigkeit erregte das Missfallen des Kanzleramts, das den Fall im Parlamentarischen Kontrollgremium vortrug und den BND-Chef damit unter Zugzwang setzte.

BND-Neubau in Berlin

„Lückenhafte Koordination“

Auf dem Gelände des früheren Stadions der Weltjugend entsteht ein siebenstöckiger Gebäudekomplex mit 260 000 Quadratmeter Fläche für Büros, Labors, Nachrichtentechnik – und 4000 Geheimdienstler.

Bei der Realisierung beginnen die Probleme schon mit den einfachsten Jobs. Der Markt für Bauarbeiter rund um Berlin ist leergefegt, Großprojekte wie der neue Flughafen Schönefeld binden viele Kräfte. Für den BND musste das Projektmanagement deshalb zahlreiche Bauarbeiter aus Osteuropa kurzfristig anwerben: Männer, über deren biografischen Hintergrund nichts bekannt ist. Prompt sorgte der BND dafür, dass zentrale Teile der Baustelle für nicht überprüfte Ausländer gesperrt werden.

Offenkundig auch aus Sicherheitsbedenken verzichtete das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung als Projektverantwortlicher auf einen Generalunternehmer. So wollte die Behörde wohl verhindern, dass ein einziges Unternehmen über sämtliche Baupläne verfügt.

Bei anderen Projekten dieser Größenordnung

hätte es vorher eine Ausschreibung gegeben, Konzerne hätten sich als Generalunternehmer bewerben und dabei detaillierte Informationen einsehen können. Die Unternehmen hätten die Unterlagen zudem an Subunternehmer weitergeben müssen, um Preise zu kalkulieren. Baupläne des BND-Neubaus wären praktisch öffentlich gewesen, ehe der erste Arbeiter einen Spatenstich in den Berliner Boden gesetzt hätte.

Vorsichtshalber verzichtete das zuständige Bundesamt auf die Ausschreibung. Teile und herrsche: So lautete die Devise auch bei den Planungsbüros. Nicht eines

allein durfte für alles verantwortlich sein. Stattdessen müssen nun drei Unternehmen gemeinsam den Neubau abwickeln.

Entsprechend groß ist jetzt das Chaos. Vorgaben etwa aus dem Brandschutzkonzept wurden bei der Planung nicht ausreichend berücksichtigt. Mehrere Bauunternehmen haben sich schon beschwert. Jarl-Hendrik Kues vertritt einige von ihnen in der Berliner Baurechtskanzlei Leinemann und Partner. Er sagt: „Die unzureichende Projektsteuerung und die lückenhafte Koordination der einzelnen Bauabschnitte verursachen große Probleme und sorgen für großen Unmut.“ Auch das Bundesamt räumt Unstimmigkeiten mit „einzelnen Firmen“ ein.

Für den BND wären solche Einwände wohl zu verkraften, wenn die Baustelle wie versprochen „eine der sichersten“ Deutschlands wäre. Tatsächlich sind die Sicherheitslücken noch größer als bislang bekannt, Baupläne zirkulieren bei den beteiligten Unternehmen weitgehend unkontrolliert – auch weil es technisch oft gar nicht anders geht.

Der SPIEGEL traf einen Unternehmer, der allein von seinem Bauplan-Satz ein paar hundert Kopien angefertigt hat – für Bauleiter und seine Subunternehmer. Auf den Zeichnungen („VS – Nur für den Dienstgebrauch“) geht es nicht ums Parkhaus oder andere nachrangige Gebäude, sondern um Abschnitte des Hauptgebäudes. Die Grundrisse von Labors und Büros sind darauf leicht zu erkennen.

Relativ sicher erscheinen bislang nur die geheimsten Teile des Baus, etwa das Büro des Präsidenten oder die Computerzentrale; deren Pläne dürfen nur unter strikter Kontrolle von Sicherheitsüberprüften Unternehmen auf dem Gelände eingesehen werden.

Wie viele Baupläne im Umlauf sind, weiß weder der BND noch das Bundesamt. 250 Unternehmen sind am Bau beteiligt, an jedem Betrieb hängen im Durchschnitt noch einmal zehn Subunternehmen: Etwa 2500 Firmen könnten über Kopien verfügen.

Andere Bauherren hätten womöglich Strafanzeige gestellt, wenn ihre Baupläne in falsche Hände geraten wären; nicht so der BND und die anderen beteiligten Behörden. Die Geheimen fürchten, dass ihre künftige Zentrale am Ende noch von der Justiz seziert wird.

Vor Gericht könnte das Bauwerk dennoch bald landen. Mehrere Unternehmen denken bereits an eine Klage, weil sie mit Planung und Zahlungsmoral des Bauherrn unzufrieden sind.

Für den Geheimdienst eine nahezu apokalyptische Vorstellung. Gutachter müssten in diesem Fall auf die Baustelle und dort ungehindert fotografieren, kartografieren und nachmessen können.

SVEN BECKER, MATTHIAS GEBAUER, MARCEL ROSENBACH, ANDREAS WASSERMANN

BND-Baustelle

Baugelände **10 ha**
beteiligte Unternehmen und Subunternehmen **etwa 2500**
Bauzeit **2006 bis Ende 2014**

Nun sind Merkels Beamte von seinen Beschwichtigungsversuchen in Sachen Neubau irritiert. Uhrlaus Presseauftritt kam für sie eher überraschend; sein verharmlosendes Krisenmanagement passte nicht so recht zur Ankündigung des Kanzleramts, eigens eine Untersuchungskommission mit dem Sicherheitsleck zu befassen.

Dabei war der BND ambitioniert in das Projekt Neubau gestartet. Beim künftigen Nervenzentrum des deutschen Auslandsgeheimdienstes sollte schon vor dem Einzug so gut wie alles top secret laufen. Doch genau in dieser Vorgabe liegt ein Dilemma.

Denn der Preis für die Geheimhaltung ist sehr hoch. Der Wunsch nach maximaler Sicherheit führt zu Planungschaos, Verzögerungen und steigenden Kosten. Entstanden ist nun eine Großbaustelle, die sich verselbstständigt und einer vernünftigen Kontrolle entzieht – weil niemand alles wissen darf.

„Es wird mit Sicherheit eine der sichersten Baustellen Deutschlands“, hatte der BND beim Spatenstich 2006 versprochen. Es wurde auch eines der größten Bauprojekte, die der Bund in den letzten Jahren in Auftrag gab, die Kosten haben mit 815 Millionen Euro schon jetzt den gesetzten Kostenrahmen gesprengt.



Geheimdienst-Chef Uhrlau: „Wir sind nur die Mieter“

PARTEIEN

Murmelnde Freibeuter

Via Internet lässt die Piratenpartei über alles abstimmen – und verliert sich dabei im Klein-Klein. Wie viel direkte Demokratie verträgt eine Partei?

Donnerstagabends ab 19.30 Uhr wird es gemütlich. Dann tauscht Sebastian Nerz seinen Anzug gegen T-Shirt und bequeme Hose und rückt zu Hause in Tübingen das Netbook zu recht. Wenn das Headset sitzt, geht die Vorstandssitzung los.

Seit Mai ist Nerz Vorsitzender der Piratenpartei, und die versucht gerade etwas, das noch keine andere Partei in Deutschland versucht hat: eine radikale direkte Demokratie, also die ständige Debatte der Mitglieder und die Urabstimmung als Normalfall. Das Internet macht es möglich.

Alle Parteien versuchen ihre Mitglieder elektronisch zu erreichen, aber keine macht es so konsequent wie die Piratenpartei. Ein Blick auf die Probleme von Sebastian Nerz mit der direkten Demokratie ist ein Blick in die Zukunft der Politik. Wie will man Macht organisieren, wenn alle immer mitreden können?

Bei der Bundestagswahl 2009 holte die Piratenpartei allein mit dem Thema Netzpolitik aus dem Stand zwei Prozent. Inzwischen hat sich die Agenda erweitert, die Partei will jetzt auch Bürgerrechte stärken und das bedingungslose Grundeinkommen einführen. 12 000 Mitglieder haben die Piraten; und unter denen finden

sich eine Menge Spezialisten, die ein Instrumentarium für die digitale Parteidemokratie entwickelt haben. Diese Mittel heißen „Wiki“ und „Pads“, „Mailinglisten“ und „Liquid Feedback“. Zudem nutzt die Partei das Sprach-Konferenz-Programm „Mumble“, zu Deutsch: Gemurmel.

Parteichef Nerz ist 27 Jahre alt und studiert Bioinformatik in Tübingen, er geht gern tauchen, in diesem Jahr will er heiraten. Früher war er in der CDU, Anzüge trägt er noch immer gern, ansonsten gilt: „Was dort passierte, das war nicht meine

Art von Demokratieverständnis.“ Er meint die Hinterzimmerpolitik, das Auskugeln von Posten und Wahllisten. Nun hat er andere Probleme.

Alle 14 Tage trifft sich der Vorstand zur digitalen Vorstandssitzung im Mumble, einer Telefonkonferenz via Internet. Alle 12 000 Mitglieder sind eingeladen, Geheimnisse gibt es bei dieser Partei nicht, die für totale Freiheit im Netz kämpft und Deutschland zu einem absolut transparenten Staat machen will. Macht ist den Freibeutern des Internets verdächtig. Deshalb



MICHAEL LATZ / DAPD

Chefpirat Nerz: Diffuse Angst vor Machtstrukturen

haben sie sogar darüber abgestimmt, ob es für das Gemurmel einen Moderator geben soll, der eingreift, wenn sich zwei oder drei Mitglieder gleichzeitig äußern wollen. „Einige waren dagegen“, erzählt Nerz, „weil sie nicht wollten, dass eine einzelne Person mehr Macht hat als alle anderen.“

Nach der Vorstandssitzung folgt der „Dicke Engel“, eine Art Chat-Forum im Audioformat. So heißt die Berliner Kneipe, in der sich die Piraten der Gründerzeit früher ganz real gegenübermaßen.

Nach dem Dicken Engel geht die Debatte auf Facebook und Twitter weiter. „Anders als bei realen Stammtischen kann man bei virtuellen Diskussionen, wie wir sie machen, jede einzelne Äußerung nachlesen“, sagt Nerz. Das ist nicht unbedingt ein Vorteil: „Wenn sich früher jemand geärgert hat, hat er vielleicht einen Spruch auf dem Heimweg gemacht, den zwei, drei Leute gehört haben. Heute lässt er seinen Frust per Tweet auf Twitter raus, und alle können es lesen. Dann dreht sich alles immer nur im Kreis. Das ist eines unserer Probleme.“

Nerz' innerparteilicher Rivale nennt sich im Netz „Schmidtlepp“ und heißt in der realen Welt Christopher Lauer. Er ist 27 und studiert Wissenschafts- und Technikgeschichte in Berlin. Er ist laut, kleidet sich exzentrisch, gibt sich gern intellektuell, und er sagt Dinge so, wie sie ihm in den Sinn kommen. Sascha Lobo hat ihn vor kurzem einen „kantigen Offensivvisionär“ genannt, das hat Lauer gefallen. Bei den Piraten kommt er dagegen nicht so gut an.

Anders als Nerz möchte Lauer Wahllisten für die Piraten einführen. „Wir haben keine klassische Logik in unserer Partei“, sagt Lauer. „In einer normalen Partei wäre ich jetzt Spitzenkandidat für die Wahl in Berlin. Mit unserem Präferenzwahlssystem stehe ich auf Listenplatz 13.“ Seine Art geht manchen Parteifreun-

den auf die Nerven, deshalb haben sie ihn runtergestuft.

„Wir wollen auf technische Weise ein soziales Problem lösen, das ist illusorisch“, sagt Lauer. Das „soziale Problem“ sind für ihn die Wahllisten. Von dem FDP-Bundestagsabgeordneten Jimmy Schulz hat er sich erklären lassen, wie die Listen bei den Liberalen zustande kommen: „Es ist ein kompliziertes Ritual, da darf es keine Zufälle geben. Die Liste muss ein Machtgefüge repräsentieren.“ Aber eben- davor scheuen sich die Piraten.

Das hat Lauer schon im vergangenen Jahr spüren müssen, als er die Diskussionsplattform Liquid Feedback promotet hat. Hier darf jeder zu allem seine Meinung sagen, hier darf jeder Anträge einbringen und über andere Anträge abstimmen. Auch wenn er von dem Thema nicht den blassesten Schimmer hat.

Lauer hatte gehofft, dass sich auf natürliche Weise ein Delegiertensystem entwickeln würde. Denn auf Liquid Feedback kann man seine Stimme auf eine Vertrauensperson übertragen, die sich besser mit dem Thema auskennt oder mehr Zeit hat, sich darin einzuarbeiten. Aber die Piraten wollen ihr Recht auf Klicks nicht hergeben.

„Die Piratenpartei besteht aus vielen individualistischen Menschen, die gefragt werden wollen und die schnell mal gegen etwas sind“, sagt Lauer. „Aber kaum einer setzt sich hin und schreibt ein Programm oder entwirft Plakate.“ Daher sieht er die Partei in zwei Teile zerfallen: in die „amorphe, anonyme Masse“ und in die Aktiven. So ist das auch in anderen Parteien, aber dort haben die Aktiven die Macht. Lauer will, dass sich die Piraten auch in diese Richtung entwickeln.

Die Aktiven brauchen mehr Entscheidungsgewalt: „Direkte Demokratie ist sinnvoll, wenn es um konkrete Fragen geht. Aber Fragen zu Strukturen sind was für Leute, die sich dafür aufgeben.“

Daher schüttelt er auch den Kopf darüber, dass die SPD mit dem Gedanken spielt, ihre Spitzenkandidaten zukünftig auch von Nichtmitgliedern wählen zu lassen, oder dass die Münchner Grünen ihren Bürgermeisterkandidaten bei Castings finden wollen. Viel direkte Demokratie kann einem die Freude an der direkten Demokratie offenkundig verderben.

Das zeigt sich erst recht bei realen Zusammenkünften der Piraten. Sie verzichten auch bei ihren Parteitagen auf Dele-

gierte, was jedes Treffen zu einem potentiellen Chaostag macht. Beim Parteitag in Bingen 2010 hatten die etwa tausend Anwesenden mehr als zehn Stunden gebraucht, um einen Vorstand zu wählen, für inhaltliche Diskussionen war keine Zeit mehr. Dieses Erlebnis hat sich tief eingebrannt.

Für Parteichef Sebastian Nerz ist die Partei an dem gleichen Punkt angekommen, an dem die damals basisdemokratischen Grünen in den achtziger Jahren waren. „Wir müssen uns jetzt entscheiden, welchen Preis wir bereit sind zu zahlen, um erfolgreich in die Parlamente einzuziehen“, sagt er. Auch weiterhin soll sich jeder an Debatten beteiligen können, aber zum Beispiel nicht mehr als Einzelner, sondern in Gruppen.

Vor kurzem hatte Nerz das originelle Problem, dass auf Liquid Feedback darüber abgestimmt wurde, ob er, der Parteichef, in den Berliner Wahlkampf eingreifen darf. Er darf.

KATHARINA FUHRIN



Rivale Lauer

„Das ist illusorisch“



Seitenzahl

50

100

150

200

INTERNET

Im Schwarm

Sie sind anonym, sie treffen sich im Internet, sie scannen Dissertationen und überführen Politiker als Fälscher: Guttenberg, Koch-Mehrin, nun den FDP-Mann Jorgo Chatzimarkakis. Wer sind diese Menschen? Was wollen sie? Was treibt sie an? *Von Takis Würger*

Es gibt Menschen, die nicht wollen, dass diese Geschichte erscheint. Diese Menschen sagen, einzelne Personen seien unwichtig, Bedeutung trage allein der Schwarm.

Es ist ein Schwarm, der Wahrheit schafft und Politiker vernichtet. Er kennt keine festen Mitglieder und wenige Regeln, aber es gibt zwei Orte, an denen er sich sammelt wie in einem Nest: die Internetseiten von GuttenPlag und VroniPlag.

Anfang Juli saß der Europaparlamentarier Jorgo Chatzimarkakis in der Talkshow von Anne Will, er sprach über seine Doktorarbeit, die er für gelungen hielt, und er sprach über VroniPlag. Er sagte, er sehe in VroniPlag ein großes Problem für unsere Gesellschaft, weil dort Anonyme auf Politikerjagd gingen.

Chatzimarkakis nennt sie Jäger. Sie nennen sich Dokumentare.

Vergangene Woche haben die Dokumentare wieder gewonnen. Die Universität Bonn hat bestätigt, dass mehr als die Hälfte von Chatzimarkakis' Doktorarbeit plagiiert ist und erkannte ihm den Titel ab. Der Schwarm hat einmal mehr seine Macht bewiesen.

Die Menschen aus dem Schwarm halten ihre wahren Namen geheim. Sie treffen sich im Internet, durchstöbern Doktorarbeiten nach Fehlern und präsentieren ihre Funde online. Sie wiesen nach, dass Karl-Theodor zu Guttenberg Teile seiner Doktorarbeit abgeschrieben hat, und sie deckten den Betrug auf in der Doktorarbeit von Silvana Koch-Mehrin.

Sie weigern sich, Antworten zu geben auf die Fragen, wer sie sind und was sie antreibt. Sie bleiben unsichtbar.

Ein paar wenige reden, unter den Bedingungen, dass sie anonym bleiben und dass sie ihre Zitate lesen dürfen, bevor sie erscheinen. Einer dieser Menschen trägt ein himmelblaues Polohemd und weiße Schuhe, er geht über den Rasen eines Golfplatzes in Franken und sagt, man könne sich aussuchen, welche Geschichte er erzähle: wie er einer Engländerin das Leben rettete, wie er als Privatmann Menschen wegen Sachbeschädigung oder Diebstahl verhaftete oder wie er half, Guttenberg zu stürzen. Der Mann will Goalgetter genannt werden. Es gehe um das Projekt, sagt er, und er könne nur für sich selbst sprechen. Goalgetter ist der Gründer von VroniPlag.

Ein paar Tage zuvor sitzt ein anderer Mann in einem Café vor einem Glas Pfirsich-Eistee und verhandelt die Bedingungen für sein Interview. Man dürfe schreiben, dass er in Süddeutschland lebe, aber

nicht die Stadt. Dass er Mitglied in einer Partei sei, aber nicht in welcher. Studienfach ja, Spezialisierung nein. Familienstand, nein. Name, nein. Foto, nein. Der Mann will PlagDoc genannt werden. Es gehe um das Projekt, sagt er, und er könne nur für sich selbst sprechen. PlagDoc ist der Gründer von GuttenPlag.

Er will anonym bleiben, weil er fürchtet, dass er unter Wissenschaftlern als Nestbeschmutzer gelten könnte, außerdem seien die Gegner mächtig. Wenn sein Name bekannt würde, könnte vielleicht irgendwann ein Verrückter vor seiner Haustür stehen und sich rächen wollen.

PlagDoc ist 30 Jahre alt, er schreibt gerade seine Doktorarbeit in Informatik, er ist ein freundlicher kleiner Mann mit Bäuchlein und müden Augen. Er sagt, er habe die Nacht durchgeschrieben, weil er an diesem Morgen einen wissenschaftlichen Artikel abgeben musste. Es sei knapp geworden, weil die Sache mit Herrn zu Guttenberg noch nachwirke.

Die Sache mit Herrn zu Guttenberg, sie begann in den frühen Morgenstunden des 16. Februar, so erzählt es PlagDoc.

Er saß in seinem Büro an der Universität. PlagDoc arbeite gern nachts, weil er dann Ruhe habe, sagt er. Auf einer Nachrichtenseite im Internet las er die Meldung, dass ein Professor aus Bremen in der Doktorarbeit von Karl-Theodor zu Guttenberg Plagiate gefunden habe.

PlagDoc sagt, er habe sich bis zu diesem Zeitpunkt wenig mit Gutten-



Europa-Politiker Chatzimarkakis, Koch-Mehrin: Wie ein „perfect storm“

Plagiatsfundstellen in Guttenbergs Doktorarbeit

Seiten...

- ... mit Plagiaten aus einer Quelle
- ... mit Plagiaten aus mehreren Quellen
- ... bisher ohne Plagiate
- Inhaltsverzeichnis, Anhänge

Quelle: de.guttenplag.wikia.com; Stand: 3. April 2011

DER SPIEGEL

250

300

350

400

450

berg beschäftigt, er fand ihn eigentlich in Ordnung.

Er klickte sich durch Blogs, sah erste Plagiatsfunde und die Einleitung von Guttenbergs Dissertation.

„Es war ein bisschen so, als hätten die Leute einen Schatz gefunden. Da schaust du dann, ob da mehr liegt“, sagt er.

PlagDoc wollte mitsuchen, aber ihn störte es, dass die Suche so chaotisch verlief. Jeder entdeckte etwas und stellte es irgendwo ins Internet. PlagDoc sagt, wenn er Daten finde, dann versuche er, sie zu sortieren. Er sammelte alle Plagiate, die er finden konnte und vereinte sie in einem Dokument, auf das jeder zugreifen konnte.

Andere Plagiatssucher begannen, in dem Dokument zu arbeiten, und als es 100 Benutzer gleichzeitig waren, stürzte es ab.

Es dämmerte, PlagDoc saß immer noch am Computer, zwischendurch aß er Fast Food, das seine Kollegen ihm brachten. Er war kein Doktorand der Informatik mehr, er war PlagDoc, ein Schatzsucher im Goldrausch.

Er schrieb einem Kollegen, der zu diesem Zeitpunkt in den USA forschte, er brauche eine Idee. Das Protokoll des Chats liest sich so:

: ok, entscheidung – wohin gehts? gibts irgendeine offene wiki-plattform wo man schnell eins anlegen kann?

PlagDoc: wikia.com?

: wikispaces.com

: ja

: wikia.com

: geht auch

: machst du?

PlagDoc: guttenplag.-wikia.com?

: topp.

„Wiki“ ist das hawaiische Wort für schnell, es bezeichnet eine Plattform im Internet, auf der Benutzer gemeinsam und gleichzeitig an einem Projekt arbeiten können. Das wohl berühmteste Wiki ist die Enzyklopädie Wikipedia.

PlagDoc war seit über 40 Stunden wach, als er am frühen Morgen des 17. Februar guttenplag.wikia.

com gründete. Als er sich an diesem Tag neben seinem laufenden MacBook schlafen legte, ahnte er nicht, dass das Wiki einen Schwarm entstehen lassen würde, der auf 94,4 Prozent des Haupttextes von Guttenbergs Doktorarbeit Plagiate finden würde.

Warum hat PlagDoc das Wiki gegründet?

„Wenn du Studenten jahrelang erklärst, dass Plagiate böse sind, und dann plagiierst der Verteidigungsminister, fühle ich mich als Wissenschaftler persönlich beleidigt.“

War es eine Jagd?

„Nein, was wir gemacht haben, hatte eher so was Spielerisches. Es war harte Arbeit, aber es hat auch Spaß gemacht.“

Was war das Ziel?

„Den Ruf der Wissenschaft wahren.“

War Guttenbergs Rücktritt das Ziel?

„Nein, das war Zufall. Eine Verkettung von Umständen, ein perfect storm.“

Der Ausdruck perfect storm beschreibt einen Sturm, der besondere Kraft entwickelt, weil verschiedene Wetterbedingungen sich gegenseitig verstärken. PlagDoc sagt, der Sturm um Guttenbergs Doktorarbeit habe sich so zusammengebraut:

1. Die Dissertation war online.
2. Guttenberg hat geleugnet.
3. Die Medien sind ausgeflippt.
4. Guttenberg war ein Politiker, den viele Menschen nicht mochten.
5. Jemand gründete GuttenPlag (PlagDoc selbst).

6. Es war leicht, Plagiate zu finden. Die Suchenden hatten schnell Erfolgserlebnisse.

Einer dieser Suchenden ist Goalgetter aus Franken. Während er Golfbälle über den Rasen schlägt, erzählt er davon, wie er sein erstes Plagiat fand. Da habe sein Blut gekocht, sagt er.

Goalgetter ist 45 Jahre alt, er hat Betriebswirtschaftslehre studiert und ist selbstständig. Guttenberg fand er schon länger unangenehm, weil der sich mit Johannes B. Kerner in Afghanistan inszeniert hatte. Als dann rauskam, dass er bei seiner Doktorarbeit abgeschrieben hatte, schaute sich Goalgetter das GuttenPlag-Wiki an.

Er sagt, ein Helfersyndrom sei sein Antrieb gewesen. Er habe auch einmal auf Mallorca eine bewusstlose Engländerin aus dem Pool gezogen. Wenn es drauf ankommt, handle er, sagt er. Auf Guttenberg habe er eine große Wut verspürt, weil er nicht zu seinen Fehlern stand. „Das Ziel war, dass er zurücktritt“, sagt Goalgetter.

Die Gründe, warum die Menschen Guttenbergs Doktorarbeit zerlegten, sind vielfältig. PlagDoc sagt, er wollte den Ruf der Wissenschaft wahren, und es habe Spaß gemacht. Goalgetter sagt, er habe ein Helfersyndrom, und er wollte, dass Guttenberg zurücktritt. Der Schwarm kennt nicht den einen Grund. Es gibt nicht den einen Dokumentar.

Der Schwarm ist zum Beispiel PlagProf:), der Leiter des Großbritannien-Zentrums der Humboldt Universität zu Berlin, ein Mann, der Guttenbergs Arbeit auf

Stilbrüche untersucht hat und dadurch Plagiate fand.

Der Schwarm ist zum Beispiel KayH, ein Unternehmer aus dem Rheinland, der sich neben der Dokumentation von Plagiaten vor allem mit den technischen Abläufen im Wiki beschäftigt.

Der Schwarm ist zum Beispiel WiseWoman, Professorin für Informatik an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, eine Frau, die anderen Lehrenden beibringt, Plagiate aufzustöbern.

Man kann sich die Suchenden vorstellen wie



Dissertationsschreiber Guttenberg, Saß: Mehr als zwei Buchstaben

Bienen. Lange haben Forscher gerätselt, nach welchen Mustern sich ein Bienen-schwarm bewegt und ob allen Bienen klar ist, wohin die Reise geht. Irgendwann fanden die Forscher heraus, dass es einzelne Bienen gibt, die schneller fliegen als die anderen. Der Schwarm folgt diesen Aufklärer-Bienen. Goalgetter ist eine solche Aufklärer-Biene.

Er sitzt im Restaurant des Golfclubs und trinkt Weißbier mit Zitronenlimonade, einen Mix, den er „Russen“ nennt. Er sagt, dass sie irgendwann im Chat auf GuttenPlag darüber gesprochen haben, ob sie die Arbeit von Veronica Saß untersuchen sollten. Veronica „Vroni“ Saß ist die Tochter von Edmund Stoiber, dem ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten. Im Chat waren alle dagegen, weil Veronica Saß keine öffentliche Person ist. Allein Goalgetter war dafür.

Er nimmt einen großen Schluck und erzählt, dass er in der „Bunten“ und in der „Bild“-Zeitung Berichte über Veronica Saß gelesen habe, das mache sie ja quasi zur öffentlichen Person. Und dann gibt es da noch etwas, das Goalgetter, den Golfer, stört an Veronica Saß, aber dabei geht es um interne Angelegenheiten unter Golfern, die hier nicht weiter von Belang sind.

Dem einen jedenfalls ging es um die Regeln der Wissenschaft. Dem anderen ging es um Golf.

Goalgetter gründete VroniPlag Ende März. Guttenberg war zu diesem Zeitpunkt längst zurückgetreten, die Schatzsucher hatten alles abgeräumt. Sie wussten, wie gut es sich anfühlt, ein Plagiat zu entdecken. Goalgetter zeigte ihnen neue Orte zum Graben.

Nach Veronica Saß stürzte sich der Schwarm auf die Arbeit des CDU-Landtagsabgeordneten Matthias Prüfrock aus Baden-Württemberg, auf die Doktorarbeit eines Hamburger SPD-Politikers und auf die Dissertation der FDP-Politikerin Silvana Koch-Mehrin. Goalgetter sagt, er wisse nicht, warum gerade diese Arbeiten durchsucht wurden, der Schwarm habe entschieden.

Er lächelt und erzählt dann, dass er Mitglied der SPD sei. Er sei allerdings eher aus Versehen Parteimitglied geworden, und er sei auch nicht mehr aktiv in der Partei, die SPD sei völlig unbedeutend für sein Engagement bei VroniPlag. Im Herzen sei er ohnehin ein sozialdemokratischer, grüner Pirat.

„Ich kann mit diesen neuen Formen, Politik zu machen, besser umgehen als mit Parteistrukturen“, sagt er.

Die Kontakte nach Berlin nützen gelegentlich noch, sagt er. Er habe zum Beispiel irgendwann einen Umschlag ohne

Absender im Briefkasten gehabt, in dem sieben Ausarbeitungen des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags lagen, die Guttenberg für seine Doktorarbeit verwendet hatte.

Wenn man Goalgetters wahren Namen googelt, findet man eine Website, auf der er mit der SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles posiert.

Goalgetters Wangen sind ein wenig gerötet. „Ich muss noch mal schnell einen raushauen“, sagt er und geht runter zum Golfplatz. Er legt einen Ball aufs Tee, zieht seinen längsten Schläger aus der Golftasche und sagt: „Stahl, Maßanfertigung.“



VroniPlag-Gründer Goalgetter: „Schnell einen raushauen“

„Dann schlägt er mit viel Schwung nach dem Ball und verfehlt ihn.“ „Der Russe“, sagt er und haut noch mal. Er schlägt den Ball fast über die ganze Driving-Range und sieht sehr glücklich aus. „Ich mache immer 100 Prozent“, sagt er.

Goalgetter ist nun gut gelaunt, er erzählt, dass er sich zu Beginn von VroniPlag mit verschiedenen Pseudonymen gleichzeitig angemeldet habe, damit niemand merkt, wie wenig Leute wirklich suchen. Er sagt auch, dass er früher in einer Mannschaftssportart-Nationalmannschaft gespielt habe und Deutscher Meister war, welche Sportart, dürfe man nicht schreiben, nur, dass es ein harter Sport war. Gelegentlich haut er einen Golfball ins Gras. Und irgendwann sagt er: „Schwarm ist eigentlich übertrieben. Ein Schwarm bewegt

sich in die gleiche Richtung. Ich bewege mich manchmal bewusst in die andere.“

Goalgetter und PlagDoc kennen sich aus dem Chat. Sie haben oft diskutiert, welche Richtung die richtige ist.

„Wir sind Informanten, nicht Akteure“, sagt PlagDoc. Er selbst ist auch Mitglied in einer Partei, aber das sei unbedeutend für seine Arbeit. Er will nicht, dass man schreibt, zu welcher Partei er gehört, aber man dürfe schreiben, dass die Partei nicht im Bundestag sitze und dass er wertkonservativ sei und ökoliberal.

Als Karl-Theodor zu Guttenberg seinen Rücktritt verkündete, hat PlagDoc eine gewisse Genugtuung verspürt, obwohl das nie sein Ziel gewesen sei. Er war froh, dass die Schatzsuche vorbei war und dass er wieder Informatiker sein durfte. Er sitze zwar immer noch nachts in seinem Büro, sagt er, aber nun gehe es um seine eigene Doktorarbeit.

Ob man das Büro sehen könne?

„Oje“, sagt PlagDoc. Der Schwarm sei doch viel mehr als er und sein Büro. PlagDocs Büro liegt zwei Straßen von dem Café entfernt, auf seinem Tisch stehen drei Monitore und zwei Eineinhalb-Liter-Flaschen Energydrink, unter dem Tisch liegen Zettel, Kabel und Sandalen. Es sieht nach harter Arbeit aus, wie das Büro eines Doktoranden. Es ist schwer vorstellbar, wie Karl-Theodor zu Guttenberg an einem solchen Schreibtisch sitzt.

GuttenPlag und VroniPlag haben die Menschen in diesem Land daran erinnert, dass ein Dokortitel mehr ist als zwei Buchstaben auf einem Wahlplakat. Die Guttenbergs von morgen werden sich genau überlegen, ob sie promovieren. Das ist das Verdienst des Schwarms, egal ob die Menschen anonym bleiben, Golf spielen oder Mitglied einer Partei sind.

Auf dem Golfplatz in Franken packt Goalgetter seine Sachen zusammen. Er wird wohl diese Nacht wieder Stunden bei VroniPlag verbringen. Er hat einige harte Bälle rausgehauen an diesem Tag, er lässt sich auf eine weiße Bank fallen und schaut über die fränkische Hügellandschaft. Er überlege, ob er sich outen solle, sagt er, seine wahre Identität preisgeben. Eine Wochenzeitung habe angeboten, dass sie ein Streitgespräch mit ihm und Jorgo Chatzimarkakis drucken würde, sagt er. Aber er habe gesagt, dass er nur mitmache, wenn der Chefredakteur moderiere, darunter mache er es nicht. Inzwischen habe er abgesagt.

Er sagt auch, dass er viele Screenshots gemacht habe von GuttenPlag und VroniPlag, die er auf seinem Computer speichert. Damit er seinen beiden Söhnen später zeigen kann, wer er einmal war.

UDO DREIER / BAYERNPRESS

Hinz und Kunz

SPD-Chef Sigmar Gabriel will seine Partei für Nichtmitglieder öffnen. Erste Basisexperimente zeigen: Der Bürger ist weitgehend desinteressiert.

Die Stadt Gotha in Thüringen gilt als die Wiege der deutschen Sozialdemokratie. Im Gothaer Tivoli ging 1875 aus zwei Splittergruppen die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands hervor, der direkte Vorläufer der SPD.

Legendäre Genossen wie August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Karl Marx mischten in der Gothaer Programmdebatte mit. 115 Jahre später entstand hier der erste SPD-Landesverband in der DDR, fürsorglich begleitet von Willy Brandt und Egon Bahr. Und natürlich regiert bis heute ein Sozialdemokrat die Stadt. Welcher Ort wäre wohl besser geeignet, mit einem mutigen Experiment die Erneuerung der Partei einzuleiten?

Also Gotha. Dort haben sie ausprobiert, was sich die Berliner Parteispitze ausgedacht hat: die maximale Bürgerbeteiligung. Ob Kanzlerkandidaten, Bewerber für Landratsposten, Bundestags- und Landtagsmandate – geht es nach der Parteiführung, sollen in Zukunft all diese Kandidaten durch Wahlen bestimmt werden, an denen sich auch Nichtmitglieder beteiligen können.

Der Feldversuch, den die 350 Genossen im Landkreis Gotha absolviert haben, zeigt, dass die Lieblingsidee von Parteichef Sigmar Gabriel – zurückhaltend formuliert – noch entwicklungsfähig ist. Vier Monate lang durften die Menschen darüber entscheiden, wer für die SPD als „Bürgerkandidat“ bei der Landratswahl im Frühjahr 2012 antreten soll.

Der Sieger heißt Uwe Walther, seit 2002 Parteimitglied. Der Pädagoge, der sich im September noch der Mitgliederversammlung stellen muss, bekam stolze 78 Prozent. In absoluten Zahlen: 14 Stimmen. Von 18 abgegebenen. Bei weit über 110 000 Wahlberechtigten.

Immerhin: Der Trend geht nicht nach unten. Als die Genossen Ende vergangenen Jahres im Berliner SPD-Ortsverband Prenzlauer Berg die Kandidaten für die Wahl zum Abgeordnetenhaus bestimmten, zählten sie am Ende auch nur 19 Stimm-



Bürgerkandidat Walther
14 Stimmen vom Volk

PETER RIECKE / THÜRINGEN ALLGEMEINE



Parteistrategen Gabriel, Nahles: Ernüchterung nach dem Befreiungsschlag

zetteln, 10 davon stammten von Nichtgenossen. Der Chef des Ortsverbands fühlte sich dupiert. Das geringe Interesse sei „eine Gefahr für die Demokratie“, jammerte er.

Als leuchtendes Beispiel wird in der Bundes-SPD immer wieder Schleswig-Holstein genannt. Dort durften sich interessierte Bürger an der Kür des Spitzenkandidaten für die kommende Landtagswahl beteiligen – doch wählen durften ihn am Ende dann doch nur die Mitglieder, von denen sich knapp 70 Prozent beteiligten. „Bestimmte Wahlen“, sagt der SPD-Landeschef Ralf Stegner, „müssen den Mitgliedern vorbehalten sein.“ Das sei der größte Mehrwert einer Mitgliedschaft.

Gabriels Mitmachprojekt sorgt in der SPD für Aufregung. Ausgerechnet in seiner niedersächsischen Heimat hat der Landesvorstand den Plänen bereits eine Absage erteilt. Widerstand gab es auch auf der letzten Sitzung der Organisationspolitischen Kommission der SPD. Dort warnten mehrere Teilnehmer Generalsekretärin Andrea Nahles vor der Debatte.

So hält der bayerische Bundestagsabgeordnete Klaus Barthel die Beteiligung von Nichtmitgliedern für „nicht durchsetzbar“. Man solle

besser „keinen Showdown auf dem Bundesparteitag wagen“. Andere Teilnehmer warnten vor „großer Emotionalisierung“ unter den Mitgliedern oder empfahlen, das Thema erst mal zu vertagen.

Doch die Generalsekretärin zeigte sich unbeirrt. Im vertraulichen Protokoll der Sitzung werden ihre Äußerungen so zu-

sammengefasst: „Den Vorschlag wird es geben. Die Auseinandersetzung muss und wird geführt werden.“

Gabriel und Nahles wollen mit dem Grundsatzprogramm, das der Parteitag im Dezember beschließen soll, aus der in Würde ergrauten SPD programmatisch und organisatorisch „die modernste Partei Europas“ zaubern.

Doch was als Befreiungsschlag gegen Mitgliederschwind geplant ist, sorgt selbst im Internetauftritt der Partei für Ernüchterung, wo Nahles für das Projekt wirbt. Ob man auch mal darüber nachgedacht habe, schreibt ein Genosse, „dass es Martina Mustermann herzlich wenig interessiert, ob sie bei der SPD ihr Kreuzchen für den Kanzlerkandidaten machen darf, und gleichzeitig haben wir nichtsagende Positionen, die niemanden hinter dem Ofen vorholen?“ Nichts halte er davon, „KandidatInnen für andere Ämter wie das Bürgermeisteramt direkt von Hinz, Kunz und SPD-GenossInnen bestimmen zu lassen“.

Ein anderer, der Reform durchaus zugeneigt, schreibt sich den Frust nach einer Sitzung seines Ortsvereins von der Seele: „Die weitsichtigen Vorstellungen unserer Parteispitze werden bei diesen Kartoffelbauern nicht fruchten!!!“ Die Partei werde von ihren eigenen Mitgliedern „umgebracht“.

Zwar gab es noch weitere von Nahles geforderte „spannende Beiträge“ auf den Seiten. Doch diese Art der direkten Beteiligung verschwand aus dem Parteinetz. Stattdessen ist dort ein schmuckloser Hinweis zu finden: „Dieser Kommentar ist leider unzulässig und wird nicht veröffentlicht.“

CHRISTOPH HICKMANN,
STEFFEN WINTER



Europäischer Menschenrechtsgerichtshof: Goldene Plakette vom Minister, Entlassungspapiere vom Arbeitgeber

ARBEITSRECHT

Taube Ohren

Wer Missstände an seinem Arbeitsplatz öffentlich macht, riskiert in Deutschland die Kündigung. Straßburger Richter könnten die Praxis stoppen.

Jahrelang hatte sich Brigitte Heinisch, 49, aufgerieben in ihrem Beruf als Altenpflegerin – auch weil sie sich mit den Unzulänglichkeiten an ihrer Arbeitsstätte, einem Berliner Pflegeheim, nicht abfinden wollte. Immer wieder beklagte sie intern, dass zu wenig Personal da sei, dass Bewohner zu selten gewaschen und umgelagert würden, dass sie zu wenig zu essen und trinken bekämen und teils stundenlang in ihrem Kot und Urin lägen.

Mit Kollegen füllte sie Formulare aus, in denen sie der Heimleitung ihre Überlastung anzeigten, sie sprach mit Vorgesetzten, machte Verbesserungsvorschläge. Und dann, im Dezember 2004, griff sie zum letzten Mittel: Brigitte Heinisch stellte Strafanzeige gegen die Heimleitung.

Für ihren Mut erhielt sie 2007 den unter anderem von der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler gestifteten „Whistleblower“-Preis. „Ihre Zivilcourage und ihr Standvermögen sind bewundernswert“, heißt es in der Preisbegründung, Heinisch habe sich mit ihrem Einsatz „sehr verdient gemacht“ gegenüber den Heimbewohnern, den Pflegekräften und „unserer Gesellschaft insgesamt“.

Ihr Arbeitgeber, die landeseigene Berliner Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH, würdigte ihren Einsatz auf andere Art – mit der fristlosen Kündigung.

Heinisch klagte, zunächst mit Erfolg: Ihr Vorgehen sei durch das Grundrecht

auf Meinungsfreiheit gedeckt, entschied das Arbeitsgericht Berlin. Doch vom Landesarbeitsgericht bekam Vivantes recht: Heinisch habe „den Blick für die ihr obliegenden arbeitsvertraglichen Rücksichtnahmepflichten vollständig verloren“.

Nachdem sie auch beim Bundesarbeitsgericht scheiterte und das Bundesverfassungsgericht ihre Beschwerde nicht zur Entscheidung annahm, wandte sich die Altenpflegerin an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof (EGMR). Die Straßburger Richter wollen an diesem Donnerstag verkünden, ob die Entlassung Heinischs nicht doch ein Verstoß ist gegen das – auch nach der Europäischen Menschenrechtskonvention geschützte – Recht auf Meinungsfreiheit.

Wenn ja, hätte das Bedeutung über diesen Fall hinaus. Denn immer wieder verlieren in Deutschland „Whistleblower“, also Arbeitnehmer, die Alarm schlagen und auf Missstände in ihren Firmen, Behörden oder Institutionen aufmerksam machen, deshalb ihren Arbeitsplatz.

Der Tierärztin eines Fleischhygieneamtes ist das etwa passiert; sie wies 1994

als eine der Ersten öffentlich auf BSE-Verdachtsfälle hin, nachdem sie intern vier Jahre lang auf taube Ohren gestoßen war. Gleiches widerfuhr einer Wertpapierhändlerin, nachdem sie der Bankenaufsicht einen Insiderhandel über rund 200 Millionen Euro gemeldet hatte. Und einem Lkw-Fahrer, der 2007 die Polizei mit seinem Anruf auf die Spur eines Gammelfleischskandals brachte. Vom damaligen Verbraucherschutzminister Horst Seehofer (CSU) bekam der Mann die Goldene Plakette für Zivilcourage, von seiner Spedition die Entlassungspapiere.

„Whistleblower haben in Deutschland nur einen unzureichenden rechtlichen Schutz“, moniert Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht. Daniel Domscheit-Berg, ehemaliger Aktivist der Whistleblower-Plattform WikiLeaks, konstatiert: „Wir Deutschen haben kein Konzept und kein Wort für sie – und wie es aussieht, auch keinen Schutz innerhalb unserer Gemeinschaft.“

Andere Staaten sind da weiter: Gesetze zum Schutz von Whistleblowern gibt es etwa in den USA, in Großbritannien, Japan und in Frankreich. In Deutschland sind inzwischen zwar Beamte bei Anzeigen von Korruptionsverdacht geschützt, nicht aber gewöhnliche Arbeitnehmer.

Als Horst Seehofer 2008, nach dem Gammelfleischskandal, zusammen mit SPD-Ministerkollegen versuchte, ein „Anzeigerecht“ für Arbeitnehmer im Bürgerlichen Gesetzbuch zu verankern, scheiterte er vor allem am Widerstand aus der CDU. Dort wollte man keinen „Denunziantenschutz“.

Doch sind Menschen wie Brigitte Heinisch Denunzianten? „Was hätte ich denn machen sollen, nachdem mir die Vorgesetzten nicht geholfen haben?“, fragt Heinisch zurück. „Ich habe das Richtige getan, und ich steh dazu.“



Klägerin Heinisch
„Sehr verdient gemacht“

JORG BRÜGEMANN / DER SPIEGEL

Anfang der neunziger Jahre hatte sich die in der DDR aufgewachsene Frau, selbst Mutter zweier behinderter Kinder, für eine Umschulung zur Altenpflegerin entschieden. „Ich wollte mit den alten Menschen arbeiten, dass sie einen schönen Lebensabend haben und nach den gesetzlichen Vorschriften gepflegt werden.“

Im Januar 2002 kam Heinisch in das Pflegeheim an der Berliner Teichstraße. Drei Monate später stellte der medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) dort bei einer Prüfung erhebliche Pflegemängel fest. Statt die Mängel nachhaltig zu beheben, wurden in der Folgezeit Stellen abgebaut, Pflegebereiche zu größeren Einheiten zusammengelegt. „Das war so nicht mehr zu schaffen“, sagt Heinisch, „und was man nicht schafft, bleibt einfach liegen.“

Immer wieder rügte auch der MDK die Zustände. Im Sommer 2003 etwa monierten die Prüfer unter anderem eine „unzureichende Besetzung mit qualifiziertem Personal“, Mängel bei der Umsetzung des Pflegekonzeptes, bei der Dienstplangestaltung, bei der Qualitätssicherung, bei der Aufbewahrung von Medikamenten.

Heinisch wandte sich an einen Rechtsanwalt, der schrieb dem Heimträger, wieder ohne Erfolg. Schließlich erstattete der Anwalt Ende 2004, im Namen Heinischs, Anzeige wegen Betrugs – mit der Begründung, die Pflegebedürftigen und deren Angehörige erhielten wegen des Personalmangels keine angemessene Gegenleistung für die von ihnen getragenen Kosten.

Doch die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren bald darauf ein, mit der Begründung, man sei für „Ermittlungen wegen Vermutungen oder allgemeiner Missstände“ nicht zuständig. Und das Landesarbeitsgericht warf Heinisch vor, sie habe ihre Betrugsvorwürfe „leichtfertig“ und „ins Blaue hinein“ erhoben.

Ihr Anwalt Benedikt Hopmann, der den Fall erst danach übernahm, weist den Vorwurf zurück: „Der Personalmangel war belegt – da war es auf keinen Fall abwegig, Strafanzeige zu stellen. Darauf, ob es dann auch zu einer Anklage oder Verurteilung kommt, darf es arbeitsrechtlich nicht ankommen.“

Wie wenig die gegenwärtige Bundesregierung von Whistleblowing hält, zeigt ein Schreiben vom 4. Mai 2010 an den EGMR, in dem man Heinisch vorhält, sie habe Vivantes „wegen des dort ihrer Ansicht nach herrschenden Personalmangels anprangern und durch Beteiligung der Öffentlichkeit unter Druck setzen“ wollen.

Zur gleichen Zeit setzte die Regierung wegen sexueller Übergriffe an verschiedenen privaten Bildungseinrichtungen eine „Unabhängige Beauftragte zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs“ ein. Auf deren Hochglanzprospekten findet sich ein anderes Bekenntnis: „Wer das Schweigen bricht, bricht die Macht der Täter.“

DIETMAR HIPPE



INGO WAGNER / DPA (L.); SPIEGEL TV (R.)



Phantombild des „schwarzen Mannes“, Kinderfreund Martin N.: Er präsentierte sich konsequent als sozialer, integrativer Mensch

VERBRECHEN

Die zwei Leben des Martin N.

Fast zwei Jahrzehnte jagte die Soko „Dennis“ einen pädophilen Serienmörder. Warum es so schwierig war, den Mann mit der Maske zu finden, das offenbart die Ermittlungsakte zum Fall Martin N. In dieser Woche wird Anklage erhoben.

Vor ein paar Stunden haben sie ihn verhaftet, nun sitzt er da, im Raum 207 des Zentralen Kriminaldienstes in Verden. Der mutmaßliche Serienmörder, den sie zwei Jahrzehnte lang gesucht hatten; ein Pädophiler, der nachts maskiert in Kinderzimmer und Jugendheime eindrang; einer der gefährlichsten Männer in der Kriminalgeschichte der Bundesrepublik.

Sie nannten ihn „schwarzer Mann“.

Martin N. misst 1,93 Meter, er hat eine Pigmentstörung, seine blonden Haare sind scheckig, seine Augen blaugrau. Er hat als Sozialpädagoge gearbeitet, musste schon viele Konfliktgespräche führen.

Die Ermittler konfrontieren den 40-Jährigen mit Fakten, die ihn belasten, mit Fotos, mit E-Mails. Martin N. schwitzt und bleibt doch gelassen. Er und pädophil?

Seine Phantasien, entgegnet er, bezögen sich auf Männer im Alter eines der vernehmenden Kripo-Beamten. Das Dunkle in sich zu verbergen, hat N. über Jahre perfektioniert.

Die Beamten stehen unter enormem Druck. Sie haben Indizien, aber kein Hautschüppchen, keinen Fingerabdruck, nichts, um ihm eindeutig die Taten zuzuschreiben.

Ohne sein Geständnis müssen sie ihn bald gehen lassen. Und am Ende des Tages verweigert Martin N. die Aussage.

Die Nacht verbringt er in einer Zelle. In kurzen Abständen sieht man nach ihm.

Am nächsten Tag erzählt Martin N., er habe eine schlimme Nacht gehabt, Tausende Menschen hätten ihn in seinen Träumen besucht. Er sagt, er habe Angst vor dem, was da auf ihn zukomme, seine

Familie, die Menschen, die er lieb habe. Er beginnt zu weinen.

Einer der Ermittler sieht den Moment gekommen – fragt ihn, ob man nun über die Fälle reden wolle. Und ob er der schwarze Mann sei. Ja, antwortet Martin N. Dann erzählt er, wie er seine Opfer missbraucht und getötet hat.

Seitenlang zeugen die Vernehmungsprotokolle, die dem SPIEGEL vorliegen, von den Stunden, in denen sich N. als der unheimliche Kinderschänder enttarnt, der über Jahre Eltern in der ganzen Republik ängstigte. Der Mütter und Väter dazu trieb, bei der Polizei nachzufragen, ob sie ihre Kinder mit gutem Gewissen auf Klassenfahrt nach Norddeutschland schicken könnten.

Martin N. hat sein Geständnis am 14. April dieses Jahres abgelegt. Den ersten

Mord, den er zugegeben hat, beging er 1992. Fast zwei Jahrzehnte war N. unbekannt unterwegs.

Und so stellt sich die Frage, wie jemand über eine so lange Zeit sein Unwesen treiben konnte. Wieso er zwar als Sexualstraftäter in Ermittlungsakten geführt, aber nicht als der schwarze Mann überführt wurde. Wie er sich dem Zugriff der Polizei entziehen konnte, obwohl sich doch Hunderte Beamte in Sonderkommissionen an der Jagd nach dem schwarzen Mann beteiligten.

In dieser Woche wird Anklage gegen Martin N. erhoben. „Die Mordmerkmale lauten: Heimtücke, niedrige Beweggründe und Verdeckung einer anderen Straftat“, sagt Kai Thomas Breas, Pressesprecher der Staatsanwaltschaft Stade.

Im Prozess, der vermutlich im Oktober beginnt, sollen jene Taten verhandelt werden, die N. bislang gestanden hat:

Der Mord an Stefan Jahr, 1992.

Der Mord an Dennis Rostel, 1995.

Der Mord an Dennis Klein, 2001.

Und rund 40 Fälle von sexuellem Missbrauch, sofern sie nicht verjährt sind.

Die Ermittler gehen davon aus, dass N. noch mehr Jungen getötet hat. Konkret schreiben sie ihm einen Mord in Frankreich und einen in den Niederlanden zu. Doch N. bestreitet diese Taten.

Wer die Chronologie der fast 20 Jahre dauernden Fahndung mit den Aussagen von Martin N. im vergangenen April wie Teile eines Puzzles verzahnt, erhält das Bild eines Mannes, der so ganz anders handelt als die meisten Serientäter. Der nicht spontan und regional begrenzt agierte, sondern über lange Zeit planvoll und dreist. Und der heute wahrscheinlich immer noch frei wäre, wenn da nicht diese E-Mail und dieses Foto gewesen wären.

Im Sommer 2010, neun Jahre nach dem Mord an Dennis Klein, meldet sich ein Soldat bei der Soko „Dennis“ in Verden. Er sei lange im Ausland gewesen, habe nun per Zufall von der Tat erfahren, gibt der Zeuge an. In der Nacht, als der Neunjährige aus dem Schullandheim im niedersächsischen Wulsbüttel verschwand, will er in einem Waldstück einen Mann in einem hellen Opel Kombi gesehen haben. Auf dem Rücksitz habe ein verängstigter Junge gesessen.

Rund 8000 Spuren und Hinweise hatte die Soko „Dennis“ allein nach dem Mord an Dennis Klein verfolgt. Die Aussage des Soldaten veranlasst die Polizei zu einer Pressekonferenz. Mehrere TV-Sender übertragen live, auf dem Podium sitzen Soko-Chef Martin Erftmbeck und der Profiler Alexander Horn.

Bei ihrer Täterbeschreibung zeichnen sie das Bild eines sozial angepassten, in der Gesellschaft integrierten Mannes, dem man Missbrauch und Mord nie zu-

trauen würde. Einer, der nicht wie ein Monster daherkommt, sondern wie der nette Kerl von nebenan. Einer, so Horn, der „doppelte Buchführung“ betreibt.

Der Profiler Horn, kurze graue Haare, akkurater Bart, ist Leiter der Operativen Fallanalyse Bayern. Soko-Chef Erftmbeck hat ihn 1997 kontaktiert. Horn und sein Team haben seitdem jede Tat des mysteriösen Maskenmannes rekonstruiert, sie in Einzelentscheidungen zerlegt, Rückschlüsse auf seine Tätermerkmale gezogen: männlicher Einzeltäter, Bezug zur Region Bremen, sozial integriert, intelligent und, vor allem, erfahren im Umgang mit Kindern.

Vielleicht war es dieses Detail, das in einem seiner Opfer eine Erinnerung bewegte. Jedenfalls erreichte noch am Tag der Pressekonferenz, um 22.28 Uhr, die Soko „Dennis“ eine E-Mail. Der Absender schrieb, in einer Sommernacht 1995 in seinem Elternhaus missbraucht worden zu sein. Zuvor habe er auf einer Ferienfreizeit einem Betreuer aufmalen müssen, wie sein Zuhause aussehe, in welchem Zimmer er schlafe.

Der Mann heiße Martin.

Schnell kennen die Ermittler seinen Nachnamen. Und plötzlich lassen sich die losen Enden einer schier endlosen Polizeirecherche zusammenknüpfen.

Die Flensburger Kollegen, zuständig für den Mordfall Dennis Rostel, 8, finden heraus, dass unter dem Namen des Betreuers im Juli 1995 in Dänemark ein Ferienhaus gemietet worden sei: 13 Kilometer vom Fundort des toten Dennis Rostel entfernt.

Ein Blick in den Polizeicomputer ergibt, dass Martin N. schon mehrfach wegen sexuellen Missbrauchs von Jungen aufgefallen ist, 1994 in Bremen und 2004 in Hamburg. Beide Verfahren wurden ein-

gestellt, letzteres gegen Zahlung einer Geldbuße.

2006 war N. sogar zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden: Er hatte einen Sozialpädagogen aus Berlin erpresst, 20 000 Euro zu zahlen – andernfalls werde er dessen kinderpornografisches Material der Staatsanwaltschaft zuspielen.

Die Erpressung flog auf, und im Zuge der Ermittlungen fand die Polizei in N.s Wohnung auf seinem PC Tausende Bilder von unbekleideten Jungen. Weil der letzte Zugriff darauf lange zurücklag, wurde das Verfahren wegen Verjährung eingestellt, und die Fotos kamen, auf DVDs gesichert, in die Asservatenkammer der Hamburger Polizei.

Der Bezug zu den Morden und der Vielzahl von Missbrauchsfällen sei nicht herzustellen gewesen, sagt Wilhelm Möllers, Pressesprecher der Hamburger Staatsanwaltschaft. Er räumt jedoch gleichzeitig ein: „Die Bilder wurden weder näher ausgewertet noch bearbeitet.“

Mit den DVDs verschwand jedoch eines der Bilder, die den Ermittlern der Soko „Dennis“ Jahre später den Weg zu Martin N. weisen sollten.

Besonders dieses eine Foto.

Es entstand im Sommer 1999 im Schullandheim Wulsbüttel. Laut Akten wurde es draußen bereits hell, als ein maskierter Mann in einen Schlafsaal schlich. Der Saal grenzte an jenen Raum, aus dem zwei Jahre später Dennis Klein entführt werden sollte.

Der Maskenmann weckte Marco B., 8, trug den schlaftrunkenen Jungen eine Etage tiefer, zwang ihn, vor einer Treppe nackt zu posieren, fotografierte ihn, berührte ihn. Und versuchte, ihm ein rotes Führerführer für Kleinkinder anzulegen, das an der Wand hing. Dann drohte er dem Jungen, ihn umzubringen, sollte er je über das Geschehene sprechen.

Zurück bei den Eltern, kaute Marco B. die Fingernägel, weinte, zitterte spätabends. Erst viel später vertraute er sich seinen Eltern an. Sie gingen zur Polizei.

März 2011. Die Beamten der Soko Dennis haben sich die Foto-DVDs aus der Hamburger Asservatenkammer schicken lassen. Sie studieren jedes Bild. Ein Kommissar entdeckt das Foto eines Jungen vor einer Treppe.

Und nun ist das Glück auf der Seite der Ermittler: Der Kripo-Mann ist derselbe, der nach der Missbrauchsanzeige von Marcos Eltern mit dem Jungen eine Phantomzeichnung erstellt hatte und den Tatort kannte. Er erinnert sich an die Treppe, vergleicht die Bilder mit den Tatortfotos der alten Akte.

Die Anzahl der Stufen. Stimmt.

Die Handläufe der Treppe. Stimmt.

Die Lichtschalter. Stimmt.

Auch Marco, inzwischen erwachsen, erkennt sich auf den Bildern, zweifelsfrei.



RÜDIGER GAERTNER

Mutmaßlicher Serienmörder N.
Planvoll und dreist

Auf einem der Fotos deutet er auf einen Gegenstand im Hintergrund. Das rote Führerschirr.

Die neuen Erkenntnisse reichen für einen richterlichen Beschluss, den Tatverdächtigen mit allen Möglichkeiten der Technik zu observieren. Martin N. ahnt davon nichts. Der Pädagoge und ehemalige Jugendbetreuer lebt in einer Zweizimmer-Wohnung im ersten Stock einer gelbgeklüfteten Doppelhaushälfte im Hamburger Stadtteil Harburg.

N. wurde in Bremen geboren. Die ersten zwei Schuljahre verbrachte er auf einer Förderschule, weil er beim Sprechen Buchstaben verwechselte. Nach dem Abitur mit der Note 1,5 studierte er Mathematik und Physik auf Lehramt, bestand mit Auszeichnung. Und fuhr nebenbei Taxi in Bremen.

N. wurde verbeamtet, doch dann brach er das Referendariat ab, arbeitete in Kindertageseinrichtungen, wurde als Familienbetreuer eingesetzt. Er bekam sogar ein Pflegekind, einen Jungen, wie er es sich bei seinem Antrag gewünscht hatte.

Im Herbst 2000 zog Martin N. nach Hamburg. Mit einem gefälschten Sozialpädagogik-Diplom hatte er sich bei der Evangelischen Jugendhilfe Friedenshort beworben. Seine Kollegen beschreiben ihn noch heute als freundlich, kompetent.

den kommen zu lassen war die Strategie des Pädophilen. Um jeden Verdacht weit von sich zu lenken, präsentierte er sich konsequent als sozialer, integrierter Mensch.

Welche Triebe in ihm lodern, erfahren die Ermittler aus den Überwachungsprotokollen seiner Internetaktivitäten. Bei Ebay ersteigert er Kinderkleidung: Fußballtrikots, Neoprenanzüge, Muskelshirts, eine schwarze Radlerhose in Größe 116. Er schaut sich Bilder von Messdienern und Fußballmannschaften an, D- und E-Jugend, also 10- bis 13-Jährigen. N. sucht seine früheren Opfer im Netz, klickt ihre Fotos an.

In einem Forum kommentiert er unter dem Nicknamen „Endokriminologe“: „Dass Kinder ein Sexualleben haben und dieses sogar ausleben, scheint in den Köpfen der meisten Menschen absolut undenkbar zu sein.“ Und fragt: „Soll wirklich alles, was laut Gesetz als sexueller Missbrauch von Kindern gilt, ohne Verjährung für immer verfolgt sein?“ Für ihn ist es ein „archaischer Wunsch nach Rache“.

Auch dieser Beitrag interessiert ihn: „US-Polizei warnt vor pedobaer – das Maskottchen der Pädophilen.“

Bei einer anderen Internetadresse gibt er eine SM-Anzeige auf. Martin N. sucht jemanden für den devoten Part.

hung hatte, weder mit einem Mann noch mit einer Frau.

Aus einem Telefonat erfahren die Ermittler im März, dass der Berliner Norman L., verurteilt wegen Verbreitung von Kinderpornografie, Martin N. am ersten Aprilwochenende besuchen will – mit einem neunjährigen Jungen. Angeblich zum Besuch eines Bundesligaspiels des FC St. Pauli.

Die Ermittler müssen nun handeln. Sie bitten Berliner Kollegen, L. zu besuchen, ihn zu fragen, in welchem Verhältnis er zu dem Jungen stehe. L. redet sich raus.

Kaum sind die Polizisten weg, ruft L. seinen Kumpel Martin N. an. Die Strategie der Verdener Ermittler geht auf: Die beiden Männer einigen sich, dass der Junge besser nicht mitkomme. L. vermutet, eine besorgte Mutter habe ihn angezeigt.

Soko-Chef Erftenbeck glaubt, genug für einen Haftbefehl gegen Martin N. in der Hand zu haben. Auf 16 Seiten listet er für die Staatsanwaltschaft die Verdachtsmomente auf. Darunter sind N.s Aussagen aus dem Jahr 2007.

Damals war N. im Zuge einer Rasterfahndung ins Visier der Soko „Dennis“ geraten. Ein Fahnder besuchte ihn in seiner Hamburger Wohnung. Fragte ihn, ob er als Kinderbetreuer gearbeitet habe, ob er Vinderup und Hvidemose, zwei Orte nahe des dänischen Limfjords, kenne. N. verneinte beides, präsentierte sich glaubwürdig, wenngleich er die Abgabe einer freiwilligen Speichelprobe ablehnte.

Aber nun, drei Jahre später, haben die Ermittler Indizien wie die Ferienhausbuchung und das Foto. Jetzt sind sie sicher, dass N. der schwarze Mann ist.

Der zuständige Richter am Amtsgericht Stade lehnt den Haftbefehl jedoch ab. Der Serienzusammenhang sei „nicht hinreichend gesichert“. Es sei immer noch möglich, dass die Taten von unterschiedlichen Personen begangen worden seien. Die Ermittler bekommen lediglich einen Durchsuchungsbeschluss und die Erlaubnis zur Entnahme seiner Speichelprobe.

Am 13. April, laut Polizeibericht um 6.40 Uhr, fängt ein Mobiles Einsatzkommando Martin N. vor dessen Wohnung ab. Er ist auf dem Weg zum TÜV Nord, wo er Arbeitslose schult. Er ist überrascht, leistet keinen Widerstand.

N. willigt ein, Soko-Chef Erftenbeck und Profiler Horn zum Zentralen Kriminaldienst nach Verden zu begleiten. Während der Fahrt hält er seinen Kopf aus dem Seitenfenster. Sein Körper krampft, er muss sich übergeben.

Zur selben Zeit betreten Beamte in Einmalanzügen mit Fuß- und Mundschutz N.s Wohnung. Sie finden eine Schreckschusswaffe, Patronen, Kabelbinder, Handschellen, eine 18-zügige Peitsche. Und ein HSV-Trikot, Größe 140 bis 152.

Auf dem Dachboden entdecken sie in einem Ordner den Antrag an das Bremer



Mordopfer Jahr, Rostel, Klein: Einfach in die Häuser hineinspaziert

„Durch sein Engagement war er bei den betreuten Jugendlichen sehr beliebt“, teilt sein ehemaliger Arbeitgeber mit. „Zu keinem Zeitpunkt gab es für uns Anhaltspunkte oder Hinweise auf Fehlverhalten oder Auffälligkeiten.“

Anfang 2008 wurde er dennoch fristlos entlassen. Die Staatsanwaltschaft Hamburg hatte die Jugendhilfe über das Ermittlungsverfahren gegen N. wegen Kinderpornografie informiert, das nach der Erpressungssache eingeleitet worden war.

Augenscheinlich war es das einzige Mal, dass sich die beiden Leben des Martin N. kreuzten. Dass seine doppelte Buchführung aufzufliegen drohte. Sich an seinen Arbeitsplätzen nichts zuschul-

Aus der Telefonüberwachung erfahren die Ermittler auch Familiäres: Seine Mutter ist traurig, dass er sich lange nicht gemeldet hat. Sie nennt ihn „Nickchen“.

Die ehemalige Krankenschwester hat Martin und seine Brüder allein in einer Sozialwohnung in Bremen-Schönebeck großgezogen. Der Martin, erinnert sich ihr ehemaliger Lebensgefährte, habe immer an ihrem Rockzipfel gehangen.

Ihr Sohn sei eher verschlossen gewesen, wird die Rentnerin nach seiner Verhaftung aussagen. Und dass sie ihn mal gefragt habe, ob er homosexuell sei. Er habe das bestritten, woraufhin sie überlegte, ob er asexuell sei. Weil er nie eine Bezie-

Amt für Soziales, wonach N. ein Pflegekind haben will. 1996 vertraute ihm die Behörde den zwölfjährigen Christian A. an. Dessen Mutter war Alkoholikerin, der Vater saß im Gefängnis wegen sexuellen Missbrauchs an Christians Halbschwestern.

Laut „Hilfeplan“ vom 26. November 1996 sieht die Behörde in N. für den Jungen „eine zuverlässige Beziehungsperson“, die ihm bestenfalls „Lebensweisen und Strukturen vermittelt, die ihn zu einer gesunden und selbständigen Persönlichkeit wachsen lassen“, verspricht sich aber mindestens den „Aufbau einer tragfähigen Beziehung zwischen Christian und Herrn N.“.

Martin N. sei wie ein „zweiter Vater“ für ihn gewesen, sagte Christian A. den Ermittlern rückblickend. Er habe ihn aber nie angefasst.

Doppelte Buchführung eben.

Als Martin N. im Raum 207 des Zentralen Kriminaldienstes seine Lebensbeichte ablegt, verniedlicht er seine Taten als Dinge, die er „angestellt“ habe. Sein erstes Mordopfer, den Internatsschüler Stefan Jahr, fand er „süß“. Er habe den 13-Jährigen in der Nacht zum 31. März 1992 einfach mitgenommen. Doch als ihm klargeworden sei, dass der Junge vermutlich das Kennzeichen seines roten Fiat Panda gesehen hatte, habe er ihn umgebracht und „verbuddelt“. Wochen später fanden Spaziergänger Stefans Leiche.

Auch die Sache im Zeltlager Selker Noor bei Schleswig soll ganz harmlos angefangen haben. In der Nacht zum 24. Juli 1995 habe er in ein Zelt geguckt, und da habe der Dennis Rostel gelegen. Der Junge sei wach geworden und „völlig freiwillig“ mitgegangen, behauptet N.

Er sei mit dem Jungen nach Dänemark gefahren, habe tagelang mit ihm wie Vater und Sohn gelebt, ein Gefühl gehabt, „wie Dennis' Papa zu sein“. Dann sei ihm aber auch hier klargeworden, dass er den Jungen nicht einfach so zurückbringen könne. Seine Leiche will er mit einer „ollen Schaufel“ im Sand vergraben haben. Ein Urlauber fand den toten Jungen.

Dennis Klein dagegen will Martin N. am 5. September 2001 bereits im Schulandheim Wulsbüttel getötet haben. Be-



Soko-Chef Erftenbeck: Hinter welchen Fällen könnte N. noch stecken?



Tatort Ferienhaus in Dänemark: Tagelang wie Vater und Sohn gelebt

gründung: Der Junge habe angefangen zu schreien. Ein Pilzsammler entdeckte den toten Jungen in einem Gebüsch.

Wie sein Gesichtsausdruck ist, wenn er die Geschehnisse schildert, was seine Körpersprache verrät, das geht aus den Protokollen der Vernehmung nicht hervor. Nur, dass er manchmal weint, schluchzt. Einmal winselt er, dass er Jungs nun mal liebe. Und ja eigentlich immer nur das Beste für andere wolle.

Die beiden Männer, die ihn in diesen Stunden erleben, Soko-Chef Erftenbeck und Profiler Horn, lehnen jede Stellungnahme ab. „Sollte der Beschuldigte sein Geständnis widerrufen oder gar nichts mehr sagen, sind sie wichtige Zeugen im

Prozess“, erläutert der Sprecher der Stader Staatsanwaltschaft.

Auch die Missbrauchstaten räumt N. ein, darunter jene an dem Jungen auf dem Foto vor der Treppe und jene an dem Jungen, der die E-Mail schrieb.

Habe er den Drang verspürt, sei er jede Woche losgefahren. Gefiel ihm ein Kind, sei er hinterhergegangen, um zu schauen, wo es wohnt. Als Betreuer auf den Ferienfreizeiten habe er automatisch die Adresslisten gehabt.

Manche Schlüssel hätten unter den Fußmatten gelegen. Einmal habe ein Junge sein Rad abgestellt, und der Schlüssel hing noch dran. So sei er einfach in die Häuser hineinspaziert, erst mit medizinischem Mundschutz getarnt, später mit schwarzer Sturmhaube. Und dann stand er da, nachts, an dem Ort, wo sich Kinder am sichersten fühlen: zu Hause, in ihrem Zimmer.

Im August wird der Münchner Psychiater Norbert Nedopil den 40-Jährigen begutachten. Die Einschätzung des Professors wird dazu beitragen, ob N. die Höchststrafe nach deutschem Recht bekommt: lebenslange Freiheitsstrafe bei Feststellung der besonderen Schwere der Schuld; anschließend Sicherungsverwahrung.

Für die Ermittler um Soko-Chef Erftenbeck ist die Arbeit noch lange nicht abgeschlossen. So fragen sie sich, hinter welchen ungeklärten Vermisstenfällen N. noch stecken könnte. Wo hat er sich wann aufgehalten? Was hat er getrieben, als er in Südamerika umherreiste? Und vor allem: Womit könnte man die Morde be-

oder widerlegen, die seine Handschrift tragen, die Martin N. aber bestreitet?

Der Mord an Nicky Verstappen, 11, der im Sommer 1998 aus einem holländischen Zeltlager verschwand und in einer Fichtenschonung gefunden wurde – wenige Tage später wurden zwei Jungen in einem französischen Feriencamp missbraucht.

Oder der Mord an dem zehnjährigen Jonathan Coulum. Er verschwand 2004 aus demselben Schülerlager in Frankreich. Seine Leiche wurde nach sechs Wochen in einem Teich gefunden.

Laut der Personalakte seines damaligen Arbeitgebers hatte Martin N. zur Tatzeit Urlaub.

MICHAEL FRÖHLINGS DORF,
ANTJE WINDMANN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Teufel und Königsmörder

Nach der Wahlniederlage sucht die zerstrittene CDU im Südwesten nach einer neuen Führungsfigur. Doch ein Versöhner ist nicht in Sicht.

Vielleicht wäre Karl Dosenbier im Ländle ja wirklich der richtige Mann für den Neuanfang an der Spitze der Union. Er ist modern, kommuniziert via Twitter und Facebook. Er hat klare Ziele, nennt sich bereits den „designierten Parteivorsitzenden der CDU Baden-Württemberg“. Und er hat ein strammes Selbstbewusstsein: „Es kann nur einen geben – mich!“

Online feuert Karl Dosenbier auf den bisherigen CDU-Chef Stefan Mappus („Mentalgreis“), beklagt dessen Fehlein-

Strobl, dann würden die Kommentatoren doch sagen, „bei der CDU gibt es Gerangel“ um den Posten des Landeschefs. Und wem sei denn damit geholfen, wenn irgendein „Karl Dosenbier“ gegen ihn antreten würde? Strobls rhetorische Frage inspirierte offenbar einen Internetnutzer. Wenige Tage später tauchte „Karl Dosenbier“ erstmals im Netz auf.

Seit drei Wochen hat der Bundestagsabgeordnete Strobl allerdings einen echten Mitbewerber aus Fleisch und Blut: Winfried Mack, 45, Landtagsabgeordneter aus Ellwangen, wird mit ihm am Samstag beim Landesparteitag in Ludwigsburg um den Vorsitz kämpfen. Doch für die ersehnte Neuorientierung der Union stehen weder der unbekannte „Mappusianer“ Mack noch der spröde Rechtsanwalt Strobl. Für viele der 395 Delegierten, klagt ein langjähriges CDU-Mitglied, werde es „eine Wahl zwischen Pest und Cholera“ sein.

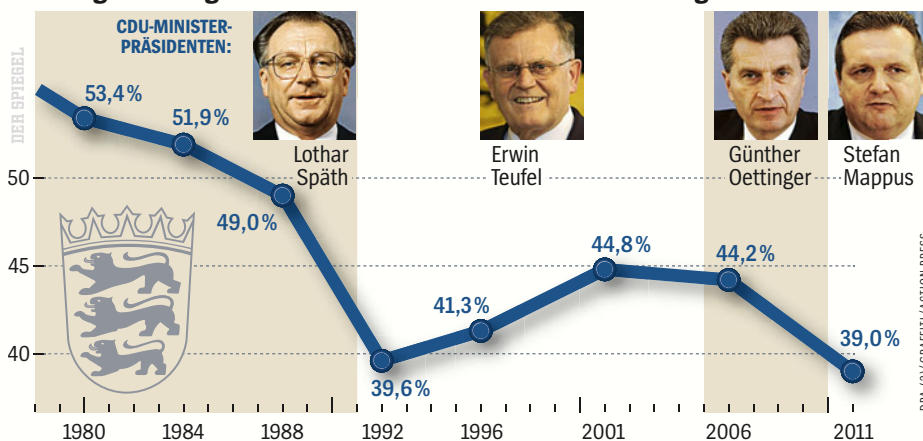
Deutlich wird somit, wie bitter nötig die Partei im Südwesten eine radikale Personalkur hätte – und wie wenig bislang Wert gelegt wurde auf demokratische Prozesse. Fast 60 Jahre lang herrschte die selbsternannte „Baden-Württemberg-Par-

Es liegt aber auch an einer Verbitterung der Basis. Sie ist empört, dass die Stimme der einfachen Mitglieder weiterhin nichts gelten soll. Nur einmal durften sie bei einer Nachfolgefrage entscheiden: 2004, als Erwin Teufel abdankte. Doch der Wettstreit zwischen Günther Oettinger und Annette Schavan eskalierte damals in einer verbalen Schlammeschlacht – seitdem waren die Fronten zwischen dem sogenannten Teufel-Lager und dem der „Königsmörder“ rund um Oettinger zementiert.

So passte es ins Bild, dass Teufel-Zögling Mappus nach seiner Abwahl als Ministerpräsident zunächst versuchte, mit Macht eine seiner Getreuen, Umwelt- und Verkehrsministerin Tanja Gönner, als Fraktions- und Parteivorsitzende zu installieren. Gönner, bis zuletzt das Gesicht der Stuttgart-21- und der Atompolitik der alten Regierung, scheiterte indes prompt an Peter Hauk, dem alten und neuen Fraktionschef aus der Oettinger-Clique.

Altes Lagerdenken und eine Urangst vor der Unberechenbarkeit der Basis – die Union hat noch keine Antwort gefunden auf ihre neue Rolle. Als Mack Ende Juni seine Kandidatur verkündete, wäre es

Landtagswahlergebnisse der CDU in Baden-Württemberg



Kandidaten Strobl, Mack
Zeugnis der Armut

schätzung beim Kauf des Energiekonzerns EnBW und überlegt, eine Gruppe „CDU-Mitglieder gegen S21“ zu gründen.

Natürlich ist Karl Dosenbier ein Witz, eine Phantomfigur im Netz, erfunden von einem Anonymus mit einem Faible für Polit-Satire. Aber dass es Karl Dosenbier gibt und dass ihm auf Twitter und Facebook reichlich Diskutanten folgen, sagt eine Menge aus über den Zustand der Südwest-CDU. Sogar die Idee für den Namen stammt, unfreiwillig, aus der Union.

Ende April präsentierte sich der langjährige Generalsekretär Thomas Strobl, 51, als Kandidat für den Parteivorsitz und damit als Nachfolger für den bei der Landtagswahl im März gescheiterten Mappus. Einen weiteren Bewerber fand die Unionsspitze nicht, was Parteibasis wie Medien als Armutszeugnis werteten.

Die Kritik wiederum kränkte den Kandidaten. Gäbe es einen Konkurrenten, so

teit“ unangefochten im Ländle. Auf der Villa Reitzenstein, dem Stuttgarter Regierungssitz, galt als ungeschriebenes Gesetz: Der CDU-Fraktionsvorsitzende beerbt den CDU-Ministerpräsidenten, und dieser ist automatisch Chef der Partei.

Doch nun beherrschen Grüne und Rote das Land und die Schlagzeilen. Strobl, der sich vor allem dadurch auszeichnete, den Mappus-Wahlkampf gemanagt zu haben und Schwiigersohn von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zu sein, gibt zu: „Wir müssen nun rasch lernen, wie die Arbeit als Opposition geht.“

Die Stimmung bei den mehr als 72 000 Parteimitgliedern ist auf dem Nullpunkt. Das liegt zunächst an den Nachwehen der Wahlschlappe. Laut einer Analyse der Forschungsgruppe Wahlen sei die „CDU als Partei zu fundamentalistisch ausgerichtet“, es gebe eine „massive Entfremdung zur potentiellen Wählerschaft“.

möglich gewesen, die Mitglieder zu befragen. Die Führung entschied sich dagegen, den Parteitag, der schon einmal vertagt werden musste, erneut zu verschieben.

„Die Parteispitze hat offenbar überhaupt nichts verstanden“, schimpft Tobias Schumacher, Vorsitzender des CDU-Kreisverbands Tuttlingen, „eine Mitgliederbefragung wäre das Signal für einen Neuanfang gewesen.“ Gefragt wäre ein Versöhner, mit Strobl und Mack entflammen die alten Flügelkämpfe neu: Mack gilt als schwacher Strohhalm, protegiert aus Berlin von Schavan und Fraktionschef Volker Kauder. Strobl kam unter Oettinger ins Amt und wird von Hauk gestützt.

Mitgliedern wie Schumacher bleibt nur ein schwacher Trost: Per Initiativantrag haben sie durchgesetzt, dass der nächste Spitzenkandidat von ihnen direkt gewählt werden soll. Aber das wird wohl erst 2015 so weit sein.

SIMONE KAISER

Was war da los, Herr Stoilkovic?

Damir Stoilkovic, 30, kroatischer Sicherheitsmann, über die Anziehungskraft seines Sohnes: „Ich weiß nicht, warum Gegenstände aus Metall an meinem Sohn Ivan kleben bleiben. Wissenschaftlich ist das nicht zu erklären. Menschen können eigentlich nicht magnetisch sein, und Ivan hat keine klebrige Haut. Aber es muss etwas mit der Haut zu tun haben, denn wenn Ivan ein T-Shirt trägt, bleiben keine Metallgegenstände an ihm kleben. Ich finde es gut, dass mein Sohn diese Gabe hat, auch weil wir berühmt werden. Uns hat schon ein Kamerateam aus Brasilien besucht, und Menschen von RTL haben auch angerufen, weil sie wollten, dass Ivan in der Show ‚Das Supertalent‘ auftritt. Ivan zeigt seine Fähigkeiten gern, leider wird er schnell müde. Reich sind wir mit seinen Auftritten bisher nicht geworden, aber Zuschauer schenken Ivan manchmal Süßigkeiten zur Belohnung.“



Stoilkovic (l.), Sohn Ivan

VÖLKERVERSTÄNDIGUNG

„Wer Cricket spielt, führt keinen Krieg“



Der britische Autor Tim Albone, 33, über den Beitrag einer afghanischen Sportmannschaft zum Weltfrieden

SPIEGEL: Herr Albone, gibt es in Afghanistan ein Cricket-Feld mit Rasen?

Albone: Wenn es eins gibt, habe ich es nicht gesehen. Die Cricket-Spiele finden auf Staub statt.

SPIEGEL: Aber es gibt eine afghanische Cricket-Nationalmannschaft, die Sie monatelang begleitet haben. Spielt die immer noch auf Staub?

Albone: Ja, in Afghanistan schon. Die Spieler haben anfangs auch mit Tennisbällen trainiert statt mit harten Cricket-Bällen aus Leder. Als ich angefangen habe, mich mit der Nationalmannschaft zu beschäftigen, stand sie auf dem letzten Platz der Weltrangliste. Aber dann ging es aufwärts.

SPIEGEL: Wie kam es dazu?

Albone: Als die Amerikaner im Jahr 2001 anfangen, die Taliban zu bombardieren, hat sich ein Mann in einem

Flüchtlingslager in Pakistan auf seinen Esel gesetzt und ist durch das Gebirge nach Afghanistan geritten. Er ist nach Kabul gegangen, hat sich dem Olympischen Komitee vorgestellt und hat gesagt, er wolle die Nationalmannschaft neu aufbauen. Später wurde Taj Malik Nationaltrainer.

SPIEGEL: Wieso begeistert sich ein afghanischer Flüchtling für Cricket?

Albone: Er hatte in seinem Flüchtlingslager von Pakistanern gelernt, wie man Cricket spielt. Malik glaubt, dass der Sport die Wunden des Krieges heilen kann. Er glaubt, wenn ein Kind

Cricket spielt, nimmt es kein Gewehr in die Hand.

SPIEGEL: Ist er wahnsinnig?

Albone: Würde ich nicht sagen. Ich habe die Nationalmannschaft begleitet, als sie für ein Spiel auf die Insel Jersey im Ärmelkanal geflogen ist. Die afghanischen Spieler sind arm, die meisten können nicht lesen. Sie haben auf Jersey gegen Männer gespielt, die als Banker und Buchhalter arbeiten.

SPIEGEL: Wer hat gewonnen?

Albone: Afghanistan. Es war eine tolle Reise, aber es war hart, weil zwar der Flug bezahlt war, aber nicht die Verpflegung. Die Afghanen haben dann einen großen Stapel Gutscheine für McDonald's aufgetrieben und jeden Tag dort gegessen. Manche von ihnen haben zum ersten Mal Frauen im Bikini gesehen, das war ein Erlebnis. Nur der Rasen auf dem Spielfeld hat sie anfangs ein wenig gestört, aber sie haben sich daran gewöhnt.



Afghanische Cricket-Spieler

Tim Albone: „Out of the Ashes. The extraordinary rise and rise of the Afghanistan cricket team“. Virgin Books, London; 304 Seiten; £ 11,99.

EINE MELDUNG UND IHRE GESCHICHTE

Mamas Liebling

Wie eine Mutter ihrem Sohn half, Erpresser zu werden

Er ist nicht besonders pfleglich mit seinem Leben umgegangen. Er ist vorbestraft wegen Betrugs, ein arbeitsloser Automechaniker, seine beiden Kinder leben bei seiner geschiedenen Frau. Mit 35 Jahren sieht er einer Zukunft entgegen, die trüb ist. Sein Name darf nicht veröffentlicht werden, nennen wir ihn „der Sohn“.

Um sich seine Zukunft aufzuhellen, würde er Geld brauchen, viel Geld, davon war der Sohn überzeugt, und vielleicht würde das Geld ihm auch seine Kinder zurückbringen, irgendwie, das war seine Hoffnung.

Der Sohn war hin und wieder als Kleinkrimineller aufgefallen, aber mit Kleckerkram, das war ihm klar, würde er nicht weiterkommen. Er entschied sich für Erpressung in großem Stil.

Seine Geisel sollte kein Mensch sein, das erschien ihm zu wenig. Er entschied sich für ein Unternehmen, die Supermarktkette Real. Er behauptete, vergiftete Lebensmittel in ihren Regalen platziert zu haben.

So stand es in einem Brief, den er an die Firmenzentrale in Mönchengladbach schickte. Er forderte 20 Millionen Euro.

Im Briefumschlag fanden sich neben der Drohung Samen der Rizinuspflanze, der Sohn hatte sie gewissenhaft zerkleinert, bei dieser Arbeit hatte er einen Einweghandschuh getragen, so sagte er später bei seiner Vernehmung. Der Handschuh sollte ihn schützen vor dem Gift, das in den Samen enthalten ist.

Das Gift trägt den Namen Ricin, es fällt unter die Biowaffenkonvention, die Chemiewaffenkonvention, das deutsche Kriegswaffenkontrollgesetz. Saddam Hussein ließ es produzieren für seine Artillerie, al-Qaida erforschte seine Möglichkeiten, US-amerikanische Rechtsradikale bunkerten es für einen Anschlag. Der Sohn bestellte die Samen einfach über das Internet.

Doch bevor er den Brief abschickte, beriet er sich mit einer Vertrauten. Er wollte sicher sein, alles bedacht zu haben, so gut es eben ging. Die Vertraute war eine Person, die ihn niemals verraten würde, dessen war er sich sicher.

Die Vertraute war seine Mutter.

Sie ist 66 Jahre alt, nun Rentnerin, vorher war sie Zahnarzthelferin, und sie ist ganz offenbar der Meinung, dass es Situationen im Leben eines Men-

Auf den ersten Brief ließ der Sohn einen zweiten folgen. Der klebte an einer Tür der Real-Filiale in Kempten und enthielt detaillierte Anweisungen. Darin stand, dass ein bestimmter Mitarbeiter der Filiale in einem bestimmten Geschäft ein Prepaid-Handy mit einer bestimmten Nummer kaufen solle. Der Mann habe dann mit einem Auto in ein Parkhaus in der Innenstadt zu fahren und auf eine SMS zu warten, in der weitere Anweisungen mitgeteilt würden.

Die SMS verschickte der Sohn von einem öffentlichen Telefon auf dem Bahnhofsvorplatz von Kempten, allerdings war er damit zu früh. Das Handy-Geschäft war noch geschlossen, das Telefon noch nicht aktiviert, die Geldübergabe scheiterte.

Der Sohn versuchte es ein zweites Mal. Diesmal wurden die Anweisungen empfangen. Das Geld sollte verpackt werden in zehn Pakete. Die zehn Pakete sollten in einen Fluss in der Nähe der Gemeinde Pfonten im Ostallgäu geworfen werden.

Aber das Geld wurde nicht in den Fluss geworfen, stattdessen stand eine Tasche am Ufer des Flusses. Der Sohn fand sie nicht.

Frustriert legte er am Abend des Folgetags Feuer in der Kemptener Real-Filiale. Das Auto, mit dem er zum Tatort fuhr, hatte ihm die Mutter geliehen.

Der Sohn bekannte sich zu der Tat, er wollte nun endlich ernst genommen werden von der Geschäftsleitung des Supermarkts und verlangte eine weitere Geldübergabe. Diesmal sollten die Scheine in einer Tasche auf dem Dach eines Autos deponiert werden.

Als er sich am nächsten Tag dem Wagen näherte, fühlte er sich unwohl, beobachtet, und sein Gefühl trog ihn nicht. Polizisten nahmen ihn fest. Und kurze Zeit später auch seine Mutter.

In der vergangenen Woche saßen Mutter und Sohn gemeinsam auf der Anklagebank des Landgerichts Memmingen. Der Sohn wurde zu fünf Jahren und zehn Monaten verurteilt. Die Mutter zu einem Jahr und zehn Monaten auf Bewährung.

Die Richterin sprach in ihrem Urteil unter anderem von „falsch verstandener Mutterliebe“.

UWE BUSE



Real-Supermarkt in Kempten

Mutter korrigiert Erpresserbriefe
Marktoberdorf – Um Geld für einen Sorgerechtsstreit zu bekommen, erpresste ein Mann aus dem Ostallgäu eine Kaufhauskette – und ließ von seiner

Aus der „Hamburger Morgenpost“

schen gibt, in denen es nicht legal, aber legitim ist, sich über das Gesetz zu stellen. Sie scheint auch der Meinung zu sein, dass es die erste Pflicht einer Mutter sei, die Wünsche ihrer Kinder zu erfüllen.

Die Mutter las den Brief, den der Sohn an die Zentrale von Real schicken wollte, und korrigierte falsch geschriebene Wörter. Der Brief sollte nicht nur Angst machen, fand die Mutter, er sollte auch einen guten Eindruck hinterlassen, er begann mit „Sehr geehrter Herr“.



Schaltpult im Kernkraftwerk Watts Bar: „Wir sitzen auf lauter tickenden Zeitbomben“

ATOMKRAFT

Mein Freund, der Meiler

In Tennessee entsteht das vorerst letzte Atomkraftwerk der USA. Trotz gravierender Mängel, die schlimmstenfalls zu einem GAU wie in Japan führen können, heißen die Amerikaner den Meiler willkommen. Viele sehen die Kernenergie als Symbol nationaler Stärke. *Von Ullrich Fichtner*

Mansour Guity war der Kronzeuge gegen Amerikas Atomindustrie, fast im Alleingang hat er ganze Kraftwerke lahmgelegt, die Rede ist von einem 30-jährigen Krieg, der in diesen Wochen verlorengeht. Keine 50 Kilometer von Guitys Haus, im Tal des Tennessee River, werkeln sie wieder am zweiten Reaktorblock von Watts Bar, der die längste Zeit eine Bauruine war und nun doch noch Atommeiler werden will. Es geht Mansour Guity nicht gut.

Vor ein paar Tagen hat ein gewaltiger Wirbelsturm Tennessee rasiert und eine Straße der Verwüstung durch Alabama geschlagen. Hunderte Tornados spielten Mikado mit Strommasten und nahmen ein laufendes Atomkraftwerk vom Netz, Browns Ferry, einen Zwilling der Anlagen von Fukushima. Es ging in der stürmischen Nacht in den Notbetrieb und schaltete sich automatisch ab.

Mansour Guity kennt sich aus in diesen Dingen, er weiß, was sich dann im Inne-

ren der Anlagen abspielt, ein alter Atomingenieur, Jahrgang 1942, in Iran geboren, ein enttäuschter Amerikaner heute. „Zeitbomben“, sagt er und wirkt sehr bitter dabei, „wir sitzen auf lauter tickenden Zeitbomben.“

Der Esstisch seines großen cremeweißen Hauses unweit von Knoxville am Rand der Smoky Mountains ist beladen mit Papier in großen und kleinen Packen, Zeitungsausschnitten, alten Sitzungsprotokollen, technischen Berichten über Kabel, Schweißnähte, Beton. Es braucht viele Puzzlestücke, um Guitys Leben zu einem schlüssigen Bild zu legen, um zu verstehen, wie sich ein Mann in einer Mischung aus Berufsehre und Rechtschaffenheit mit dem größten Energieunternehmen Amerikas anlegte und dabei auf der Strecke blieb.

Guity muss heute, sagt er, noch immer 26 Tabletten jeden Tag schlucken, um seine Depressionen und Zustände in Schach zu halten. Es wäre bestimmt zu billig, daran einfach der Atomindustrie die Schuld

zu geben. Guity ist auch am amerikanischen Traum gescheitert. Er habe, sagt er, fest an dieses Land geglaubt. Aber nun weiß er nicht mehr, seit langem schon, woran er noch glauben soll.

In den sechziger, siebziger und achtziger Jahren fand er Stück für Stück heraus, dass beim Bau der Atomanlagen entlang des Tennessee getrickst und so geschludert worden war, dass es jeder Idee von atomarer Sicherheit Hohn sprach.

Guity war Atomingenieur bei der TVA, der Tennessee Valley Authority, einem alten, milliarden schweren Staatskonzern, Betreiberin der Atomkraftwerke Browns Ferry, Sequoyah, Bellefonte und Watts Bar. Die Rede war damals nicht von ein paar Mängeln, sondern von Tausenden handfesten Verstößen gegen Planvorgaben und Bauvorschriften, und nirgends waren sie so gravierend wie in Watts Bar.

Die beiden Blöcke des Kraftwerks wurden in den siebziger, achtziger Jahren parallel hochgezogen. Nur Block 1 wurde,



FOTOS: ROBIN NELSON / ZUMA PRESS / DER SPIEGEL

Atomkraftwerk-Anwohner Fry: „Ist ein guter Nachbar, macht keinen Ärger“

mit dramatischer Verspätung, wirklich in Betrieb genommen, Block 2 blieb Bau-ruine bis zum Beginn der aktuellen Arbeiten vor ein paar Jahren. Ginge es nach Mansour Guity, würde die ganze Anlage, Block 1 und Block 2, alles, so schnell wie möglich von der Landkarte verschwinden.

Im Innern der Anlagen wurden dicke Starkstromkabel reihenweise in so scharfe Winkel gebogen, dass mit ihrem Defekt jederzeit zu rechnen war. Schweißnähte genügten auf langen Strecken nicht den Standards. Betonmäntel wurden zu dünn gebaut. Guity hat das alles mit eigenen Augen gesehen, er hat es als Qualitätsmanager des Atomprojekts protokolliert. Diese alten Fehler und Verstöße, und deshalb kommt Guity nicht zur Ruhe, können nach allem menschlichen Ermessen niemals vollständig behoben werden.

Guity leidet daran, dass über Watts Bar, über die amerikanische Atomenergie insgesamt, keine Debatte stattfindet, sie ist kein Thema, sagt er, nirgends, obwohl es reichlich Anlass zum Reden gäbe. 104 Kernreaktoren laufen in den USA, so viele wie in keinem anderen Land der Welt. Viele Anlagen sind bedenklich alt, 40 Jahre und mehr. 65 000 Tonnen Atommüll haben sich im Lauf der Jahrzehnte angesammelt. Und die USA haben, es klingt unglaublich, derzeit noch nicht einmal einen Plan, wie mit dem täglich neu anfallenden Atommüll auf Dauer umzugehen wäre.

Wenn bald auch der zweite Block von Watts Bar, Amerikas derzeit letzter Atommeiler im Bau, mit einer Entstehungsge-

schichte von dann fast 40 Jahren, wirklich ans Netz geht, dann stammen Teile der Anlage noch immer aus jener Zeit, in der so viele Kriterien verletzt wurden, und niemand könnte mehr genau sagen, welche es sind und wie viele. Auch die TVA kann das nicht, jedenfalls nie lückenlos.

Ihre Zentrale steht auf dem höchsten Punkt von Knoxville in Tennessee, das Hauptquartier verteilt sich auf zwei fahle Zwölfgeschosser, die dastehen wie hochkant aufgestellte Schuhkartons. Die Stadt drum herum ist behagliche Provinz.

Mansour Guity kam als Student hier an, die Stadt war noch deutlich ärmer damals, seine Eltern hatten das Land des rigiden iranischen Schahs zu Beginn der sechziger Jahre verlassen, vier Söhne und eine Tochter im Gepäck.

Guity studierte Elektrotechnik in Knoxville, und die Firmen standen Schlange, um die Absolventen anzuwerben. Guity ging zur TVA, Abteilung Atomstrom. Die Kernenergie war noch jung damals, 1969, nur ein paar linke Spinner und ängstliche Träumer fürchteten sie. Guity sah die Chancen.

Ein gutes Jahrzehnt später war sein Glaube an die Technik und die Macht der Ingenieure zerstört. Spätestens von 1979 an, als die Bauarbeiten in Watts Bar in vollem Gange waren, als er die Baumängel nicht mehr ignorieren konnte, als er anfang, darüber Buch zu führen, stotterte seine berufliche Laufbahn.

Guity, den die Kollegen bis dahin nur „das Ass“ nannten, wurde bei Beförderungen übersehen. Gehaltserhöhungen blie-

ben aus, seine Berichte ohne Antwort. Sie versickerten im Innern des Konzerns. Guity wurde gebeten, einen besonders dramatischen Rapport über die mangelhafte Verkabelung von Watts Bar umzuschreiben. Er wurde angewiesen, aus 200 Seiten 20 zu machen und aus 20 noch weniger, das war schon Anfang der achtziger Jahre, ein quälender Prozess, es ging, immer wieder, um mangelhaft verlegte Kabel.

Aber die Kabel sind, sagt Guity, „das Nervensystem eines Kernkraftwerks“. Durch eine große Anlage wie Watts Bar laufen glatt 3000 Kilometer Kabel, zehn Millionen Fuß, von deren Funktionstüchtigkeit am Ende abhängt, ob ein Atomkraftwerk im Falle einer Störung aus dem Ruder läuft oder nicht. Guitys Berichte zeigten, dass sie in Watts Bar hundertfach falsch installiert waren. Sie bewiesen, dass sich die TVA nicht um die Vorschriften scherte, dass sie ihre Kraftwerke irgendwie freihändig zusammenschraubte.

Guity ging auf dem Dienstweg dagegen an, immer wieder, aber als alle seine Bemühungen nichts fruchteten, machte er seine Befunde öffentlich. Und damit trat er einen Skandal los, der bis heute zu den größten der amerikanischen Industriegeschichte zählt und der sich nun im Grunde täglich weiter fortsetzt.

Die TVA sah sich damals, 1985, zum Abschalten aller ihrer Atomkraftwerke auf Jahre hinaus gezwungen. Watts Bar 1, nach Meinung seiner Erbauer im Jahr 1985 eigentlich betriebsbereit, blieb stillgelegt und konnte erst elf Jahre später



ROBIN NELSON / ZUMA PRESS / DER SPIEGEL

Ehemaliger Nuklearingenieur Guity: 26 Tabletten jeden Tag

ans Netz gehen, 23 Jahre nach der Baugenehmigung, und der ganze Vorgang beschäftigte endlich einen Untersuchungsausschuss des US-Kongresses.

Als die Anhörungen begannen, im Februar 1986, und Mansour Guity mit einer Handvoll gleichgesinnter Kollegen nach Washington reiste, um im Rayburn House, Raum 2322, Rede und Antwort zu stehen, hatte die TVA Atomkraftwerke im Wert von 15 Milliarden Dollar herumstehen, die alle abgeschaltet waren, abgeschaltet werden mussten. Und das war nicht zuletzt Guitys Schuld. Oder, je nach Perspektive: sein Verdienst.

Der Ausschussvorsitzende sprach von „krassem Missmanagement“, „einem Sumpf von monumentaler Größe“. Das „historische Desaster“ bestehe darin, dass die TVA aus Kostengründen „ihre Atomanlagen falsch geplant und fehlerhaft gebaut habe“. Nun aber werde es extrem schwer sein, hieß es damals, je herauszufinden, „ob diese Anlagen sicher sind oder nicht“. Und diese Frage ist heute, 25 Jahre später, noch immer nicht zu beantworten.

Es ist eine Geschichte aus Tennessee, es ist wichtig, das im Kopf zu behalten. Tennessee ist, von den kleinen Landstraßen aus gesehen, ein Bilderbuch des ländlichen Amerika.

Kleine Pritschenlaster und rumpelnde Containertrucks schnüren durch eine große, gemütliche Waldlandschaft. Frische Holzhäuser stehen auf perfektem Rasen in geputzten Gärten, über denen Amerikas Fahne flattert. Wer sich als Fremder hier bewegt, kommt auf alles Mögliche – aber nicht auf die Idee, dass sich hinter dem Wald hier womöglich marode Atomkraftwerke verstecken.

Den Einwohnern geht es nicht viel anders. So groß und weit ist ihr Land, dass selbst Atomkraftwerke darin wie Spiel-

zeug aussehen, von dem existenzielle Gefahr unmöglich ausgehen kann.

Man kann diese Gedankenwelt in Oak Ridge begehen, im Nationalmuseum für Wissenschaft und Energie. Das Museum, nicht weit von Watts Bar, ist ein verwiteter Betonbau, der von der technischen Überlegenheit früherer Tage erzählt.

Oak Ridge war die Heimat des „Manhattan Projects“, des vielleicht kühnsten Forschungsprojekts aller Zeiten, das die größten Physiker und Zehntausende Techniker zusammenbrachte, um im Geheimen die Bombe gegen Hitler zu bauen. Der Museumskomplex steht heute am Rand gewaltiger Flächen mit Namen „Y-12“, „K-25“, „X-10“. Uran wurde hier angereichert, die Hiroshima-Bombe erdacht, später waren es die Wasserstoffbomben.

Der Kritiker wurde angewiesen, aus 200 Seiten 20 zu machen und aus 20 noch weniger.

In den Sälen sind Raketen und Bomben zum Bewundern ausgestellt, und kindgerechte Modelle erklären den großartigen Nutzen der Kernenergie. Die eine Botschaft des Museums lautet: Wir haben die Bombe gebaut, warum sollten wir die zivile Atomkraft fürchten? Die zweite heißt: Wo Amerika ist, ist vorn, ist Fortschritt.

Das Atomkraftwerk Watts Bar steht eine Stunde Autofahrt von Oak Ridge in heiterer Flusslandschaft. Die Welse, der Catfish, sind hier besonders fett, sagen sie, sagt James Fry, 55 Jahre alt, er hat 13 Jahre lang Laster gefahren auf den großen Strecken nach New York und Montreal, jetzt betreibt er einen Campingplatz in der Gegend.

Seit sieben Jahren kommt er nach Watts Bar zum Angeln, und während dieser Jah-

re, sagt er, habe er am Schwarzen Brett auf dem Parkplatz gegenüber des Kraftwerks zweimal einen Wisch gesehen, der davor warnte, die Fische zu essen, wegen der Strahlengefahr. Dass die Anlage grundsätzlich ein Problem darstellen könnte, ist keine Frage, die Fry beschäftigt. „Ist ein guter Nachbar, das Kraftwerk“, sagt er. „Kein Ärger.“

Einmal, Ende April, lud die Atomaufsichtsbehörde NRC zu einer Informationsveranstaltung über den Baufortschritt in Watts Bar in ein Hotel in Athens, unweit des Reaktors. In der Lobby wies eine mit Leuchtkreide bemalte Tafel auf die öffentliche Sitzung hin, es sah aus, als würde ein Flohmarkt angekündigt.

Das Auffälligste an der Versammlung war, dass kein Atomkraftgegner auftrat. Niemand rumorte vor der Tür mit Flugblättern oder Transparenten, kein Megafon kam zum Einsatz, Polizisten wurden nicht gebraucht. Die drei, vier Dutzend Herren in dunklen Anzügen blieben unter sich, Männer von der Atomaufsicht, Männer von der TVA, es fühlte sich an wie eine Vereinssitzung, wo jeder jeden seit Jahren kennt.

„Die Kernenergie ist eine sehr sichere, saubere, zuverlässige und obendrein billige Form der Energiegewinnung“, sagt ein paar Tage später der TVA-Vizepräsident Ashok Bhatnagar, ein Inder mit glatter Haut, 55 Jahre alt. Er war elf, als seine Eltern mit ihm die Heimat verließen. Bhatnagar hat in den USA studiert und lange bei Duke Energy in North Carolina gearbeitet, die TVA habe ihn gereizt, weil sie als Staatsbetrieb nicht Gewinne, sondern nur vernünftige Arbeit fürs Gemeinwohl machen muss, sagt er.

Bhatnagar trägt beim Gespräch im Besucherzentrum der Anlage ein dunkelblaues Polohemd mit dem TVA-Logo über dem Herzen, er erkundigt sich höflich nach dem Stand der deutschen Atomdebatte. Und er sagt denkwürdige Sätze über Fukushima.

„Der Tsunami“, sagt Bhatnagar, „also die Welle selbst, hat 15 000 Menschen getötet. Die Strahlung von Fukushima bislang keinen einzigen, soweit wir wissen. In Wahrheit haben die Anlagen im Großen und Ganzen genau das gemacht, was sie sollten. Ich denke, wir müssen uns fragen, welches Risiko wir eingehen wollen. Wenn wir null Risiko wollten, müssten wir – wegen der Tsunamis – die Hälfte der asiatischen Küstenstädte umsiedeln.“

So redet Exekutivdirektor Bhatnagar, und dabei nimmt er Begriffe wie Kabel, Schweißnähte oder Beton nicht weiter in den Mund. Zu diesem Thema schickt der Sprecher der TVA einige Informationen auf Anfrage hinterher. Und er bestätigt, auf seine Weise, die schlimmen Befürchtungen von Mansour Guity, dass in Watts Bar, in beiden Blöcken, noch immer Material aus grauer alter Zeit verbaut und



ROBIN NELSON / ZUMA PRESS / DER SPIEGEL

Umweltaktivist Smith: „Die Welt ist mein Patient“

in Betrieb ist. Die vor 1986 installierten Kabel, schreibt der Sprecher, seien ersetzt „oder daraufhin getestet worden“, ob sie den Standards entsprächen. Was den Beton angehe, sei die Grundstruktur im Wesentlichen fertig gebaut gewesen, als die aktuellen Arbeiten im Jahr 2007 begannen. Das aber heißt, Watts Bar 2 ist „im Wesentlichen“ noch immer die Anlage, von der Mansour Guity glaubt, man könne sie nur abreißen, wenn es einem mit der Sicherheit ernst wäre.

Tennessee ist ein Landstrich, in dem sich Tornados häufig ereignen und große Flüsse über die Ufer treten. Von derlei Gefahren ist nichts zu spüren, wenn in der Bar „The Joker“, fünf Minuten Fahrt von Watts Bar, an den Freitagen die Ladys' Night beginnt. Der „Joker“ ist eine langgestreckte Baracke auf einem Parkplatz im Wald, im Innern sitzen die Männer mit breit aufgestellten Ellenbogen an der Bar vor Pitchern mit Bockbier, viele von ihnen sind aktive oder ehemalige TVA-Leute, manche haben das Polohemd mit dem Logo an.

Einer von ihnen, vollbärtig, groß, sagt in Sachen Atomkraft, was hier in der Gegend dazu zu sagen ist. Es gehe am Ende um die Alternative Strom oder Kerzenlicht. Nur wer zurück in die Höhle wolle, könne ernsthaft gegen die Kernenergie sein, das würden die Deutschen auch noch merken. Zu solchen Reden singen die schwergewichtigen Ladys ab 21 Uhr süßliche Balladen in eine Karaoke-Anlage.

Wer anders denkt in Tennessee, grün womöglich, muss bessere Argumente finden als „Atomkraft, nein danke“. Die Amerikaner fürchten sich nicht vor atomarer Technik, sie glauben weiterhin fest daran, dass auch die Kernenergie ein vernünftiger Teil der modernen Risikogesellschaft sei.

„Es stimmt alles hinten und vorn nicht“, sagt Stephen Smith, jungenhaft, energisch,

gutausschend, „aber so läuft das hier in Amerika: Wir füllen den Golf von Mexiko mit Öl auf, sehen hinterher aber noch nicht einmal Anlass für eine Debatte.“ Smith ist 49, hat drei Kinder, zwei Enkel, einen Hund und dazu ein Haus am Rand von Knoxville, das im Jahresdurchschnitt so viel Energie produziert wie es verbraucht.

Das Licht in Smiths Küche kommt aus verspiegelten Schächten in der Decke, das Wasser wird photovoltaisch geheizt, es gibt 36 Sharp-Solarmodule auf dem Dach.

Ein Senator aus Tennessee hat erst vor zwei Jahren einen Aktionsplan für den Bau von 100 neuen Kernkraftwerken vorgestellt. Und Präsident Barack Obama hat wenige Wochen nach der Havarie von Fukushima angekündigt, neue Atommeiler bauen zu lassen. „Es klingt wie ein Witz,

3000 Kilometer Kabel laufen durch das Werk – sie wurden hundertfach falsch installiert.

nicht wahr“, sagt Smith, „aber es ist keiner. Es ist der tägliche Wahnsinn hier.“

In den achtziger Jahren, nach Tschernobyl, mischte Smith mit ein paar anderen Atomkraftgegnern immer wieder den Museumsbetrieb in Oak Ridge auf, sie gingen mit Geigerzählern herum und brachten Überlebende aus Hiroshima mit, nur um sich von Landsleuten als Staatsfeinde beschimpfen zu lassen.

Smith ist kein Staatsfeind, eher das Gegenteil. Zehn Jahre lang hatte er eine Tierarztpraxis in Knoxville, aber sein Umweltaktivismus wuchs sich immer weiter aus, bis er sich 1999 ganz darauf konzentrierte. Heute ist er der Chef der „Southern Alliance for Clean Energy“, einer Art Öko-Think-Tank mit 35 Angestellten und vier Millionen Dollar Jahresetat.

„Die Welt ist mein Patient heute“, sagt er, „und es geht ihm nicht besonders gut.“

Smith ist keiner mehr von denen, die mit Trillerpfeifen und Transparenten für eine bessere Erde kämpfen, er hat sich zu einem soliden Lobbyisten entwickelt, der auch zu Vorstandssitzungen der TVA eingeladen wird. Exekutivdirektor Bhatnagar kennt er persönlich, er kennt seine Argumente, und er nimmt sie ihm noch nicht einmal übel. „Wenn ich Bhatnagar heute über Watts Bar reden höre, dann denke ich immer: Genauso haben die Atomingenieure in Japan geredet – zwei Wochen vor dem Tsunami.“

Watts Bar, sagt Smith, sei die teuerste Industrieruine der US-Geschichte und zu allem Überfluss ein weltpolitischer Skandal. Denn in Watts Bar wird außer Atomstrom auch Tritium für den Bau von Atomsprengköpfen produziert. „Es ist die vollendete Heuchelei“, sagt Smith. „Wir machen hier genau das, was wir allen anderen Ländern verbieten wollen, wir vermischen die zivile und die militärische Nutzung. Wir, nicht die anderen, verstoßen gegen internationale Verträge.“

Es ist eine Geschichte aus Tennessee, sie enthält viele schwer fassbare Kapitel. Damals, in den achtziger Jahren, als Mansour Guity mit sich rang, seine furchterregenden Befunde öffentlich zu machen, interviewte eine externe Agentur 5200 TVA-Angestellte, die an Watts Bar mitbauten oder mitgebaut hatten. Die Befragten äußerten damals 5081 Bedenken, davon 1868 sicherheitsrelevante, von denen sich 79 Prozent im Nachhinein als begründet erwiesen. Im Kraftwerk wurden etwa 18 Tonnen ungeeigneter Werkstoff zum Füllen von Schweißnähten verbraucht, allein das hätte in Deutschland sehr wahrscheinlich zum Abriss der ganzen Anlage geführt.

In Amerika wird Watts Bar fertiggebaut in diesen Wochen. Die Einheit 1 war der letzte im 20. Jahrhundert genehmigte US-Atomreaktor, Einheit 2 wird der erste des 21. Jahrhunderts sein. Mansour Guity verfolgt jede Nachricht über den Baufortschritt, er kann es nicht lassen, und es gibt immer Neuigkeiten aus Watts Bar.

Im März wurde ein Mitarbeiter eines Subunternehmens verklagt, weil er Messergebnisse in Sachen Verkabelung gefälscht hatte. Im Januar machte sich über Nacht der leitende Projektmanager aus dem Staub, ein Iraner, angeblich aufgrund „persönlicher Probleme“.

Nur Tage zuvor hatte die Atomaufsicht einen scharfen Brief an die TVA geschickt, es gab Ärger mit Brandschutzinstallationen und der allgemein mangelhaften Qualität der TVA-Berichte. „Es geht immer weiter“, sagt Mansour Guity, „es hört nie auf. Nie.“ Es geht ihm nicht gut. Er ist ein kranker Mann. Und wenn Watts Bar 2 bald fertig dasteht, wird es ihm vorkommen, als habe man der Niederlage seines Lebens ein Denkmal gebaut.



Freilichtmuseum

Ortstermin: In Xanten versuchen Mitarbeiter des Bundespresseamts, den Bürgern die Politik zu erklären.

Ein Schild verspricht: „Die Bundesregierung kommt zu Ihnen!“, und gekommen sind der Mitarbeiter Adelt vom Bundespresseamt und seine Kollegin König. Die Kanzlerin und einige Minister sind auf dem Marktplatz von Xanten nur als Broschüren vertreten, die in mannshohen Prospekthaltern stecken.

Heribert Adelt ist 64 Jahre alt, ein fröhlicher Beamter kurz vor dem Ruhestand. Er beugt sich über das Modell einer Brennstoffzelle, die vermutlich den Technikstandort Deutschland illustrieren soll. Das halbe Land befindet sich gerade im Urlaub, deshalb hat sich Adelts Chef überlegt, dem Bürger mit zwei Anhängern voller Prospekte und einer Bühne in die Ferien hinterherzureisen und ihm dort in aller Ruhe die Politik der Regierung näherzubringen. Es gibt viel zu erklären. Griechenland, der Euro, der neue Wehrdienst, Libyen, das Panzergeschäft mit Saudi-Arabien. Allerdings nähert sich der Bürger der Regierung nur zögerlich, was in Xanten damit zu tun hat, dass er sich in vielen Fällen auf einen Rollator stützt.

Adelt hat Geduld. Er wertet in der Bonner Dependence des Bundespresseamts Zeitungsartikel aus dem Ausland aus, zuvor war er Presseattaché der deutschen Botschaft in Kanada. Vielleicht zieht er nach seiner Pensionierung für immer nach Kanada. Er ist gern unterwegs, er befürchtete schon, dass ihm jemand seinen Platz wegnimmt auf der Werbetour. „Ich habe mich gefragt: Wohin will garantiert keiner?“ Er ist dann für Xanten, Olpe und Koblenz eingeteilt worden.

Seine Kollegin Caroline König leitet beim Bundespresseamt in Berlin das Umweltreferat und sagt, sie verbringe viel Zeit am Schreibtisch und mit Konferenzen. Sie wolle mal wieder aus dem Büro raus und erfahren, was den Bürger im Allgemeinen so umtreibt. Außerdem werben zwei Soldaten für die Bundeswehr; das Jobcenter Kreis Wesel ist vertreten, das Bundesamt für Familie und das Technische Hilfswerk.

Aus Sicht der Bundesregierung ist der Bürger ein schläfriges Wesen, das es wachzurütteln gilt. Es muss dazu gebracht wer-

den, beim Freiwilligendienst mitzumachen, bei der Bundeswehr, bei der Energiewende, beim Bürgerdialog Nachhaltigkeit. Ein Bürgerdialog ist nie verkehrt. Die Regierung liebt es, wenn der Bürger mit der Regierung über Themen diskutiert, die die Regierung spannend findet. In den Broschüren regiert daher der fröhliche Imperativ. Bilden Sie sich eine Meinung! Diskutieren Sie! Machen Sie mit! Der Bürger will aber nicht mitmachen. In Xanten rollt er langsam vorüber.

Adelt hat das Jackett abgelegt und spaziert im Kurzarmhemd Richtung Wurst-

zählt, wo man in Kanada Eisbären sehen kann. Tja, sagt der Bürgermeister, der Montag sei ein schwieriger Tag. Er schaut auf die Uhr. „Gut, ihr Lieben, ich muss jetzt auch mal los.“

Hinter dem Mikrofon steht die Moderatorin, sie ist um gute Laune bemüht: „Ich begrüße alle, die sich in der Nähe unseres Standes aufhalten.“ Die bisherigen Stationen der Tournee waren nicht so doll. In Büsum, erzählt sie, sei nicht einmal der Bürgermeister erschienen, und in Friedrichskoog an der Nordsee stand die Bühne hinter einem Deich.

Dann horcht Herr Adelt auf, und Frau König tritt näher. Zwei ältere Herren geraten miteinander in eine Diskussion. Es sieht vielversprechend aus, ein Bürgerdialog womöglich.

„Erstaunlich, dass man für so was Steuergelder ausgibt“, sagt der erste Mann, er zeigt mit der Hand auf den Stand des Bundesamts für Familie.

„Sei’n Se mal vorsichtig“, sagt der zweite, auf seinem Kopf sitzt eine Schirmmütze mit der Aufschrift „Moin, moin“.

„Warum will die Regierung die Steuern senken? Warum erhöht sie nicht den Spitzensteuersatz für Reiche?“

„Bin ich dagegen!“

„Die Rente wird immer niedriger.“

„Sind Sie unzufrieden?“

„Nö. Hab ja 40 Jahre lang gearbeitet.“

„Na also!“

Es wird jetzt ein wenig lauter, und Frau König tritt vorsorglich einen Schritt zurück. Reizworte schießen durch die Luft: Beitragssenkung, „Leopard“-Panzer, „Fuffzich-kV-Leitungen“, es ist immerhin ein Dialog. Adelt faltet die Hände auf dem Rücken und blinzelt in die Sonne. Vielleicht denkt er an Kanada. Später sagt er, das Entscheidende an dieser Tour sei, dass der Bürger sich auch mal Luft machen könne.

Während die anderen die Bühne zusammenklappen, erkundigt sich Frau König bei ihrem Kollegen, was er noch so vorhabe in Xanten. Adelt lächelt müde. „Zunächst mal Füße hochlegen.“ Morgen ist ein neuer Tag.

CHRISTOPH SCHEUERMANN



Info-Stand in Xanten: „Sei’n Se mal vorsichtig“

stand. Er ist gut darin, unbeteiligt zu wirken, was praktisch ist, wenn man Arbeit, also Fragen von Bürgern, vermeiden will. Er wird erfreulich selten angesprochen.

Das Heikle am Bürgerdialog ist, dass man ihn nicht kontrollieren kann. Der Bürger stellt zum Beispiel plötzlich Fragen über Blockheizkraftwerke. Adelt lächelt viel.

Der Bürgermeister von Xanten schlenkert herüber und erzählt, wie er vor einigen Wochen einen Brief aus Berlin im Postfach hatte mit der Frage, ob die Regierung in Xanten, der Stadt mit dem berühmten Freilichtmuseum, einen Stand errichten dürfe. „Herr Seibert persönlich hat mich angeschrieben.“ Steffen Seibert, der Regierungssprecher. Der Bürgermeister hat zugesagt, er hatte Fragen zur Wärmedämmung, zur Kindergartenpflicht, zur Bürokratie. Sein Blick geht zu Herrn Adelt, der gerade einem Techniker er-

BAYERNLB

Freibrief für Ex-Banker

Der Ex-Vorstand der BayernLB kommt bei der Aufarbeitung der Finanzkrise glimpflicher als erwartet davon. Zwar beschloss die Münchner Staatsanwaltschaft Anfang Juni, acht frühere Top-Manager wegen des Erwerbs der Kärntner Hypo Group Alpe Adria anzuklagen. Welche Rolle die Ex-Banker beim Debakel um den Kauf verbriefter US-Hypotheken, kurz ABS-Papiere genannt, spielten, dürfte wohl im Dunkeln bleiben. Seit Februar 2008 trafen bei den Ermittlern dazu zahlreiche Strafanzeigen ein. Doch anders als etwa in Baden-Württemberg oder Sachsen sehen die Behörden in Bayern keinen Grund, gegen ehemalige Landesbanker wegen der ABS-Verluste vorzugehen. Die „durchgeführten Vorermittlungen“, heißt es in einem Bescheid der Staatsanwälte



BayernLB-Zentrale in München

von Ende Mai, hätten „keinen Anfangsverdacht für eine Untreue“ ergeben. Außerdem sei den Ex-Bayern-Bankern kein Vorsatz nachzuweisen. Der Chef der BayernLB-Kontrollkommission im Landtag, Ernst Weidenbusch (CSU), sieht das anders. Nach seiner Kenntnis hat der Altvorstand die Risikoprüfung für ABS-Papiere sogar gezielt aufgeweicht, um sich möglichst viele der riskanten Finanzderivate zu sichern.

ZITAT

„Hoffentlich geht es uns nicht auch mal so.“

VW-Chef Martin Winterkorn, über den Führungsstreit bei der Deutschen Bank zwischen Vorstandschef Josef Ackermann und Aufsichtsratschef Clemens Börsig



Patientenuntersuchung

GESUNDHEIT

Ärzte diskriminieren Kassenpatienten

Gesetzlich Versicherte müssen auf einen Termin beim Facharzt deutlich länger warten als Privatpatienten. Das hat eine Umfrage der AOK Rheinland/Hamburg in ihrer Region ergeben. Am schwierigsten ist es demnach, zu einem Kardiologen durchzudringen. Dort müssen Kassenpatienten im Schnitt rund 71 Tage warten, Privatpatienten 19. Bei den Radiologen sind es für gesetzlich Versicherte 46 Tage, für Privatpatienten 7. Die Augenärzte vergeben nach 37 Tagen Termine an ihre Kassenpatienten, an die private Kundschaft nach 16. Die AOK hatte im Juni mehr als 800 Testanrufe in Praxen getätigt. Dabei gaben sich die Mitarbeiter bei einem ersten Anruf als gesetzlich Versicherte aus. Später riefen sie als vermeintliche Privatpatienten an. Dabei fragten sie nach einem normalen Untersuchungstermin. Einen Notfall gaben sie nicht an. „Das Verhalten mancher Fachärzte ist äußerst ärgerlich“, sagt Wilfried Jacobs, Chef der AOK Rheinland/Hamburg. Daran werde sich jedoch nichts ändern, solange es keine wirkungsvollen Sanktionsmöglichkeiten gebe. „Die Kassen sollten das Recht bekommen, nicht mehr mit Fachärzten zusammenarbeiten zu müssen, die gesetzlich Versicherten keine zeitnahen Termine geben“, fordert Jacobs.

SDK-AFFÄRE

Neue Festnahme

Schon seit fast einem Jahr schwelt der Skandal um illegale Aktienkursmanipulationen durch Ex-Funktionäre der Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger (SdK) und befreundete Finanzjournalisten. Jetzt weitet er sich aus: Anfang Juli verhaftete die Staatsanwaltschaft einen weiteren von insgesamt rund 30 Beschuldigten in dem Verfahren. Der gebürtige Münchner und Ex-Herausgeber eines Börsenbriefs soll systematisch sogenannte Pennystocks angepriesen und sich zuvor mit den Papieren selbst eingedeckt

haben. Welche Werte jeweils nach oben gepusht wurden, entschied nach Erkenntnissen der Fahnder ein Ex-SdK-Sprecher. Er sitzt zusammen mit einem früheren Kollegen schon seit Ende September 2010 ein. Im Zuge der Affäre geriet auch der damalige SdK-Chef Klaus Schneider ins Visier der Ermittler. Sie verdächtigen ihn, ebenfalls von mutmaßlichen Aktienmanipulationen profitiert zu haben, was er selbst allerdings vehement bestreitet. Schneider verzichtete bei der letzten Mitgliederversammlung im April nach über zehn Jahren als Vorstandsvorsitzender auf eine erneute Bewerbung. Sein Nachfolger ist der bisherige SdK-Schatzmeister Hansgeorg Martius.

ENERGIE

Gazprom setzt auf Merkel

Die mögliche Partnerschaft zwischen dem russischen Energieriesen Gazprom und dem deutschen Stromprimus RWE soll bereits in der nächsten Woche bei einem deutsch-russischen Staatstreffen in Hannover auf höchster politischer Ebene thematisiert werden. Nach derzeitiger Planung, heißt es in Verhandlungskreisen, wolle der russische Präsident Di-

mitrij Medwedew die geplante Kooperation direkt mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) besprechen und die mögliche Bereitschaft der deutschen Regierung für einen breiten Einstieg des Gasmultis auf dem deutschen Markt testen. Unterdessen werden in den Konzernen bereits konkrete Verhandlungsteams zusammengestellt. Sie sollen in den nächsten Wochen ausloten, welche Kooperationsmöglichkeiten zwischen den beiden Unternehmen möglich sind. Im Gespräch ist nicht nur die Bildung einer gemeinsamen europäischen Kraftwerkstochter, sondern mittelfristig

möglicherweise sogar eine Beteiligung von Gazprom am Essener Konzern. In den an RWE beteiligten Kommunen regt sich unterdessen heftiger Widerstand gegen den Überraschungscoup von RWE-Chef Jürgen Großmann. Dort glaubt man, dass der umstrittene Manager vor der am 8. August geplanten Sondersitzung des Aufsichtsrates lediglich seine Machtposition festigen wolle und dabei sogar eine Zerschlagung des Ruhrgebietskonzerns in Kauf nehme. Das jedoch wollen die Kommunen unter allen Umständen verhindern. Selbst eine Aufstockung der eigenen Anteile wird inzwischen erwogen.



Merkel, Medwedew

ASTAKHOV / DPA

PREISABSPRACHEN

Berufung gegen Kartellstrafe

436

Kartellbeschlüsse

fasste die EU-Wettbewerbsbehörde seit dem Jahr 2000.

15,83

Milliarden Euro

nahm die EU-Kommission mit Bußgeldern wegen Kartellverstößen seit dem Jahr 2000 ein.

Eines der spektakulärsten Kartellamtsverfahren der letzten Jahre ist für die EU-Kommission noch nicht ausgestanden. Der Aufzughersteller Schindler will gegen ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) Berufung einlegen. Das Gericht bestätigte vergangene Woche die Rechtmäßigkeit einer Kartellstrafe gegen die Aufzughersteller Schindler, Otis und Kone. Die EU-Kommission belagte die drei Unternehmen sowie ThyssenKrupp im Jahr 2007 mit einem Bußgeld in Höhe von knapp einer Milliarde Euro. Es war eine der höchsten Summen, die je als Strafe wegen illegaler Preisabsprachen ausgesprochen wurde. Alle vier klagten gegen das Bußgeld. Lediglich für ThyssenKrupp reduzierte der EuGH die Strafe von 480 Millionen Euro auf 320 Millionen Euro. Nach Ansicht der Richter hat die EU-Kommission eine zu hohe Strafe angesetzt, weil sie ThyssenKrupp zu Unrecht als Wiederholungstäter ansah. Die übrigen Wettbewerber wollen sich mit dem Urteil nicht abfinden. Neben Schindler erwägen auch Otis und Kone, gegen das Urteil des EuGH Berufung einzulegen.

AFFÄREN

Das Erbe des Herrn Kaiser

Der Versicherer Ergo vermutet hinter den Berichten über Skandale in seinen Reihen ein Komplott – und setzt sich mit einer Anzeige wegen versuchter Erpressung zur Wehr. Jetzt schlägt einer der Betroffenen zurück: Er will Ergo auf Schadensersatz verklagen.

Um wenigstens einmal mit einer halbwegs positiven Nachricht in die Presse zu kommen, musste die Versicherungsgruppe Ergo vor gut zwei Wochen eine Anzeige schalten. „Wenn Menschen Fehler machen, entschuldigen sie sich“, hieß es da. „Wenn Unternehmen Fehler machen, unternehmen sie etwas dagegen. Darum tun wir beides.“

Zu entschuldigen gab es tatsächlich eine Menge: eine wilde Sexsausa für verdiente Mitarbeiter in Budapest, die falsche Berechnung Tausender Riester-Verträge und die fehlerhafte Beratung zum Nachteil der Kunden.

Doch inzwischen ging das Unternehmen, das dem weltgrößten Rückversicherer Munich Re gehört, in die Offensive: Ergo stellte bei der Staatsanwaltschaft Düsseldorf Strafanzeige wegen versuchter Erpressung, der Konzern vermutet hinter der Veröffentlichung immer neuer Vorwürfe ein Komplott.

Und damit wird aus dem Sittengemälde mit schnellem Sex und abgezockten Kunden ein Wirtschaftskrimi mit prominenter Besetzung, allerdings einer der besonderen Art: Wer Opfer und wer Täter ist, bleibt vorerst offen. Aussage steht gegen Aussage, Vorwurf gegen Vorwurf. Am Ende werden wohl Richter den Fall lösen müssen. Doch noch prüft die Staatsanwaltschaft Düsseldorf, ob sie überhaupt Ermittlungen aufnehmen soll.

Auf der einen Seite steht das Unternehmen mit dem Kunstnamen Ergo, in dem die Versicherer Victoria und Hamburg-Mannheimer aufgegangen sind, ein Unternehmen, das sich mit vielen Werbemillionen ein neues seriöses Image zu geben versuchte – und das nun von der nicht immer nur ruhmreichen Vergangenheit seiner Töchter eingeholt wird.

Auf der anderen Seite stehen die Anwälte Friedrich Cramer und Albrecht Assig sowie der Geschäftsmann Clemens Vedder, 64, ein „Mann mit abgeschlossener Vermögensbildung“, wie er gern von sich sagt. Das „Manager Magazin“ schätzt Vedders Vermögen auf 450 Millionen Euro. Er lebt in Florida und in der Schweiz, im Sommer auch auf Sylt. Bekannt wurde er, als er vor zehn Jahren zusammen mit einer Gruppe, die sich „Cobra“ nannte, versuchte, die Commerzbank zu kapern. Der Versuch misslang,



Ergo-Chief Oletzky, Firmen-Logo, Munich-Re-Chef Bomhard: „Wir haben jetzt viel Arbeit vor uns“

finanziell war er für Vedder nach seinen Angaben aber dennoch ein Erfolg.

Ergo sieht in den Anwälten und Vedder die Strippenzieher hinter all den Skandalgeschichten der jüngsten Zeit: Ihr Vorgehen unterscheide sich „nicht von den klassischen Formen der Erpressung, in denen Millionenbeträge gefordert und für den Fall der Verweigerung eine nachhaltige Schädigung des Unternehmens angedroht wird“.

Vedder dagegen hält die Strafanzeige der Ergo für konstruiert und abwegig, in

seinen Augen ist sie der durchsichtige Versuch der Ergo-Führung, von eigenem Fehlverhalten abzulenken. Er habe lediglich im Konflikt zwischen ausgeschiedenen Mitarbeitern und der Führung des Unternehmens zu vermitteln versucht, „im Interesse aller Beteiligten“, wie sein Medienanwalt Winfried Seibert sagt. Die beiden betroffenen Anwälte wollen zu den Vorwürfen nicht Stellung nehmen.

Wie immer der Fall juristisch zu bewerten ist: Für die Beteiligten steht eine Menge auf dem Spiel. Ergo-Chef Torsten

Oletzky muss um seinen Job fürchten, wenn die Strafanzeige, die er veranlasst hat, nicht zu einer Verurteilung, vielleicht sogar nicht einmal zur Aufnahme von Ermittlungen führt.

Und Vedder kämpft um seinen Ruf. Diskretion und Vertrauen sind die Grundlage seiner Geschäfte. Schlagzeilen kann er nicht gebrauchen. Schon die Anzeige selbst hält er für geschäftsschädigend. Im Gegenzug will er nun die Ergo auf Schadensersatz verklagen.

Hintergrund des Falls sind massive Probleme bei der Ergo, die Vedder im Jahr 2009 aus dem Unternehmen zugetragen wurden. Es ging um Forderungen ehemaliger Vertreter der HMI, einer Vertriebsorganisation der Ergo, und um Fälle, in denen Kundenverträge falsch berechnet wurden. In all diesen Vorgängen sah Vedder ein Risiko für Ergo – und damit für sich und die Fonds, die er und seine Firma Goldsmith Capital Partners vertreten.

Vedder war damals direkt oder indirekt über einen Fonds Aktionär bei der Ergo und bei Munich Re. Auf der Hauptversammlung des Münchner Rückversicherers im April 2010 ließ er deshalb detaillierte Fragen über mögliche Unkorrektheiten bei den Provisionen von HMI-Leuten stellen.

Die HMI ist ein für seine aggressiven Methoden bekannter Strukturvertrieb. Immer wieder gibt es rechtliche Auseinandersetzungen, wenn Versicherungsvertreter ausscheiden. Diese wollen einen möglichst hohen Anteil der Provisionen aus den von ihnen vermittelten, teilweise sehr lang laufenden Versicherungsverträgen kassieren.

Die Ergo will ihnen nach einem sogenannten Hamburger Modell aber nur sechs Jahre lang einen abnehmenden Anteil an den Provisionen zugestehen, wenn sie mindestens zwei Jahre lang nicht für einen Konkurrenten arbeiten. Dieses Modell ist rechtlich umstritten.

Nach den Hauptversammlungen von Munich Re und Ergo im Jahr 2010 meldete sich der Dresdner Rechtsanwalt Friedrich Cramer bei dem Versicherungsunternehmen. Er vertrete 30 ehemalige HMI-Vermittler, und man sei bewusst bei den Aktionärsversammlungen aufgetreten, um eine „Sensibilisierung im Konzern für dieses Thema zu erreichen“, heißt es in einem Fax von Cramer an Ergo.

Am 7. Juni 2010 trafen Ergo-Verantwortliche Cramer und einen Mitarbeiter der Schweizer Beratungsgesellschaft Goldsmith Advisors, die auch für Vedder Rechercheaufgaben unter anderem im Fall Ergo übernahm. Mit dessen eigener Firma Goldsmith Capital Partners hat sie jedoch nichts zu tun.

Bei diesem Treffen soll Cramer zum ersten Mal eine Veranstaltung der HMI in Ungarn erwähnt haben, bei der 300



Ausflugsziel Thermalbad in Budapest: Schneller Sex und abgezockte Kunden



QUINN LEPPERT / IMAGERUST

Geschäftsmann Vedder: „Mann mit abgeschlossener Vermögensbildung“

Damen Bändchen getragen hätten. Als die Ergo-Verantwortlichen nachhaken, soll Cramer gesagt haben, dass er diese Informationen „nicht einsetzen“ wolle, doch es sei „nicht so lustig, dass die Presse an ihn herantritt“. So steht es jedenfalls in einem Besprechungsprotokoll der Ergo.

Der Versicherer ging auf die Forderungen nicht ein. Cramer solle die angeblichen Ansprüche seiner Mandanten erst einmal belegen und beziffern. Der Anwalt beantwortete die Fragen des SPIEGEL zu dieser Darstellung nicht.

Am 15. Dezember trat Vedder zum ersten Mal in Erscheinung. Er schrieb vertraulich an Anton van Rossum, Aufsichtsrat bei der Ergo-Mutter Munich Re und Verwaltungsrat bei der Schweizer Großbank Credit Suisse, bei der Vedder Kunde ist. Einen ähnlichen Brief erhielt kurze Zeit später auch Nikolaus von Bomhard, der Chef der Munich Re, sowie der ehemalige BMW-Chef Bernd Pischetsrieder, der ebenfalls im Aufsichtsrat des sehr auf seine Seriosität bedachten Rückversicherers sitzt.

Vedder informierte die Herren, dass mehrere ehemals hochrangige Mitarbeiter der Ergo-Vertriebtochter HMI gegen das Unternehmen „Forderungen in unterer dreistelliger Millionenhöhe geltend“ machten. Es gehe beispielsweise um angeblich vorenthaltene Provisionen „aus der Vermittlung von Lebens-, Sach-, Rieser- und Krankenversicherungsverträgen“ oder „angeblich nicht ausgezahlte vertragliche Ansprüche nach dem sogenannten ‚Geschäftswertmodell‘“.

Einige Handelsvertreter hätten ihn, Vedder, darum gebeten, „mich der Angelegenheit als Mediator anzunehmen“. Er sei in dieser Funktion schon mehrfach in den vergangenen 20 Jahren tätig geworden und habe für alle beteiligten Personen „einen gesichtswahrenden Ausgang“ vermitteln können.

Die Handelsvertreter drohten damit, so heißt es in Vedders Schreiben, die Presse einzuschalten. Sie könnten insbesondere belegen, „dass Tausende von Kunden bei der Berechnung der Gebühren übervorteilt wurden“. Auch bei der Hauptversammlung der Munich Re seien

die Geschäftsvorfälle bei der HMI ja schon thematisiert worden. Die Anspruchsteller hätten das im Aktienrecht verankerte Rede- und Auskunftsrecht genutzt und wohl „einen gewissen Lästigkeitseffekt entfaltet“, schreibt Vedder. Es sei seiner Information nach geplant, da in wesentlich stärkerem Umfang weiterzumachen. Er habe die Handelsvertreter aber zunächst angehalten, keine weiteren Aktivitäten gegen die HMI und die Ergo zu unternehmen.

Die Munich-Re-Verantwortlichen verwiesen Vedder an die Ergo. Dort stellte er sich mehrfach als unabhängiger Mediator vor, katalogisierte Vorwürfe der ehemaligen HMI-Vertreter und verwies, einer Ergo-Gesprächsnotiz zufolge, darauf, dass er die Ansprüche der HMI-Vertreter befrieden könne.

Dem SPIEGEL liegt ein Mediatorenvertrag zwischen Vedders Firma Goldsmith Capital Partners und drei ehemaligen HMI-Versicherungsvertretern vor. Diese treten Goldsmith „ein Erfolgshonorar in Höhe von 33,33 % aller Erlöse“ ab, „welche sich aus seiner Mediatortätigkeit für die Auftraggeber im Bereich der Munich Re, der Ergo und weiterer Gesellschaften ergeben“. Goldsmith ist eine Investmentgesellschaft mit Sitz auf den Cayman Islands. Die Firma investiert laut Unternehmensprospekt mit unterschiedlichen Fonds in Schiffe, Infrastrukturprojekte, Pleitekandidaten, aber eben auch in Rechtsstreitigkeiten.

Am 18. April 2011, zwei Tage vor der Hauptversammlung der Munich Re, überreichte Vedder in Düsseldorf dem Leiter der Ergo-Rechtsabteilung Holger Schmelzer eine Mappe mit seinen bisherigen Erfolgen als Mediator. Offenbar wollte der Investor klarmachen, dass sich die Ergo auf seine Vermittlerdienste verlassen könnte.

In zahlreichen Briefen bedanken sich renommierte Anwaltskanzleien bei Vedder, dass nur dank seiner Dienste eine Verschmelzung zweier Unternehmen oder der Vergleich mit renitenten Kleinaktionären verwirklicht werden konnte.

„Ihr Mitwirken war somit für das Zustandekommen des Vergleichs und damit für die Verschmelzung der Daimler-Benz AG auf die DaimlerChrysler AG instrumental“, schrieb beispielsweise ein Partner der internationalen Anwaltssozietät Shearman & Sterling. Im Interesse des Unternehmens und aller Aktionäre sei „Schaden abgewendet worden“. Auch bei der Beilegung verschiedener Rechtsstreitigkeiten mit Minderheitsaktionären der Spar Handels AG oder bei der Düsseldorfer IKB hat Vedder offenbar erfolgreich als Vermittler gewirkt.

Im Gespräch kam Vedder, so erinnert sich jedenfalls Schmelzer, zur Sache. Er zeigte eine Liste mit rund 30 HMI-Vertretern, alle aufgezählten Ansprüche sum-

mierten sich auf 112 Millionen Euro. Er sei in der Lage, diese Personen gegen die Zahlung einer Summe x zur Ruhe zu bringen. Er würde die Vergleichssumme dann zeitlich gestreckt über mehrere Jahre an die Anspruchssteller verteilen.

Nach Darstellung von Vedders Anwalt Seibert wurde in der Tat über die Ansprüche von Versicherungsvertretern in einer Größenordnung von 100 Millionen Euro diskutiert, diese Summe sei von seinem Mandanten aber nie gefordert worden. Er habe nur „das denkbare Volumen der Forderungen auf 100 Millionen geschätzt mit dem Hinweis, davon sei wohl das Meiste bereits verjährt“.

Vedder habe ihm Namen von drei Anspruchsstellern gesprochen und dann, so Seibert, einen „Fonds mit einem Kapital von 50 Millionen Euro“ vorgeschlagen, „um hierüber in aller Ruhe und zeitlich gestreckt evtl. Ansprüche bedienen zu können“. Dieser Fonds, heißt es aus Vedders Umfeld, sei jedoch nicht nur für die Provisionsansprüche der drei, sondern für alle Ansprüche gedacht gewesen, die sich aus den Problemen des Versicherers mit Vertretern und Kunden ergeben.

Doch die Versicherungsleute fühlten sich unter Druck gesetzt. Denn zusätzlich soll Vedder ein DIN-A3-Blatt mit einem kleingedruckten Text unter der Überschrift „So geht ERGO mit dem Erbe der Hamburg-Mannheimer und des Herrn Kaiser um!“ herausgezogen haben, der viele der den Ergo-Leuten wohl bekannten Vorwürfe der HMI-Vertreter enthielt. Das werde am Tag der Hauptversammlung der Munich Re als Anzeige in mehreren Tageszeitungen geschaltet werden, sagte der Geschäftsmann, so hielt es jedenfalls Schmelzer in einer Gesprächsnotiz fest: Wenn die Ergo zur Zusammenarbeit bereit sei, könne er mit „den Leuten“ reden, so dass die Anzeige nicht erscheine.

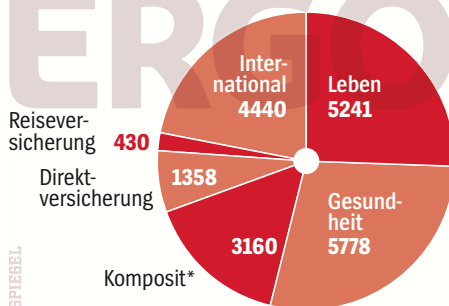
Den von Vedder präsentierten Vorschlag empfand die Ergo als Nötigung. „Die Anzeigeerstatte ist auf das skurrile und diffuse Angebot – besser gesagt: den Erpressungsversuch – nicht eingegangen“, wird es später in der Strafanzeige heißen.

Vedders Leute treten entschieden dem Eindruck entgegen, dass ihr Mann etwas mit der Zeitungsannonce oder gar mit einem Erpressungsversuch zu tun habe. „Diese Anzeige hat mein Mandant weder verfasst noch inseriert“, schreibt Vedders Anwalt zu dem Vorgang. Er habe lediglich Kenntnis von der Absicht einer solchen Veröffentlichung gehabt und habe zwischen den Parteien vermitteln wollen. Selbst den Mediatorenvertrag habe man der Versicherung offengelegt.

Als Ergo-Chefjustitiar Schmelzer am 19. April 2011, einen Tag vor der Hauptversammlung der Munich Re, Vedder die Ablehnung seines Fonds-Vorschlags mitteilte, soll der nach Darstellung der Ergo

Beitragseinnahmen

nach Geschäftsfeldern, 2010
in Millionen Euro



* Unfall, Kraftfahrt, Gewerbe und Industrie, Rechtsschutz

am Telefon gesagt haben, dass die Versicherung nun mit einer Lawine rechnen müsse. Nun könne er nicht mehr verhindern, dass die Presse über die Missstände informiert werde.

Ebenfalls am 19. April erkundigte sich einer Aktennotiz der Ergo zufolge Rechtsanwalt Cramer bei der Munich Re, ob die Ergo auf die Angebote Vedders eingegangen sei. Als das verneint wurde, soll er laut der Gesprächsnotiz des Justitiars der Munich Re gesagt haben, dass dann wohl alles seinen Gang gehen müsse.

Am Tag der Hauptversammlung erschien tatsächlich im „Handelsblatt“

Den von Vedder präsentierten Vorschlag empfand die Ergo als Nötigung.

eine großformatige Anzeige mit der Headline „Was macht die ERGO mit dem Erbe des Herrn Kaiser von der Hamburg-Mannheimer?“ In der Anzeige werfen drei ehemalige Versicherungsvertreter dem Konzern irreführende Werbung für Riester-Verträge und Betrug gegenüber den selbständigen Verkäufern vor.

Die ellenlangen komplizierten Erläuterungen – gedruckt so klein wie ein Beipackzettel für Medikamente – fanden nicht allzu große Beachtung, zunächst griff keine der großen Tageszeitungen sie auf. Für Ergo-Chef Oletzky aber waren

Unter neuem Dach

Die Ergo Versicherungsgruppe entstand 1997 durch **Zusammenschluss von D.A.S., Victoria, DKV und Hamburg-Mannheimer**. Ergo ist der drittgrößte Erstversicherer in Deutschland und gehört zu Munich Re.

KONZERNZAHLEN 2010

Angestellte Mitarbeiter	32 997
Hauptberufliche Vertreter	22 460
Konzernergebnis	355 Mio. €
Beitragseinnahmen gesamt	20,1 Mrd. €

sie eine Warnung, die nichts Gutes erahnen ließ.

Die Munich Re hatte sich an diesem 20. April auf einen unangenehmen Tag vorbereitet: Das Back-Office, in dem alle Reden und Antworten des Vorstands auf dem Podium penibel vorformuliert und juristisch abgeklöpft werden, war größer als sonst. So konnte auch auf Frage 166, die sonst möglicherweise alle erst einmal aus dem Konzept gebracht hätte, schnell eine Erwiderung gefunden werden. Ob es richtig sei, dass Top-Vertriebsleute der Hamburg-Mannheimer auf einer Veranstaltung in Budapest 2007 Zulagen „im rosaroten Bereich“ bekommen hätten, fragte ein Professor, ihm war die Information zugespielt worden.

„Gewisse Exzesse“ könnten nicht ausgeschlossen werden, erklärte Munich-Re-Chef Bomhard knapp. Dabei blieb es zunächst. Die Episode ging im zähen Hin und Her aus Reden und Gegenreden unter, in den Zeitungen vom Folgetag fand sich auch davon nichts. Wie genau die Budapester „Exzesse“ ausgesehen haben sollen, erfuhren Öffentlichkeit und auch Konzernchef Bomhard erst einige Wochen später.

Am 19. Mai berichtete das „Handelsblatt“, rund hundert besonders erfolgreiche Vertreter der Ergo-Vertriebsorganisation HMI seien bei der Reise nach Budapest in eine Therme geladen worden. Prostituierte mit farbigen Armbändchen hätten dort in eigens vorbereiteten Himmelbetten zu Diensten gestanden – die besten Damen für die Top-Verkäufer; für jeden Akt hätten sie einen Stempel auf den Arm bekommen; außerdem habe es eine Live-Sex-Darbietung eines als Pasha verkleideten Mannes mit mehreren Damen gegeben.

Nach außen hin bemühte sich die Versicherung, die Welle der Empörung abzuwehren, die ihr nun entgegenschlug. Das alles sei „unglaublich peinlich“, entschuldigte sich Oletzky im SPIEGEL-Interview, die Veranstaltung sei ein „grober Fehler“ gewesen, „ein krasser Verstoß gegen unsere Regeln“. Er sprach von einer einmaligen Sache und versicherte, alle Verantwortlichen hätten den Konzern längst verlassen.

Am 20. Mai, einen Tag nach dem Artikel über die Reise nach Budapest, habe sich Vedder wieder bei der Ergo gemeldet und sich nochmals als Vermittler angeboten, heißt es bei der Ergo. Anwalt Seibert zufolge hat sich Vedder jedoch schon vorher aus dem immer weiter eskalierenden Konflikt verabschiedet: „Die Mediatorenvereinbarung endete am 9. Mai 2011.“ Nachdem die Beteiligten „unabhängig von dem Vermittlungsversuch sozusagen unmittelbaren Streit gesucht haben“, habe sich sein Mandant als Vermittler zurückgezogen. Mit dem Vorgehen des



Web-Seite der Ergo-Vertriebtochter HMI: Für aggressive Methoden bekannt

Rechtsanwalts Cramer habe er nichts zu tun.

Tatsächlich hatte Vedder am 9. Mai 2011 an Cramer geschrieben, dass er „als Mediator in den von Ihnen vertretenen Fällen ab sofort nicht mehr zur Verfügung stehe“. Weiter heißt es: „Ihre Protagonisten, wer immer es ist und wie viele es am Ende des Tages noch sind, werden zukünftig auf mein Know-how verzichten müssen. Mir ist Ihre merkwürdige Handlungsweise zuwider.“

Cramer, der Anwalt der ehemaligen HMI-Vertreter, ließ hingegen nicht locker. Am 26. Mai soll es, glaubt man den Darstellungen aus dem Ergo-Konzern, im Hotel Lindner Rhein Residence in Düsseldorf zu einer Art Showdown gekommen sein. Dort traten die Rechtsanwälte Cramer und Albrecht Assig auf, zeitweise sekundiert durch die drei Ex-Ergo-Vertreter, die die folgenreiche „Handelsblatt“-Anzeige zu Beginn der Affäre geschaltet hatten.

Die Ergo wartete gleich mit sechs Managern und Anwälten auf. Später wurde ein Gesprächsprotokoll verfasst. Demnach soll Rechtsanwalt Assig gleich zu Beginn klargestellt haben, „dass man heute nur über Geld rede“. Bei einer Einigung über einen Vergleich würde Still-schweigen über wirklich alle denkbaren Sachverhalte vereinbart. Er gebe der Veranstaltung drei Stunden, um zu einer Lösung zu finden.

Glaubt man dem Gesprächsprotokoll, verlangten die Ergo-Verantwortlichen zunächst tragfähige Belege für die Forderungen der ehemaligen Vertreter. Der Rechtsanwalt Assig wiederum soll ein 33-Seiten-Papier erwähnt haben, in dem Din-

ge zu lesen seien, im Vergleich zu denen Budapest „Schnee von gestern“ wäre.

Er bezifferte die Ansprüche seiner Mandanten angeblich auf 81 Millionen Euro. Nach einigem Hin und Her soll er die eigentlichen „rechtlichen Risiken“ nur noch auf 50 Prozent dieser Summe bewertet haben. Ein Ergo-Vertreter soll festgestellt haben, dass man ja sehr weit auseinanderliege – selbst wenn die Ergo bereit sei, zehn Prozent der genannten Ansprüche, also acht Millionen Euro, zu bezahlen.

Auf dieses versteckte neue Angebot soll sich die Gegenseite dem Protokoll zufolge nicht eingelassen haben. Der Jurist Cramer, heißt es da, habe gesagt, 8

Der Ergo-Chef will den Aufklärer geben, wirkt aber eher wie ein Gejagter.

Millionen Euro seien nicht akzeptabel. Er bestehe auf 24 Millionen. Dabei blieb es, man trennte sich ohne Einigung.

Zwei Wochen später, als Verbände, Lobby-Gruppen und Politiker ihrer Empörung über die Budapest-Sause lautstark Ausdruck verliehen hatten und die Empörung langsam abflaute, folgte für die Ergo der nächste Schlag: Das „Handelsblatt“ deckte fehlerhafte Kalkulationen von Tausenden Riester-Verträgen auf.

War der Zeitpunkt Zufall? Die Ergo geht in ihrer Strafanzeige von einer gezielten PR-Strategie aus. Aber wenn das wahr sein sollte: Wer steckt tatsächlich hinter den Attacken?

Fest steht, dass die Artikel der Ergo massiv geschadet haben – und dass seit-

dem eine Skandalgeschichte nach der anderen enthüllt wird. Unstrittig ist auch, dass bei der Versicherung so einiges im Argen liegt. Und weil sie jetzt im Zentrum des Interesses steht, kommen all die Entgleisungen von Mitarbeitern, die faulen Verkaufstricks und die vertuschten Fehler nach und nach ans Licht.

Es sind abenteuerliche Geschichten, die nun bekannt werden – und die das mühsam aufgebaute Image des sauberen Versicherers Ergo schwer beschädigen. Und nicht alle spielen in der Vergangenheit. So wollte der Geschäftsstellenleiter der Ergo-Versicherung in Frankfurt am Main seinen Turboverkäufern Anfang des Jahres etwas Gutes tun. Deshalb lud er sie zu einer großen Sause in das Hedonism II Resort, ein berühmt-berüchtigtes Swinger-Hotel auf Jamaika.

Das Geld dafür kam aus einem Fonds, den die Ergo füllt, damit die Geschäftsstellen besonders erfolgreiche Verkäufer belohnen können. Die Ergo hat dem Geschäftsstellenleiter bereits eine Rüge erteilt und fordert ihre Zuschüsse von ihm zurück, „die natürlich nicht für solche Reisen gedacht sind“, wie das Unternehmen erklärt. Der selbständige Handelsvertreter habe die Reise „eigenverantwortlich organisiert“, betont der Versicherer.

„Wir haben jetzt viel Arbeit vor uns“, sagt Ergo-Chef Oletzky. Er muss unter anderem mindestens 14 000 Riester-Kunden entschädigen, deren Beiträge falsch kalkuliert worden waren.

Oletzky will jetzt den Aufklärer geben, wirkt aber eher wie ein Gejagter. Denn die Unternehmensspitze scheint oft schlicht nicht zu wissen, was ihre Vertreter manchmal so treiben. Vielleicht wollte sie es bisher auch nicht so genau wissen, denn die Vertriebsfolge der aggressiven HMI waren zu wichtig. Sie seien für 27 Prozent des Neugeschäfts verantwortlich, hieß es auf einer Motivationsveranstaltung des Strukturvertriebs Anfang des Jahres. Die Steigerungsraten seien zweistellig, lobte ein Vorstand der Ergo Lebensversicherung.

Noch mehr Skandale kann sich Oletzky nicht leisten, er kämpft inzwischen nicht nur um den Ruf der Ergo, sondern auch um seinen Job. Die Konzernoberen der Munich Re schauen dem Treiben in Düsseldorf mit äußerstem Argwohn zu. Sie fordern eine schnelle Aufklärung der Affären.

Mit Vedder hat Oletzky nun zusätzlich einen mächtigen Gegner, der alles dafür tun wird, sich gegen die Strafanzeige zur Wehr zu setzen – und den Ergo-Mann dabei zu Fall bringen könnte. Wer Vedder kennt, der weiß, dass er alle rechtlichen Möglichkeiten nutzen wird. Die nächste Hauptversammlung der Munich Re dürfte jedenfalls spannend werden.

CHRISTOPH PAULY, ANNE SEITH

STAATSFINANZEN

Ablasshandel für Superreiche

Das geplante Steuerabkommen mit der Schweiz bringt dem deutschen Fiskus Einnahmen von bis zu zehn Milliarden Euro. Doch ist es auch gerecht?

Pressekonzferenzen mit Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) drehen sich gewöhnlich um Etatlöcher und neue Risiken. Umso vernünftiger zeigt sich der sonst so zugeknöpfte Kassenwart, wenn er zur Abwechslung mal nach einer neuen Einnahmequelle gefragt wird.

Warum er denn die Milliarden, die die Schweiz bald an Deutschland überweisen werde, noch nicht in seinem Finanztableau einplant habe, wollte ein Journalist vor kurzem wissen. Noch sei der Vertrag nicht unterschrieben, sagte Schäuble und lächelte. „Ich gehe schon davon aus, dass wir mit der Schweizer Bundesrätin ein gutes Ergebnis erzielen werden.“

Was der Finanzminister nicht verriet: Wichtige Eckpunkte für das Steuerabkommen mit der Schweiz stehen bereits. Sie sehen tatsächlich Zahlungen in Milliardenhöhe vor. Im August oder September könnte der Vertrag unterschriftsreif sein. Es wäre das Ende eines zähen Ringens. Die Deutschen wollen einen möglichst umfassenden Blick hinter die Kulissen der eidgenössischen Steuertrutzburg werfen. Schätzungen zufolge lagern weit über hundert Milliarden Euro unbesteuertes deutsches Geld auf Schweizer Konten.

Die Schweiz hingegen will möglichst wenig von ihrem Bankgeheimnis preisgeben. Sie fürchtet um den entscheidenden Standortvorteil ihrer Kreditinstitute, denn das Abkommen mit den Deutschen könnte Vorbildcharakter für die Verträge mit Großbritannien und den USA haben. Für die schwarz-gelbe Regierung in Berlin ist der Deal auch politisch heikel. Sie will den Eindruck eines Ablasshandels für Superreiche in jedem Fall vermeiden.

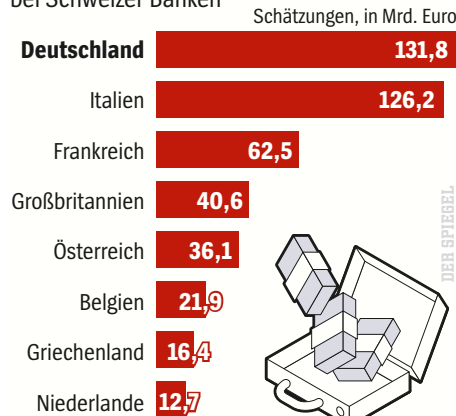
Inzwischen steht fest: Auf Erträge deutschen Kapitals in der Schweiz wird künftig eine Abgeltungssteuer von 26 Prozent fällig. Das ist genauso viel, wie Kontoinhaber in Deutschland zahlen – 25 Prozent plus Solidaritätszuschlag. „Es geht uns nicht darum, Anleger von der Schweiz fernzuhalten“, heißt es im Bundesfinanzministerium, wo eine kleine Gruppe Beamter um Staatssekretär Hans Bernhard Beus die Verhandlungen führt. „Uns ist lieber, das Geld liegt in der Schweiz als in Panama.“

Politisch weit sensibler ist die Frage, welche Abschlagszahlungen für deutsches Schwarzgeld fällig wird, das zum Teil schon seit Jahrzehnten in der Schweiz liegt. Der deutsche Fiskus kommt hier nur an Geld heran, das in den vergangenen zehn Jahren unbesteuert neu in die Schweiz gebracht wurde oder an unbesteuerte Erträge von Geld, das bereits länger in der Schweiz liegt. So sehen es die deutschen Verjährungsregeln vor. Je nach Anlagedauer und Höhe der Kapitalgewinne soll auf dieses Geld einmalig ein Steuersatz von 20 bis 30 Prozent fällig werden. Insgesamt könnten so rund zehn Milliarden Euro zusammenkommen, hoffen Schäubles Beamte.

Das ist eine schöne Summe, aber weit weniger, als viele erwartet haben. Zumal diese Regelung den deutschen Steuer-

An der Steuer vorbei

Herkunft von Schwarzgeld bei Schweizer Banken



flüchtigen entscheidende Vorteile bringt: Ihr Vermögen ist künftig legal. Vor allem aber führen die Schweizer Banken die Abschlagszahlung ohne Namensnennung ab, die Steuersünder bleiben anonym.

„Schweizer Banken übernehmen die Aufgabe eines deutschen Finanzamtes, das ist in der Geschichte einmalig“, kritisiert der Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft Thomas Eigenthaler. Er wirft der Bundesregierung vor, den Strafanspruch gegen Steuersünder für einen „Discount-Steuersatz“ aufzugeben. Wer in der Vergangenheit durch eine Selbstanzeige seinen Tisch gemacht habe, sei angesichts der niedrigen Abschlagszahlungen jetzt „der Lackierte“, sagt der Augsburger Steuerberater Hartmut Schwab, den der Bundestag bei der Formulierung der Gesetze zur Selbstanzeige als Sachverständigen geladen hatte.

Um sicherzugehen, dass die Schweizer Banken die Abschlagszahlungen auch überweisen, verlangen die Deutschen eine Sicherheitsleistung in Höhe von etwa zwei Milliarden Euro. Fällig wird das Geld wenige Wochen nach Inkrafttreten

des Abkommens. Spätestens Anfang 2013 soll es so weit sein.

Doch Schäubles Beamte wollen nicht nur kassieren, sie wollen vor allem Steuerhinterziehern leichter auf die Spur kommen. Künftig muss die Schweiz den Deutschen einfacher Amtshilfe leisten – allerdings nur in etwa 500 Fällen pro Jahr.

Die Schweizer Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf beteuert zwar, dass auch künftig „ein plausibler Anlass“ für das Informationsgesuch nachgewiesen werden müsse. Es gehe bloß um Stichproben, mit denen die deutsche Seite sicherstellen wolle, dass die Schweizer Banken das Abkommen regelgerecht umsetzen.

Doch nach deutscher Lesart soll in Zukunft allein der Name des Verdächtigen reichen, um zu erfahren, ob er ein Konto in der Schweiz hat. Bislang wurden die

Alphornbläser im Kanton Schwyz



GRÄFENHAIN / BILDAGENTUR HUBER

Schweizer Behörden bei Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung erst tätig, wenn die Deutschen neben den Namen zum Beispiel die konkrete Kontonummer des Verdächtigen angeben.

Die Schweiz fürchtet, dass die deutschen Fahnder ihre neuen Rechte zu sogenannten „Fishing Expeditions“ nutzen werden. So könnten sie mit einem vagen Anfangsverdacht losrecherchieren, um dann zu sehen, welche Steuersünder in ihrem Netz landen. Vom Bankgeheimnis bliebe nicht viel. Unberechtigt ist diese Angst nicht, denn in einem Zusatzpassus haben Schäubles Beamte durchgesetzt, dass die Zahl der Auskunftersuchen steigen kann, wenn sich herausstellt, dass die Deutschen weiter im großen Stil unbesteuertes Geld in die Schweiz verschieben.

Die Opposition im Bundestag findet den ganzen Deal trotzdem reichlich anrüchig. „Wir reden von einer Amnestie, die nicht den Weg der regulären Gesetzgebung geht“, schimpft die SPD-Finanzexpertin Nicolette Kressl. „Es werden die belohnt, die am längsten gezoxt haben.“

PETER MÜLLER



Grundsteinlegung des World Conference Center Bonn am 15. Mai 2007*, Baustelle im ehemaligen Regierungsviertel, Rohbau der Kongresshalle:

IMMOBILIEN

Ruine am Rhein

In Bonn gammelt seit fast zwei Jahren ein 130 Millionen Euro teures Kongresszentrum vor sich hin – eine Geschichte von Unfähigkeit und Größenwahn, die nun vor Gericht kommt.

Eines muss man Dr. Man Ki Kim ja lassen: Er ist ein vielseitig interessierter Herr, und säße er nicht gerade in Untersuchungshaft, könnte man sicher einen anregenden Abend mit ihm verbringen. Herr Kim kennt sich beispielsweise prima mit Baumwolle aus, seit er sich in Memphis zum Baumwollprüfer ausbilden ließ. Das war, nachdem er als Leutnant bei der südkoreanischen Armee gedient hatte, aber bevor er in New York Terminhändler lernte. Danach machte er in Textilien, in Sydney, was sein Unternehmen nicht lange überlebte, dann verkaufte er Stromkabel en gros, bis er seine Anteile an der Firma abgeben musste, um 500 000 Dollar Schulden loszuwerden. Und irgendwann, nach seinem Versuch, in Amerika eine Bank zu gründen, rekrutierte er für die US-Armee in Fort Polk Laiendarsteller, die Arabisch konnten, damit die Soldaten für Kriege in Übersee üben konnten.

Schon deshalb dürfte Herr Kim also mit seinen 50 Jahren über einen reichen Anekdotenschatz verfügen. Aber am meisten kann er jetzt darüber erzählen, wie nach all diesen Kapriolen eine deutsche Stadt namens Bonn auf die Idee kam, ausgerechnet ihm den Auftrag für ein mehr als 130 Millionen Euro teures Kongresszentrum zu geben. Wo er doch in seinem Berufsleben mit einer Sache

mal ausnahmsweise nichts zu tun gehabt hatte: mit Bauen nämlich.

Heute ist das World Conference Center Bonn (WCCB) die vermutlich größte Bau ruine des Landes, und die mehr als 200-seitige Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Bonn gegen Kim und andere macht nun sehr anschaulich, warum das so ist: Zwar soll Kim getäuscht, getrickt und bestochen haben, um sich den Auftrag zu schnappen. Aber mehr als die Fähigkeiten des Herrn Kim beeindruckt die Unfähigkeit, mit der die Stadtverwaltung in das Desaster schlitterte. Nicht bei irgendeinem Kongresszentrum, wie es sie auch in anderen Städten gibt. Das WCCB umfasst den alten Plenarsaal des Bundestags und das Wasserwerk, historische Stätten der Bundesrepublik. Mehr Blamage geht nicht.

Mit dem Großprojekt hatte Bonn seit 2002 seine Angst therapieren wollen, nach dem Regierungsumzug auf das Bedeutungsniveau einer Provinzstadt herabzusinken. Ein neuer Kongresssaal mit 5000 Plätzen, vollgepackt mit Hightech und geeignet für Uno-Konferenzen, sollte die Welt weiter ins Rheinische holen. Außerdem geplant: ein Hotel mit 200 Zimmern,

ein Parkhaus, ein Bürokomplex. Kim, offenbar stets knapp bei Kasse, aber stark interessiert, wenn es um neue Geschäftsgelegenheiten ging, traute sich das zu.

Wer heute allerdings durch das Musterzimmer des Hotels geht, Nummer 123, könnte dort auf dem Schreibtisch auch ohne Stift schreiben, mit dem Finger im Staub. Der neue Kongressbau steht ebenfalls seit fast zwei Jahren still herum – auch weil die Ruine am Rhein längst zum Gegenstand parteipolitischer Ränkespiele der Bonner Kommunalpolitiker geworden ist.

Strom, Wasser, Heizung und der Wachdienst fressen jeden Monat gut 12 000 Euro – in der kalten Jahreszeit mehr als das Zehnfache. Der ganze Bau musste Ende 2009 mit vier Millionen Euro erst einmal winterfest gemacht werden, damit er nicht Schimmel ansetzt. Einbauen wie Rolltreppen wurden in Folie verpackt, damit Staub oder Feuchtigkeit sie nicht zerstören. Und die Handwerker blieben auf offenen Rechnungen in Höhe von 7,5 Millionen Euro sitzen.

Weil die Stadt sich aber offenbar niemals hatte vorstellen können, dass dem Kim-Konsortium das Geld ausgeht, hatte sie für diesen Fall im Projektvertrag gar nicht erst vorgesorgt. Deshalb haben sich nun auch noch die Stadt, die Sparkasse KölnBonn als Hauptkreditgeber und der Insolvenzverwalter so heillos ineinander verhakelt, dass inzwischen 80 Vertragsentwürfe vorliegen, ohne dass sich mit einem davon das Knäuel hätte entwirren lassen. Zwei Firmen, eine aus Zypern und eine aus Hawaii, von denen sich Kim vor dem Aus noch Millionen geliehen hatte, machen das Durcheinander perfekt.

Erfahrene Investoren hatten von Anfang an den Übermut der Stadtverwaltung nicht geteilt: Selbst 36 Millionen Euro Zuschuss vom Land Nordrhein-

* Mit der damaligen Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann (l.), Investor Man Ki Kim (3. v. l.) und dem damaligen Stadtdirektor Arno Hübner (r.).



ULRICH BAUMGARTEN / VARIO IMAGES

MEIKE BASCHEMEYER / DW BILDPORTAL

Dem Wundermann aus Fernost geradezu an den Hals geworfen

Westfalen reichten als Köder nicht aus; zu unsicher waren die Aussichten, den Bau später mit Gewinn betreiben zu können. Im Rennen um den Projektvertrag war deshalb zunächst auch nur eine Gruppe, die 2004 Probleme bekam und ein Jahr später Insolvenz anmelden musste. Als Nächstes verhandelte die Stadt mit einer Gesellschaft i. G., also in Gründung, die ihren Cheffahrer zum Chef gemacht hatte, weil der eigentliche Kopf der Firma mit einer Vorstrafe belastet war. Dieser Hintermann hatte zwar Bau-Erfahrung, aber auch kaum Kapital, und suchte dringend nach Kompagnons.

Als nun Kim im Jahr 2005 wie aus dem Nichts auftauchte, zunächst als Partner, dann auf Wunsch der Stadt als Nachfolger des bisherigen Favoriten, stand die Kommune offenbar so unter Erfolgsdruck, dass sie sich dem vermeintlichen Wundermann aus Fernost geradezu an den Hals warf – ohne Bau- und sonstigen Sachverstand. Von dem gab es bei der Stadt von vornherein nicht viel. Die Federführung hatte Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann bereits 2002 dem Stadtdirektor Arno Hübner übertragen, der keine Erfahrung mit einem Vorhaben dieser Größe hatte. Und zur Projektmanagerin wurde Eva-Maria Zwiebler befördert, bis dahin in der Verwaltung zuständig für Kfz-Zulassungen. Gegen beide wird ebenfalls ermittelt; in der Anklage gegen Kim heißt es, sie hätten das Projekt offenbar „unbedingt“ gewollt und seien daher möglicherweise besonders „willfährige“ Opfer gewesen.

Die Ermittler werfen Kim zum Beispiel vor, die Stadt mit seinem Firmennamen getäuscht zu haben, SMI Hyundai. Damit habe er vorgespiegelt, dass der potente koreanische Autobauer hinter ihm stehe – und auch geradestehen werde für die ge-

forderten 40 Millionen Euro Eigenkapital. Dass Hyundai gleich Hyundai sei, habe die Stadt auch geglaubt, so die Anklage. Doch wie leichtgläubig kann man bei einem 130-Millionen-Euro-Projekt sein?

Ein Anruf bei Hyundai hätte gereicht, um es besser zu wissen. Tatsächlich hatte sich Kim zwar für das Vorhaben mit der Hyundai Remodeling and Construction (Hyundai RC) zusammengetan. Die aber hatte sich längst vom Bau-Zweig des Mischkonzerns abgespalten. 2003 war der Konzern dort nur noch mit gut acht Prozent beteiligt, und das Rating der Hyundai RC lag, so die Staatsanwaltschaft, zwischen 2004 und 2007 mal bei BBB, mal bei BB, also Ramschniveau. 2007 kam laut Anklage die Insolvenz.

Anders als die Stadt hatte sich die Sparkasse KölnBonn dagegen lieber schlau gemacht. Sie verlangte deshalb 2005 für ihren Baukredit eine satte Bürgschaft. Die Stadt, weitgehend frei von Wissen und Zweifel, unterzeichnete für 74 Millionen Euro.

Offenbar scheiterten die Bonner Beamten schon daran, dass Kim kein Deutsch sprach – und Hübner und Projektmanagerin Zwiebler nur gebrochen Englisch. „Aufgrund der Sprachbarrieren ist es zu keinem Zeitpunkt zu direkten Verhandlungen zwischen Herrn Dr. Kim und den Projektverantwortlichen gekommen“, heißt es in einem Schriftsatz von Kims Anwälten. Feinheiten wie der Unterschied zwischen einer Beteiligung und Mehrheitsbeteiligung gingen da wohl verloren.

Oder aber die Stadt wollte davon sowieso nichts wissen. Denn auch die angeblichen Referenzprojekte, mit denen sich Kims SMI Hyundai, gegründet 2004, auf ihrer Internetseite so großspurig rühmte, schaute sie sich nicht genauer an. Dabei wäre es in einem Fall ganz einfach

gewesen: Auf der Liste stand auch der Berliner Hauptbahnhof.

Der Hauptstadt-Bahnhof, gebaut von der SMI Hyundai? Natürlich nicht. In Wahrheit hatte nur ein Berliner Architekt für die Bahn die Bauausführung überwacht. Aber nicht für den ganzen Bahnhof, nur für einen Bürotrakt, und auch da nur für einen Teil der Arbeiten. Deswegen koreanischer Partner, der damit nichts zu tun hatte und von dem er sich bald trennte, war nun aber der Architekt, der für Kim das Bonner Kongresszentrum umsetzen sollte. Und schon landete der Hauptbahnhof flugs auf der Internetseite der SMI Hyundai. In einem anderen Fall, da ging es um ein riesiges Kongresszentrum in Südkorea, beschränkte sich die Verbindung darauf, dass ein SMI-Hyundai-Mann früher mal daran mitgewirkt hatte, bei einer anderen Firma.

Immerhin, die Stadt hatte wenigstens noch einen Experten angeheuert, der die SMI Hyundai überprüfen sollte. Die Aufgabe übernahm der Düsseldorfer Rechtsanwalt Michael Thielbeer; er bekam den Beratungsauftrag ohne Ausschreibung. Und die Kosten, so hatten sich das Hübner und seine Mitarbeiterin Zwiebler offenbar vorgestellt, sollte die SMI Hyundai tragen, die Firma also, die Thielbeer als Vertreter der Stadt zu kontrollieren hatte. Nur unter dieser Bedingung, so die Ermittler, habe die SMI Hyundai den Zuschlag bekommen. Aus ihrer Sicht haben Hübner und Zwiebler sich damit bestechen lassen, nicht zum eigenen Vorteil, sondern um der Stadt Geld zu sparen.

Thielbeer soll sich dagegen selbst bereichert haben; er ist mit Kim angeklagt: Thielbeer wechselte kurz nach dem Zuschlag der Stadt für die SMI Hyundai die Seiten. Über Anstellungsverträge soll er 300 000 Euro netto beim SMI-Verbund

verdient haben, ohne dafür zu arbeiten. Im Gegenzug, so die Fahnder, habe der Anwalt die SMI Hyundai der Stadt wärmstens empfohlen und auch als Erster den Anschein erweckt, sie sei eng verbunden mit dem Hyundai-Konzern. Thielbeer sei es „nur auf seinen eigenen Profit“ angekommen, heißt es in der Anklage; dass die Stadt Bonn dabei Geld verlieren würde, sei ihm egal gewesen.

Dem widerspricht Thielbeers Rechtsbeistand Joachim Albert. Sein Mandant habe für die 300 000 Euro eine Leistung erbracht, „allerdings nicht für den ursprünglichen Vertragspartner, die SMI Hyundai“. Das sehe inzwischen auch die Staatsanwaltschaft so. Von Bereicherung könne daher keine Rede sein, und außerdem habe Thielbeer weder die SMI Hyundai bevorzugt noch mit dem großen Konzern in Verbindung gebracht. Thielbeer will sogar die Stadt ab 2007 vor dem „mittlerweile erkennbar undurchsichtigen Geschäftsgebaren von Dr. Kim gewarnt“ haben. Allerdings erfolglos.

Aber auch Hübner und Zwiebler wollen sich nichts haben zuschulden kommen lassen. Über ihre Anwälte richten sie aus, sie hätten den Zuschlag an Kim keineswegs davon abhängig gemacht, dass die Firma die Thielbeer-Rechnung bezahlt. Schon deshalb: keine Bestechung, auch nicht, wie von den Ermittlern angenommen, zugunsten der Stadt.

Und Kims Anwalt Walther Graf erklärt: „Sicher hat mein Mandant Managementfehler begangen – aber sich nicht bereichert. Ich fürchte jedoch, dass er im Prozess als Sündenbock für den Dilettantismus der Stadt herhalten muss.“ Es ist also das Übliche: Der Schaden geht in die zig Millionen – und keiner ist es gewesen.

Der Prozess gegen Kim und Thielbeer soll am 30. September beginnen. Dass es auch zu Anklagen gegen Hübner und Zwiebler kommt, gilt als sicher. Und sollte auch gegen Ex-Oberbürgermeisterin Dieckmann verhandelt werden, dann gleichzeitig mit ihnen. Dieckmann hatte 2009 noch dafür gesorgt, dass die Sparkasse eine zweite Bürgschaft der Stadt erhielt, diesmal über 30 Millionen Euro. Dieckmanns Anwalt Rainer Hamm gibt sich aber zuversichtlich, dass es am Ende nicht zur Anklage kommen wird.

Ihr Nachfolger Jürgen Nimptsch hat andere Sorgen: Weitere 75 Millionen Euro, so Schätzungen, wird es kosten, bis der Bau fertig ist. Die Stadt will den Gesamtkomplex in die Hand bekommen, der sogenannte Heimfall, doch zunächst muss sie sich mit der Sparkasse einigen. Die fordert 104 Millionen Euro aus den Bürgschaften, die Stadt sperrt sich. Auch der Insolvenzverwalter verlangt beim Heimfall noch 8,5 Millionen Euro für die Gläubiger. Es wird also teuer, und fest steht deshalb: Selten hat ein Prestigeprojekt so viel Prestige gekostet.

JÜRGEN DAHLKAMP, JÖRG SCHMITT

VERBRAUCHERSCHUTZ

Ungeliebte Transparenz

In einem neuen Internetportal können sich Kunden über Täuschungen bei Lebensmitteln beschweren – zum Ärger der Industrie. Der geht die Offenheit viel zu weit.

Wer wissen will, was er wirklich zu sich nimmt, der sollte bei Lebensmitteln auf das Kleingedruckte achten, auch wenn er dafür gelegentlich eine Brille braucht. Fein säuerlich waren etwa die Zutaten für die „Extra feine Puten Cervelatwurst“ der Firma Gutfried auf der Rückseite der Verpackung aufgelistet.

Tatsächlich steckte hinter der Entscheidung des Unternehmens, das Schweinefleisch aus der Putenwurst zu verbannen, weniger der Wunsch als vielmehr der massive Druck der Verbraucher. Tausende Kunden hatten sich bei Gutfried bitter beschwert, nachdem die Verbraucherorganisation Foodwatch auf die „Mogelpackung“ hingewiesen hatte. Deshalb



Ministerin Aigner: Verhaltenskodex für die Wirtschaft

Doch was da in einer nicht einmal zwei Millimeter großen Schrift zu lesen war, gefiel nicht allen Kunden. Der Geflügelaufschnitt enthielt fast so viel Schweine- wie Putenfleisch, dazu kamen Nitritpökelsalz und Glucosesirup, Farbstoff und Natriumascorbat, Gewürzextrakte und Rauch.

Inzwischen ist das Rezept Makulatur, die Cervelatwurst wird nur noch aus reinem Putenfleisch hergestellt. Die Verbraucher hätten sich gewünscht, dass Gutfried auf Schweinefleisch verzichte, teilte das Unternehmen im März mit. Darauf habe man reagiert, denn „für Deutschlands Nummer 1 bei Geflügelwurst ist es wirklich wichtig, Kunden mit ihren Hinweisen und Emotionen ernst zu nehmen“.

musste das Unternehmen reagieren – obwohl das Lebensmittelrecht Schweinefleisch in der Putenwurst erlaubt.

Der Fall Gutfried zeigt, wie sehr sich das Interesse an Lebensmitteln verändert hat – und wie mächtig Verbraucher inzwischen sind. Bislang wurde die Intransparenz der Lebensmittelindustrie von Politik und Kunden stillschweigend geduldet. Doch das scheint vorbei.

Nun bekommen die Verbraucher Unterstützung von einer Politikerin, die zwar qua Amt zuständig ist, bisher aber nicht als große Kritikerin der Lebensmittelindustrie aufgefallen war: Am Mittwoch stellt Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner ihre „Initiative Klarheit und Wahrheit“ vor. Kernstück der Kampagne

ist ein Internetportal namens www.lebensmittelklarheit.de, das Kunden besser über Lebensmittel informieren soll.

Auf der Seite werden künftig Produkte vorgestellt, von denen sich Kunden getäuscht fühlen. Weil zum Beispiel „Mit 100 Prozent Hähnchenbrust“ auf der Packung steht, aber genau das nicht drin ist. Weil „Voller Geschmack ohne Zusatzstoffe“ versprochen wird, sich in der Zutatenliste dann aber doch der Geschmacksverstärker Hefeextrakt findet. Weil auf der Verpackung einer Tafel Schokolade eine Ananas abgebildet ist, das Produkt aber tatsächlich null Prozent Ananas enthält.

All diese Beschwerden sollen veröffentlicht werden, mit Bild, dem Namen des Produkts und dem des Herstellers. Dass die Seite von der Ministerin mit rund 775 000 Euro gefördert wird, gibt ihr quasi einen amtlichen Anstrich.

materieller Unterstützung des Bundesministeriums“ berühre massiv die grundgesetzlich garantierte Berufsfreiheit sowie Eigentumsrechte.

Die zuständige Gewerkschaft sieht das ähnlich. Mit der Kampagne Sorge man dafür, dass die Menschen glaubten, bisher werde gelogen und betrogen, kritisiert Franz-Josef Möllenberg, Chef der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten.

Die Aufregung überrascht nicht, denn tatsächlich bedeutet das Portal mehr Transparenz, als den Unternehmen lieb ist: Wer sich als Kunde von einem Produkt getäuscht fühlt, kann sich mit seiner Beschwerde an die Verbraucherzentrale Hessen wenden, die das Portal federführend betreibt. Deren Internetredaktion prüft den Vorwurf nach bestimmten Kriterien, wenn sie ihn für stichhaltig hält, legt sie ihn den betroffenen Herstellern

Das Portal setze auf gefühlte Täuschung, heißt es dagegen bei den großen Lebensmittelherstellern, Fakten spielten keine große Rolle, dahinter stecke politischer Druck und Opportunismus. Was rechtens sei und was nicht, müssten die Gerichte entscheiden und nicht „selbstberufene Anwälte der Konsumenten“, warnen Branchenvertreter.

Der BLL hat den ehemaligen Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Winfried Hassemer, um eine rechtliche Stellungnahme gebeten. Sein Urteil: Die Konstruktion des Portals sei rechtswidrig. Hersteller, die von der Verbraucherzentrale Hessen bereits um Stellungnahmen gebeten wurden, reagierten mit Anwaltschreiben und Klagedrohungen.

Die Macher der Seite und die Verantwortlichen im Ministerium teilen die rechtlichen Bedenken nicht. Sie erinnert der Streit an die anfängliche Diskussion um die Stiftung Warentest – auch dort habe die Veröffentlichung von Testergebnissen nicht zu Firmenpleiten geführt.

„Ob ein Produkt täuscht oder nicht, entscheidet kein Unternehmen und keine Kanzlei, sondern allein der Verbraucher, der sich getäuscht oder falsch informiert fühlt“, wundert sich Verbraucherschützer König über die Haltung der Industrie. Die könne das Ganze doch auch als Chance begreifen, darüber nachzudenken, welche Informationen Verbraucher wollen.

Immer häufiger misstrauen Kunden offenbar den Werbeversprechen. Sie haben genug von der ländlichen Idylle, die viele Industrieprodukte suggerieren. Und vom angeblichen gesundheitlichen Zusatznutzen, der kaum nachweisbar ist.

Kaum ein Unternehmen hat das so leidvoll erfahren müssen wie Danone. Der Milch-Multi gehört zu den Lieblingsfeinden von Foodwatch, immer wieder wurde Danones Topseller Actimel, der das Immunsystem stärken soll, angeprangert. Zu teuer und überzuckert sei der Joghurt-Drink, fanden die Verbraucherschützer. Seit der ersten Veröffentlichung im Frühjahr 2009 hat das Image der Marke deutlich gelitten, bis heute bezweifeln Kunden die Qualität von Actimel deutlich häufiger als noch vor zwei Jahren. „Wir fordern, dass die Web-Seite sachlich korrekt bleibt und keine Foodwatch-analoge Inszenierung wird“, heißt es beim BLL.

Verbraucherschutzministerin Aigner sieht das offenbar anders: Sie fordert – zusätzlich zum neuen Internetportal – einen Verhaltenskodex der Wirtschaft. Die Unternehmen sollten sich freiwillig darauf verständigen, bestimmte Vermarktungspraktiken einzuschränken, so der Plan. Die Einhaltung dieser Regeln solle die Industrie auch selbst überwachen.

Als Grundlage für die Entwicklung eines solchen Kodexes könnten ja die Ergebnisse des Internetportals dienen.

SUSANNE AMANN



Kunden im Discount-Markt: „Anfragen belanglos beantwortet“

Die Industrie bleibt außen vor. Zwar sind die Branchenverbände in einem sogenannten Beraterkreis eingebunden, der hat aber nicht viel zu sagen. „Wir können unsere Bedenken vortragen, mehr aber auch nicht“, klagt ein Teilnehmer.

Bei den Verbänden der Lebensmittelindustrie herrscht deshalb helles Entsetzen. Lebensmittel generell würden unterschwellig mit dem Täuschungsvorwurf belegt, ein ganzer Wirtschaftszweig werde an den Pranger gestellt, beschwert man sich beim Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde (BLL), dem größten Lobbyverband. Und beim Verband der Fleischwirtschaft heißt es, die „öffentliche Vorführung von Unternehmen auf Anregung und mit ideeller und

vor. Diese können innerhalb von sieben Tagen eine Stellungnahme abgeben. Die wird dann gemeinsam mit dem beanstandeten Produkt online gestellt – also für alle öffentlich gemacht.

„Aus der Vergangenheit wissen wir, dass es Unternehmen gibt, die Anfragen von Kunden völlig belanglos und inhaltend beantworten. Um den Verbraucher endgültig ruhigzustellen, werden dann noch ein, zwei Gratisprodukte beigelegt – und das war es dann“, sagt Hartmut König, Projektleiter bei der Verbraucherzentrale Hessen. Mit dem Portal werde jetzt aber die Verbraucherkritik an den Produkten für alle einsehbar und transparent – was die Hersteller unter massiven Rechtfertigungsdruck bringe.

EXTREMISTEN

Wahnsinn verbindet

Russlands Neonazis, die bislang nur Adolf Hitler huldigten, haben ein neues Idol: den Chef der Unruhe-Republik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, 32. „Auch Russland braucht seinen Kadyrow“, erklärt Dmitrij Djomuschkin, Führer der verbotenen „Slawenunion – SS“. Kadyrow hat, vom Kreml unterstützt, die einstige Bürgerkriegsregion mit Gewalt leidlich befriedet, der Preis dafür ist die teilweise Einführung islamisch-konservativer Rechtsvorstellungen. Seither schießen zum Beispiel Unbekannte in den Straßen der Hauptstadt Grosny mit Farbkugeln aus Paintball-Gewehren auf Frauen, die kein Kopftuch tragen. „Wenn eine Frau bei uns über die Stränge schlägt, wird sie von Verwand-



Djomuschkin

ten getötet“, tönt Kadyrow. Der autoritäre Herrscher steht zudem im Verdacht, den Auftragsmord an einem Kritiker in Wien befohlen zu haben (SPIEGEL 46/2010). Russlands Faschisten, bislang Gegner von Moskaus Transferzahlungen an die muslimischen „Blutsauger aus dem Kaukasus“, scheint das auf einmal zu imponieren. Ihr Führer Djomuschkin ist jetzt auf Einladung Kadyrows durch die Kaukasusrepublik gereist. Tschetschenien sei ein „Vorbild-Staat“, lobte der Rechts-extremist danach. Tatsächlich einen die ungleichen Alliierten gemeinsame Ziele. Kadyrow versucht seit Jahren mehr Autonomie zu erlangen. Die russischen Neonazis wiederum träumen davon, die kaukasischen Krisenregionen teilweise in die Unabhängigkeit zu entlassen, um dann Tschetschenien, Inguschen und Dagestaner aus Russland dorthin zurückzudeportieren. „In Grosny“, so Djomuschkin, „ist es viel sauberer und sicherer als in Moskau.“



AFGHANISTAN

Hamid und seine Brüder

Höchst staatsmännisch reagierte Präsident Hamid Karzai, als er vorigen Dienstag von der Ermordung seines Halbbruders Ahmed Wali erfuhr. „Das ist der ultimative Preis für die Freiheit, ihn bezahlt jedes afghanische Haus“, sagte Karzai. Allerdings war seine Familie von tödlichen Attentaten lange verschont geblieben, obwohl die Karzais mit ihrem Netzwerk inzwischen fast das ganze Land abdecken. Der ermordete Ahmed Wali, Chef des Provinzrates und „König von Kandahar“, war einer der Mächtigsten des Clans. Ihm folgt nun Shah Wali Karzai, ebenfalls Halbbruder des Präsidenten und Inhaber einer Unternehmensberatung in Kandahar – Hamid setzte ihm letzten Mittwoch eigenhändig den entsprechenden Turban auf den Kopf. Shah Wali war nach dem sowjetischen Einmarsch in die USA gezo-

gen, wo die Karzais Restaurants in San Francisco, Boston, Chicago und Baltimore betrieben. Nach dem Sturz der Taliban kehrten fast alle Mitglieder des Clans nach Afghanistan zurück – und wurden nach dem Aufstieg Hamids ins höchste Staatsamt mit einflussreichen Posten ausgestattet. Abdul Ahmed, der dritte Halbbruder, arbeitet in der afghanischen Investitionsagentur, Hamids Vollbrüder Abdul Qayum und Mahmud aber sind noch einflussreicher: Der eine führt als Präsidentenberater die Verhandlungen mit den Taliban, der andere war bis zum Skandal um die Kabul Bank deren drittgrößter Anteilseigner. Auch seine restliche Verwandtschaft hat der Präsident versorgt: Taj Ayubi, der früher Möbelverkäufer in Virginia war und dessen Schwester in den Clan einheiratete, stieg zu Karzais außenpoliti-

GRIECHENLAND

Intrigen in Athen?

Die Athener Staatsanwaltschaft untersucht Vorwürfe gegen Andrikos Papandreou. Der jüngere Bruder des griechischen Premiers Georgios Papandreou soll an der Schuldenkrise seines Landes mitverdient haben. Anlass der Vermittlungen ist ein Beitrag der Tageszeitung „Eleftherotypia“. Das linksliberale Blatt enthüllte vorige Woche, dass Andrikos Papandreou für die einflussreiche Vermögensverwaltung Unigestion tätig ist, ein Unternehmen, das sich unter anderem mit Kreditderivaten beschäftigt, die das Ausfallrisiko von Anleihen versi-

chern. Die Gesellschaft mit Büros in Genf, New York, Paris und Singapur verwaltet derzeit gut acht Milliarden Euro von institutionellen und privaten Anlegern. Vergangenen November soll Unigestion Informationen über Kreditderivate lanciert haben, die griechische Staatsanleihen betreffen. Papandreou, der seit 2009 Mitglied eines Ausschusses für Umweltnachhaltigkeit bei Unigestion ist, wehrt sich gegen die Unterstellungen. In einer öffentlichen Erklärung spricht er von „Intrigen und Verleumdungen“. Aufgabe seines Ausschusses sei es, „strategische Auskunft über die Entwicklungen im Bereich der alternativen Energiegewinnung und des nachhaltigen Wachstums zu erteilen“.



Hamid (r.) und Ahmed Wali Karzai (l. v. l.)

AHMAD NADEEM / REUTERS

schem Berater auf, Onkel Azizullah, 74, war Botschafter in Saudi-Arabien und amtiert nun in Moskau. Neffe Yama Karzai bezieht sein Salär als hoher Geheimdienstler in Kabul, Cousin Hashim hat sich bei der Fluggesellschaft Pamir Airways einen Posten gesucht. Weitere Cousins kümmern sich um den Nachschub für die US-Armee und für die Nato. Präsident Karzai habe sich mit seinen Verwandten ein Netz aufgebaut, das ihm nach Abzug der westlichen Truppen das Überleben sichern soll, sagt Ronald E. Neumann, bis 2007 US-Botschafter in Kabul: So habe es auch Staatschef Nadschibullah nach Abzug der Sowjets getan. Dem allerdings half das nicht viel, er wurde drei Jahre darauf gestürzt, später von den Taliban ermordet und an einer Kreuzung in Kabul aufgehängt.



Georgios, Andrikos Papandreou

ANA

MAURETANIEN

Sand unter

Die mauretanische Hauptstadt Nouakchott droht bis 2050 von der Landkarte zu verschwinden. Mehrere Studien im Auftrag der Regierung kamen zu dem Ergebnis, dass 80 Prozent der Stadt bereits in den nächsten zehn Jahren dauerhaft unter Wasser stehen könnten. Nouakchott liegt zu großen Teilen unterhalb des Meeresspiegels, es mangelt an Abwasser- und Abflusssystemen, der Meeresspiegel steigt, und auch der Verlust an schützenden Dünen, aus denen die lokale Bauindustrie ihren Sand gewinnt, trägt zur Bedrohung bei. Der neue Hafen, den die Chinesen bauen und der die Küstenlinie verändert, verschärft die Gefahr vermutlich noch. Während der

Regenzeit 2007 standen bereits Teile der Stadt unter Wasser. Anfang dieses Jahres wurden nun weitere Viertel überflutet, und als das Wasser auch nach Wochen noch nicht abgelaufen war, setzte Präsident Mohamed Ould Abdel Aziz eine Expertenkommission ein. Eile scheint geboten, denn derzeit arbeitet sich das Meer rund 25 Meter pro Jahr in Richtung Nouakchott vor. Die Regierung hat ein Acht-Millionen-Dollar-Notprogramm zum Erhalt der Dünen aufgelegt, die Chinesen bauen bereits an einem neuen Schutzdeich, und rings um die Stadt wird mit Hochdruck ein neuer Grüngürtel angelegt, um die Erosion von Küste und Böden einzudämmen.



Fischerdorf vor Nouakchott

GEORGE STEINMETZ

TERRORISMUS

RAF am Zuckerhut

Brasiliens Militärdiktatur rechnete in den siebziger und achtziger Jahren mit Aktionen der deutschen RAF. Das geht aus über 30 Jahre alten vertraulichen Dokumenten der Luftwaffe hervor, die dem SPIEGEL vorliegen. Die Terroristen planten, Mitarbeiter von VW, Daimler-Benz und BASF in Brasilien zu entführen und mit ihnen die Freilassung inhaftierter Gesinnungsgenossen in Deutschland zu erpressen, so die Warnung des brasilianischen Luftwaffenministeriums in einem vertraulichen Schreiben an den Führungszirkel der Streitkräfte vom 4. Juni 1974. Als Quelle nannte das Ministerium den „Geheimdienst eines befreundeten Landes“. Die Deutschen würden von Kämpfern der uruguayischen Stadtguerilla Tupamaros unterstützt. Sie

planten, „sofort nach dem Beginn der Prozesse“ gegen ihre in Deutschland verhafteten Genossen loszuschlagen, heißt es in dem Papier. Auch Jahre später fürchteten die Offiziere noch, dass einheimische Guerillagruppen Verbindungen zu ausländischen Terroristen pflegten. 1983, zwei Jahre vor dem Ende der Militärdiktatur, informierte der Geheimdienst die Polizei über die „mögliche Präsenz“ von RAF-Leuten in Brasilien. Die Agenten verfügten über Hinweise, dass sich der RAF-Mann Ekkehard von Seckendorff-Gudent in São Paulo aufhielt. Für die Zusammenarbeit deutscher und brasilianischer Terroristen spricht auch, dass Guerilleros damals mehrere ausländische Diplomaten entführt hatten, darunter den deutschen Botschafter.

Basta.

Die internationalen Finanzmärkte haben das Vertrauen in Italien verloren. Nach 17 Jahren Silvio Berlusconi ist das Land überschuldet und reif für den Regierungswechsel. Das Gründungsmitglied der EU erscheint wie gelähmt von der Untätigkeit seines Premiers, der vor allem mit sich selbst beschäftigt ist.

„Italien, Sklavin, Schlund voll Schmerz und Graus, Schiff ohne Steuer auf durchstürmten Meeren, nicht Herrscherin der Welt, nein, Hurenhaus.“

Dante Alighieri, „Die Göttliche Komödie“, Fegefeuer, 6. Gesang

An diesem Montag, dem 18. Juli 2011, wird in dem mit Stahlgittern und Marmorquadern geschützten Mailänder Justizpalast ein Verfahren wieder aufgenommen, das 16. gegen den italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi seit Anfang der neunziger Jahre und das bisher spektakulärste. Es geht um Anhörungen in einem Prozess, der noch gar nicht richtig begonnen hat, weil um die Zuständigkeiten der Gerichte ge-

stritten wird oder der Angeklagte auf Dienstreise weilte. Bisher jedenfalls ist er in dieser Sache noch nicht erschienen in dem Gerichtssaal, dessen Stirnwand drei Frauengestalten schmücken – allegorische Darstellungen der Wahrheit, der Gerechtigkeit, des Gesetzes – und an dessen Seiten Käfige stehen, in denen bei früheren Mafia-Prozessen die Angeklagten saßen.

In diesem Gebäude aus der Mussolini-Zeit nahe des Mailänder Doms ist das Aktenkonvolut 5657/2011 entstanden, das mittlerweile 782 Seiten umfasst, gefüllt mit Telefonmitschnitten von Berlusconis Party-Mädchen, ihren Textmitteilungen, Tagebuchnotizen und Verhörprotokollen.

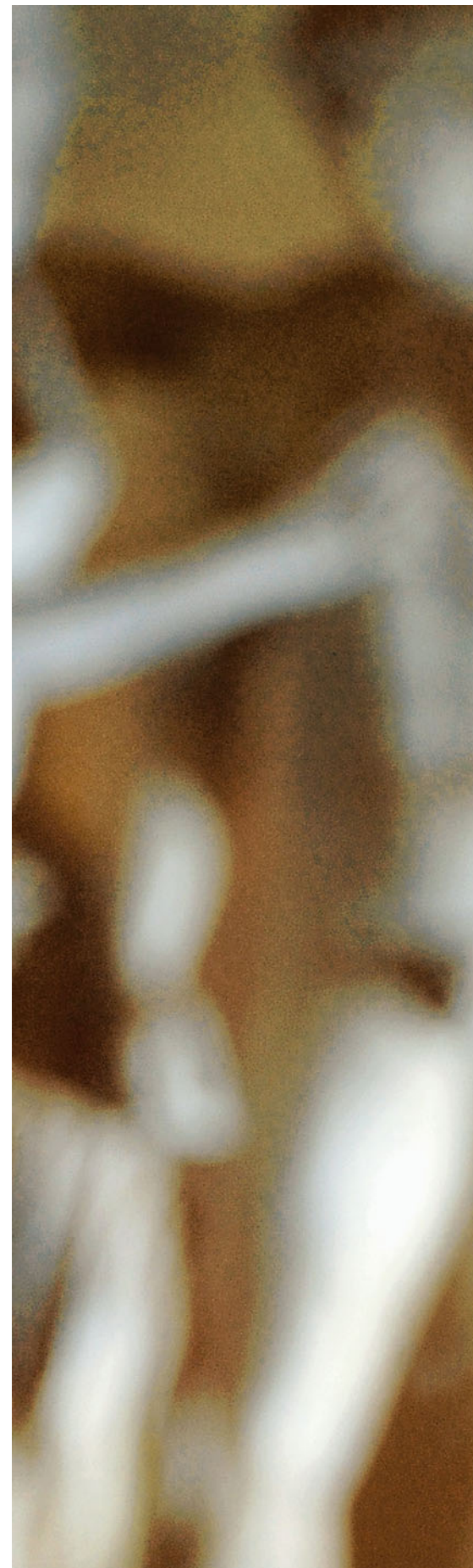
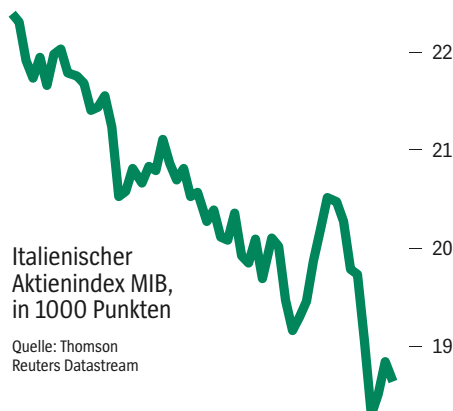
Mit 33 Frauen soll Berlusconi bei privaten Festen in seinen Anwesen, etwa in der 145-Zimmer-Villa San Martino in Arcore außerhalb von Mailand, verkehrt haben, und eine war erst 17 Jahre alt, die Nachtclubtänzerin mit dem Künstlernamen Ruby Rubacuori, Herzensräuberin. Die Anklage der vierten Kammer des Mailänder Strafgerichts lautet: Amtsmissbrauch und Förderung der Prostitution von Minderjährigen.

Die Ermittler haben viele Indizien zusammengetragen, die für die Anklage sprechen, selbst wenn der Beschuldigte die Sache genauso abstreitet wie das Mädchen Ruby. Doch abgehörte Telefongespräche mit Rubys Freundinnen legen das Gegenteil nahe. Ein Beispiel von vielen: „Gestern hat er mich angerufen und gesagt: Ruby, ich geb dir so viel Geld, wie du möchtest. Ich bezahl dich, ich deck dich mit Gold zu, aber es ist wichtig, dass du alles geheimlichst – sag nichts, zu niemandem.“

Der Cavaliere als ertappter Sünder: Nicht nur das Mailänder Gericht, ganz Italien muss sich, wieder einmal, mit den Buffonieren seines alternden Regierungschefs beschäftigen – und das zu einer Zeit, in der es brennt im Land, in der das Überleben der Wirtschaftsnation Italien auf dem Spiel steht, in der die Zukunft des Projekts Europa auch davon abhängt, ob die drittstärkste Wirtschaftsmacht der Euro-Zone anständig und mit Augenmaß regiert wird.

Infiziertes Italien

Rendite auf italienische Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit, in Prozent



Premier Berlusconi: „Ich bezahl dich, ich deck dich



ALBERTO PIZZOLI / AFP

mit Gold zu, aber es ist wichtig, dass du alles verheimlichst – sag nichts, zu niemandem“



WIKTOR DABKOWSKI / ACTION PRESS

Finanzminister Tremonti (r.), Kollegen vorige Woche in Brüssel: „Wenn ich falle, fällt Italien“

Denn weil das hochverschuldete Italien des Silvio Berlusconi Außenstände in Höhe von 1,85 Billionen Euro vor sich her schiebt – mehr als doppelt so viel wie Griechenland, Irland und Portugal zusammen –, weil allein in den nächsten zwölf Monaten Schulden in Höhe von 300 Milliarden Euro refinanziert werden müssen und weil im Rettungsfonds der Euro-Staaten nur etwa 250 Milliarden Euro verfügbar sind, hat, von einem auf den anderen Tag, die Welt das Vertrauen in Italien verloren.

Rating-Agenturen, vorneweg die 100 Jahre alte Moody's Corporation, drohten, die Kreditwürdigkeit des Landes herunterzustufen. Private Investoren trennten sich in Panik von ihren Italien-Anlagen, US-Hedgefonds wetteten gigantische Summen auf den weiteren Verfall italienischer Staatspapiere, die ganze Woche kannten die Mailänder Börsenkurse nur eine Richtung: südwärts. Es schien, als ob Italien, achtstärkste Industrienation der Erde und Gründungsmitglied der EU, das neue Griechenland geworden wäre.

Zwar konnte das römische Finanzministerium vorige Woche problemlos weitere milliarden schwere Schuldverschreibungen an den Markt bringen, aber es musste dafür fast 25 Prozent höhere Zinsen zahlen. War da ein neuer Teufelskreis der Verschuldung in Gang gekommen, diesmal auf der westlichen Seite der Adria?

Auch dieser Sturm auf Rom war ein Gerichtsverfahren: Es sind die internationalen Finanzmärkte, die vergangene Woche über Italien Gericht hielten – und auch das war in Wahrheit ein Prozess ge-

gen den Verantwortlichen, gegen Silvio Berlusconi.

Denn die Finanzmärkte sehen den italienischen Premier als Belastung, sein weiteres Verbleiben im Amt verunsichere die Investoren, schreibt die „Financial Times“. Ein Teil seiner eigenen Anhänger fürchtet mittlerweile, der Regierungschef und seine Skandale könnten das Land unrettbar in die Schuldenspirale treiben. „Jedermann hat Angst vor den Widersprüchen zwischen dem, was Berlusconi zum politischen Überleben braucht, und dem, was die Märkte brauchen“, sagt der Kolumnist Francesco Sisci.

„Ihre Regierung schadet Italien“, wandte sich die Oppositionspolitikerin Anna

„Das heutige Italien ist krank, wie es Mailand zu den Zeiten der Pest war.“

Finocchiaro vorigen Donnerstag an den Regierungschef. „Dieses große Land wäre sehr viel besser dran ohne Sie.“

Dass der Regierungschef sein Amt bis zum Ende der Legislaturperiode im Frühjahr 2013 behält, mag in den Hauptstädten der EU kaum noch jemand glauben. Zeit also für die Schadensbilanz einer sich ihrem Ende zuneigenden Ära.

Im 150. Jahr ihres Bestehens ist die Repubblica Italiana tief gespalten, ihre Verfassung von den eigenen Organen verächtlich gemacht und zermürbt. Der Regierungschef wird international mit Spott und Geringschätzung gestraft wegen Bunga Bunga, der Dauer-Regierungskrise, der Dauer-Schuldenlast.

„Ciao bella“, ein Land – nicht immer mustergültig, aber immer geschätzt – verabschiedet sich aus der ersten Reihe: Die Wirtschaft ist 2009 um fünf Prozent geschrumpft, 2010 ist sie kaum gewachsen. Das Weltwirtschaftsforum nennt in seinem Bericht 2010/2011 den Staat als größtes Hindernis: ineffiziente Regierungsbürokratie, Steuerschlupflöcher, unzureichende Infrastruktur und schlechte Kreditversorgung. Die gesamte Industrieproduktion sei um 25 Jahre zurückgeworfen, bilanzierte die römische Notenbank im vorigen Jahr. 560 000 Jobs seien zwischen Anfang 2008 und Ende 2009 verschwunden.

In Europa fällt das Land immer weiter zurück, wirtschaftlich, kulturell, politisch. In der globalisierten Welt hat es Mühe, seinen Platz zu finden. Längst kopieren Chinesen das berühmte „Made in Italy“, selten schlechter und stets billiger als das Original. Und die EU-Politiker schauen inzwischen mit der gleichen Ungeduld auf diesen Mann, wie sie auf Husni Mubarak geschaut haben.

Das tun auch viele Italiener. „In meiner Phantasie hat sich Roms Piazza del Popolo in den Tahrir-Platz verwandelt“, schreibt der Blogger Enzo Coniglio, ein junger Sizilianer und einer von vielen, die ähnlich denken. „Was ist denn im Grunde der Unterschied zwischen jungen Ägyptern und jungen Italienern?“ Berlusconi wird diesen September 75 Jahre alt, warum drängen wir, so fragt Coniglio, unseren Pascha nicht endlich aufs Altenteil?

Kurz bevor er aus Altersgründen sein Amt aufgab, richtete der Mailänder Erzbischof, Kardinal Dionigi Tettamanzi, von der Kanzel des Doms herab ein Donnerwort an seine mehr oder weniger gläubigen Zuhörer: „Das heutige Italien ist krank, wie es Mailand zu den Zeiten der Pest war. Die Amoralität greift um sich, auf allen Ebenen der Gesellschaft.“

Er sprach allen aus der Seele, die nur noch „Basta!“ denken. Nur noch: Schluss mit den Orgien im Harem des Regierungschefs, mit der immer dramatischer werdenden Wirtschaftslage, der chronischen Schwäche der Opposition, der Verachtung für die Richter. Schluss vor allem mit dem allgegenwärtigen Grinsen, dem maskenhaften Make-up und den viel zu auffällig transplantierten Haaren desjenigen, der seit 17 Jahren dabei ist, Italien nach seinem Bild zu formen.

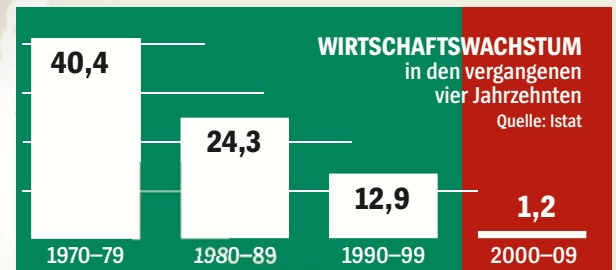
Basta Silvio Berlusconi.

Nur noch 27,5 Prozent aller Italiener, so zeigen es die jüngsten Umfragen, wollen Berlusconi wiederwählen, fast jeder zweite ist so enttäuscht, dass er nicht mehr zur Wahl gehen oder sich erst in letzter Minute entscheiden will.

Vom dem Italien der siebziger und achtziger Jahre, auf das Europa mit Hoffnung, Zuneigung und bisweilen Neid schaute, ist immer weniger übrig. Das Land ist in weiten Teilen gescheitert. Im Fernsehen

Arm und reich

Mit krassen Gegensätzen zwischen reichem Norden und rückständigem Süden ist Italien ein Spiegelbild der gesamten EU. Der reiche Norden liegt in der Wirtschaftsleistung weit über dem EU-Schnitt, der Süden liegt deutlich darunter. Trotz des dynamischen Nordens ist das Wirtschaftswachstum des gesamten Landes im vergangenen Jahrzehnt zum Stillstand gekommen – eine verlorene Dekade.



WIRTSCHAFTSKRAFT
BIP pro Kopf im Vergleich zum
EU-Durchschnitt (EU-27),
kaufkraftbereinigt

darüber darunter

Quelle: Eurostat 2011 auf Basis des BIP 2008

ARBEITSLOSENQUOTE

2010

Quelle: Eurostat

sind Frauen weitgehend auf das Popo-Wackeln reduziert, viele stolze Kommunen des Nordens sind zu xenophoben Hochburgen der Rechtspartei Lega Nord geworden. Der Kino-Mythos Cinecittà hat Platz gemacht für das Imperium des schlechten Geschmacks, Berlusconi's Medienkonglomerat Mediaset.

Aus dem lieblichen Land, dem „Belpaese“, das in den Sommerwochen wieder Hunderttausende Touristen aufsuchen werden – 40 Millionen kommen jedes Jahr, Deutsche vor allem, deren Sehnsuchtsland Italien nach wie vor bleibt –, ist in weiten Teilen ein „Malpaese“ geworden.

Das ist gewiss nicht allein die Schuld eines Mannes. Aber Berlusconi hat all das befördert, was ohnehin schon im Argen lag.

Er hinterlässt seinen Nachfolgern als Erbe ein Land in Not.

Angetreten war Berlusconi mit dem Versprechen, eine „liberale Revolution“ zu starten. Sie sollte eine freiere Wirtschaftsverfassung bringen und ein besseres Auskommen für Italiens Familien. Mit großer Geste bot Berlusconi am 8. Mai 2001, wenige Tage vor seinem zweiten Wahlsieg, in der TV-Talkshow „Porta a Porta“ (Tür an Tür) dem italienischen Volk einen Vertrag an: Er verpflichtete sich,

falls er zum Regierungschef gewählt werde, binnen fünf Jahren die Steuern kräftig zu senken, die Mindestrenten auf wenigstens 500 Euro im Monat anzuheben, die Arbeitslosigkeit zu halbieren und gewaltige Investitionen in Italiens Infrastruktur anzuschieben. Sollte er die-



CLAUDIO LEONE / L'ESPRESSO / PICTURE-ALLIANCE / DPA

Regierungschef Berlusconi bei einer Fernsehgala in Rom 2007: „Den interessiert Italien null!“

se Ziele deutlich verfehlen, dürfe er bei der nächsten Wahl nicht wieder kandidieren.

Das Volk war beeindruckt, votierte für den Mann, der diesen Vertrag live im Fernsehen unterzeichnete. Am Ende der fünfjährigen Regierungszeit sah das Ergebnis mager aus: Die Steuerlast war um 0,1 Prozent gesunken, drei Viertel der Rentner, die vor der Wahl weniger als 500 Euro an Rente bekommen hatten, erhielten auch danach nicht mehr, und die Investitionen machten rund die Hälfte des versprochenen Umfangs aus. Kein Vertragspunkt war erfüllt.

Romano Prodi, der große Gegner des Regierungschefs, dem es zweimal gelang, Berlusconi in Wahlen zu besiegen, kennt dessen „rücksichtslosen Politikstil“ genau. Einen Monat vor den Wahlen im April 2006 lag Prodi, der Herausforderer, in den Umfragen sechs Prozentpunkte vor dem Amtsinhaber. Aber der große Populist Berlusconi überraschte seine Landsleute mit der Ankündigung: „Wir schaffen die Eigenheimsteuer auf das erste Haus ab!“ Prodis Vorsprung schmolz über Nacht. Er gewann zwar, aber so knapp, dass es nur noch zu einer sehr wackeligen Koalition reichte, die zwei Jahre später zerbrach.

Als Nachfolger nahm Berlusconi 2008 zum vierten Mal im römischen Regierungspalazzo Chigi Platz und strich, wie versprochen, die Immobiliensteuer. Damit fehlten den Kommunen plötzlich drei Milliarden Euro im Jahr. Um die Ausfälle zu verkraften, langten die Gemeinden

fortan dort zu, wo sie eigene Steuerrechte haben: beim Bau neuer Häuser oder Werkstätten etwa, bei der Errichtung von Industrieanlagen, Logistikzentren oder Supermärkten. Und viele Gemeinden greifen seither – aus purer Finanznot – so kräftig ab, dass potentiellen Investoren die Lust vergeht. „Das hat Italiens Wirtschaft nachhaltig geschadet“, klagt Prodi, aber das sei Berlusconi gleichgültig. „Den interessiert Italien null!“

Auch der Londoner „Economist“ hält Berlusconi „völliges Desinteresse an der wirtschaftlichen Lage“ für das größte Versagen des Regierungschefs. Und in der

„Das Programm dieser Regierung ist ein Misstrauensantrag gegen sich selbst.“

Tat, während Romano Prodi in seinen zwei kurzen Amtsperioden den Schuldenberg wenigstens ein bisschen abtrug, legte der milliarden schwere Medienzar Berlusconi, der sich gern als wirtschaftskundiger „Vorstandsvorsitzender der Firma Italien“ präsentiert, meist noch ein paar Schippen drauf.

In den drei Jahren seiner vierten Amtszeit stieg Italiens Staatsverschuldung von 103,6 Prozent des BIP im Jahr 2007 auf 119 Prozent im vorigen Jahr. In diesem Jahr wird sie die 120-Prozent-Marke überspringen. Trotz der überschuldeten Staatskassen versprach Berlusconi bis zum Schock der vorigen Woche weitere Steuersenkungen. „Ohne

Steuersenkungen gehen wir zugrunde“, beschwor er seinen Finanz- und Wirtschaftsminister immer wieder. Aber der hat sich nun einmal auf einen rigiden Sparkurs festgelegt. Und der Mann ist starrköpfig.

Giulio Tremonti, 63, war einer der erfolgreichsten Steueranwälte Italiens, bis Berlusconi, für den er gearbeitet hatte, ihn 1994 zum Finanzminister berief.

Aber nun sind sowohl sein Chef als auch die Koalitionspartner der populistischen Lega Nord nicht mehr gut auf ihn zu sprechen. Tremonti sei „zu keiner Teamarbeit bereit“, hämte Berlusconi über ihn und schimpfte ihn einen Verräter. Den lässt so etwas eher kalt, er hält sich und sein Sparprogramm für unersetzlich: „Wenn ich falle, fällt Italien. Fällt Italien, fällt der Euro.“

Nur, so unwahrscheinlich ist sein Sturz nicht mehr, seit der wortkarge, bescheidene Mann aus Italiens Norden unversehens in einen Strudel geriet, der in einen Sumpf aus Klüngel und Korruption führen könnte.

Schuld daran ist sein langjähriger enger Berater Marco Milanese. Der Abgeordnete hatte neben seinem Job im Ministerium wohl noch weitere Verdienstsquellen. Privat fährt er einen Ferrari für 270 000 Euro, steuert ein Motorboot für 700 000 Euro – und hat nun die Staatsanwaltschaft am Hals: Er soll gegen Bares und teure Geschenke Aufträge aus Tremontis Ministerium verhökert haben, so der Vorwurf. Auf der Stelle trennte sich Tremonti von Milanese.

Ist es Zufall, dass die hanebüchene Geschichte ausgerechnet jetzt publik wird, da Berlusconi und seine Lega-Verbündeten den unbequemen Minister liebend gern loswürden?

Als Tremonti sein Sparprogramm vorlegte, war der Chor des Protestes groß und laut. 47 Milliarden Euro sollten darin binnen vier Jahren gestrichen werden, bei den Renten, im Gesundheitswesen, den Ausgaben der Ministerien und Regionalverwaltungen. Gebühren werden erhöht, Abschreibungsmöglichkeiten reduziert.

Die Kommunen und Regionen schrien ebenso auf wie die Gewerkschaften, die Opposition sprach vom „sozialen Kahl-schlag“, und die Basis in Berlusconis Partei „Volk der Freiheit“ meldete genauso Widerstand an wie die Koalitionspartner der Lega Nord.

Doch die Ereignisse der letzten Tage haben die Gegner erst einmal zum Schweigen gebracht. Sogar Berlusconi verstummte vorübergehend. Der dramatische Kursverfall am italienischen Aktienmarkt, die Zinsexplosion für Staatsanleihen lehrte alle das Fürchten.

Eindringlich mahnte Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel in einem Telefongespräch mit Berlusconi, der Sparplan müsse schnell umgesetzt werden. Wen Silvio Berlusconi auch anrief, etwa Italiens Notenbankchef Mario Draghi, der demnächst die Europäische Zentralbank in Frankfurt führen wird, alle rieten, schnell ein überzeugendes Sparsignal zu setzen. Massiv und öffentlich machte sich Italiens Staatspräsident Giorgio Napolitano dafür stark. Und – auch das ist Italien – quasi über Nacht waren sich plötzlich alle einig. In Rekordzeit verabschiedete das Parlament ein Konzept, das nicht nur 47 Milliarden, sondern nun sogar rund 79 Milliarden einsparen soll.

Doch das Sparpaket steht auf unsicherem Fundament. In diesem und im nächsten Jahr werden gerade einmal neun Milliarden Euro eingespart – nur elf Prozent des beschlossenen Sparziels –, 2013 stehen dann die Wahlen an. Und ob die Sparziele für die folgenden Jahre den Wahlkampf überstehen, ist alles andere als sicher. „Das Programm dieser Regierung“, spottet Romano Prodi, „ist ein Misstrauensakt gegen sich selbst: Es schiebt die Arbeit der nächsten Regierung zu.“

Selbst einen Tremonti hat offenbar schon bei der Abfassung des Gesetzes der Mut verlassen, die wirklich schweren Brocken anzupacken. Ein Abbau der überbordenden Staatsbürokratie, die den Elan der Wirtschaftenden mehr lähmt als alles

andere, findet nicht statt. Und auch den kostspieligen Polit-Apparat geht der Sparkommissar nur am Rande, mit kleinster Schere an.

Die Milliardenzahlungen für die Parteien bleiben erhalten. Gut eine Milliarde Euro gibt der italienische Steuerzahler im Jahr für eine gigantische Flotte von Dienstwagen aus, die der politischen Klasse kostenlos zur Verfügung stehen. Regelmäßig verstopfen sie die Straßen und Gassen rund ums Parlament und die Regierungsgebäude im Zentrum Roms – das Normalsterbliche mit ihren Autos schon lange nicht mehr befahren dürfen.



Gespielin Ruby Rubacuori: Sex mit der Herzensräuberin?

Die Stagnation am langsam absehbaren Ende der Ära Berlusconi ist mit den Händen zu greifen.

Berlusconis Wirtschaftspolitik ist eine Fertigmischung aus Intervention und Laissez-faire. Alles ist möglich, wenn es nur seinen Niederschlag in der nächsten Umfrage findet. Das ist keine Politik, das ist Unterhaltungsdemokratie. „Berlusconi ist pathologisch darauf ausgerichtet, anderen Menschen zu gefallen, er braucht ihre Zuneigung“, sagt jemand, der ihn genau kennt: Giuliano Ferrara, Herausgeber des „Foglio“, einer kleinen, Berlusconi-treuen Tageszeitung.

Doch die Jahre des Cavaliere haben Italien auch zu einem Land gemacht, in

dem die junge Generation von vielen Posten nur träumen kann, weil die entscheidenden Stellen in der italienischen Gerontokratie von der Alterskohorte ihres Premiers besetzt bleiben. Junge Frauen haben ihn gefragt: Was sollen wir tun, Herr Ministerpräsident? „Sucht euch einen reichen Mann“ – das war der Rat-schlag des Milliardärs, der in diesem Land mehr schlecht als recht die Geschäfte führt.

„The man who screwed an entire country“, titelte gerade der britische „Economist“. Zu Deutsch: Der Mann, der ganz Italien an der Nase herumführt. Es heißt aber auch: Der Mann, der seinem Land das angetan hat, was er vermutlich mit seinen Mädchen in Arcore getrieben hat.

Auch deshalb geht es bei den peinlichen Anhörungen von Mailand gar nicht so sehr um die Frage, welche Unanständigkeit dem Premier nachgewiesen werden kann, es geht um die Frage, wie lange Italien noch bereit ist, diesen Premierminister zu erdulden. In Artikel 54 der italienischen Verfassung heißt es: „Bürger, denen öffentliche Ämter anvertraut wurden, haben die Pflicht, diese mit Disziplin und Ehre zu erfüllen.“

Davon kann keine Rede sein: Seit mehr als 20 Jahren beschäftigen sich Dutzende von Richtern mit dem einstigen Barsänger, Bauunternehmer und Medien-Tycoon. Sie untersuchen Vergehen wie Steuerhinterziehung, Mafia-Kontakte und Bilanzfälschung. Berlusconi ist verstrickt in eine Privatschlacht mit der Justiz, sie wurde zu einer krankhaften Besessenheit. „Ich bin der meistverklagte Politiker der Welt“, brüstet er sich oft. Über 2500-mal habe man ihn vorgeladen, und 200 Millionen Euro hätte er aufbringen müssen, um „Berater und Richter – äh, Anwälte zu bezahlen“.

Verurteilt, in letzter Instanz, wurde er nie, im Gefängnis saß er auch nicht. Manchmal wurde er freigesprochen, ansonsten war häufig der Fall bereits verjährt, oder der Regierungschef ließ eigenmächtig die Gesetze zu seinen Gunsten ändern. Jetzt soll Berlusconi über eine halbe Milliarde Euro Schadensersatz an seinen alten Feind Carlo De Benedetti zahlen, den Verleger von Italiens zweitgrößter Zeitung „La Repubblica“. Dem hatte er im Jahre 1991 aufgrund eines höchst umstrittenen Gerichtsurteils das Verlagshaus Mondadori wegschnappen können. Ein anderes Gericht hatte Jahre später geurteilt, der damals verantwortliche Richter sei bestochen worden. Berlusconi konnte nicht mehr belangt werden, die Sache war strafrechtlich verjährt. Doch nun holt ihn das



Titel



Touristen während des Müllstreiks in Neapel im Juni: Sehnsucht nach dem lieblichen Land

Mafia-Opfer in Castel Volturno 2008: „Italien steht

Zivilrecht ein. Natürlich will Berlusconi, der schon viele Prozesse überstanden hat, auch dieses Mal durch alle Instanzen gehen.

Doch zuerst steht „Rubygate“ auf seinem Terminkalender. Am Valentinstag 2010 erscheint das Mädchen erstmalig in Berlusconis Privatvilla. Die gebürtige Marokkanerin Karima el-Marough war 17 Jahre, drei Monate und drei Tage alt. 13-mal soll Berlusconi das Mädchen für Sex bezahlt haben, 67-mal sollen beide miteinander telefoniert haben.

Allein die Vorstellung klingt irrwitzig. Eine Prostituierte mit einem Diebstahlsdelikt am Hals, ausgerissen aus einem Erziehungsheim auf Sizilien und Freundin eines zwielichtigen Discothekenbesitzers, besitzt die geheime Handynummer eines der bekanntesten Politiker der Welt. In anderen Ländern wäre ein Regierungschef nach solchen Eskapaden erledigt – nicht in Italien.

Im Oktober vergangenen Jahres sickerten erste Details über die Orgien an die Öffentlichkeit. Berlusconi selbst hatte die Ermittler auf die Spur gebracht. Am Abend des 27. Mai rief er den Mailänder Polizeichef an und behauptete, die dort festgehaltene Ruby sei die Nichte von Husni Mubarak, dem damals noch amtierenden ägyptischen Präsidenten.

Im Januar 2011 bestätigte die Staatsanwaltschaft, dass gegen Berlusconi und drei Helfer Anklage erhoben wird. Im Februar entschied eine Richterin, dass Berlusconi per Eilverfahren der Prozess gemacht wird, ihm drohen bis zu 15 Jahre Haft. Wenn es denn überhaupt zu einem Prozess kommt.

Ruby, inzwischen angeblich schwanger, genießt derzeit ihre Prominenz. Sie tanzte auf dem Wiener Opernball und berichtete in Berlusconis Fernsehsender unter Tränen von ihrer schrecklichen Kindheit, von einer frühen Vergewaltigung und ei-

ner Scheinwelt voller Lügen, in die sie sich hineingeträumt habe. Sie verteidigte ihren Gönner: „Er hat mich nicht angefasst“, sagte sie. „Er dachte, ich sei 24.“

Die Italiener reagierten geschockt. Aus den Akten erfuhren sie, wie einer lebt, den sie seit 17 Jahren heimlich bewundern, weil er war wie sie: verführbar, fehlbar, einer aus dem Volke, der sagte, „besser, man ist von schönen Mädchen begeistert als schwul“.

Zum Vorschein kam nun die Tragödie eines Lustgreises, der den Bezug zur Realität verloren hat. Ein Herrscher im goldenen Käfig, erpressbar, flankiert von Escort-Mädchen, die bereit sind, von seiner Einsamkeit und Macht zu profitieren. Die mit ihm schlafen, wie sie zu Protokoll geben,

um danach „richtig Kasse zu machen“. Sie nennen ihn „Papi“. Es sind Geschöpfe, die er mit seinen Sendern selbst geschaffen hat: Fernsehsternen, Tänzerinnen, geldgeil und vulgär. Sie nennen sich Marishtelle, Aris, Iris, Aida oder Michelle, stammen aus der Ukraine, der Dominikanischen Republik und wohnen mietfrei in „Milano Due“, der Trabantenstadt, die Berlusconi in den Siebzigern hochziehen ließ. „Talentscouts“ führten ihm die Mädchen zu wie jener Mussolini-Verehrer Lele Mora, der die 16-jährige Ruby in einer Mailänder Discothek entdeckte. Er war es auch, der ihm die minderjährige Neapolitanerin Noemi Letizia vorstellte, seine Affäre aus dem Jahr 2009, die Berlusconis Ehefrau dazu brachte, die Scheidung einzureichen und ihren Gatten einen „kranken Mann“ zu nennen.

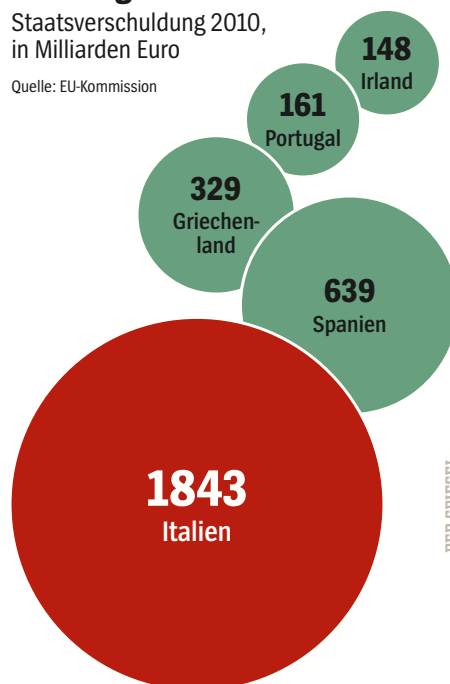
Mora sitzt seit Juni in Untersuchungshaft. Die Staatsanwaltschaft wirft ihm betrügerischen Bankrott vor. Für Berlusconi instruierte er die Mädchen: „Du sollst die offizielle Krankenschwester sein. Du musst einen falschen Blutdruckmesser dabei haben und einen Kittel. Und natürlich nichts darunter. Untersuche ihn, du weißt doch, wie viel Spaß ihm solche Sachen machen.“

Die Papi-Girls lassen sich begaffen und betatschen. Sie müssen sich überwinden, „fett und hässlich“ finden sie Berlusconi – so jedenfalls steht es in den Protokollen der abgehörten Telefonate. Aber sie machen mit, denn er sei „spendabel“. Iris, eine Brasilianerin, sagte: „Normalerweise muss man sieben Monate für das arbeiten, was ich bekommen habe“, aber ansonsten gehe ihr „der Alte echt auf die Nerven“. Und Ruby wurde abgehört, als sie sagte: „Was mache ich, wenn der abdanken sollte, dann habe ich ja gar nichts mehr zu beißen.“ Für ihre Dienste soll sie knapp 6000 Euro bekommen haben, später sollen es dann Zehntausende gewesen sein. Verlangt hat sie dagegen of-

Schergewicht

Staatsverschuldung 2010, in Milliarden Euro

Quelle: EU-Kommission



DER SPIEGEL



still“



Berlusconi-Anklägerin Ilda Boccassini im Prozess 2004: Privatschlacht mit der Justiz

fenbar fünf Millionen Euro: „für die Beschmutzung meines Namens“.

Die ehemalige Zahnpflegerin Nicole Minetti, ebenfalls angeklagt, weiß, wie man Karriere in Berlusconi-Stan macht, sie war mal Starlet, heute ist sie Regionalrätin für die Regierungspartei. Sie sagt: „Er schickt uns ins Parlament, er denkt, diese Nervtussen bin ich los, unser Gehalt zahlt jetzt der Staat.“ Doch auch sie ahnt, wie heikel ihre Situation ist: „Die Politik ist ein Puff, wenn er fällt, dann fallen wir auch.“

So verheerend das alles den Ruf des Premiers ruiniert – und auch dem seines Landes schadet –, letztlich geht es gar nicht um die Disziplin- und Ehrlosigkeit des Regierungschefs. Das Privatleben des Silvio B. ist schließlich seine Sache.

Unverzeihlich aber ist, was mit diesen persönlichen Skandalen einhergeht, weil Berlusconi mit der Lösung seiner privaten Probleme beschäftigt ist, oder was er vorantreibt, weil es der Beförderung seiner privaten Geschäfte dient: der Verfall der politischen Kultur, die Knebelung der Justiz, die Entwürdigung der Frauen – das sind Tatbestände, für die sich Berlusconi zu verantworten haben wird, nicht vor den Gerichten, aber vor jenen, die nach ihm kommen.

Es gibt wenig Länder, in denen der Regierungschef eine solche Verachtung gegenüber den etablierten Verfassungsorganen an den Tag legt, vom Verfassungsgericht bis zum Staatspräsidenten, und diese Geringschätzung noch über seine eigenen Fernsehkanäle verbreiten lässt. Die Begeisterung für den Staat war in Italien nie sonderlich ausgeprägt. Da ist es verhängnisvoll, wenn ausgerechnet der Ministerpräsident in dieselbe Kerbe schlägt.

Gerade erst wurde der 150. Jahrestag der Staatsgründung gefeiert. Aber in manchen Gegenden des reichen Nordens, wo die Lega Nord ihre Wähler hat, ist es fast

unmöglich, eine italienische Flagge zu kaufen. Im Veneto wurde öffentlich eine Puppe des Freiheitshelden Giuseppe Garibaldi verbrannt.

So verwundert es nicht, dass drei Lega-Minister ankündigten, den Feierlichkeiten fernzubleiben. Das wäre so, als würden die FDP-Minister vor dem Tag des Mauerfalls drohen, nicht die Nationalhymne zu singen. Der Parteichef der Lega Nord, Umberto Bossi, erschien dann doch höchst widerwillig, am Revers trug er nicht die grün-weiß-rote Kokarde Italiens, sondern ein keltisches Kreuz sowie ein grünes Einstecktuch, Symbol seiner Verbundenheit zu jenem Staat, den er sich auf dem Boden Norditaliens erträumt – „Padanien“.

„Kultur ist der Rohstoff, aber die Reichtümer werden nicht gefördert, sondern begraben.“

So wird Italien zu einem kleinen Abbild Europas, geteilt in einen reichen Norden, der am liebsten einen eigenen Club aufmachen würde, und einen Süden, der auf Transferzahlungen angewiesen ist.

„Die Sezession wird die größte Gefahr der Nach-Berlusconi-Zeit sein“, prophezeit der Schriftsteller und Publizist Curzio Maltese. Und er fragt, was die hochentwickelte Lombardei und Kalabrien, Italiens ärmste Region, überhaupt noch gemeinsam haben – außer der Mafia.

Berlusconi ist ein Meister des Aufschubs und des Kurswechsels, kein Visionär, der eine Agenda abarbeitet. Sein Scheitern kaschiert er durch „Polemik, Pomp und Propaganda“, so der Historiker Hans Woller, Forscher am Münchner Institut für Zeitgeschichte und einer der besten deutschen Italien-Kenner. Selbst die Skandale des Premiers erfüllen immer noch den Zweck der Ablenkung.

Seine Regierung hat systematisch versucht, die Unabhängigkeit der Justiz zu beenden. Richter und Staatsanwälte, die mehrheitlich sicherlich wenig Sympathien für Berlusconi hegen, werden von ihm und seinen Getreuen in einem Ton beschimpft und verächtlich gemacht, der in Europa vor allem aus Weißrussland bekannt ist. Den Justizbehörden werden die Ressourcen zum Ermitteln gestrichen, Personal, Dienstwagen, Reisen. Nur am Staatspräsidenten scheiterte eine Justizreform, wonach ein Angeklagter einen Gerichtsstand ablehnen kann, sobald er den Verdacht schöpft, einer der dort arbeitenden Richter könne parteilich sein. Die Regelung hätte wohl das Ende aller Berlusconi-Prozesse bedeutet.

Die Anhänger des Premiers können sogar scheinheilig damit protzen, dass es in Italien keine Bilanzfälschungen mehr gibt. Das ist richtig, der Tatbestand wurde schlicht abgeschafft. Viele Straftatbestände der Wirtschaftskriminalität sind inzwischen der Verfolgung entzogen worden.

In kaum einem anderen entwickelten Land ist die Politik so entpolitisiert und alles Nichtpolitische so politisiert wie in Italien. Medien, Justiz, Wirtschaft, Erziehung, Kultur – alles wird über den Leisten der Parteilichkeit geschlagen. Aber die Politik wird auf dem Niveau einer Soap opera im Fernsehen gemacht: „Meno male che Silvio c'è.“ Zum Glück gibt es Silvio.

Berlusconi's Verständnis von Demokratie ist: Wer, wie auch immer, die Mehrheit der Stimmen hat, dem gehört die uneingeschränkte Macht. Ihm ist es überlassen, die Posten und Pöstchen nach Gutdünken an seine Klientel zu verteilen und die Opposition kaltzustellen. Sein Verständnis von Parlamentarismus ist vormodern. Es genüge doch, so der Regierungschef, wenn nur die Fraktionsvorsitzenden im Parlament abstimmen.

Man würde Zeit sparen und überflüssige Debatten.

Justizminister Angelino Alfano war von Berlusconi dazu auserkoren worden, den Justizapparat zu zähmen. Nur sein Immunitätsgesetz – auch das zugeschnitten auf die Bedürfnisse des Premiers – verhinderte Napolitano. Zum Dank, dass es ihm lange gelang, den Premier vor Prozessen zu schützen, wurde er gerade zum Generalsekretär von Berlusconis Partei ernannt; der könnte sich Alfano durchaus als Nachfolger vorstellen, wenn er 2013 wirklich nicht mehr antritt, wie er gerade erst verkündet hat.

Der Schriftsteller Umberto Eco spricht von einem „schleichenden Staatsstreich“: „Wenn die Institutionen eines Landes Schritt für Schritt verändert werden, dann ist es schwierig zu sagen, dass jeder Einzelne für sich schon eine Diktatur erahnen ließe. Die Funktion der schleichenden Staatsstreiche ist, dass die Änderungen an der Verfassung praktisch nie wahrgenommen werden. Und wenn sie zusammen dann die Dritte Republik hervorgebracht haben werden, ist es zu spät.“

Besonders heftig attackiert wurde in Berlusconis Regierungszeit das, was Italiens Ruf in aller Welt ausmacht – das kulturelle Leben. Das Budget dafür ist in den letzten Jahren immer weiter gekürzt worden, unermüdlich protestieren Filmschaffende und Dirigenten gegen den Kahlschlag. Kultur ist der Rohstoff dieses Landes. Allein 44 Denkmäler des Weltkulturerbes sind hier zu besichtigen, aber die Reichtümer werden nicht gefördert, sondern begraben.

Pompeji etwa erlebt gerade den zweiten Untergang. Das Unesco-Welterbe verkommt und wird beherrscht von streunenden Hunden und mafiösen Fremdenführer-Banden. Es ist nicht das Geld, das Pompeji fehlt. Knapp drei Millionen ausländische Italien-Touristen besuchen Pompeji und zahlen 11 Euro Eintritt, aus Rom gibt es 40 Millionen Euro an Subventionen hinzu, aber das Geld versickert, oder es wird in pompöse PR investiert. Der letzte Mosaiken-Restaurator ist schon vor drei Jahren in Pension gegangen.

„Einst schufen unsere Vorfahren Meisterwerke, die Renaissance, den Barock, Venedig“, sagt der Architekt Massimiliano Fuksas, der in Frankfurt das Einkaufszentrum MyZeil gebaut hat. „Unsere glanzvolle Vergangenheit könnte uns dabei helfen, Italien zu retten. Aber es ist, als habe

sich unsere DNA verändert. Wir sind mutiert zu einem Volk ohne Erinnerung. Wir leben im ‚Dschungelcamp‘ und in den Billigserien auf Berlusconis Kanälen.“

Auch der Natur, seit je die wichtigste Attraktion für die Millionen Fremden, ist diese Gleichgültigkeit anzusehen. Jedes Frühjahr geraten ganze Hänge ins Rutschen, reißen Schlammlawinen die Häuser mit sich, ertrinken Bürger in Hochwasser. Eine Folge von zementierter Landschaft, Schwarzbauten, kurzsichtiger Planung, Geschäftemacherei und Orga-

Schuld daran sind keine ingenieurstechnischen Probleme. Italienische Straßenbauer sind hervorragend. Aber die

A3 führt durch Mafialand. Jeder einzelne Kilometer wird von einer anderen Firma gebaut, und fast alle haben mehr oder minder klare Verbindungen zur 'Ndrangheta, dem organisierten Verbrechen in Kalabrien. Die Autostrada gilt als „das längste corpus delicti“ Italiens, gespickt mit vorgetäuschten Bauleistungen, einbetonierten Leichen, unsichtbaren Arbeiterkolonnen, Schutzgeldern und sich von selbst entzündenden Baumaschinen.

„Italien steht still“, stellt Matteo Mauri fest. Er ist in der Demokratischen Partei zuständig für Infrastruktur und Verkehr. „Die anderen Länder bewegen sich und investieren. Wir sind blockiert von der Ineffizienz eines Mannes, der unfähig ist zum Regieren.“

Auch die Frauen, die der Cavaliere so umgürtet, haben während seiner Amtszeit gesellschaftlich Schaden genommen. Sein Fernsehimperium scheint geradezu auf Billigserien spezialisiert zu sein, in denen es vor allem darum geht, knapp bekleidete Frauen zu demütigen.

Als Umberto Ecos langjährige Freundin Inge Feltrinelli 1960 von Hamburg nach Mailand zog, kam sie in ein Land, in dem Frauen noch im Mittelalter lebten. Sie durften sich nicht scheiden lassen, das ging erst ab 1970, Abtreibung war illegal. „Sie bewegten sich zwischen Kindern, Küche und Kirche“, sagt die 80-Jährige im Büro ihres Mailänder Verlags, dem letzten linken Sturmgeschütz Italiens.

Doch binnen kürzester Zeit hätten die Italienerinnen aufgeholt, sagt Feltrinelli, sich erfolgreich zur Wehr gesetzt gegen Machismo und die mächtige Kirche. „Sie zeigten stolz ihre Körper, das war Teil ihrer Befreiung, aber zu welchem Preis?“

Heute sei Italien ein Land, in dem Frauen dadurch auffallen, dass sie im Fernsehen strippen und dummes Zeug reden. „Wie die nur aussehen, diese Rubys und Noemis, wie kleine Paris Hiltons. Sie wollen den schnellen Ruhm, die Freiheit, die Berlusconi ihnen vorlebt. Sie sind so wahnsinnig langweilig, und sie tun mir leid.“

Nach einer kurzen Zeit des Fortschritts gehören die Italienerinnen in puncto Emanzipation heute wieder zu den Schlusslichtern Europas. Die Beschäfti-



Bauunternehmer Berlusconi 1977*: Im goldenen Käfig

nisierter Kriminalität. Legendar ist der Fall der Autostrada A3 Salerno–Reggio in Kalabrien. Länger ist in Europa an keiner Autobahn gebaut worden. Der erste Spatenstich erfolgte 1962, als in Bonn noch Konrad Adenauer die Geschäfte führte. 1974 wurde sie fertig, allerdings weitgehend ohne Notfallspur und damit nach EU-Normen gar keine Autobahn. 1997 begann die Erneuerung, sie soll im Jahr 2017 abgeschlossen sein. Zum inzwischen Zehnfachen der geplanten Bau- summe.

* Mit einer Pistole auf dem Schreibtisch (Kreis).

gungsrate von Frauen ist eine der niedrigsten des Kontinents, in Süditalien liegt sie bei nur 33 Prozent. Sie verdienen halb so viel wie Männer, und sie schuften 21 Stunden in der Woche im Haushalt. Die Weltrangliste der Gleichberechtigung, der „Global Gender Gap Report“ des Weltwirtschaftsforums, sieht Italien auf Platz 74 von 134 Staaten, weit abgeschlagen hinter Ländern wie Ghana oder Botswana.

Feltrinelli war dabei, als im Februar etwa eine Million Italienerinnen auf Italiens Straßen mit Höschen auf dem Kopf und BH schwenkend „Basta!“ riefen. Sie sagt: „Wir waren zu spät, wir hätten uns früher wehren müssen!“

Weshalb das alles? Weshalb tun die Italiener sich das an, weshalb verharren sie in dem, was der Philosoph Paolo Flores d'Arcais eine „freiwillige Knechtschaft“ nennt?

Es gibt viele Gründe, zwei werden am häufigsten genannt.

Nicht wenige Italiener profitieren von dem Klientelismus ihres Premiers. Kaum sonst in Europa gibt es mehr Selbständige. 27 Prozent der Italiener leben auf eigene Rechnung, ihnen gefällt ein Anti-Politiker, der sich selbst durchwurschtelt, der seine – und ihre – Privilegien schützt, es mit den Gesetzen nicht ernst nimmt und alles dafür tut, ungestraft zu bleiben. Diese Mikro-Berlusconi lassen sich mit Schutzbestimmungen und Zugangsbeschränkungen für ihr Gewerbe, mit Steuerbefreiungen und Amnestien bei Laune halten. Sie werden Berlusconi oder seine Partei weiter wählen, genauso wie Hausfrauen und Pensionäre, die den Tag vorm Fernseher verbringen.

Die größte Stärke Berlusconi jedoch ist die Schwäche seiner Gegner, die „einäugige Dummheit der Oppositionsführer“, wie Flores d'Arcais es formuliert. Es gibt bei der Linken derzeit keine Figur, die ihm ernsthaft gefährlich werden kann.

Trotz des gewonnenen Referendums im Juni, das Berlusconi Pläne zum Bau neuer Atomkraftwerke zum Scheitern brachte, trotz der gewonnenen Kommunalwahlen in Neapel und Mailand, erweist sich Italiens Linke als unfähig, das Land von seinem Regierungschef zu befreien.

Seit Berlusconi in Italien den Ton angibt, also seit 1994, waren Mitte-links-Bündnisse viermal kurzfristig an der Macht. Sie hätten die Gelegenheit gehabt, die Macht des Cavaliere zu beschneiden. Sie hätten ein Gesetz über Interessenkonflikte erlassen können, wie es in den klas-

sischen Demokratien üblich ist. Aber sie taten es nicht. In den USA, in Frankreich und Deutschland zieht sich ein zum Regierungschef gewählter Unternehmer aus seiner Firma zurück. Warum nicht in Italien?

Die Ideenarmut der Opposition ist einer der Trümpfe Berlusconi. Viele Oppositionspolitiker sind ehemalige Kommunisten, aufgewachsen im Lagerdenken und Meister des politischen Taktierens.

Als der Prodi-Nachfolger Massimo d'Alema 1998 die Regierung übernahm,



Jahrestreffen der Lega Nord im Juni: Traum von Padanien

hätte er nur abwarten müssen. Berlusconi war damals wirtschaftlich in großen Nöten, hatte die Staatsanwälte auf den Fersen und war als Führer der Rechten umstritten. Doch der neue Ministerpräsident wollte mit ihm zusammen eine Wahlreform durchbringen. Berlusconi erhielt weitere Kredite, wurde politisch wieder aufgewertet und bekam als Geschenk parteiübergreifende Gesetze, die ihm das Ge-

Die Linke verspielte ein ums andere Mal ihre Chancen.

fängnis ersparten. Wenig später gewann er wieder die Wahlen. So verspielte die Linke, ein ums andere Mal, ihre Chancen.

Viele Ökonomen geben aber auch den Italienern eine Mitschuld an der Krise. Ihre Löhne sind stärker gestiegen als in anderen Ländern. Die Lohnstückkosten wuchsen seit 2000 um 27 Prozentpunkte mehr als in Deutschland. Vor allem bei der Produktivität sieht es schlecht aus für Italien. In der Rangordnung der Wettbewerbsfähigkeit der Staaten schafft das Land gerade einmal Platz 48 – abgeschlagen hinter Polen, Spanien und selbst Portugal. Was das ganz konkret heißt, er-

klärte Fiat-Chef Sergio Marchionne seinen Landsleuten kürzlich in einer populären Fernsehshow.

Von den etwa zwei Milliarden, die Fiat 2010 im operativen Geschäft einnahm, so der Automanager, komme „nicht ein Euro“ aus den sechs italienischen Werken.

Geld verdiene das Unternehmen ausschließlich im Ausland. Der Grund dafür sei einfach: Jeder von den Beschäftigten, die in Polen Fiat-Modelle bauen, schafft statistisch 100 Autos im Jahr, in Brasilien

sind es je 77, die italienischen Kollegen kommen nur knapp auf 30 Stück. Seit zehn Jahren verliere Italien an Boden, halte nicht Schritt mit den Nachbarn, sagte Marchionne. Darum gebe es auch „keinen Ausländer, der hier noch investiert“.

Italiens Notenbankchef Draghi, schon halb auf dem Weg nach Frankfurt am Main, hielt seiner Heimat zum Ausstand eine Standpauke: Er forderte tiefgreifende Reformen und machte Berlusconi Regierung für Stagnation und Stillstand verantwortlich. Ohne Wachstum bestehe „keine realistische Aussicht auf den Abbau des Schuldenberges“.

Vor allem junge Italiener haben es längst aufgegeben, auf eine bessere Politik zu hoffen. Sie bewerben sich um Stipendien im Ausland, wandern aus, egal, wohin.

An dem Tag, an dem Italien seiner Einheit mit Feuerwerk und staatstragenden Reden gedenkt, sitzt Ruth Stirati, eine gebürtige Römerin mit drei Kindern, in einem Schöneberger Studentencafé und verschickt am Laptop Fragen an ihre Kunden.

Stirati, 38, ist Gründerin einer ganz besonderen Umzugsagentur, sie hilft Italienern bei der Wohnungssuche in Deutschland, sie ist die Fluchthelferin ihrer frustrierten Landsleute beim Streben nach Anerkennung und Zukunft. Und die Berliner Diaspora der Exil-Italiener wächst rasant. 15 000 Landsleute von Stirati sind in der deutschen Hauptstadt gemeldet, manche gehen sogar von der doppelten Zahl aus.

Die Antworten auf ihre Fragen treffen schnell auf dem Rechner ein. „Es war eine Zwangsumsiedlung“, schreibt ein Architekt. „Ich habe Italien verlassen, weil es den Anschluss ans 21. Jahrhundert verpasst hat.“ Er klagt über Vetternwirtschaft, den hoffnungslosen Arbeitsmarkt und diesen lähmenden Fatalismus, der besagt, so sei das nun mal in Italien, „che vuoi fare“, was will man machen?

Die Flüchtlinge wollen Karriere machen, bezahlt werden für das, was sie leis-



Komiker Benigni: Lehrstunde in Politik und Bürgersinn

ten. „Ich will nicht länger prekär arbeiten“, schreibt eine Ärztin, „um dann von jemandem überholt zu werden, der längere Beine hat oder Verwandte in der Politik.“ Ein Informatiker schreibt: „Ich kann es mir nicht leisten, die Hälfte des Tages in Amtsstuben oder in Staus zu sitzen.“ Sein Sohn solle nicht vor dem Fernseher aufwachsen, schreibt ein Universitätsdozent, wo er „Stripperinnen sieht, die es bis ins Parlament schaffen“.

Die Flucht der gut Ausgebildeten ist ein neues, ein gewaltiges Problem, 40 000 Studenten verlassen jährlich ihr Land. Vor 50 Jahren kamen Südtaliner mit Pappkoffern und halfen den Deutschen bei ihrem Wirtschaftswunder, heute kommen sie, um zu beweisen, dass sie besser sind als der Ruf ihres Landes.

Das also ist die Bilanz des Silvio Berlusconi: Für sein Land hat er wenig getan. Aber er beherrscht die Köpfe. Er hat eine kulturelle Konterrevolution begonnen, von der sich die Politik noch lange nicht erholen wird.

All dies könnte den Nachbarländern egal sein. Wenn Berlusconi nur eine weitere Blüte der „Italianità“ wäre, so grotesk wie harmlos, und jedenfalls für einige Sommerwochen oder die 90 Minuten eines Spielfilms auszuhalten.

Doch nicht wenige Beobachter sehen diese Haltung als gefährlich an.

„Der Berlusconiismus“, schreibt Flores d’Arcais, „ist das postmoderne Gegenstück zum Faschismus, gegründet auf die Legalisierung des Privilegs und die Herrschaft des Bildes.“ Er verkörpere die Rechte der Zukunft. Mit Privilegien für die herrschenden Clans, eingeschüchterten Journalisten und einer ohnmächtigen Justiz. „Europa riskiert heute mehr denn je, von diesem Berlusconiismus angesteckt zu werden, dieser westlichen Form des Putinismus.“

Und was kommt nach Berlusconi? Angenommen, der 74-Jährige wird, was

„Europa riskiert mehr denn je, von diesem Berlusconiismus angesteckt zu werden.“

nicht unwahrscheinlich ist, demnächst gestürzt, oder aber er meint ernst, was er jüngst andeutete, und tritt bei den Parlamentswahlen 2013 gar nicht mehr an. Angenommen, er sagt: „Basta! Mir reicht’s!“, und zöge sich zu seinen Männerfreunden und -freuden zurück, als Patriarch Don Silvio. Was wäre dann?

Ohne das Gravitationszentrum Berlusconi würde auch im Parlament wieder die Zeit der Kaleidoskop-Koalitionen einkehren, der tagestaktischen Bündnisse mit immergleicherem Personal. Die Sepa-

ratisten der Lega Nord würden ohne Gegengewicht wohl noch mächtiger. Und im Hintergrund bliebe der Alte, wie ein Schatten über dem Land.

Die Opposition verlöre ihren Fixpunkt. Im schlimmsten Fall müsste sie sogar regieren. Aber sie hat es nicht geschafft, einen Politiker aufzubauen mit dem Charisma, der Ausdauer und der politischen Verführungskraft eines Berlusconi – und jener Lauterkeit und Ernsthaftigkeit, die dem Cavaliere so vollkommen abgehen.

Solange die Linke nicht versteht, was er den Italienern gegeben hat, welches verborgene Bedürfnis er befriedigt, brauche sie von einem Wechsel nicht zu träumen, schreibt Mark Lilla, Professor für Ideengeschichte an der New Yorker Columbia-Universität und Spezialist für jene Attraktivität von Autokraten, zu denen sich auch moderne Europäer noch hingezogen fühlen. „Die Linke muss eine postberlusconische politische Kraft werden.“ Ansonsten bliebe nur die brechtsche Variante: Löst das Volk auf und sucht euch ein anderes.

Siebzehn Jahre lang hat Berlusconi in Italien den Ton angegeben. Der Berlusconiismus war wie ein süßes Gift, erst Genuss, dann Laster. Es wird lange Jahre brauchen, ihn diesem wundersamen Land wieder abzugewöhnen.

Der Anfang allerdings ist schon gemacht. Es war am 17. Februar dieses Jahres, kurz vor Mitternacht, einem Donnerstag, als eine Art zivile Neugründung Italiens stattfand, fast unbemerkt von seinen Nachbarn. Es geschah auf der Bühne des Festivals von San Remo, dem Heiligherschein der italienischen TV-Unterhaltung. Roberto Benigni, der Komiker, beendet einen 56-minütigen hinreißenden Monolog über die Nationalhymne.

Es ist eine Lehrstunde in Politik und Bürgersinn gewesen, voll Witz und Spott, in rasendem Tempo und begleitet von seinen windradhaften Armbewegungen. Auf einem weißen Pferd, die Trikolore schwenkend, ist der Oscar-Preisträger in die Wohnzimmer der Nation geritten, er hat gelacht und gelästert und jedem Wort der Hymne nachgespürt. Und dann singt er sie. Ohne Orchester, plötzlich still und nachdenklich, so, als wolle er die unselige Gegenwart bannen: „Fratelli d’Italia“, Brüder Italiens.

Noch in der Nacht ruft Staatspräsident Napolitano bei Benigni an, um sich zu bedanken. 66 Prozent der Italiener haben diesen Moment miterlebt, und er muss sie in der Seele berührt haben. Immer noch erzählen sie davon. Es war ein historischer Moment, und er war sehr italienisch: Ein Komiker rettet die Politik, weil ein Politiker sich und sein Land zur Lachnummer gemacht hat.

FIONA EHLERS, HANS-JÜRGEN SCHLAMP,
ALEXANDER SMOLTCHYK

ENTHÜLLUNGEN

Bradley und Breanna

Washington sieht Bradley Manning, den angeblichen WikiLeaks-Informanten, als Verräter. Neue Chat-Protokolle zeigen: Der Soldat wollte Missstände aufdecken.

Wenn es nach seinem obersten Dienstherrn geht, dann steht das Urteil über den Soldaten Bradley Manning bereits fest. „Er hat das Gesetz gebrochen“, sagte Barack Obama im Frühjahr am Rande einer Spendengala in San Francisco. Ein Grüppchen Manning-Unterstützer hatte den Vortrag des Präsidenten vor betuchtem Publikum unterbrochen und „Free Bradley!“-Schilder hochgehalten. Dann stimmten sie ein Protestlied an, mit dem sie an das Schicksal des 23-jährigen Obergefreiten erinnerten, dem das US-Verteidigungsministerium vorwirft, die Quelle für die WikiLeaks-Veröffentlichungen des vergangenen Jahres gewesen zu sein.

Auch Obamas Außenministerin Hillary Clinton scheint eine klare Meinung zu Manning zu haben. Sie begreife nicht, wie ein Soldat mit psychologischen Problemen und einer „Drag Queen“ zum Freund die Vereinigten Staaten derart habe blamieren können, wird sie im US-Magazin „Vanity Fair“ zitiert.

Die Vorverurteilungen von höchster Stelle sind so ungewöhnlich wie bedenklich. Normalerweise gilt auch in den USA die Unschuldsvermutung. Aber normal ist an diesem Fall kaum etwas.

Seit 14 Monaten sitzt Manning in Untersuchungshaft, es gibt noch immer keinen Gerichtstermin, gewöhnlich werden Militärverfahren deutlich schneller abgeschlossen. Der gravierendste Vorwurf gegen Manning: Er habe durch die Weitergabe militärischer Geheimnisse wie der US-Kriegstagebücher aus Afghanistan und dem Irak sowie der diplomatischen Depeschen „den Feind unterstützt“. Darauf kann bei einem Schuldspruch die Todesstrafe stehen, zumindest aber eine jahrzehntelange Haftstrafe.

Während sich die Regierenden ihr Urteil offenbar längst gebildet haben, sind jetzt neue Protokolle von Computer-Chats des Soldaten öffentlich geworden, die ein neues Licht auf den angeblichen Informanten werfen: Manning setzt sich darin mit seiner Rolle als Homosexueller in der US-Armee auseinander – und gibt sich als differenziert denkender politischer Kopf zu erkennen. Sollten die Chats authentisch sein, widerlegen sie

eindrucksvoll das Bild des gewissenlosen Vaterlandsverraters, das sich viele Amerikaner bisher von Manning machen. Mit den moralischen Begründungen, die er für sein Handeln vorbringt, erfüllt Manning die Kerndefinition eines „Whistleblowers“, eines Informanten, der Missstände aufdecken will.

Schon in den bislang bekannten Passagen einer Computerunterhaltung mit dem Ex-Hacker Adrian Lamo hatte Manning seine Entscheidung, geheimes Material weiterzugeben, politisch begründet. Er wünsche sich Debatten über die teils „fast kriminelle“ Hinterzimmerpolitik der USA, schrieb er dort etwa über die Depeschen amerikanischer Diplomaten.

In einem jetzt öffentlich gewordenen Chat mit dem damals 19-jährigen Aktivisten Zach Antolak äußert sich der junge Soldat 2009 auch über das Gefangenenlager Guantanamo: Er halte die von Obama angestrebte Schließung für richtig, argumentiert er. Es gebe dort sicher gefähr-

Bradley Mannings Gesprächsprotokolle dürften allerdings nicht nur in seinem eigenen Militärverfahren eine Rolle spielen: Seit Monaten tagt in Virginia eine Grand Jury, offenbar um eine Anklage gegen den WikiLeaks-Gründer Julian Assange vorzubereiten. Den Fragen der Jury nach zu urteilen, gehe es darum, eine Verbindung zwischen Manning und Assange nachzuweisen, berichtet einer, der dort vorgeladen war.

In den Chats spricht Manning detailliert über seinen Kontakt zu WikiLeaks und dem „verrückten weißhaarigen Australier“, der ihm einmal sogar eine Position bei WikiLeaks angeboten habe. Auch beschreibt „bradass87“, wie er sich ein Jahr lang in US-Regierungs- und Militärnetzen umschaute – harte Beweise für eine Konspiration mit Assange finden sich allerdings nicht, eher im Gegenteil: Assange wisse „sehr wenig“ über ihn, schreibt der Soldat an Lamo, „er nimmt Quellenschutz überernst“. Assange habe



Manning-Unterstützer in Virginia: Vorverurteilung von höchster Stelle

liche Leute, andere aber seien erst durch die Lagerhaft gefährlich geworden.

Warum er als Homosexueller, freiheitsliebender Geist zur US-Armee gegangen sei, in der doch eher konservative, homophobe Provinzler den Ton angäben? Um sich das notwendige Geld für das College zu verdienen, schreibt Manning alias „bradass87“. Er überlege, ein Physikstudium zu beginnen und im Anschluss vielleicht zu promovieren – wenn er dafür „smart“ genug sei.

Andere Stellen scheinen die Vermutung zu bestätigen, dass Manning ernsthaft eine Geschlechtsumwandlung erwog. Im Netz, so schreibt er an Lamo, sei er bereits unter dem weiblichen Namen „Breanna“ unterwegs. Auch von „drei Zusammenbrüchen“ schreibt er, und von der quälenden Einsamkeit im Irak.

ihn geradezu aufgefordert, ihn zu belügen: „Er arbeitet nicht mit dir, wenn du zu viel über dich preisgibst.“

Pikant dürften für die Obama-Regierung zwei Passagen sein, in denen Manning seine politischen Sympathien erkennen lässt. Stolz erzählt er an einer Stelle vom Besuch bei einer Spendengala des demokratischen US-Politikers Gavin Newsom und schickt Lamo später dann sogar ein gemeinsames Foto mit dem Demokraten, samt Autogramm. Er habe, behauptet er an anderer Stelle, auch einen Kontakt im Weißen Haus. Sein Name: Shin Inouye.

Diesen Mann gibt es tatsächlich, und er kümmert sich um Gleichstellungsthemen – für Barack Obama, den Präsidenten und Bradley Mannings obersten Dienstherrn.

MARCEL ROSENBACH



Präsident Obama mit Repräsentantenhaus-Sprecher Boehner, Tea-Party-Vertreterin Bachmann, Parteifreunde: *Die Glaubwürdigkeit des politischen*

USA

Poker um Prinzipien

Im Konflikt um den Haushalt sehen viele Republikaner die Chance, Barack Obama als Präsidenten abzulösen. Doch würden sie dafür auch die Zukunft des Landes aufs Spiel setzen?

Jeden Tag ist es das gleiche Spiel. Die Fotografen kommen ins Weiße Haus, um das wichtigste Bild des Tages zu schießen: von US-Präsident Barack Obama und seinem Widersacher John Boehner, dem Sprecher des Repräsentantenhauses. Die beiden treffen sich derzeit täglich, um einen Ausweg aus der schwersten Schuldenkrise der amerikanischen Geschichte zu suchen. „Das gleiche Bild wie gestern“, rief Obama am Montag vergangener Woche den Fotografen zu, „heute nur mit Krawatte statt ohne.“

Noch immer stehen sich Demokraten und Republikaner unversöhnlich gegenüber, kein Kompromiss fand bisher die Zustimmung beider Seiten: Ob es um vier oder um zwei Billionen Dollar Einsparungen in den kommenden zehn Jahren ging, immer reichte den Republikanern die Höhe der Ausgabenkürzungen nicht.

Obama ist ihnen schon entscheidend entgegengekommen, nur ein Viertel der Schulden solle über zusätzliche Einnahmen gedeckt werden, schlug er vor, etwa

indem Steuerschlupflöcher für Besserdienende geschlossen werden, aber selbst das empfinden die Republikaner als Zumutung. Sie wollen lieber mit Schulden leben als dem Staat einen einzigen Dollar zu viel geben. In ihrem Furor gilt jeder Dollar, den der Staat einnimmt, als Verrat am Freiheitsgedanken des Landes, als Irrweg in den Sozialismus.

Wenn in den nächsten Tagen kein Kompromiss gefunden wird, sind die Vereinigten Staaten vom 3. August an partiell zahlungsunfähig. Mit Schulden von 14,3 Billionen Dollar hat der Staat die vom Kongress festgesetzte Schuldenobergrenze erreicht, und neues Geld kann sich die Regierung nur leihen, wenn der Kongress eine höhere Schuldengrenze beschließt. Wenn nicht, können nicht mehr alle Sozialleistungen ausgezahlt werden.

Aber das scheint viele Republikaner nicht weiter zu stören. Ideologie geht ihnen vor Sachargumenten, sie werden getrieben von den einfachen Parolen der populistischen Tea Party. Sie haben den

eigenen Staat zum Feind erklärt, zu einem Monster, das nicht weiter gefüttert werden darf, und spätestens seit sie im vergangenen Herbst mit einer Welle der Anti-Washington-Stimmung die Mehrheit im amerikanischen Repräsentantenhaus zurückerobert haben, wissen sie, dass man mit Wut auf den Staat gut Wahlen gewinnen kann. Das Pochen auf Prinzipien kommt bei ihren Wählern zurzeit offenbar besser an als vernünftiger Pragmatismus. Tea-Party-Vertreterinnen wie Michele Bachmann sind zu Wortführerinnen der Republikaner geworden.

In der Vergangenheit war es eine Routine, die Schuldengrenze anzuheben, aber diesmal nutzen die Republikaner die drohende Staatspleite, um einen Grundsatzstreit über die Rolle des Staates auszutragen. Sie haben die Schuldenkrise als Chance erkannt, von Obama eine Ausgabenkürzung nach der anderen zu verlangen. Fast jeder republikanische Abgeordnete hat das Anti-Steuer-Gelübde der Lobbyorganisation Americans for Tax Reform unterschrieben und sich damit verpflichtet, niemals für höhere Steuern zu stimmen, egal was passiert.

Amerika sucht nach der Finanzkrise nach einem Schuldigen für den Frust, für die hohe Arbeitslosigkeit, das drohende Ende des amerikanischen Traums. Es geht dabei auch um die Frage, ob sich das amerikanische Wirtschaftsmodell überlebt hat, der ungezügelter Kapitalismus, konkret aber auch die Deregulie-



Establishments ist erschüttert

rungspolitik Ronald Reagans, dem die Republikaner heute noch wie keinem anderen republikanischen Präsidenten huldigen. Hat die Finanzkrise auch sein Erbe in Frage gestellt?

Es ist eine Frage, die in republikanischen Kreisen zum Tabu erklärt wird, zu einer zutiefst unpatriotischen Frage. Niemand soll auf die Idee kommen, es gäbe eine Alternative zum amerikanischen Modell, man könne lernen, vielleicht sogar von Europa. Auch deshalb wird der Abwehrkampf mit aller Härte geführt. In konservativen Talkshows wurde aus gutem Grund lange nicht mehr so viel gegen Europa gehetzt. Europa mag mit Unverständnis auf Amerika blicken, aber Teile Amerikas blicken mit Unverständnis zurück. Beide Seiten sind sich fremder geworden.

Sichtlich erschrocken von der sich zuspitzenden Lage, überschütteten Finanzexperten, Banker und Ökonomen die Verhandlungsgegner im Laufe der Woche mit einem Crescendo an Warnungen. Ben Bernanke, Chef der amerikanischen Notenbank Federal Reserve, warnte vor „einem riesigen finanziellen Unheil“. Ein Zahlungsausfall könne eine Katastrophe auslösen, mit „ernsthaften Folgen für die Weltwirtschaft“, so Jamie Dimon, Chef der Großbank JPMorgan Chase. Und die Rating-Agentur Moody's drohte damit, die Kreditwürdigkeit der USA zu senken – selbst wenn die Schuldengrenze angehoben wird.

Bislang hatte sich vor allem die Wall Street mit kritischen Kommentaren zu den Verhandlungen in Washington zurückgehalten. Die Finanzelite des Landes hatte den Streit als politisches Schaulaufen abgetan: Schließlich sei eine Anhebung der einzig rationale Weg und werde von den Märkten verlangt. Doch mit der Gelassenheit scheint es nun zunehmend vorbei. Die Worte von JPMorgan-Chase-Chef Dimon jedenfalls waren ungewöhnlich deutlich: Ohne Lösung des Schuldenproblems werde es zu schwerwiegenden Turbulenzen an den Finanzmärkten kommen. „Es ist unverantwortlich, einen Zahlungsausfall der USA zu riskieren“, so Dimon.

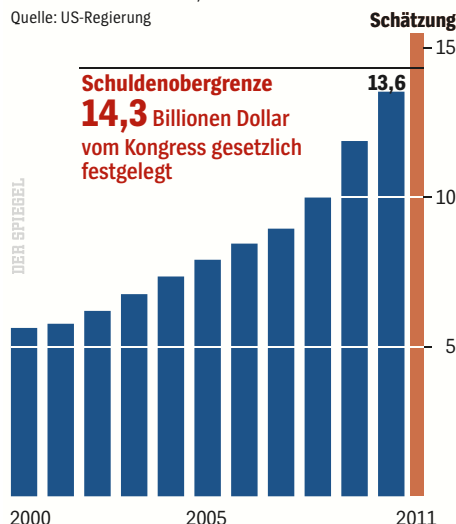
Gleichzeitig meldete sich auch Bill Gross zu Wort, der als Chef von Pimco, des größten Anleihehändlers der Welt, fast 1,3 Billionen Dollar verwaltet. In einem Beitrag in der „Washington Post“ warnte er: „Wenn ihr mit der Schuldengrenze spielt, werden euch die Währungs- und Anleihe-Großanleger dafür zahlen lassen.“

Bislang ist davon allerdings nichts zu spüren. Die Finanzmärkte zeigen sich weitgehend unbeeindruckt von der sich zuspitzenden Lage in Washington. Die Börsenkurse sind stabil, die Zinsen für US-Staatsanleihen niedrig. Und darin liegt vielleicht das größte Problem: Solange die Wirtschaft nicht wirklich anfängt zu zittern, solange die Märkte nicht tatsächlich nach unten ausschlagen, solange scheint die Politik schlimme Konsequenzen nicht ernsthaft zu fürchten. Selbst die Drohung der Rating-Agentur Moody's, den US-Staatsanleihen die seit 1917 unangetastete Bestnote Aaa zu entziehen, zeigt offenbar keine Wirkung. Moody's hatte angekündigt, die Kreditwürdigkeit der größten Volkswirtschaft der Welt zu senken, sollten die USA im August auch nur eine Schuldenrate nicht bezahlen.

Schritt über die Schmerzgrenze

US-Staatsschulden, in Billionen Dollar

Quelle: US-Regierung



Dabei war in Europa in den vergangenen Monaten genau zu beobachten, welche Konsequenzen eine solche Abstufung für bereits hochverschuldete Länder haben kann: Sie müssen höhere Zinsen zahlen, wenn sie sich am Markt neues Geld besorgen wollen, dadurch wird der Schuldenberg noch größer – und auch der Zwang zum Sparen: ein Teufelskreis.

Alle Warnungen ließen die Kontrahenten bisher unbeeindruckt. Vor allem die Republikaner haben kein großes Interesse daran, dass der Streit um den Haushalt schnell beigelegt wird.

Die hohen Staatsschulden dienen ihnen nicht nur als willkommenes Druckmittel, um größere Ausgabenkürzungen durchzusetzen, sie versprechen sich einen Trumpf im kommenden Präsidentschaftswahlkampf. Denn anders als die Demokraten haben die Republikaner bislang keinen überzeugenden Kandidaten. Die andauernde Wirtschafts- und Haushaltsmisere ist die einzige Hoffnung der Republikaner, dass Obama trotzdem zu schlagen sein könnte.

Viele jüngere republikanische Abgeordnete, die von der Tea Party unterstützt wurden, lehnen Steuererhöhungen nicht nur prinzipiell ab, sie halten auch die Warnungen für übertrieben, die gegenwärtige Verschuldungsdebatte könne Amerika nachhaltig schaden.

Doch beim Poker um Prinzipien ist der Wähler der große Unbekannte. Kann es sich eine Partei wirklich leisten, die Verhandlungen scheitern zu lassen – und dabei die Zukunft des Landes aufs Spiel zu setzen? „Wenn beide Parteien die Haushaltsprobleme nicht meistern“, warnt Obamas Kommunikationschef Dan Pfeiffer, „wird das den Zynismus der Leute gegenüber Washington weiter verstärken.“

Die Republikaner bauen inzwischen schon für den Fall vor, dass es keine Einigung im Haushaltsstreit gibt. Der Führer der Republikaner im US-Senat Mitch McConnell machte den Vorschlag, dass in diesem Fall Obama die alleinige politische Verantwortung für eine höhere Schuldengrenze übernehmen solle.

McConnells Notlösung sieht vor, dass Obama auch gegen den Willen der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus die Schuldengrenze schrittweise anheben könnte, der Opposition allerdings die Möglichkeit gegeben wird, ein abweichendes Votum zu Protokoll zu geben. Das Weiße Haus begrüßte den Vorschlag, bemühte sich aber weiter um eine Kompromisslösung, die möglichst die Haushaltsprobleme bis über den Wahltag hinaus regelt. „Je länger es dauert“, sagt Obama, „desto schwieriger wird ein Kompromiss.“ Die nächste Präsidentschaftswahl ist erst am 6. November 2012, aber der Wahlkampf hat schon jetzt begonnen.

MARC HUIJER, THOMAS SCHULZ

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Unsere Revolution ist einzigartig“

Der ägyptische Außenminister Mohammed al-Orabi über die jüngste Welle des Protests auf dem Tahrir-Platz, Kairo Verhältnis zu Jerusalem und seine Erwartungen an die deutsche Politik

Orabi, 60, der diese Woche zu Gesprächen mit der Bundesregierung in Berlin erwartet wird, zählte schon unter dem gestürzten Präsidenten Husni Mubarak zu den Spitzendiplomaten, diente als Gesandter an der Botschaft seines Landes in Israel und war von 2001 an für acht Jahre Botschafter in Deutschland.

SPIEGEL: Herr Außenminister, am vorvergangenen Freitag sind nach einer längeren Pause wieder Zehntausende Demonstranten auf den Tahrir-Platz geströmt. Der Protest galt der zu laschen Strafverfolgung brutaler Polizeioffiziere und korrupter Ex-Politiker. Haben Sie Verständnis für die wachsende Ungeduld vieler Ägypter?

Orabi: Ich verstehe sie sehr wohl und kann den Wunsch nach echtem Wandel, nach schneller Verbesserung der Verhältnisse gut nachempfinden. Die Menschen haben recht: Wir müssen uns noch mehr anstrengen, die Forderungen der Revolution zu erfüllen. Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung sind die Eckpfeiler dieses Landes. Jeden Monat verlieren wir eine Milliarde Dollar, weil wir Einbrüche beim Tourismus und bei den Investitionen haben.

SPIEGEL: Der Militärrat, der seit dem Sturz von Husni Mubarak das Land regiert, hat für die Demonstranten weniger Verständnis. In scharfen Worten hat er vor einer Fortsetzung der Massenproteste gewarnt.

Orabi: Der Militärrat regiert nicht, er garantiert die Stabilität Ägyptens. Und er hat nichts gegen friedlichen Protest. Aber dass die Demonstranten den Zugang zur Mugamma, dem größten Verwaltungszentrum des Landes, blockieren und damit die Funktionstüchtigkeit unseres Staates gefährden, das geht zu weit. Die eigentliche Botschaft der Generäle ist: Wir haben euch verstanden, aber bitte versteht auch ihr, dass in Kairo wieder der Alltag einkehren muss.

SPIEGEL: Die Demonstranten sagen: Ohne Druck geht gar nichts in diesem Land.

Die Militärführung ist nicht an einem wirklichen Wandel interessiert.

Orabi: Den Druck aufrechtzuerhalten ist das eine, unsere Wirtschaft auszubremsen und damit allen Ägyptern zu schaden ist das andere. Wohl jeder hier hat inzwischen verstanden, dass der Tahrir-Platz eine Macht ist, die nicht ignoriert werden kann. Wir sind eine Revolutionsregierung, auch wenn wir nicht jede der vielen Aufgaben sofort und zur Zufriedenheit aller erledigen können.



Chefdiplomat Orabi: „Die Haie werden wir noch fangen“

SPIEGEL: Viele fühlen sich an die hohlen Versprechungen von Mubarak erinnert, so vage, wie die Erklärungen von Premierminister Issam Scharaf klingen.

Orabi: Dieser Mann kommt vom Tahrir-Platz. Die Leute dort haben ihn gewollt.

SPIEGEL: Das Misstrauen der Demokratiebewegung ist verständlich: 17 Minister werden dem Umfeld Mubaraks zugeordnet.

Orabi: Deshalb nimmt Premier Scharaf auch eine Kabinettsumbildung vor, und deshalb scheiden etliche Minister aus ihrem Amt, obwohl sie in den vergangenen Monaten gute Arbeit geleistet haben und loyal waren gegenüber den Ägyptern.

SPIEGEL: Das sehen viele nicht so.

Orabi: Sie können doch niemandem einen Vorwurf machen, nur weil er in den 30

Jahren der Präsidentschaft von Mubarak im Staatsdienst war. Ich war zuletzt Vize-Außenminister. Aber ich habe nicht Mubarak gedient, sondern unserem Land.

SPIEGEL: Die Regierungsumbildung ist eine Folge des öffentlichen Drucks. Ist die Militärregierung wirklich an einem Wandel interessiert?

Orabi: Der Militärrat meint es sehr ernst, wenn er sagt: Wir verteidigen die Revolution, beschützen das Volk und werden unsere Macht an eine zivile Regierung

abgeben. Ich habe keinen Zweifel, dass die Militärs ihr Wort halten werden.

SPIEGEL: In der Türkei hat das Militär im vergangenen Jahrhundert auch eine revolutionäre Rolle gespielt und klammert sich bis heute an die Macht, unter dem Vorwand, die Zivilgesellschaft zu schützen.

Orabi: Bitte stellen Sie keine Vergleiche an. Unsere Revolution ist einzigartig. Die Armee wird in die Kasernen gehen, sobald wir eine demokratisch gewählte Regierung haben.

SPIEGEL: Wir respektieren Ihre Beteuerungen, aber die Tatsachen sprechen dagegen. Die Notstandsgesetze, die Mubaraks Regime erst möglich machten, sind noch immer nicht aufgehoben.

Orabi: Das ist eine Formalität. Wichtig ist, dass sie nicht mehr angewendet werden.

SPIEGEL: Früher riefen die Demonstranten: „Volk und Militär gehen Hand in Hand.“ Jetzt wollen die Ersten auch den Vorsitzenden des Militärrats, Feldmarschall Hussein Tantawi, hinter Gittern sehen.

Orabi: Jeder hier im Land will weitergehen auf dem Weg, den wir eingeschlagen haben, auch der Militärrat. Er ist und bleibt der Beschützer der Revolution und spielt damit eine ganz andere Rolle als die Generäle in Syrien oder Libyen.

SPIEGEL: Die Armee sieht sich als Wahrer von Recht und Ordnung, aber weder das eine noch das andere ist gewährleistet. Polizisten, die im dringenden Verdacht stehen, Demonstranten getötet zu haben, laufen frei herum, andere greifen weiterhin zu hart durch.

Das Gespräch führten die Redakteure Dieter Bednarz und Volkhard Windfuhr.



Demonstranten in Kairo am vorvergangenen Freitag, Anti-Mubarak-Plakat*: „Der Tahrir-Platz ist eine Macht“

MOHAMED HOSSAM / AFP

Orabi: Unser Polizeiapparat ist ein Schwachpunkt, den wir mit größter Dringlichkeit angehen. Wir müssen in diesem Bereich eine Menge Vertrauen zurückgewinnen. Doch trotz dieser Schwierigkeiten ist Ägypten weiterhin ein sicheres Land.

SPIEGEL: Aber auch ein gerechtes? Die Justiz lässt die großen Fische davonkommen, während ein junger Blogger, der sich Kritik am Militär erlaubt, für drei Jahre ins Gefängnis muss.

Orabi: Seien Sie gewiss: Die großen Fische, die Haie, werden wir noch fangen. Der Geschäftsmann Hussein Salim ...

SPIEGEL: ... einer der reichsten Ägypter mit engen Beziehungen zu Mubarak ...

Orabi: ... wurde über Interpol gesucht und in Spanien festgesetzt. Etlichen anderen droht das Gleiche. Die Ägypter werden sich nur mit hundertprozentiger Freiheit und Gerechtigkeit zufriedengeben.

SPIEGEL: Seit April hält sich Husni Mubarak in einem Krankenhaus in Scharm al-Scheich auf. Sehen Sie ihn tatsächlich vor Gericht?

Orabi: Ganz gewiss, obwohl ich nicht für unsere Justiz sprechen kann. Die Regierung hat keinen Einfluss auf die Ermittlungen, die sollen ja unabhängig sein.

SPIEGEL: Glauben Sie wirklich, dass jene Richter, die ihre Karriere dem Regime Mubarak verdanken, zu einem gerechten Urteil kommen?

Orabi: Wie viele von uns 85 Millionen Ägyptern haben in den vergangenen Jahrzehnten ihre Aufgaben gut erfüllt? Sobald die Staatsanwaltschaft genug Beweismaterial hat, wird es einen transparenten Prozess geben. Es ist schon etwas Besonderes, dass ein Land ein Verfahren gegen seinen Ex-Präsidenten anstrebt.

SPIEGEL: So wie sich das alles hinzieht, glauben Sie da noch an Wahlen zum Parlament und für das Präsidentenamt in diesem Jahr?

Orabi: Diesen Ablauf hatten wir vereinbart, aber die vielen neuen Parteien würden gern mehr Zeit gewinnen, um sich auf den Wahlkampf vorzubereiten. Der Wahlprozess beginnt im September. Eine Verspätung ist nicht das Ende der Welt. Ehe der Präsident gewählt wird, bestimmt das Parlament noch hundert Abgeordnete für eine verfassungsgebende Versammlung. Auch dabei kann es zu Verzögerungen kommen. Mehr als ein Jahr ist für den gesamten Ablauf aber nicht vorgesehen.

* Mit den Gesichtern des Ex-Präsidenten, seiner Frau Suzanne und der beiden Söhne Gamal und Alaa.

SPIEGEL: „Ich oder das Chaos“, lautete eine der Parolen Mubaraks, der mit der Gefahr des Islamismus sein Unterdrückungsregime rechtfertigte. Nun tritt bei den Wahlen ein starker islamistischer Block an, geführt von der Muslimbruderschaft. Droht Ägypten doch die schleichende Machtergreifung durch die Religiösen?

Orabi: Ich bin froh, dass die Muslimbruderschaft aus der Halblegalität hervortritt und sich nun im politischen Wettbewerb beweisen muss. Selbst wenn sie, was ich nicht glaube, bei den Wahlen die meisten Stimmen holen sollte: Auch damit könnten wir leben. Dann muss die Organisation in den nächsten vier Jahren zeigen, was sie will und was sie kann.

SPIEGEL: Ein Tribut an die Stimmung auf der Straße scheint Ägyptens neue Distanz gegenüber Israel zu sein. Wie sehr kann die Regierung in Jerusalem noch auf den Friedenspartner Ägypten zählen?

Orabi: Wir haben einen Vertrag, der uns bis jetzt den Frieden gesichert hat. Aber in Kairo wird die Politik nicht mehr von einem Einzelnen gemacht, jetzt bestimmen die Ägypter. Sie sagen uns, was sie wollen. Gerechtigkeit für die Palästinenser ist eine Herzensangelegenheit für jeden Araber. Wir werden uns nicht daran

beteiligen, das Leid der Palästinenser zu mehren. Ein Friedensvertrag ist kein Blankoscheck.

SPIEGEL: Das dürfte sich für israelische Politiker bedrohlich anhören.

Orabi: Ich sehe keinen Grund, unsere Beziehung zu Israel jetzt zu ändern. Aber wir werden die Regierung drängen, auf die neuen Verhältnisse stärker einzugehen. Neue Bedingungen verlangen nach einem neuen Verhalten.

SPIEGEL: Ihr Vorgänger Nabil al-Arabi, der zum Generalsekretär der Arabischen Liga gewählt wurde, hat nicht nur Israel, sondern auch Ihren Bündnispartner USA durch seinen Vorschlag irritiert, Ägyptens Beziehung mit Iran zu normalisieren. Wann werden Sie nach Teheran reisen?

Orabi: Wir wollen einen ernsthaften Dialog und fruchtbare Beziehungen eta-

Orabi: Wir sind die Repräsentanten der Revolution. Wir bemühen uns um eine wahrhafte Demokratie. Diese Ideen vertreten wir gegenüber jedem.

SPIEGEL: Auch gegenüber dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad?

Orabi: Wo wir können, weisen wir auf unsere Erfahrung hin: Und die besagt, dass es einen engen Zusammenhang gibt zwischen zügigen Reformen und Stabilität.

SPIEGEL: Wenn Sie Berlin besuchen, werden Sie in eine scharfe Debatte geraten: Soll die Bundesregierung den Verkauf von Panzern nach Saudi-Arabien erlauben, auch wenn sie zur Niederschlagung einer Demokratiebewegung eingesetzt werden könnten?

Orabi: Saudi-Arabien ist ein großes, weites Land in einer turbulenten Region. Es muss das Recht haben, seine Grenzen zu



Ägyptisch-israelischer Friedensschluss 1979*: „Kein Blankoscheck“

blieren, nicht mehr und nicht weniger. Die Einzelheiten kann eine neue Regierung erst nach der Parlamentswahl festlegen.

SPIEGEL: Dass Präsident Mahmud Achmadedschad vor zwei Jahren die iranische Demokratiebewegung brutal hat niederschlagen lassen, stört Sie nicht?

Orabi: Der „wind of change“ hat die gesamte Region erfasst. Alle Verantwortlichen sollten bereit sein für diesen Wandel. Das Volk übernimmt die Führung, die öffentliche Meinung schreibt jetzt die Verfassung, zumindest zeitweilig.

SPIEGEL: Wo stehen Sie im Falle Iran? Auf Seiten der Demonstranten oder auf Seiten der Führung?

verteidigen. Ich vertraue auf die Klugheit der saudischen Führung ...

SPIEGEL: ... die ihre Truppen und Panzer ins benachbarte Bahrain geschickt hat, um gegen Demonstranten vorzugehen.

Orabi: Der Einsatz diene, soweit ich weiß, der Sicherung von strategischen Einrichtungen, um die Bahrain gebeten hatte. Jedenfalls werde ich den Freunden im Bundestag raten, die Vereinbarung zwischen Berlin und Riad zu unterstützen.

SPIEGEL: Kommen Sie auch mit besonderen Wünschen nach Berlin?

Orabi: Deutschland ist ein sehr wichtiger Freund und Helfer, zu dem wir uns beste Beziehungen wünschen. Wir wollen kein Geld. Wir möchten Partner sein, wünschen uns enge Zusammenarbeit beim Aufbau des neuen Ägypten.

SPIEGEL: Herr Außenminister, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

JUSTIZ

Der Preis des Tötens

Amerika diskutiert über die Todesstrafe. Einer der Gründe: Hinrichtungen sind zu teuer.

Meterhoch türmen sich in seinem Büro die Akten, wie Grabsteine stehen die Stapel herum: Seit fast 30 Jahren kämpft Rick Halperin, 61, Direktor des „Menschenrechtsprogramms“ an der Southern Methodist University in Dallas, gegen die Todesstrafe. Nicht ein einziges Mal hat er sich durchgesetzt. Alle, für die er kämpfte, sind hingerichtet worden, und am Mittwoch wird es, aller Voraussicht nach, den Nächsten treffen – einen als Mörder verurteilten Mann, der offenbar deutsche Wurzeln hat.

Dallas liegt schließlich in Texas, wo mehr Menschen exekutiert werden als in jedem anderen US-Bundesstaat. Mit 232 Hinrichtungen in zehn Jahren Amtszeit brüstet sich Gouverneur Rick Perry, der Ende 2000 sein Amt von George W. Bush übernahm. Der hatte es in sechs Jahren auf 152 Hinrichtungen gebracht.

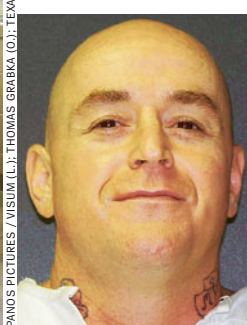
Warum also ist Rick Halperin guter Dinge? Warum hat er, in einem Anflug von Übermut, ein „Out of Order“-Schild an das Miniaturmodell eines elektrischen Stuhls gehängt, das neben seinem Schreibtisch steht? Vermutlich weil ihm das Schicksal einen Mann zugeführt hat, von dessen Geschichte er hofft, dass sie selbst Texaner ins Grübeln bringt: Rais Bhuiyan, 37, einen frommen, aus Bangladesch stammenden Muslim.

Am 21. September 2001, Bhuiyan ging auf einer Tankstelle in Dallas seiner Arbeit nach, kam ein Mann mit einer Schrotflinte auf ihn zu, fragte ihn, woher er komme, und schoss ihn nieder.

Der Täter, Mark Stroman, ein weißer Rassist, drogenabhängig und mehrfach vorbestraft, war in der Wahnvorstellung losmarschiert, seine Halbschwester sei zehn Tage zuvor beim Angriff auf das World Trade Center in New York ums Leben gekommen. Er wollte Araber erschießen. Getötet hatte er aber einen Pakistaner, einen Inder erschoss er später; Bhuiyan, das zweite Opfer, überlebte schwer verletzt.

Noch heute stecken Reste von 35 Schrotkugeln in seinem Kopf, und er ist auf dem rechten Auge blind. Doch sein Glaube, sagt Bhuiyan, lehre ihn Vergebung. Er will, dass die Todesstrafe für den Mann, der ihn ermorden wollte, in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt wird.

* Ägyptens Präsident Anwar al-Sadat, US-Präsident Jimmy Carter, Israels Premier Menachem Begin am 26. März in Washington.



PANOS PICTURES / VISUM (L.); THOMAS GRABKA (O.); TEXAS DEPARTMENT OF CRIMINAL JUSTICE (U.)

Injektionstisch*, Opfer Bhuiyan, Täter Stroman: 300 Millionen Dollar pro Exekution

Rais Bhuiyans Geschichte ist Halperins stärkstes Argument, um öffentlichen Druck zu machen. Juristisch baut er seine Hoffnung auf das im Strafgesetzbuch vorgesehene „Opferrecht“: Bhuiyan hat Klage eingereicht, um Stroman für ein Versöhnungsgespräch treffen zu können. Und schließlich setzen Halperin und Bhuiyan auch auf internationale Unterstützung. Anfang Juli reisten sie nach Berlin und trafen sich mit Tom Koenigs, der dem Menschenrechtsausschuss des Bundestags vorsitzt: Stromans Vater soll aus Niedersachsen stammen; die Fürsprache deutscher Politiker, so hoffen das Opfer und der Menschenrechtler, könne dem Täter helfen.

Auch nur einen Aufschub der Hinrichtung zu erreichen wäre ein Erfolg für die beiden Aktivisten. Wahrscheinlich ist das in Texas nicht – auch wenn hier ein Richter im November zum ersten Mal eine Debatte über die Verfassungsmäßigkeit der Todesstrafe zuließ.

Andere Bundesstaaten sind viel weiter. Illinois hat die Todesstrafe gerade abgeschafft, als 16. von 50 Bundesstaaten.

* In der Hinrichtungskammer des Angola-Gefängnisses im US-Bundesstaat Louisiana.

Auch in Florida wird über die Rechtmäßigkeit der Todesstrafe gestritten – weil, an der Geschwindigkeit gemessen, mit der die Urteile dort vollstreckt werden, der letzte der heutigen Todeskandidaten erst in 200 Jahren mit seiner Hinrichtung rechnen könnte. Und in Kalifornien sollen die Bürger bald über die endgültige Abschaffung der Todesstrafe abstimmen.

Die Zahl der Hinrichtungen in den Vereinigten Staaten sinkt. Selbst in Texas waren es 2010 nur noch 17. „Es ist Zeit, dass die Todesstrafe Geschichte wird“, schreibt der „Houston Chronicle“.

Amerikas Henker, die inzwischen fast ausschließlich mit letalen Injektionen töten, müssen sich zudem nach neuen Giftlieferanten umsehen: Ein US-Hersteller sprang bereits im Herbst ab, am 1. Juli stellte auch die dänische Firma Lundbeck klar, dass ihr Medikament Pentobarbital nicht mehr für Hinrichtungen in den USA verwendet werden darf. Schon seit längerem gibt es Nachschubprobleme, zahlreiche Exekutionen mussten bereits verschoben werden.

Finden sie dennoch statt, führen sie zu langwierigen Debatten, ja sogar zu diplomatischen Spannungen: Am 7. Juli wurde

ein Mexikaner hingerichtet, der eine 16-Jährige brutal vergewaltigt und dann erschlagen hatte. Niemand hatte ihn darüber aufgeklärt, dass er die mexikanische Regierung um Beistand hätte bitten können. US-Präsident Barack Obama drängte auf eine Überprüfung des Falls, die texanischen Behörden setzten sich darüber hinweg.

Früher wäre der Mann beerdigt und der Fall zu den Akten gelegt worden – nun aber berichten die Medien seit Wochen detailliert über die Umstände und die Folgen der Hinrichtung: „Viva Mexico!“, habe der Todeskandidat gerufen, bevor das Gift seine Wirkung tat. Kommentatoren fürchten, der Fall könne zu einer ersten Krise im Verhältnis zu Mexiko führen.

„Amerikaner werden immer dazu neigen, Gewalt mit Gewalt zu vergelten“, sagt Halperin. Das sei Teil ihres Rechtsverständnisses. „Aber allmählich fangen sie an auszurechnen, was sie das kostet: politisch, diplomatisch – am Ende aber auch finanziell.“

Eine, die sich mit genau dieser Frage beschäftigt, ist Jeanne Woodford. Die 57-Jährige mit dem strengen Kurzhaarschnitt hat jahrelang als Gefängniswärterin in San Quentin gearbeitet, sie hat auch Exekutionen überwacht. Inzwischen sitzt sie im Büro des Vereins Death Penalty Focus im Zentrum von San Francisco – und arbeitet daran, dass ihren Ex-Kollegen diese Aufgabe künftig erspart bleibt.

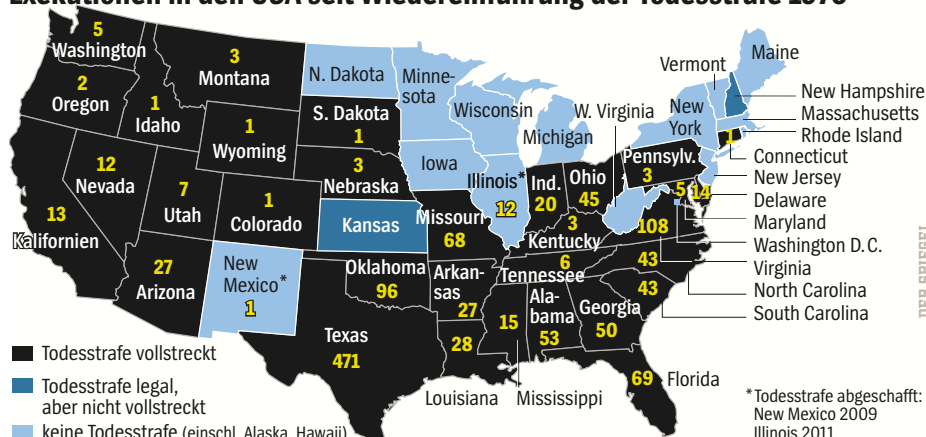
Schon während ihrer Dienstzeit waren Woodfords Zweifel gewachsen, ob das amerikanische Justizsystem fair sei. Seit sie sich als Aktivistin durch die Akten wühlt, stellt sie auch die Kosten des staatlichen Tötens in Frage. Sie rechnet vor: 13 Hinrichtungen gab es in Kalifornien seit 1978. Vier Milliarden Dollar kostete der Betrieb des Todesstrafen-Systems, weil die Recherchen so teuer, die Unterbringung der Häftlinge so aufwendig und die Berufungsverfahren so zahlreich sind. Mit mehr als 300 Millionen Dollar schlägt jede einzelne Exekution zu Buche – schwer zu rechtfertigen in einem Bundesstaat am Rande des Bankrotts.

Also hat Jeanne Woodford ein Gesetz zur Abschaffung der Todesstrafe angestoßen. Sollte sie Erfolg haben, wären auf einen Schlag mehr als ein Fünftel der 3200 Todeskandidaten in den USA nur mehr Lebenslängliche. Eine ehemalige Gefängniswärterin könnte so den Anfang vom Ende der Todesstrafe in Amerika einleiten.

So wenig die nüchterne Kalifornierin für die radikale Tea-Party-Bewegung übrig hat – in einem Punkt ist sie sich mit deren Anhängern einig: Amerika, mit mehr als 14 Billionen Dollar verschuldet, muss sparen. Selbst wenn es um Leben und Tod geht.

SIMON BOOK,
GREGOR PETER SCHMITZ

Exekutionen in den USA seit Wiedereinführung der Todesstrafe 1976



RUSSLAND

Die Schattenboxer

Präsident Medwedew scheint eine zweite Amtszeit anzustreben.

Er muss nur noch den wichtigsten Konkurrenten überzeugen:
Premier Putin, der seinerseits an eine Rückkehr in den Kreml denkt.

Stärker noch als in westlichen Hauptstädten erlahmt im heißen Sommer das politische Leben in Moskau. Präsident Dmitrij Medwedew und Premier Wladimir Putin brechen dann ans Schwarze Meer auf. Die hohen Kreml-Beamten und Ministerialen sonnen sich auf ihren Datschen an der Moskwa oder in Luxusresorts an der Côte d'Azur. Gemeinhin tun sie das in dem schönen Gefühl, nach den Ferien wieder an die Schalthebel der Macht zurückzukehren.

In diesem Jahr ist alles anders. Russlands Elite hat Angst – nicht um das Vaterland, sondern um sich selbst. „Alle leben im Gefühl, das Ende der Welt stehe bevor“, sagt Dmitrij Muratow, Chef der regierungskritischen „Nowaja gaseta“: „Karrieren und Existenzen stehen auf dem Spiel.“

Das Problem? Minister, Gouverneure und hohe Beamte können sich nicht entscheiden, auf wessen Seite sie sich schlagen sollen – auf die von Putin oder von Medwedew.

Im Dezember stehen Parlamentswahlen an, drei Monate später die zum Präsidenten. Medwedew hat zu erkennen gegeben, dass er gern im Kreml bliebe. Putins Absichten sind unklar. Geheimdienstkameraden und Weggefährten aus seiner Zeit als Vizebürgermeister in Sankt Petersburg jedenfalls fürchten um ihre Ämter und Pfründen. Sie drängen ihren Frontmann zur Rückkehr in den Kreml.

Nicht der offene politische Wettbewerb, sondern byzantinische, hinter den Kulissen ausgetragene Intrigen entscheiden in Russland über den Zarenthron. Wenig hat sich geändert, seit Winston Churchill die Machtkämpfe der Stalin-Zeit mit dem Ringen zweier Bulldoggen unter einem Teppich verglich: „Außenstehende hören nur das Knurren. Wenn die Knochen herausfliegen, ist klar, wer gewonnen hat.“

Mit wachsender Sorge verfolgen die Höflinge den Stellungskrieg zwischen Medwedews und Putins Apparaten. Da werden Minister, die gerade auf dem Weg zu Putins Regierungssitz sind, von Medwedews Leuten in den Kreml zurückbeordert, um dort den Präsidenten zu treffen. Da geißelt Putin am Morgen die Angriffe der Nato auf Libyen vor Arbeitern einer Atomraketenfabrik als einen „Aufruf zum Kreuzzug“. Am Nachmittag verurteilt Medwedew Putins Äußerungen

als „unzulässig“. Die Chefs der staatlichen Fernsehanstalten raufen sich die Haare: Wem sollen sie folgen? Welche Botschaft ans Volk verbreiten? Was senden, ohne etwas falsch zu machen?

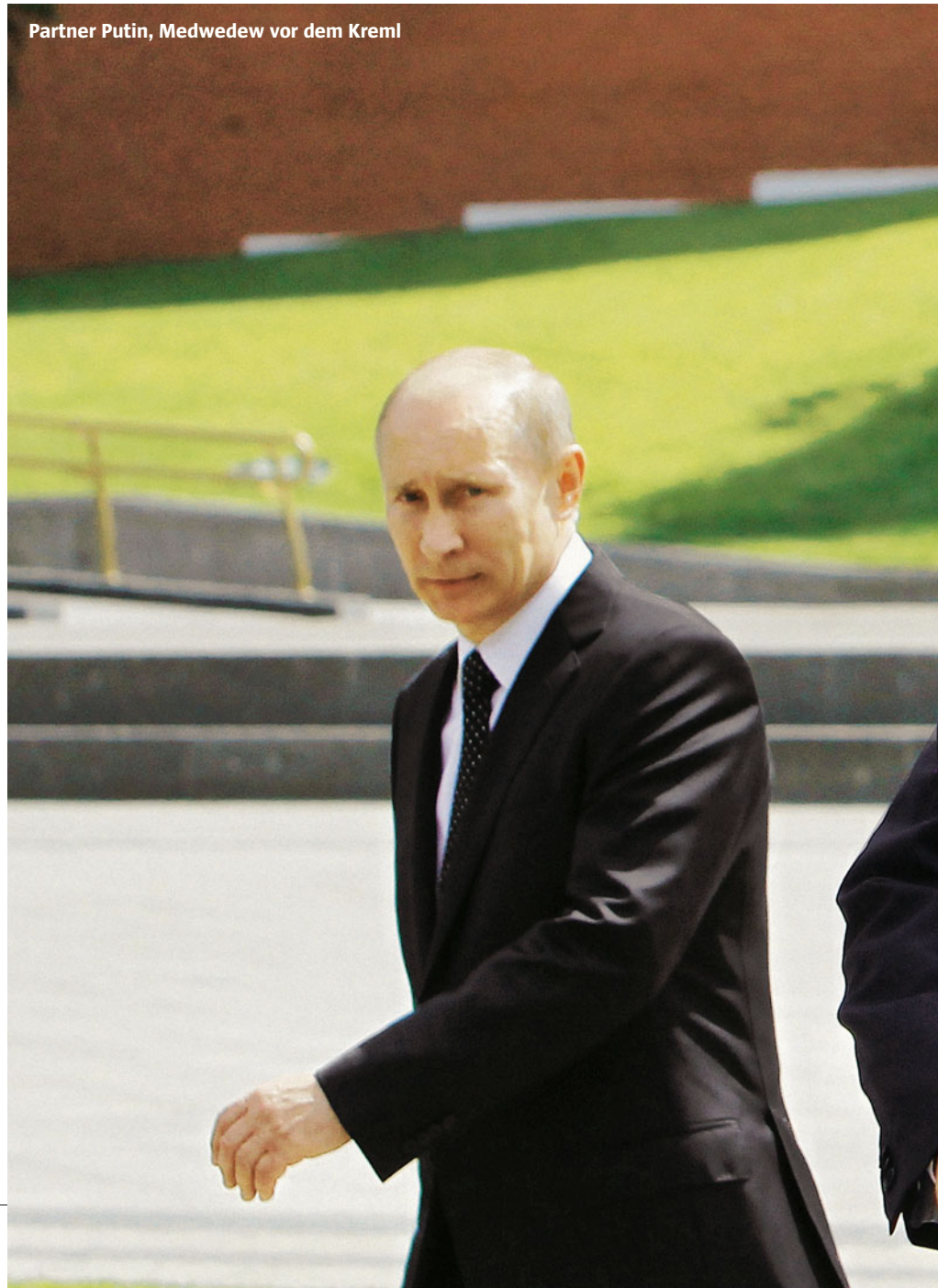
Ein Schattenboxen hat begonnen, bei dem die politische Klasse nur eines sicher weiß: Wer sich zu früh zu weit hervorwagt, hat viel zu verlieren.

Als der langjährige Kreml-Berater Gleb Pawlowski, ein Liberaler, Medwedew als idealen Kandidaten pries und den Gedanken an eine Rückkehr Putins in den Kreml „destruktiv“ nannte, musste er seinen Hut nehmen. Umgekehrt wurde ein prominenter Parlamentsabgeordneter, ein Putin-Mann, degradiert, weil er Medwedews Libyen-Politik kritisiert hatte.

Aber sind diese Entscheidungen wirklich Zeichen ernsthafter Meinungsunterschiede? Sind Medwedew und Putin Konkurrenten geworden – oder ein raffiniertes Team, welches das Publikum mit Ablenkungsmanövern hinzuhalten sucht?

Das Establishment weiß jedenfalls nicht, was es mehr fürchten soll: eine zweite Amtszeit Medwedews oder Putins Rückkehr. Der Präsident hat viele Spitzenbeamte feuern und Politiker aus Staatsunternehmen entfernen lassen, die

Partner Putin, Medwedew vor dem Kreml



dem Putin-Lager zugerechnet werden. Aber auch der Premier hat für die Zeit nach den Wahlen Säuberungen angekündigt. Es war eine Warnung an alle, die es an Loyalität ihm gegenüber fehlen lassen.

Auf wenig Begeisterung stößt allerdings auch die Fortsetzung des Tandems, allein die Vorstellung hält die autoritätshörigen Spitzenbeamten im Stress. Russland war nie ein Land der Doppelspitzen, es gibt keine Tradition der Gewaltenteilung. Die Zaren verstanden sich als von Gott gesandte Alleinherrscher. Wladislaw Surkow, der Chefideologe des Kreml, stellte Russlands starken Mann in genau diese Tradition, als er vorige Woche erklärte, Putin sei „von Gott geschickt“.

In Sowjetzeiten hat die neu angetretene Elite stets die alte ausgeschaltet, oft auch physisch: Unter Lenin wurde die Zarenfamilie ermordet, Stalin ließ Wider-

sacher liquidieren oder ins Arbeitslager verschleppen. Auch 20 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion beruht Russlands politische Kultur nicht auf Kompromiss, sondern auf Unterwerfung. Der Ölbaron Michail Chodorkowski, vor einem Jahrzehnt noch Russlands reichster Mann, sitzt heute in Lagerhaft. Dutzende Großunternehmer flüchteten vor einem Prozess wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Wirtschaftsverbrechen ins Ausland.

Der frühere Vizepremier Boris Nemzow, der in den neunziger Jahren als möglicher Nachfolger Boris Jelzins galt und nun zu den hartnäckigsten Kreml-Gegnern zählt, schart bei Demonstrationen mittlerweile kümmerliche 200 Anhänger um sich. Die Polizei sperrt ihn, wenn von oben so gewollt, einfach für zwei Wochen weg. Alle Versuche Nemzows, eine Partei zu registrieren, werden blockiert.

Im Westen könnte einer wie Nemzow gelassen eine Oppositionspartei anführen und darauf hoffen, in einigen Jahren wieder ein Regierungsamt zu bekleiden. In Russland hat ihn das System Putin marginalisiert – und sich ein Scheinparlament geschaffen, dessen Parteien am Tropf des Kreml hängen.

Als der Verein „Werkstatt Deutschland“ in Berlin beschloss, Wladimir Putin mit dem Quadriga-Preis auszuzeichnen, hat er diesen Charakterzug des russischen Ministerpräsidenten elegant verdrängt: Der ehemalige und mögliche neue Präsident hat sein Land immer weiter von westlichen Werten entfernt.

Medwedew tut sich leichter mit dem Westen und dessen Führern. Wenn er sich, wie diese Woche, mit Angela Merkel trifft, verlaufen ihre Unterhaltungen stets in angenehmer Atmosphäre; auch mit Barack Obama, den der Russe einen „Freund“ nennt, ist das so.

Nachdem Putin im Dezember 2007 nach Monaten antiwestlicher Hetze den vergleichsweise liberalen Medwedew als Nachfolger auf den Schild gehoben hatte, funktionierte das Tandem zunächst ganz gut. Es deckte „damals mehr als 80 Prozent der Wählerschaft ab“, wie der Politologe Fjodor Lukjanow urteilt. Putin spricht die konservative, national gesinnte, sich nach einem starken Führer sehende Mehrheit an, Medwedew, der stets lächelnde iPad-Präsident, den internetbegeisterten Teil der Jugend und den prowestlichen Flügel der Intelligenzija.

Inzwischen aber hat sich das Tandem in eine Falle manövriert. Weil Medwedew ständig von der Notwendigkeit tiefgreifender Reformen spricht und in seinen Grundsatzreden klingt, als wäre er in der Opposition, wächst die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den offen angeprangerten Zuständen im Land. Gerade die Leistungsträger der Gesellschaft empfinden die von Putin gepriesene Stabilität inzwischen als Stagnation.

Die Finanzkrise vor drei Jahren deckte die Schwächen der Wirtschaft auf: Die Abhängigkeit vom Öl nimmt zu, die Industrie veraltet, es wird zu wenig investiert. Russisches Kapital flüchtet wieder ins Ausland – in den ersten fünf Monaten dieses Jahres schnellte die Summe auf über 34 Milliarden Dollar. Und weil die Regierung sich die Zustimmung der Wähler mit Renten- und Lohnerhöhungen zu erkaufen versucht, wächst erstmals seit langem wieder das Haushaltsdefizit.

Der Moskauer Milliardär Alexander Lebedew warnte vorige Woche vor einem russischen Simbabwe: Putin habe das Zeug zu einem zweiten Robert Mugabe. Der habe sein Land mit anhaltender Rezession, einem Einparteiensystem und starken Fesseln für Geschäftsleute gelähmt.

Medwedew, der junge Präsident, der das alles zu sehen scheint, weckt hohe



DENIS SINYAKOV / REUTERS

Erwartungen, die er jedoch oft enttäuscht. 2010 schenkte er Umweltschützern Gehör und stoppte den Bau einer umstrittenen Autobahn durch einen Wald bei Moskau. Nun wird die Trasse doch gebaut. Er entließ mehr als 40 Generäle im korrupten Innenministerium, traute sich aber nicht, den Putin-treuen Minister zu kippen.

Medwedew ist aus der Rolle des reinen Grüßaugusts herausgewachsen. Der Präsident hat Gesetze durchgedrückt, die drangsalierten Privatunternehmen mehr Luft verschaffen, und in seinen drei Amtsjahren mehr Gouverneure ausgewechselt als Putin in acht Jahren.

Medwedew steigert seine Popularität unter Autofahrern, indem er den TÜV abschaffen will, und unter Schulabgängern mit Hochschulreife, denen er einen Platz an der Universität verspricht – ohne dass sie vorher zum Militär müssen.

Und doch hat er keine Revolution gegen Putin angestoßen, er ist zu schwach und zu zaudernd, um aus eigener Kraft Präsident zu bleiben. Damit ihm das gelingt, muss er diesen einen Mann überzeugen: Putin. Ein paar Argumente hat er: Medwedew ist im Westen angesehen, Putin dagegen weiß, dass ihm das Etikett eines autoritären, die Bürgerrechte mit Füßen tretenden Führers anhängt.

Auch spricht die rapide sinkende Popularität der Putin-Partei „Einiges Russland“ für Medwedew. Nach den Duma-Wahlen 2007 noch mit einer Zweidrittelmehrheit ausgestattet, stürzte sie bei den Regionalwahlen im März auf weniger als 50 Prozent. Selbst Putin scheint die Aussichten seines Wahlvereins so skeptisch einzuschätzen, dass er jetzt eine „Volksfront“ ausgerufen hat, ein loses, auf ihn zugeschnittenes Bündnis von Betrieben und Vereinen, zu denen neben den Russischen Eisenbahnen der Moskauer Komponistenverband und bald wohl auch das „Allrussische Blondinen-Forum“ zählen.

Sollte Putin in den Kreml zurückkehren, wird er nicht nur dem westlichen Ausland, sondern auch dem eigenen Volk erklären müssen, warum Medwedew nicht länger Präsident sein soll – obwohl er keine gravierenden Fehler gemacht und Russland ganz passabel durch die Jahre der Wirtschaftskrise gesteuert hat.

Holte Putin sich die Präsidentschaft zurück, sähe es so aus, als hätte er Medwedew von Anfang an nur als Platzhalter in den Kreml geschoben, weil die Verfassung keine dritte Amtszeit zuließ.

In den Moskauer Korridoren der Macht suchen die ratlosen Beamten Trost in sarkastischen Witzen. Die Annäherung an den Westen schreite mächtig voran, erzählen sie. Das Ausmaß von Demokratie und Meinungsfreiheit in Russland habe sich verdoppelt. „Nicht nur Putin darf jetzt frei seine Meinung äußern“, sagen sie: „Das darf jetzt auch Medwedew.“

MATTHIAS SCHEPP



Uno-Flüchtlingslager Dadaab: „Epizentrum der Erderwärmung“

AFRIKA

Programmierte Katastrophe

Nach Beginn der schlimmsten Dürre seit Jahrzehnten hungern Millionen im Osten des Kontinents. Viele Menschen werden in den nächsten Wochen sterben – und die Welt ist machtlos.

Sie hatte lange gehofft, dass doch noch Regen fallen würde. Erst als auch das letzte Tier verendet war, gab Batulo Mahmud auf und machte sich mit ihrer Familie auf den Weg: Vier Tage und vier Nächte marschierten Batulo, ihr Mann und die fünf Kinder durch Somalias glühende Steppe Richtung Süden. Zu essen hatten sie nichts dabei, nur ein wenig Wasser.

Sie schleppten sich über die Grenze nach Kenia, und schließlich erreichten sie Dadaab, das größte Flüchtlingslager der Welt. Erschöpft kauern sie jetzt unter einer Zeltplane und warten darauf, dass die Helfer im Camp der Uno-Flüchtlingsorganisation UNHCR sie registrieren. „Wir hatten 100 Ziegen und 7 Kamele“, sagt Batulo. Jetzt haben sie nichts mehr. Ambia, die Dreijährige, schläft im groben Staub der Steppe, Fliegen krabbeln über ihre Lippen, die Eltern haben keine Kraft mehr, sie zu verscheuchen.

Batulo und ihrer Familie geht es vergleichsweise gut. Andere kommen nach wochenlangen Fußmärschen völlig ausgezehrt hier an, die Augen tief in den Höhlen, manche sehen aus, als hielte nur noch die Haut die Knochen zusammen. Und viele sterben auf dem Weg.

Vor 20 Jahren legte die Uno Dadaab für rund 90 000 somalische Flüchtlinge an,

inzwischen leben in improvisierten Zelten zwischen den Büschen der Savanne mehr als 380 000 Somalier. Und täglich kommen jetzt über 1000 dazu. Sie stehen in langen Schlangen für Wasser an, und sie begraben ihre Toten am Lagerrand unter hastig aufgeworfenen Erdhügeln. Es gibt viele neue Hügel in diesen Tagen.

Denn der Osten Afrikas glüht unter gnadenloser Sonne, die letzten beiden Regenzeiten brachten keinen Regen, es heißt, dies sei die schlimmste Dürre seit 1950. Und mit der Dürre kommt der Hunger. In Somalia, in Äthiopien, Kenia, in Dschibuti und Uganda leiden Menschen wie lange nicht mehr, zwölf Millionen Hungernde sollen es inzwischen bereits sein, schätzt die Uno, und das ist wohl erst der Anfang.

Es sieht vieles danach aus, als würde sich die Lage in den nächsten Wochen noch verschärfen, Daten der Uno und der Amerikaner deuten darauf hin. Noch stufen sie weite Regionen nur als Notfallgebiete ein, bald aber droht die höchste Warnstufe: „Hungersnot“. Der Uno-Hochkommissar für Flüchtlinge António Guterres sieht die „schlimmste humanitäre Katastrophe dieser Zeit“ heraufziehen.

Und diese Katastrophe läuft ab wie programmiert: Experten sehen das Unheil



SCOTT HORNBY / BULLS / NEWS INTERNATIONAL

Flüchtlinge in Dadaab: Ausgemergelt nach wochenlangen Fußmärschen

seit Monaten kommen, sie kennen die Ursachen. Sie wissen auch, dass all dies genauso wieder und wieder passieren wird. Wegen des Klimawandels bleibt der Regen immer öfter aus, die Bevölkerung in den Hungerländern aber hat sich in den letzten Jahrzehnten von rund 41 auf 167 Millionen gut vervierfacht. Zudem stecken die Hilfsorganisationen den größten Teil ihres Geldes in die Nothilfe, selten bleibt genug übrig, um Brunnen zu bauen, Dünger und Saatgut zu liefern oder den Bauern beizubringen, wie sie mehr aus ihrem Land herausholen könnten.

Somalia trifft es besonders, weil die islamistischen Schabab-Milizen in ihrem Kampf gegen die Regierung fast alle Hilfsorganisationen aus dem Land gejagt haben – und auch Hunderttausende Somalier, die jetzt als Flüchtlinge die Lage in den umliegenden Ländern verschlimmern.

„Die Menschen haben keine Wahl, sie fliehen sogar nach Mogadischu“, sagt Mari Honjo; die zierliche Japanerin leitet die Basis der Uno-Organisation Welternährungsprogramm (WFP) in Somalias Hauptstadt. Mogadischu ist die Hölle, seit Jahren liefern sich zwischen den Ruinen Schabab-Islamisten und Regierungssoldaten grausame Gefechte.

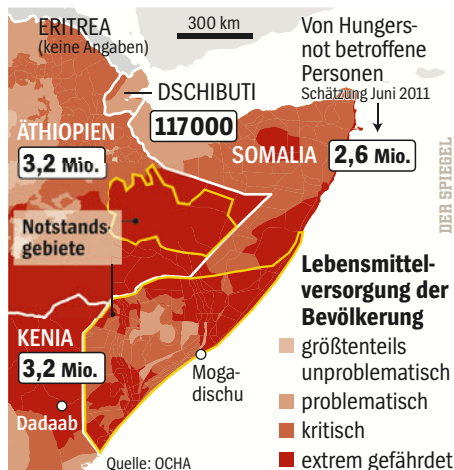
Honjos Leute sitzen am Flughafen, 19 Ausländer zwischen den Fronten, geschützt von Soldaten einer kleinen Friedenstruppe der Afrikanischen Union. Geschützt, so gut es geht. Immer wieder pfeifen Kugeln durch das Lager, immer wieder zucken die Helfer zusammen, wenn draußen Bomben explodieren.

Sie verlassen ihr Lager so gut wie nie: Die Islamisten der Schabab würden die Ausländer entführen, wenn sie könnten.

Und sie würden die Ungläubigen erschießen, wenn sie für eine Entführung nicht nahe genug herankämen. 145 Somalier gehen für die Uno-Leute nach draußen.

Das WFP hat es in den vergangenen Jahren trotzdem geschafft, den Hafen der Hauptstadt wieder halbwegs aufzubauen; Kriegsschiffe der EU-Mission „Atalanta“ geleiten Frachter mit Hilfsgütern durch die Jagdreviere der Piraten dorthin, das ist eine ihrer Hauptaufgaben. „Es ist eine Herausforderung, hier zu arbeiten“, sagt Honjo.

Bis zu 1,5 Millionen Menschen versuchen die WFP-Leute im Moment durchzufüttern, die meisten davon in Mogadischu selbst, denn nur dort kann die Artillerie der Afrikanischen Union den Helfern den Weg freischießen. Aus den Schabab-Regionen Somalias hingegen hat sich das WFP 2010 zurückgezogen – Lebensmittelfuhren verschwanden immer wieder, Mitarbeiter wurden ermordet oder entführt, die Islamisten nahmen den



Helfern Geld ab und scheuchten sie schließlich als „Agenten der Ungläubigen“ aus den Gebieten, die sie kontrollieren.

Erst jetzt, unter dem Druck der großen Dürre, haben Schabab-Kommandeure erklärt, Hilfsorganisationen seien nun doch wieder willkommen – „ich glaube, selbst die sind jetzt verzweifelt“, sagt Honjo. Aber sie traut der Ansage nicht: „Die Schabab-Milizen bestehen aus Fraktionen, nicht alle sind einer Meinung. Wir brauchen Garantien, wir müssen mal schauen.“

Ein ebenso großes Problem ist das, was im Jargon der Hilfsorganisationen „Donor Fatigue“ heißt, Spenden-Müdigkeit: Die Menschen in aller Welt sind es leid, ihr Geld nach Afrika zu schicken, wo sich offenbar nie etwas ändert. Schon im vergangenen Jahr hatte das WFP 500 Millionen Dollar von den reichen Ländern der Welt erbeten, um den Hunger am Horn von Afrika zu bekämpfen. Nicht einmal die Hälfte davon ging ein. Dabei warnten schon seit längerem auch Wissenschaftler des amerikanischen Famine Early Warning Systems Network, dass erst die Pflanzen, dann die Tiere und schließlich die Menschen sterben würden, sollte der Regen weiter ausbleiben.

Gerade ist die zweite Regenzeit zu Ende gegangen, in der kein Tropfen fiel. Die nächste beginnt im Herbst. Selbst wenn sie Regen bringen sollte, würde es Monate dauern, bis die Bauern Getreide auf die Märkte schaffen könnten und die Nomaden ihre Tiere. „Aus Modellrechnungen wissen wir, dass dieser Teil des Kontinents mehr von Extremereignissen betroffen ist als andere Regionen“, sagt die Klima-Analystin Daphne Wysham aus Washington. Sie nennt das Horn von Afrika ein „Epizentrum der Erderwärmung“. Es werde wohl auch in den kommenden Jahren extreme Dürrephasen geben.

Zudem sind weltweit die Preise für Lebensmittel in die Höhe geschossen, das trifft die Hilfsorganisationen, aber auch die Menschen selbst. Der Preis für rote Hirse etwa, Standardgetreide in Somalia, ist im vergangenen Jahr um 240 Prozent gestiegen. Das können viele nicht mehr bezahlen.

Natürlich müsse der Rest der Welt die Menschen nun retten, sagt der deutsche Entwicklungsexperte Willi Dühnen. Seit zehn Jahren beobachtet er für die Organisation Tierärzte ohne Grenzen von Nairobi aus den Niedergang Ostafrikas, vor allem die Tragödie der Nomaden mit ihren Viehherden.

„Die Bevölkerung ist erheblich gewachsen, die Produktion dramatisch gesunken, das Klima verändert sich, und viele Flächen, die für die Landwirtschaft genutzt werden, sind für die Nomaden verlorengegangen“, sagt er. Das Land könne seine Menschen einfach nicht mehr ernähren.

CLEMENS HÖGES, HORAND KNAUP



Fünf Sterne für Gaza

Global Village: Ein Katalane führt das erste Luxushotel in dem von der Hamas beherrschten Küstenstreifen.

Rafel Carpinell stand in der Küche und bereitete gerade ein Fisch-Carpaccio zu, als die israelischen Bomben um ihn herum einschlugen. 300 Meter entfernt, sagt er und zeigt nach Norden, wo am Horizont das Kraftwerk von Aschkelon dampft, er zeigt nach Süden, wo das Flüchtlingslager Schati beginnt, und nach Osten, wo sich die betongraue Häusermasse von Gaza-Stadt erstreckt. Nur im Westen fielen keine Bomben, da ist das Mittelmeer.

Carpinell aß sein Fisch-Carpaccio, dann ging er raus und nahm die Schäden auf. Zwei Monate ist das jetzt her, aber er hat das Tosen der israelischen Kampffjets immer noch in den Ohren. Carpinell, 44, ist ein gemütlicher Katalane, der gern bunte Krawatten mit goldener Nadel trägt. Er hat nicht viel Erfahrung mit Bomben, aber sehr viel mit Fischen. Er hat vorher ein Aquarium auf Mallorca geleitet. Jetzt ist er Chef des „Maschtal“, des einzigen Fünf-Sterne-Hotels von Gaza.

„Ich hatte mich eigentlich für eine Stelle in Barcelona beworben“, sagt er. „Aber im Bewerbungsgespräch fragten sie mich, ob ich mir auch einen anderen Einsatzort vorstellen könne.“ Carpinell wusste nicht allzu viel über Gaza, außer dass es da einmal einen Krieg gegeben hatte. Sein Job als Hotelier war es bis dahin gewesen, die schönen Seiten des Lebens zu verkaufen: weiche Matratzen, gutes Essen, lauwarmes Meerwasser. Erst sagte er nein, dann sagte er vielleicht, und schließlich reiste er im Januar nach Gaza, um sich das Hotel anzusehen. Er fand es nicht so schlimm, wie er erwartet hatte, und so blieb er. „Mein Motto ist: Wenn ich hier ein Hotel führen kann, dann kann ich es überall.“

Was ist am schlimmsten? „Sechs Monate ohne Serrano-Schinken und Wein, das ist hart.“ Alkohol und Schweinefleisch gibt es natürlich nicht im von den Islamisten regierten Gaza, und auch Frauen im Pool sind eher unerwünscht.

Dafür gibt es im Maschtal ein Dampfbad, einen italienischen Pizzaofen, eine Lobby aus israelischem Marmor und eine handgeschnittene Holzdecke aus Ägypten. Draußen wehen die Flaggen von Palästi-

na und Katalonien. Gebaut wurde das Hotel von einem Investor aus dem Westjordanland, betrieben wird es von einer spanischen Hotelkette. Weil der palästinensische Hotelverband keine Sterne verleiht, gilt der spanische Standard.

Nicht ganz ins Fünf-Sterne-Bild passen die Müllkippe am Strand, die Betonruinen, die eigentlich Chalets werden sollten, und die Esel, die mit ihren Karren auf der löchrigen Uferstraße vorbeitrahen, die eigentlich längst eine von Palmen umrahmte Flaniermeile sein sollte.

Aber vieles ist anders gekommen seit dem Baubeginn vor elf Jahren. Eigentlich

Hotel jetzt geöffnet. Andere mögen das Hotel als Symbol sehen – die Palästinenser als Hoffnungszeichen für ein besseres Leben, die Israelis als Beweis dafür, dass es in Gaza keine humanitäre Krise gibt.

Rafel Carpinell will ein Luxushotel betreiben. Ihm ist Perfektion wichtiger als Politik, auch wenn sein Hotel im Zentrum des Nahost-Konflikts steht. Er will, dass die Generatoren während der acht Stunden laufen, an denen täglich der Strom ausfällt. Er will, dass Rosenblätter am Jacuzzi liegen und das Frühstück um Punkt halb acht fertig ist. Auch wenn gar kein Gast da ist.

Das passiert häufiger. Die wieder geöffnete Grenze zu Ägypten darf nur sporadisch passiert werden. Außer Journalisten, Diplomaten und Mitarbeitern von Hilfsorganisationen wird so gut wie niemand nach Gaza hineingelassen. Und es gibt nur wenige Bewohner, die sich die Royal Suite für ihre Flitterwochen leisten. Seit das Hotel vor anderthalb Monaten seinen Betrieb aufnahm, hat Carpinell 51 Zimmer vermietet.

Das ist ziemlich genau die Zahl der Mitarbeiter im Maschtal. Tausende haben sich beworben, Studenten und Absolventen, Lehrer und Analphabeten, halb Gaza hoffte, einen Job zu kriegen. Die Arbeitslosigkeit liegt laut Uno bei 45 Prozent;

ein Bauarbeiter verdient am Tag acht Euro, Carpinell zahlt fast doppelt so viel. „Es war trotzdem nicht einfach, gute Fachkräfte zu finden“, sagt er. Viele hatten noch nie ein Hotel von innen gesehen, die meisten Gaza kein einziges Mal verlassen.

Rafel Carpinell musste ganz von vorn anfangen. Er zeigte den Kellnern, wie man Teller trägt und Servietten faltet, entwarf eine Speisekarte für das Restaurant „Barcelona“ und brachte dem palästinensischen Koch bei, wie man Fondue bourguignonne zubereitet.

Sechs Monate hat es gedauert, jetzt sind sie bereit, elf Jahre nach Baubeginn. Aber es gibt noch immer keinen Termin für die Eröffnungsfeier. Worauf sie warten? „Ich weiß es nicht“, sagt der Hotelmanager. „Aber wir überleben schon irgendwie.“ Wie Gaza.

JULIANE VON MITTELSTAEDT



Hotelfchef Carpinell: „Ohne Serrano und Wein, das ist hart“

war das Hotel für die Sommerfrische reicher Araber geplant. Heute klingt das wie Hohn, aber als die Fundamente gegossen wurden, da glaubte die Welt noch daran, dass der Oslo-Prozess bald Frieden bringen werde. Dann kam die Intifada, die Hamas gewann die Wahl, der Soldat Gilad Schalit wurde entführt, und Israel startete seine Blockade. Ende 2008 begann der Krieg, und wieder war es nicht die rechte Zeit, um ein Hotel zu eröffnen.

Mehr als fünf Jahre lang haben sie den Betonkoloss wie einen Komapatienten am Leben gehalten. Gärtner haben die Palmen gewässert, Ingenieure die Wasserhähne in jedem der 220 Zimmer regelmäßig auf- und zugekehrt, das Schwimmbecken gefüllt und wieder geleert. Sie haben gewartet auf den Tag, an dem die israelische Blockade enden würde. Dieser Tag ist bis heute nicht gekommen, trotzdem hat das



Deutsche Spielerinnen nach der Niederlage im WM-Viertelfinale gegen Japan

ANKE FLEIG / SVEN SIMON

FRAUENFUSSBALL

„Alles hängt vom Fernsehen ab“

Die frühere US-Nationalspielerin und Weltfußballerin Mia Hamm, 39, über die Errungenschaften der WM

SPIEGEL: Sie waren der erste globale Star des Frauenfußballs, haben 1991 und 1999 mit den USA die Weltmeisterschaft gewonnen. Nun waren Sie als WM-Botschafterin der Fifa in Deutschland. Was hat das Turnier dem Frauenfußball gebracht?

Hamm: Es werden sich jetzt noch mehr Mädchen auf der ganzen Welt trauen, Fußball zu spielen. Die Leute in den Stadien waren begeistert; und die Deutschen, die eine große Fußballtradition haben, den Sport schätzen, haben den Frauenfußball angenommen.

SPIEGEL: Auch in den USA haben sich mal viele Leute für den Frauenfußball begeistert. Das Finale 1999 gewann Ihr Team in Los Angeles vor 90.000 Zuschauern. Aber viel hat das dem Sport nicht gebracht.

Hamm: Das stimmt nicht. Damals wurden wir zum ersten Mal richtig wahrgenommen. Viele Mädchen träumten davon, auch mal bei so einer WM zu spielen. Ein paar von ihnen standen jetzt im Endspiel in Frankfurt auf dem Platz.

SPIEGEL: Aber die erste professionelle Frauenliga in den USA scheiterte, die neue Liga hat auch nur noch sechs Teams und Geldprobleme.

Hamm: In den USA müssen wir unseren Sport noch verkaufen. Nicht Frauenfußball, sondern Fußball überhaupt. Und wenn man sich nach so einer WM hinsetzt und wartet, dass plötzlich eine tolle Liga entsteht, dann geht es schief.

SPIEGEL: Was müssen Verbände tun, um den Schwung einer WM zu nutzen?

Hamm: Alles hängt vom Fernsehen ab. Die Vermarktung,

die Anerkennung. Profiteams in allen Sportarten finanzieren sich vor allem durch den Verkauf ihrer TV-Rechte. Mit dem Fernsehen kommen die Sponsoren.

SPIEGEL: Die WM sollte dem Frauenfußball zu einem neuen Image verhelfen: der Sport der schönen Frauen.

Hamm: Wir sind Frauen, wir wollen gut aussehen. 1999 hatten wir Brandi Chastain, die nach dem Finale ihr Trikot auszog. Jede von uns hat sich gezeigt, wie sie wollte. Ich hoffe, so war das diesmal auch, und niemand hat sich zu etwas gezwungen gefühlt.

SPIEGEL: Es gab im Frauenfußball nach Ihnen zwei Stars, Birgit Prinz und

Marta. Beide hatten keine gute WM. Fehlt dem Sport ein neuer Star?

Hamm: Ich liebe Louisa Necib, die Französin, sie ist so dynamisch. Und man sieht das Potential von Alexandra Popp. Jetzt, da Birgit Prinz ihre Karriere im Nationalteam beendet, gehört ihr der Platz da vorn. Keine Sorge, unser Sport ist in guten Händen.



IMAGO

„Wir sind Frauen, wir wollen gut aussehen.“

Mia Hamm

IRAN

WM-Reporterin im Gefängnis

Die iranische Schauspielerin, Filmemache-
rin und Reporterin Pegah Ahangarani, 27, die am vorvergangenen Sonntag in ihrer Wohnung verhaftet wurde und seither spurlos verschwunden war, ist im berüchtigten Teheraner Evin-Gefängnis inhaftiert. Dort hält das Regime politische Gegner fest. Ahangarani, die für die Deutsche Welle von der Frauenfußball-

Weltmeisterschaft berichten wollte, konnte Ende voriger Woche erstmals mit ihrer Mutter telefonieren. Gründe für ihre Inhaftierung seien ihr nicht genannt worden. Ahangarani gilt als Unterstützerin der Grünen Bewegung, die sich in Iran gegen Machthaber Ahmadinejad auflehnt. Ihr Schicksal ähnelt dem der iranischen Sportfotografin Maryam Majd, die von der früheren deutschen Nationalspielerin Petra Landers zur WM eingeladen worden war. Auch Majd war kurz vor Antritt ihrer Reise in Teheran verhaftet worden.



Ahangarani

AXEL SCHMIDT / DAPD

AUTORENNEN

Der schwarze Beckham

Kein Pilot hat die Formel 1 so schnell erobert wie Lewis Hamilton, Weltmeister von 2008. Nun aber inszeniert sich der Engländer, als sei er ein Popstar – und provoziert viele Landsleute.

Vater Beckham ernährte die Familie mit dem Einbau von Küchen, die Mutter verdiente als Friseurin ein paar Pfund dazu. Sie liebten den Fußball und gingen oft ins Stadion. Ihr Sohn David fiel mit ungewöhnlichem Talent am Ball auf. Schon als Jugendlicher wurde er Profi bei Manchester United, bald darauf englischer Meister, Nationalspieler, Europacup-Sieger. Er kam von ganz unten und gelangte bis nach oben.

Aber das war erst der Anfang.

Er heiratete Victoria, eine Popsängerin, überzog seinen Körper mit Tätowierungen, parfömierte sich und trug schicke Sonnenbrillen und ausgefallene Mode. Er entwarf eine eigene Kollektion und wird zu königlichen Hochzeiten eingeladen. Auf die Frage, ob David Beckham, 36, eigentlich noch Fußball spielt, wüssten wohl die wenigsten spontan die Antwort.

Vater Hamilton schaute sich gern mit seinem kleinen Sohn Lewis im Fernsehen Grand-Prix-Rennen an. Sie lebten in einer Sozialwohnung, Hamilton senior arbeitete bei der Bahn. Um für den Jungen ein Kart anschaffen zu können, nahm er nebenher noch andere Jobs an. Lewis siegte in allen Nachwuchsserien und stieg in die Formel 1 auf. Schon 2008, in seiner zweiten Saison, gewann er den Weltmeistertitel. Da war er erst 23 und schon ein Star seines Sports.

Ist das erst der Anfang?

Noch ein kurzer Blick auf das Spiegelbild in der Glastür, kurz die Sponsorenkappe zurechtgezupft, alles sitzt, T-Shirt, Hose, Lächeln. Dann nimmt Lewis Hamilton Platz, an einem Tisch im klinisch aufgeräumten Motorhome des McLaren-Teams. Alles an ihm strahlt Selbstgewissheit aus, der gerade Blick, die leicht zurückgelehnte Haltung, die locker gefalteten Hände. Fühlt er sich besser denn je? „Yeah“, sagt er, „ich bin glücklich.“

Seit diesem Jahr hat der Formel-1-Pilot einen neuen Manager, einen, der Menschen berühmt machen kann und berühmte Menschen zu Marken. Der Brite

Simon Fuller, 51, hat die Castingshow „Pop Idol“ erfunden, die in ähnlichen Versionen weltweit läuft, unter anderem als „Deutschland sucht den Superstar“. Fuller betreute früher die Spice Girls, bei denen Victoria Adams sang, die spätere Mrs. Beckham. Sie und ihr Mann sind heute das Vorzeigepaar für Fullers Geschäftsmodell der totalen Vermarktung. David Beckham hat mit dieser Methode die Grenzen einer Sportkarriere gesprengt.

Nun also Hamilton, der neue Klient, das nächste Projekt. Fuller sagt: „Er wird ein ganz Großer werden, davon bin ich überzeugt.“ Hamilton sagt: „Simon hat gute Referenzen. Ich wollte nicht den durchschnittlichen Rennsportmanager, sondern jemanden, der einen anderen Blick auf die Formel 1 hat, weil er dort nicht tief drinsteckt. Ich möchte meine Möglichkeiten für die Zukunft entwickeln, weil ich ab einem gewissen Zeitpunkt etwas anderes machen werde.“ Hat er schon Pläne? „Habe ich. Aber die behalte ich für mich.“

Das klingt danach, als nahe der Ausstieg aus dem Cockpit, aber das täuscht. Hamilton ist immer noch sehr jung, 26, er hat noch eine Zukunft in der Formel 1, sein Ehrgeiz ist ungebremsst. Es geht darum, schon als Pilot zum Popstar aufzusteigen. In letzter Konsequenz hat das bislang niemand versucht, es gibt im Motorsport nirgendwo einen Beckham. Rennfahrer werden eines Tages zu Ex-Rennfahrern, ihnen haftet weiter der Benzingeruch an. Manche bleiben dem Sport als Kommentatoren treu, andere tragen ihren vergilbenden Ruhm im Fahrerlager herum und fallen langsam aus der Zeit.

Hamilton ist schlagfertig, intelligent, außerdem sieht er attraktiv aus, trägt Ohrstecker und exakt gezeichnete Bartvariationen. Seine Freundin ist eine Schönheit. Die Amerikanerin Nicole Scherzinger, 33, geboren in Honolulu, sang und tanzte bei den Pussycat Dolls, jetzt strebt sie eine Solokarriere an. Als sie Ende Mai vor dem Grand Prix in Monte Carlo auf ei-



Glamourpaar Hamilton, Scherzinger, Formel-1-Rivalen



Webber, Hamilton (r.): „Yeah, ich bin glücklich“

nem Partyabend auftrat, widmete sie ein Lied ihrem Lewis, der vor ihr in der ersten Reihe war. Im weißen Anzug. Hamilton ist angekommen in der Glamourwelt.

Niemand hat sich so rasant in der Formel 1 durchgesetzt wie er. Als erster schwarzer Pilot eroberte er diese Domäne der Weißen, ähnlich wie Tiger Woods den Golfsport. Bereits in seiner Debütsaison, 2007, hätte Hamilton im McLaren-Mercedes fast den WM-Titel geholt. „Seitdem habe ich jedes Jahr mindestens ein Rennen gewonnen – jedes Jahr“, sagt er. „Gibt es sonst noch einen Fahrer, dem das gelungen ist?“

Seine Ziele verfolgt er rigoros, so ist er erzogen worden, so hat er sich durchgesetzt.

Anthony Hamilton, 51, hat sein eigenes Leben lange dem seines Sohnes verschrieben. Als Lewis seine ersten Erfolge im Kartsport feierte und von der Formel 1 zu träumen begann, schlossen die beiden einen Pakt: Der Vater widmete Zeit und Geld dem Fortkommen des Sohnes; der sollte sich im Gegenzug auf seine Ambitionen als Rennfahrer konzentrieren, ohne die Schule abzubrechen. „Mein Job war es stets, dafür zu sorgen, dass er keine Last hatte, keine Bedenken, keine Zweifel“, sagt Anthony Hamilton.

Er ist ein freundlicher, aber ernster Mann, klein, kräftig, fit. Die Geschichte der Hamiltons ist die von tüchtigen Aufsteigern. Anthonys Eltern waren einst aus dem karibischen Grenada nach England eingewandert, er selbst arbeitete in verschiedenen Jobs, dann gründete er eine Firma, die Service für Computer anbietet. 60 Angestellte, 500 Kunden, so erzählt er, dann habe er die Mehrheit daran verkauft. „Bevor Lewis in die Formel 1 kam, hatte ich mein eigenes Geld gemacht.“ Es scheint, als sei er geradezu beseelt davon, wie erfolgreich sein Leben verlaufen ist.

„Den Schlüssel dazu, ein großer Rennfahrer zu werden, vergleiche ich mit dem eines guten Hirnchirurgen“, sagt er. „Viele wären klug genug dafür. Aber es kommt drauf an, wie sehr man es werden will. Möchte man über sich sagen können, ich bin Hirnchirurg, weil es toll klingt? Dann wird man nicht hart genug daran arbeiten. Erst wenn du der beste Hirnchirurg der Welt werden willst, studierst du jeden Tag mit der nötigen Hingabe.“

An Wochenenden fuhr Anthony Hamilton mit Lewis zu den Kartrennen. Als Lewis mit 13 von McLaren-Mercedes in ein Förderprogramm aufgenommen wurde, unterzeichnete Anthony Hamilton den Vertrag. Er wuchs in die Rolle des Managers hinein. Der Vater-Sohn-Pakt festigte sich. Und hielt.

Heute hält er nicht mehr. Anthony Hamilton ist nicht mehr der Manager seines Sohnes und betreut inzwischen andere junge Rennfahrer. Er hätte aufhören sollen, sagt er, als Lewis die Weltmeister-

X 17 / ACTION PRESS (O.); HOCH ZWEI / PICTURE ALLIANCE / DPA (U.)

schaft gewonnen hatte und damit das gemeinsame Ziel erreicht war. Doch bei den Testfahrten im Frühjahr 2009 erwies sich der neue McLaren als zu langsam. „Als Manager war mein Job erledigt, als Vater konnte ich nicht gehen und sagen: All deine Probleme sind jetzt nur noch deine eigenen Probleme. Ich wollte auch da sein, wenn es schlecht läuft. Das war ein Fehler. Ich hätte früher loslassen sollen.“

Es kam vieles zusammen. Die beiden fanden keinen Modus, um die Krise zu bewältigen – sie hatten ja vorher nie solch eine Krise erlebt. Ratschläge klangen für den Sohn plötzlich wie Bevormundungen,

Leitplanken, dann schob er einen Williams ins Aus. In Kanada, beim nächsten WM-Lauf, rutschte er nach dem Start dem Red Bull von Mark Webber in die Seite. Später krachte er seinem McLaren-Kollegen Jenson Button so unvermittelt ins Auto, dass Button fassungslos in den Teamfunk schrie: „Was macht der da?!“

Einsicht? Schuld sind die anderen. Nach Zieldurchfahrt in Monaco schimpfte der Draufgänger in einem BBC-Interview über seine Unfallopfer: „Diese Fahrer sind so was von lächerlich.“ Auf die Nachfrage, warum er so oft bei den Rennkommissaren zum Rapport antreten müsse,

Formel 1 betrachtet und auf deren Insel immer noch die meisten Teamzentralen stehen. Hamilton wundert sich manchmal, worüber sich manche Menschen seitwegen den Kopf zerbrechen. Er gibt sich stets entschlossen: über nichts nachdenken, was ihn schwächen könnte, Neid ignorieren, positive Energien aufnehmen, Kurs halten auf dem Weg, „der beste Fahrer aller Zeiten zu werden“.

Vor einer Woche sprach er plötzlich von der Gefahr eines Burnouts, falls er so weitermache mit seinem Pensum. Er habe zu viele Termine im Kalender. Eine Eintagesreise nach Indien wurden auf sei-



Rennfahrer Hamilton mit Vater Anthony (l.), mit Manager Fuller (r.): „Trotziges Kind, das unsouverän mit Niederlagen umgeht“

Lewis rebellierte, es setzte ihm zu, dass ihm der in der Vorsaison erkämpfte Titel entglitt, weil der Wagen nicht an der Spitze mithielt. Gleichzeitig begann er, sich abzunabeln und eigenständige Vorstellungen von der Zukunft zu entwickeln. Als Jugendlicher hatte er die Pubertät ignoriert und alles danach ausgerichtet, was nützlich und was hinderlich ist, um voranzukommen. Er blieb dankbar für all das, was der Vater für ihn getan hatte, aber Ratschläge holte er sich von nun an lieber bei anderen.

„Es war ein langer Prozess zwischen uns“, sagt Lewis Hamilton jetzt. „Wir verbringen jetzt mehr produktive Zeit miteinander.“ Produktiv? „In dem Sinne, dass wir nicht mehr übers Geschäft reden. Sondern über Autos, Frauen, Essen, Reisen, Flugzeuge. Dinge, die Spaß machen.“

Lewis Hamilton hat sein Umfeld neu geordnet, Manager Simon Fuller eröffnet ihm neue Perspektiven. Sein ohnehin schon ausgeprägtes Selbstbewusstsein hat dadurch nochmals zugenommen – was ausgerechnet auf der Piste zuletzt nicht sonderlich gut ankam.

Beim Rennen in Monaco im Mai drängte Hamilton zuerst einen Ferrari in die

antwortete Hamilton: „Vielleicht, weil ich schwarz bin. Das ist, was Ali G sagt.“

Es sollte ein Witz sein. Ali G ist eine Kunstfigur des britischen Komikers Sacha Baron Cohen: ein Weißer, der sich so sehr für einen Gangsta-Rapper hält, dass er überzeugt ist, er sei schwarz. Man muss Hamiltons Scherz nicht lustig finden, aber es wäre absurd, ihm vorzuwerfen, er bezichtige die Kommissare des Rassismus. Doch das geschah. Erst ein Entschuldigungsbrief bewahrte Hamilton davor, für mehrere Rennen gesperrt zu werden.

Die Kritik an seinem aggressiven Fahrstil nimmt jedenfalls zu, die britische Presse, lange auf seiner Seite, wendet sich ab. Sie nennt ihn „übergeschnappt“, rät ihm, „werde endlich erwachsen“, und sieht in ihm ein „trotziges Kind, das unsouverän mit Niederlagen umgeht“. Zitiert wird Englands Rennlegende Stirling Moss, 81. Hamilton brauche wieder mehr Führung durch den Vater, sagte der Alte in der „Daily Mail“. Er selbst habe schließlich „auch mit 50 noch auf meinen Vater gehört. Genauer gesagt, bis zu seinem Tod“.

Britanniens Debatten um Lewis Hamilton gleichen therapeutischen Sitzungen einer Nation, die sich als Mutterland der

ne Bitte abgesagt. Vor dem deutschen Grand Prix am Sonntag auf dem Nürburgring bekommt er vom Team eine PR-Pause zugestanden, um sich zu erholen. Hamiltons Vertrag bei McLaren läuft noch bis Ende 2012, schon jetzt droht er: „Wenn ich ihn verlängern sollte, werden sie schockiert sein, wie viele Tage weniger ich da sein werde.“ Vor allem fordert er, die Zahl der Werbeauftritte für Sponsoren spürbar zu reduzieren.

Lange hatte Hamilton vieles klaglos mitgemacht. Er ließ sich auf Jetski setzen, um vor Kameras über die Themse zu brausen, er steuerte auf Oldtimerfestivals alte Rennwagen oder schlüpfte für Katalogaufnahmen in Anzüge.

Jetzt will er mehr Zeit für sich. Kürzlich lief Hamilton in Los Angeles bei einer Filmpremiere mit seiner Freundin Nicole Scherzinger über den roten Teppich, es ging um seine erste kleine Rolle im Kino. Persönlich ist er in dem Film nicht zu sehen, nur zu hören. In dem Animationsstreifen „Cars 2“ spricht er den Text eines dunklen Rennwagens namens Lewis.

Ein Auto, das so heißt und redet wie er. Hollywood fängt an, sich für ihn zu interessieren.

DETLEF HACKE



Radsportlehrer Kissner

„Nimm den Poppes aus'm Sattel, Kind!“

nährten bei vielen den Wunsch, sich abzusetzen. Und die Reisen waren Gelegenheiten. Kissner verschwand über den Aufzug aus dem Teamhotel am Dom.

Schon am Tag nach der Flucht brachte die Stasi seine Mutter nach Köln. Oft wurden die in der DDR gebliebenen Angehörigen von der Sportführung als Faustpfand eingesetzt. Die Mutter sollte Kissner zur Umkehr bewegen.

Doch dem Schulfreund gelang es, sie heimlich in ein Taxi zu setzen, das dann auf dem Weg zu Kissners Versteck den Stasi-Offizier abhängte; so konnte die Mutter den Sohn in einer Gaststätte allein sprechen. Sie riet ihm zu bleiben. Gegenüber der Stasi log sie, ihr Sohn sei nicht wiederzuerkennen, habe wohl unter Drogen gestanden. Die DDR stellte den Fall als Menschenraub dar.

Kissner war am Ziel, die erste Enttäu- schung ließ jedoch nicht lange auf sich warten. Der Kölner Freund und Helfer hatte die Fluchtgeschichte einem Boulevardblatt verkauft. „Er hat mich verschachert“, sagt Kissner. Er selbst bekam 500 Mark, der Kumpel jedoch soll eine fünf- stellige Summe kassiert haben. Die Freundschaft zerbrach daran.

Kissner sitzt am Zeitnehmertisch an der Kölner Rennbahn und spielt versonnen mit seinem Schlüssel. Auch seine DDR-Teamkollegen seien seine Freunde gewesen, sagt er. Noch Jahre plagten ihn Gewissensbisse, weil er sie um die Medaillenchance in Tokio gebracht hatte.

Selbst mit den neuen Kameraden gab es bald Ärger. 1968 in Mexiko startete Kissner im bundesdeutschen Olympiavierer, sie waren der Goldfavorit. Doch im Finale gegen die Dänen drückte er aus einem Reflex heraus einen Teamkollegen mit der Hand, nur leicht, aber regelwidrig. Ausgerechnet DDR-Funktionäre petzten die verbotene Berührung. Die auf der Bahn geschlagenen Dänen bekamen Gold.

Kissner fühlte sich schuldig, als „Kameradenschwein“. Er wurde dann Trainer und Lehrer.

249 gewonnene Radrennen, zwei Bandscheibenvorfälle „vom Krafttraining“, das ist die sportliche Bilanz. Doping, glaubt Kissner, habe es auf beiden Seiten gegeben. Was „UM“, unterstützende Mittel, im Osten waren, sei im Westen wohl „MV“ gewesen, die medizinische Versorgung. Genaues weiß er nicht. Damals in Kienbaum sei im Winter „heißer Sirup“ gereicht worden. Später habe ihm ein Leipziger Sportmediziner erklärt: Es sei Arsen gewesen – vielleicht um die Blutbildung zu stimulieren und angeblich auch, um die Leber abzu härten.

Jürgen Kissner zuckt mit den Schultern. „Daher“, sagt er, „kann ich heute gut saufen.“

JÖRG KRAMER

ZEITGESCHICHTE

Fahrstuhl in die Freiheit

Über 600 Athleten flüchteten aus der DDR. Den Radsportler Jürgen Kissner plagten im Westen Gewissensbisse, weil er sein Team verlassen hatte.

Weitertreten, Dampf machen“, befiehlt der kernige Mann mit den raspelkurzen grauen Haaren und: „Immer nur oben überholen.“ Jürgen Kissner steht mit der Stoppuhr auf der Kölner Radrennbahn und wird leidenschaftlicher mit jeder Runde. „Beiß“, ruft er der heranstrampelnden Studentin entgegen, „nimm den Poppes aus'm Sattel, Kind!“

Kissner, 68, hat einen Lehrauftrag der Deutschen Sporthochschule, zweimal die Woche als Tutorium, für 32,40 Euro die Stunde. Der Diplomsportlehrer führte hier vor rund 40 Jahren den Radsport als Lehrfach ein. „Jürgen“ nennen ihn die Studenten, die wenigsten kennen seine Geschichte. Kissner, je dreimal Meister der DDR und der Bundesrepublik, Olympiazweiter mit dem Bahnvierer 1968 in Mexiko, gehört zu der großen Zahl von DDR-Topathleten, die in den Westen flüchteten – erst Vorzeigebürger des sozialistischen Systems, dann als Verräter gebrandmarkt.

Dem Bahnradfahrer aus der Niederlausitz war das Sportstudium verwehrt worden, weil die Familie zum angeblich reaktionären Bürgertum zählte, der Vater war Arzt. Das motivierte ihn zur Republikflucht. Für eine Ausstellung des Zentrums deutsche Sportgeschichte zum 50. Jahrestag des Mauerbaus hat Kissner seine Geschichte noch einmal aufleben lassen.

„ZOV Sportverräter“ heißt diese Multimedia-Installation der Künstlerin Laura Soria, die am Donnerstag im Berliner Wil-

ly-Brandt-Haus eröffnet wird – benannt nach dem „Zentralen Operativen Vorgang“, in dem die Stasi Informationen über geflüchtete Athleten sammelte und Vergeltungsmaßnahmen plante.

615 Republikflüchtige aus dem Sport zählte die Stasi für den Zeitraum von 1950 bis August 1989, die Dunkelziffer war weit höher. 63 Sportler hat sie im ZOV „bearbeitet“, auch um mögliche Hintermänner zu finden. Den Verdacht, die Fluchten seien zentral gesteuert gewesen durch gezielte Abwerbung aus dem Westen, ließ die Stasi erst im Abschlussbericht im November 1989 offiziell fallen. Manche wie der Leichtathlet Jürgen May bedienten sich allerdings professioneller Fluchthelfer, andere wie der Turner Wolfgang Thüne wurden von Westkonkurrenten über die Grenze gebracht.

Der Radsportler Kissner flüchtete 1964 mit Hilfe und auf Betreiben eines Schulfreundes, der in Köln lebte. In der Stadt fand ein Ausscheidungsrennen für Olympia statt; ermittelt wurde, wer zur gesamtdeutschen Mannschaft in Tokio gehören sollte. Leistungssportler hatten, anders als die Mehrheit der DDR-Bevölkerung, die Welt gesehen, diese Erfahrungen



DDR-Athlet Kissner 1964

„Heißer Sirup“

OLIVER TADEN / DER SPIEGEL

ULLSTEIN BILD / DPA

WAHLFORSCHUNG

Macht der Flagge

Schon die Betrachtung einer amerikanischen Flagge kann womöglich Menschen dazu motivieren, die Republikanische Partei zu wählen. Vor den letzten Präsidentschaftswahlen verteilten amerikanische Wissenschaftler Online-Formulare, in denen Menschen ihre Wahlabsichten angeben sollten. Auf einigen der Fragebögen war eine kleine amerikanische Flagge abgebildet. Jene Versuchsteilnehmer, die Formulare mit der Flagge erhielten, gaben darauf häufiger an, für die Republikaner stimmen zu wollen. Sie taten das bei der Wahl tatsächlich und waren sogar Monate nach dem Experiment mit Obamas Leistung als Präsident weniger zufrieden.



RICHARD H. COHEN / CORBIS



GENETIK

„Auf widrige Umwelt programmiert“

Der Evolutionsbiologe Axel Meyer, 50, und der Psychologe Thomas Elbert, 61, von der Universität Konstanz über den Einfluss von Gewalterlebnissen auf das Erbgut

SPIEGEL: Sie haben erstmals Hinweise dafür gefunden, dass sich der Zustand des Erbguts von Ungeborenen verändert, wenn der Mutter während der Schwangerschaft Gewalt widerfährt.

Meyer: Ja, und dieser Effekt zeigte sich sogar noch 19 Jahre nach der Geburt – so alt war das älteste Kind, dessen DNA wir untersucht haben. Wir fanden sogenannte epigenetische Veränderungen an einem Gen, dessen Funktion das Verhalten beeinflussen kann.

SPIEGEL: Mit welchen Folgen für die Kinder?

Elbert: Sie reagieren schneller auf Stress. Betroffen ist ein Gen, das mit darüber bestimmt, wie wir mit schwierigen Situationen umgehen: eher explorativ und zuversichtlich –

oder, wie bei den Kindern unserer Gruppe, eher ängstlich und fluchtbereit, auch mit einer Neigung zu unbesonnenen Reaktionen. Bei Gewalterfahrungen der Schwangeren werden

dieses Programm eines Tages auch wieder ändern können.

SPIEGEL: Lange schien es wenig wahrscheinlich, dass Erfahrungen Spuren auf dem Erbgut hinterlassen.

Meyer: Aber inzwischen wissen wir, dass die vorgeburtliche und auch die frühkindliche Umwelt in vielfältiger Weise mitbestimmen, welche Teile des genetischen Bauplans umgesetzt werden. Noch ist unklar, wie genau diese Umprogrammierung geschieht. In unserem Beispiel vermuten wir, dass eine erhöhte Dosis des Stresshormons Cortisol im Mutterleib der Auslöser ist.

SPIEGEL: Kann sich die Gewalterfahrung auf die Enkel weitervererben?

Elbert: Teilweise, das ist denkbar. Die nächste Generation erbt – außer den unveränderten Genen – gelegentlich auch die umprogrammierten Leseanweisungen. Letztere sind dabei aber viel leichter veränderlich als die Gensequenz selbst – und zwar wiederum durch die Erfahrungen im Mutterleib.



MICHAEL TRIPPEL / DER SPIEGEL

Elbert, Meyer

die Kinder schon im Mutterleib darauf programmiert, dass sie in eine widrige Umwelt kommen. Diese vorgeburtliche Prägung erhöht wahrscheinlich auch die Anfälligkeit für Angsterkrankungen und Depressionen; andere Untersuchungen legen das nahe. Die spannende Frage für uns ist, ob wir



Auferstehung im Baum

Seit 87 Jahren galt die tropische Zirkröte *Ansonia latidisca* als verschollen. Nur ein paar Schwarzweißzeichnungen erinnerten an das bizarre Tier. Jetzt fanden Biologen nach monatelanger Suche drei Exemplare – im Geäst eines Baums auf Borneo.

NORANELL DAS / CONSERVATION INTERNATIONAL

PSYCHOLOGIE

Torhüter mit Rechtsdrall

Fußballtorhüter beim Elfmeter zeigen unbewusst eine merkwürdige Vorliebe: Sie werfen sich mehr als doppelt so oft nach rechts wie nach links – allerdings nur, wenn ihre Mannschaft gerade im Rückstand liegt; andernfalls gibt es keine bevorzugte Richtung. Zu diesem erstaunlichen Ergebnis sind Psychologen an der Uni Amsterdam gekommen. Die Forscher haben alle WM-Spiele seit 1982 ausgewertet, die mit einem Elfmeterschießen endeten. Ein gewisser Rechtsdrall beim Menschen ist schon länger bekannt: Beim Kuss etwa geht der Kopf öfter nach rechts. Die Erklärung der Forscher: Wo immer das Verlangen nach einem möglichen Gewinn besonders stark sei, übernehme automatisch die linke Gehirnhälfte (die bekanntlich die rechte Körperseite steuert). Beim Elfmeterschützen tritt deshalb der Effekt gar nicht auf. Denn der hat höchstens etwas zu verlieren; er steht nur unter Versagensdruck – alle erwarten, dass er trifft. Ein Torwart dagegen, so die Psychologen, könne mit Abstand am meisten gewinnen, wenn er die Mannschaft mit einer heldenhaften Parade



GETTY IMAGES

Elfmeter bei WM-Spiel

aus dem Rückstand rettet. Genau in solchen Situationen ist der Rechtsdrall denn auch am stärksten ausgeprägt. Er nützt nur nichts, im Gegenteil: Da die Schützen unbeeindruckt auf beide Hälften des Tores gleichermaßen ballern, fliegt der Torwart viel öfter auf die falsche Seite. Im Schnitt erwischt er normalerweise 20 Prozent der Elfmeter – aber nur acht Prozent, wenn die gegnerische Mannschaft führt.

LUFTFAHRT

Absturz einer Diva

Gleich mehrere Fehler der Piloten führten zum Zerschellen einer Lufthansa-Frachtmaschine vor einem Jahr in Riad. So steht es in einem soeben fertiggestellten Bericht der US-Unfalluntersuchungsbehörde NTSB, der dem SPIEGEL vorliegt. Demnach steuerte der Erste Offizier die Boeing-Maschine vom Typ MD-11 mit einer deutlich zu hohen Sinkrate in Richtung Landebahn. „Der Kapitän wies nicht auf die hohe Sinkrate hin oder forderte ein Durchstarten, wie es in den Betriebsanweisungen von Lufthansa Cargo empfohlen wird“, schreiben die US-Unfallermittler. So krachte der Frachtflieger auf die Landebahn in der saudi-arabischen Hauptstadt. „Was dann passierte, war schockierend“, gab der damals 39-jährige Kapitän später zu Protokoll: Die Lufthansa-Maschine sprang anderthalb Meter hoch in die Luft und schlug dann noch einmal mit stärke-

kerer Wucht auf den Asphalt. „Die Nase kam hoch und runter“, berichtete der Erste Offizier den Ermittlern; genauer könne er sich nicht mehr erinnern, so der beim Unfall 29-Jährige. Schließlich zerbrach die MD-11 und ging in Flammen auf. Beide Piloten kamen ins Krankenhaus. Zu heftige Steuerbefehle des Kapitäns nach dem ersten Aufsetzen hätten die Lage „verschlimmert“, so das Urteil der Ermittler, die deshalb neue Sicherheitsempfehlungen ausgegeben haben – etwa ein verstärktes Training und bessere Rettungsanleitungen für das Betriebshandbuch. In den vergangenen zwei Jahren kam es siebenmal zu ähnlichen Bruchlandungen, eine verlief für die Crew tödlich. „Lufthansa Cargo hatte fast alle der jetzt von der NTSB herausgegebenen Empfehlungen bereits im Vorfeld des Unfalls umgesetzt“, so Sprecher Nils Haupt. Sein Konzern betreibt vom Frankfurter Flughafen aus 18 Flugzeuge dieses schwer zu beherrschenden Flugzeugtyps (interner Jargon: „Diva“). Im Frachtraum der Unglücksmaschine befanden sich Gefahrgüter und angeblich auch Waffen (SPIEGEL 33/2010). Beide Piloten fliegen wieder – auf dem Modell MD-11.

Verunglückte Lufthansa-Frachtmaschine in Riad im Juli 2010



AP

Forscher Ahlborn, Mittermüller im Erdstall Doblberg



ARCHÄOLOGIE

Irrgärten der Unterwelt

In Bayern ziehen sich über 700 „Erdställe“ durch den Boden – unterirdische Geheimgänge, deren Sinn niemand versteht. Waren es Seelengräber? Oder Gefängnisse für Dämonen? Archäologen erkunden die rund tausend Jahre alten Gewölbe, um ihren Ursprung zu enträtseln.

Barfuß stapft Beate Greithanner die saftigen Wiesen des Doblbergs empor. Im Hintergrund strahlen schneebedeckte Alpengipfel. Die Bäuerin zeigt auf ein Loch in der Erde. „Hier hat die Kuh gegrast“, sagt sie, „plötzlich brach sie bis zur Hüfte ein.“

Ein Krater tat sich auf.

Am Tag nach dem Fehltritt der Kuh untersuchte Gatte Rudi die Öffnung. Neugierig schob er den Kopf hinein und zwängte sich in den finsternen Schlund. War da vielleicht ein Schatz versteckt? Der Tunnel führte schräg hinab, eng und feucht, als wäre er das Gedärm eines Riesensauriers.

Der Landwirt hörte nichts mehr, die Luft wurde stickig, er bekam Angst – und brach die Erkundung ab.

Die Greithanners aus Glonn bei München sind Eigentümer eines seltsamen Bodendenkmals. Unter ihrem Gelände verläuft ein Labyrinth, von Kennern Erdstall genannt. Es ist mindestens 25 Meter lang und stammt wahrscheinlich aus dem Mittelalter. Manche meinen, es sei als Behausung für hilfreiche Kobolde errichtet worden.

Die Geologen und Vermessungsingenieure, die Ende Juni auf Greithanners Ranch stehen, wollen es jetzt genauer wissen. Unter den Besuchern sind drei Leute vom „Arbeitskreis für Erdstallforschung“. Sie tragen rote Schutzanzüge und Helme. Sie wuchten die Betonplatte vom Eingang und verschwinden in der Tiefe.

Ihr Anführer, Dieter Ahlborn, krabbelt zuerst durch den kaum 70 Zentimeter hohen Gang. Sein Kollege Andreas Mittermüller bricht die Erkundung ab. „Kopfschmerzen“ – zu wenig Sauerstoff. Der Chef kriecht weiter, bis im Schein seiner Lampe ein vermodertes Stück Holz auftaucht.

Er ergreift es wie ein Juwel. Womöglich liefert es den entscheidenden Hinweis auf das Alter der künstlichen Höhle.

Oben, auf der Wiese, haben die Leute vom Landesamt für Denkmalpflege in München derweil das Gelände mit Bändern abgesteckt. Sie rollen einen dreirädrigen Wagen mit Bodenradar über das Gras. „Der Erdstall ist hinten eingestürzt“, erklärt einer, „wir ermitteln seine wahre Größe.“

Die Untersuchung ist eine Pioniertat. Erstmals interessiert sich eine archäologische Behörde in Deutschland für ein höchst seltsames Vorzeitphänomen. Von Ungarn bis Spanien ziehen sich kleine Labyrinth durch den Untergrund. Niemand versteht ihren Sinn.

Allein in Bayern wurden gut 700 Anlagen nachgewiesen, aus Österreich sind

etwa 500 bekannt. Im Volksmund heißen sie „Schrazelloch“, „Erdweiblschluf“ oder „Alraunenhöhle“. Wichtelmänner sollen sie erbaut haben. Erdgeister, heißt es, wohnen darin. Sagen geben vor, es seien kilometerlange Fluchtwege aus Schlössern.

In Wahrheit sind die Tunnel oft nur 20 bis 50 Meter lang. Große Gänge kann man gebückt durchschreiten. Durch die „Schlurfstrecken“ geht es nur auf allen vieren. Am berüchtigtsten sind die „Schlupfe“ – Engstellen mit kaum 40 Zentimeter Durchmesser.

Was sind Roms Katakomben gegen diese bayerischen Irrgärten der Unterwelt? Der Freistaat ist durchlöchert – und keiner weiß, wieso.

Viele Erdställe gehen von frühen Siedlungsplätzen ab. Ihre Eingänge befinden sich in Küchen alter Bauernhäuser. Sie



Bauer Wasmeier in seiner Privathöhle: Andacht im Sand

liegen in der Nähe von Kirchen und Friedhöfen – oder mitten im Wald.

Dunkel und bedrückend wie in Tierbauten ist die Atmosphäre dort. Wer sie erleben will, kann sich bei Vinzenz Wöner aus dem österreichischen Münzkirchen melden. Der Gastwirt führt öffentliche „Bekriechungen“ durch.

Über eine Steintreppe geht es vom Schankraum in den Mostkeller hinab. Dort gibt es eine Falltür, hinter der ein Loch gähnt. „Herzranke lass’n wir ned eini“, sagt er. Für Notfälle hält er ein Tragetuch parat, um Ohnmächtige aus der Röhre schleifen zu können.

Einen praktischen Nutzen, etwa als Wohnhöhle oder Vorratslager, können die Stollen nicht gehabt haben – schon wegen der störenden Schlupfe. Einige laufen im Winter zudem mit Wasser voll. Viehställe waren es auch nicht. Man fand keinen Kot.

Nicht eine einzige mittelalterliche Nachricht erwähnt den Bau eines Erdstalls. Ahlborn: „Die Anlagen wurden komplett totgeschwiegen.“

Was die Forscher weiter erstaunt: Die winzigen Verliese sind nahezu fundleer. Besenrein, wie unbenutzt liegen sie da, als wären es Geisterorte. In einem Erdstall lag ein eisernes Pflugschar, in drei weiteren fand man zentnerschwere Mühlsteine. Das ist fast alles.

Begeistern konnten sich für dieses Geheimnis bislang nur Amateure. Der Pionier der Erdstallforschung, Lambert Karner (1841 bis 1909), war ein Priester. Seinen Büchern zufolge kroch er im Flackerlicht von Kerzen durch 400 Gewölbe mit „wunderlichen Windungen“, „durch die man sich, oft nur wie ein Wurm, durchzuzwängen vermag“.

Hernach gelangte das Sachgebiet in die Hand phantasieliebender Heimatkundler. Sie deuteten die Hohlräume als „Winterquartiere von Germanen“ und Verwahräume für Behinderte. Im Verständnis moderner Esoteriker gelten sie als „Räume des Nichtseins“.

Ahlborn will nun endlich die exakte Wissenschaft zum Einsatz bringen. Unter seinem Vorsitz hat sich der Erdstall-Arbeitskreis in einen schlagkräftigen Forschertrupp verwandelt. Höhlenkenner gehören ihm an, Geografielehrer und Ingenieure wie Nikolaus Arndt, der in Indien U-Bahnen baute und für Gaddafi fossiles Grundwasser durch die Wüste leitete.

Auf ihren Jahrestreffen verbinden die Hobby-Grufties Fachsimpelei mit tollkühnen Expeditionen in die Tiefe. Um nicht zu ersticken, erzählt eine Beteiligte, habe man jüngst mit einem „umkehrbaren Staubsauger“ Luft in den Stollen geblasen.

Eine Ausstellung in Passau bietet das Thema nun auch einem breiten Publikum dar. Wer will, kann dort einen Tunnel aus Sperrholz durchkrabbeln. Auf Schautafeln ist vom „letzten großen Rätsel Mitteleuropas“ die Rede.

Derlei Aufmerksamkeit ist dringend nötig. Oft werden Erdställe beim Straßen- oder Hausbau durch Zufall angeschnitten und aus Unkenntnis gleich wieder zugeschüttet.

Die größte Anlage in Deutschland (Länge: 125 Meter) hat der Eigentümer mit einem Schwimmbad überbaut. „Eine Schande“, jammert Arndt. 90 Prozent der Katakomben sollen noch unentdeckt unter Tage liegen.

Wie schwer es ist, sie gezielt aufzuspüren, zeigt die Geschichte von Josef Wasmeier aus Beutelsbach in Niederbayern. Unweit seines Gehöfts stand einst ein Schloss, das man im 18. Jahrhundert abriß. Heute wachsen dort Robinien.

„Der Legende zufolge gingen vom Schlossberg Fluchttunnel ab“, berichtet



Schwarze Gänge

Bauweise von Erdställen

Die unterirdischen Systeme sind in Lehm, Löss oder verwitterten Granit geschlagen und führen bis zu 10 m in die Tiefe. Typisch sind Rundgänge, Blindstollen sowie kaum 50 cm hohe Schlurfstrecken, die zuweilen in sakral anmutende Kammern mit Sitznischen münden. Runde Engstellen, die Schlupfe, haben oft Durchmesser von nur 40 cm – Erwachsene können sie nur mit verrenkten Schultern durchkriechen. Das Alter der Tunnel wird auf etwa tausend Jahre geschätzt. Die hier abgebildete Anlage von Unterholzen, Gemeinde Beutelsbach (Niederbayern), erstreckt sich über insgesamt 44 m und hat ein ungewöhnlich geräumiges Gangsystem.

dass die Bauten während der Völkerwanderung im 5. und 6. Jahrhundert entstanden sind. Ganze Stämme verließen damals die Heimat und gaben die Friedhöfe ihrer Ahnen auf. Um die Toten weiterhin zu verehren, so die Annahme, schuf man für sie Leergräber.

Fest steht immerhin, dass Profis am Werk waren. Mit beidhändig geführten Keilhauen wühlten sie sich kniend voran. Alle Meter schlugen sie Nischen für die Öllampen in die Wände. Lange Gänge legten sie in Schlangenlinien an, um den Erddruck zu verringern. Auf Stützbohlen verzichteten sie.

Bereits um 1200 wurden die Irrwege dann wieder zugeschüttet und die Eingänge mit Schutt blockiert. Darin befand sich Keramik, die sich eindeutig der Gotik zuordnen ließ.

Kein Wunder, dass Verwirrung herrscht. Die einen deuten die Tunnel als „Bußkeller“ für Kriminelle, andere sehen in ihnen Heilorte, an denen Kranke ihre Gebrechen abstreifen. Oder waren es Räume von Druiden?

Infolge der internationalen Zusammenarbeit des Erdstall-Arbeitskreises hat sich jetzt eine neue Spur aufgetan. Auch in Irland und Schottland treten Erdställe gehäuft auf. Dann wieder gibt es Ballungen in Zentralfrankreich.

der Bauer. Mit einigen Getreuen begann er zu suchen. Tagaus, tagein gruben und bohrten sie. „Am Ende schaufelte nur noch der Eichschmied-Rudi, jeden Abend, manchmal bei Mondschein“, erzählt er.

Endlich stieß der Mann auf einen Hohlraum.

Dahinter befand sich ein einzigartiger Erdstall mit Wänden aus Sand. Erst geht es vier Meter senkrecht in die Tiefe, dann im Zickzack weiter. Ganz hinten in dem Labyrinth gibt es einen Schlupf. Die Forscher erinnert er an eine Vagina.

Einmal hat Wasmeier eine Gruppe Heilerinnen in seine Höhle hinuntergeführt. Kopfüber, bei völliger Dunkelheit, rutschten die Frauen durch die Röhre – als wäre sie ein Geburtskanal.

Auch der Bauer selbst betritt zuweilen andächtig seinen Bröselbau. „Man fühlt sich dort wie ein Hopi-Indianer“, sagt er, „die haben auch in Höhlen eingessessen, um irgendwelche Antworten zu finden.“

Nur, wie alt ist das Gewölbe? Der Arbeitskreis brennt darauf, solche Fragen zu beantworten. Aus eigener Tasche haben sie Pollenanalysen bezahlt.

Auch einige C-14-Datierungen liegen nun vor. Sie weisen ins 10. bis 13. Jahrhundert. Holzkohle-Krümel, die aus dem Erdstall Höcherlmühle geborgen wurden, stammen aus der Zeit zwischen 950 und 1050 nach Christus.

Heinrich Kusch, ein Vorgeschichtler aus Graz, hält die Daten allerdings für falsch. Er vermutet, dass die unterirdischen Systeme zum Teil schon vor rund 5000 Jahren in der Jungsteinzeit angelegt wurden. Seit einigen Jahren sucht er mit riesigen Bohrgeräten die Steiermark nach „Toren zur Unterwelt“ ab.

Doch seine Theorie hat an Zugkraft verloren. Die bislang vorliegenden C-14-Altersbestimmungen weisen alle ins Mittelalter. Damit ist auch die alte Lehrmeinung ins Wanken geraten. Sie besagt,

Diese Verteilung erinnert verblüffend an die Reisewege der iro-schottischen Wandermönche, die im 6. Jahrhundert vom keltischen Norden kommend den Kontinent missionierten. Tätowiert, mit langen Stäben und groben Kutten, setzten die Rastlosen von den Inseln über.

Der legendäre Kilian, um 640 in Irland geboren, predigte in Würzburg. Einer Heiligenvita zufolge brachten ihn erboste Einheimische um und verscharrten ihn in einem Pferdestall. Der heilige Gallus (gestorben 640 n. Chr.) erreichte betend den Bodensee.

Ahlborn vermutet, dass diese frühen Vorkämpfer Gottes auch heidnisches Gedankengut mitbrachten – Reste druidischer Gelehrsamkeit oder spezielle keltische Jenseitsvorstellungen, die zum Bau der Erdställe führten.

Vielleicht waren die Hohlräume aber auch Gefängnisse für Dämonen, böse Zwerge und Untote. Einige Erdställe weisen Blockadesteine sowie Reste von Türen oder Riegeln auf. Im Erdstall von Bösenreutin bei Lindau kam ein Sandsteinrelief zutage. Es zeigt einen Kobold, dem ein Schwanz am Steiß hängt.

Waren die Erdställe also Tempel des Aberglaubens?

Nicht alle können sich für diese spirituellen Deutungen erwärmen. Wenn Josef Weichenberger sie hört, schüttelt er den Kopf. Mit Vollgas fährt er von Passau aus Richtung Waldviertel in Niederösterreich und redet sich in Rage: „Die Kulturtheorien sind völlig irrig.“

Dann gibt er seine Deutung: „Erdställe waren schlicht Verstecke.“

Die Ansicht des Österreichers – hauptberuflich ist er Archivar – hat Gewicht. Er kraucht schon seit 34 Jahren durch die Labyrinth. Von seiner Dienststelle aus leitet er nebenbei ein Alarmzentrum. Wenn Bauarbeiter die Entdeckung eines Erdstalls melden, stürmt er heran, um die Anlage mit Kompass und Maßband zu dokumentieren.

Kein Schlupf ist diesem Maulwurfsmann zu schmal, kein Gang zu feucht oder schmutzig.

Weichenberger zufolge wurden die Erdställe in seiner Heimat während der „mittelalterlichen Rodungszeit“ im 11. Jahrhundert geschaffen. Damals zogen Siedler aus Bayern die Donau abwärts, um das Land im Osten urbar zu machen.

Mit Beilen bewehrt, schlugen sie Schneisen in die Wildnis. Das war nicht ungefährlich. Um 1042 fluteten Magyaren in das Gebiet. Noch um 1700 zogen Kurutzen mit Unterstützung der Osmanen plündernd durchs Land.

Auch weiß man, dass Räuber die Region unsicher machten. Sie überfielen die einsamen Weiler und verschafften sich mit Brechstangen Zugang zu den Häusern. „Vor diesem Gesindel“, glaubt



Erdstallkundler Weichenberger*: Atemnot im „Schrazelloch“

Weichenberger, seien die Bauern mit ihren Kostbarkeiten schnell in die Tiefe geflohen.

Atemlos, mit pochendem Herz im Schutzbunker sitzend, während oben Hotzenplotz und Co. wüteten und die Stube vergebens nach Wertsachen durchsuchten – so stellt sich der Forscher die Lösung des Erdstall-Rätsels vor.

* Beim Einstieg in den Erdstall unter der Wehrkirche von Kleinzwettl.

Und er setzt mit schriftlichen Beweisen nach: „Ein altes Toten-Protokoll berichtet von einer Frau, die offenbar aus Angst vor Entdeckung ihr schreiendes Baby in einem Erdstall erstickte.“

„Mord“, „Banditen“, „Zitternde im Untergrund“ – wortgewaltig verwandelt Weichenberger das alte Österreich in ein Land der Rechtlosigkeit wie den Wilden Westen. „So war es nun mal“, sagt der Forscher und steuert sein Auto immer weiter nach Osten. Es ist jener Weg,

den einst auch die rodenden Siedler einschlugen.

Nach vier Stunden Fahrt kommt die Wehrkirche von Kleinzwetzl in Sicht. Das Gemäuer besaß früher eine Zugbrücke und einen Ringwall. Ein Bollwerk von einem Gotteshaus.

Direkt unter der Kirche verläuft ebenfalls ein Gangsystem. Weichenberger hat es im vergangenen November vermessen. Es ist 62 Meter lang. Der Eingang befindet sich im Granitpflaster im Altarraum.

Betreten darf man das düstere Gewölbe wegen Einsturzgefahr nur mit Sondergenehmigung. Zuerst geht es watschelnd durch einen verschlungenen Gang. Die Hose wird sofort matschig.

Die Enge nimmt zu. Nach einem Wassereinbruch hat sich der hintere Teil in eine Schlammwüste verwandelt. Wasser tropft von der Decke, darüber lasten schwere Kirchensäulen. Eine furchterregende Statik.

„Ein bisschen unkommod ist's hier schon“, gibt der Mann aus Linz zu, „doch die Leute wollten ja ihr nacktes Leben retten.“

Um seine Deutung zu erhärten, hat Weichenberger sogar einen Überlebensversuch gewagt. Mit zwei Kollegen ließ er sich 48 Stunden in einen Erdstall sper-

ren. Bald piepten die Sauerstoffmelder, die Kerzen begannen eigentümlich zu flackern. Die Männer dämmerten vor sich hin. Wurde das Atmen zu schwer, krochen sie in andere Gänge. So gelang der Test.

Nur, was beweist er?

„Einige Erdställe wurden in der Tat als Verstecke genutzt, aber erst in viel späterer Zeit“, bügelt Ahlborn seinen Kontrahenten ab. „Man nutzte sie auch als Toiletten und Abfallgruben.“

Auch die österreichische Höhlenforscherin Edith Bednarik ist sicher, dass die verschlungenen Grotten als Fluchtbunker nicht taugten. Ihre Argumente: Es gibt kaum größere Kammern für den Aufenthalt. Erdställe haben keinen „Notausgang“, im Brandfall wären sie zur „tödlichen Falle“ geworden. Schwangere passen nicht durch die Schlupfe.

Zudem: Dicht an dicht sollen im Ernstfall die Verängstigten in den Erdbehauungen gekauert haben. Aber warum fiel dabei niemandem was aus der Tasche? Es gibt keine Speisereste, kein Spuren von Fackeln.

Die Mehrheit der Forscher schreibt den Bodendenkmälern deshalb eine sakrale und kultische Funktion zu. Besonders attraktiv erscheint vielen die Idee von der „Seelenkammer“.

Demnach waren die Erdställe Wartesäle, in denen die Seelen der Verstorbenen die Zeit bis zur Auferstehung nach dem Jüngsten Gericht verbringen sollten – jenem Ende aller Tage, wenn Jesus Christus „die Lebenden und die Toten“ richten würde.

Erst im 12. Jahrhundert setzte sich die Theologie des Fegefeuers durch, das eine Reinigung der Seele ermöglichte. Gutmenschen konnten sofort in den Himmel aufsteigen. Die Höhlen wären dann nutzlos geworden – was gut zum Datum ihrer Verfüllung passen würde.

Doch auch diese Ansicht kann nicht erklären, warum die frommen Gräfte so beharrlich verschwiegen wurden. Und wieso gibt es in der Schweiz und im Schwarzwald keine Erdställe?

So bleibt das Rätsel vorerst ungelöst. „Wir brauchten Hilfe von C-14-Physikern, Theologen und Spezialisten für prähistorischen Bergbau“, sagt Ahlborn. Bislang gibt es keine einzige Doktorarbeit zum Thema. Bei Uni-Gelehrten sind die Schattenstätten noch nahezu unbekannt.

Bauer Wasmeier stört das nicht. Er liebt seinen Erdstall gerade wegen seiner unergründlichen Aura. Zuweilen kriecht er abends für eine halbe Stunde in seine sandige Privathöhle und meditiert. „Ganz stad“ sei es dort, fern und finster wie in einem Bauch.

„Und wenn i zurücksteig, leuchten die Sterne, als könnt man sie greifen.“

MATTHIAS SCHULZ

MEDIZIN

Löcher in der Barriere

Wie entsteht Morbus Crohn? Offenbar wird das tückische Darmleiden durch eine Art Immunschwäche ausgelöst.

Marga R. war 18 und frisch verliebt, als sie plötzlich Bauchkrämpfe bekam. Kurz darauf litt sie unter blutigem Durchfall, der nicht mehr aufhören wollte. Zwei Tage lang aß sie nichts, trank nur Tee. Als das nicht half, wurde sie ins Krankenhaus eingeliefert.

Schon kurze Zeit später stand die Diagnose fest: Morbus Crohn, eine chronische Entzündung des Dünn- und Dickdarms, die mitunter den gesamten Verdauungstrakt betreffen kann. Benannt ist das Leiden nach dem amerikanischen Gastroenterologen Burrill Crohn, der die Krankheit 1932 erstmals beschrieben hatte.

„Ich kenne alle Toiletten der Stadt“, erzählt Marga R. „Alle Crohn-Patienten tun das, egal ob schwer oder leicht betroffen. Es kann zur Katastrophe werden, wenn eine Toilette mal besetzt oder geschlossen ist.“

Die Krankheit verläuft entweder schubweise oder chronisch fortschreitend, mal leichter, mal schwerer. Meist bilden sich auch entzündliche Abszesse, Fisteln oder Verengungen im Verdauungstrakt. Sie sind der Grund, warum bei vielen Patienten früher oder später ein Teil des Darms entfernt werden muss.

Als die Ärzte ihr die Diagnose mitteilten, rieten sie Marga R. vor allem eines: sich zu schonen. Ein Doktor redete ihr ins Gewissen: „Heiraten Sie nicht, bekommen Sie keine Kinder, suchen Sie sich einen stressfreien Arbeitsplatz. Ansonsten bleiben Sie schön zu Hause, und lassen Sie sich bemuttern.“

Das ist jetzt 40 Jahre her. Heute ist Marga R. seit 38 Jahren verheiratet, zweifache Großmutter, sie hat das Abitur auf dem zweiten Bildungsweg gemacht, anschließend studiert und gearbeitet.

Vor 20 Jahren erhielt die Frau einen künstlichen Darmausgang. Seitdem ist ihr Leben leichter. „Zum Glück“, sagt sie rückblickend, „hat mich das, was die Ärzte mir gesagt haben, überhaupt nicht beeindruckt. Sonst wäre ich ein armer Mensch.“

Die Zeiten haben sich geändert. Heute würde kein Arzt mehr einem Morbus-Crohn-Patienten zu lebenslanger Schonung raten. Und auch andere lange sicher geglaubte Wahrheiten über die tückische Darmkrankheit erscheinen neuerdings als



HEINRICH KUSCH

Bohrung nach Erdstall-Höhle
Durchlöcherter Freistaat



Forscher Wehkamp, Stange
Schutz durch körpereigene Antibiotika

überholt – vor allem was die Entstehung des Leidens betrifft. „Bei den Theorien zur Entstehung von Morbus Crohn hat es in den vergangenen fünf Jahren einen Paradigmenwechsel gegeben“, so Daniel Marks vom Centre for Molecular Medicine am University College London.

Bislang galt Morbus Crohn als eine Autoimmunerkrankung: Die zu übererregte Körperabwehr, so die klassische Vorstellung, gerät in der Darmwand außer Kontrolle – es kommt zu einer chronischen Entzündung. Daraus ergibt sich die Standardtherapie der Erkrankung: Praktisch alle Medikamente, die bei Morbus Crohn eingesetzt werden, unterdrücken mit aller Kraft das Immunsystem – ob Cortison oder moderne Biologika.

Doch nun beginnt ein neues Bild das alte zu ersetzen. „Es ist Schwachsinn, Morbus Crohn als eine Autoimmunerkrankung einzustufen“, sagt etwa Jan Wehkamp vom Dr. Margarete Fischer-Bosch-Institut für Klinische Pharmakologie in Stuttgart. Gemeinsam mit seinem Chef Eduard Stange hat der Mediziner entscheidend zu einem neuen Modell über den Ursprung von Morbus Crohn beigetragen.

Die durch die Aktivierung des Immunsystems hervorgerufene Entzündung im Darm, so die neue Vorstellung, ist nicht die Ursache der Erkrankung, sondern lediglich eine Folge des wahren Auslösers: eines Lecks in der Barriere zwischen den 10 bis 100 Billionen Mikroorganismen der Darmflora und der Darmschleimhaut.

Bei einem gesunden Menschen, so entdeckten Wehkamp und Stange, produziert die Darmschleimhaut ständig körpereigene Antibiotika. Diese „Defensine“, wie die Forscher sie getauft haben, halten die Mikroorganismen der Darmflora normalerweise davon ab, in die Schleimhaut einzuwandern und dort eine Entzündung auszulösen (siehe Grafik). Doch bei Morbus Crohn ist diese Abwehr offenbar gestört; es werden weniger De-

fensine gebildet, die Bakterien der Darmflora dringen in die Schleimhaut vor.

Außerdem schwächt das Immunsystem auch bei der Beseitigung bereits eingedrungener Bakterien. So verbleiben diese in der Darmwand und entfachen dort eine Entzündung. Morbus Crohn, so Marks, sei „eine Art Immunschwäche“.

Rund 150 000 Menschen leiden in Deutschland an Morbus Crohn. In Nordwesteuropa und Nordamerika erkrankt etwa jeder 500. bis 800. im Laufe seines Lebens daran. Viele versuchen ihr Leiden zu verbergen, erzählen nur guten Freunden davon. Außer der Sängerin Anastacia hat sich kein Prominenter je geoutet.

Rauchen gilt als der wichtigste beeinflussbare Morbus-Crohn-Risikofaktor. Auch viele bakterielle Infektionen, ein hoher Antibiotika-Gebrauch in der Kindheit sowie die hohen Hygienestandards der Industrieländer werden als Auslöser diskutiert.

Zwillingsstudien haben zudem ergeben, dass auch die Gene eine entscheidende Rolle spielen. „Leidet bei einigen

Zwillingen der eine an Morbus Crohn, erkrankt mit 56-prozentiger Wahrscheinlichkeit auch der andere“, berichtet der Internist Andreas Raedler, der als Chefarzt der Inneren Abteilung am Asklepios West Klinikum Hamburg rund 2000 Betroffene betreut.

Rund hundert Stellen im Erbgut, an denen Morbus-Crohn-Patienten typischerweise Mutationen aufweisen, seien bislang identifiziert worden, so der Gastroenterologe Stefan Schreiber, Direktor des Instituts für Klinische Molekularbiologie am Universitätsklinikum Kiel. Einige dieser Erbgutveränderungen bestätigten eindrucksvoll das Modell der löchrigen Barriere. Schreiber und Raedler führen derzeit eine weitere Zwillingsstudie durch. Erste Ergebnisse erwarten die Forscher in ein bis zwei Jahren.

Aus den neuen Erkenntnissen sollen später bessere Behandlungsmethoden entstehen. „Zukünftige Crohn-Therapien sollten versuchen, das angeborene Immunsystem zu stärken“, so Daniel Marks. Auch Schreiber sieht das so: „Es wird nicht mehr darum gehen, dass Immunsystem breit niederzuknüppeln, sondern geschickt zu manipulieren.“

Wie eine Behandlung, die auf den neuen Erkenntnissen beruht, genau aussehen könnte, ist allerdings noch unklar. Wehkamp: „Es ist so frustrierend zu sehen, wie weit der Weg zur Therapie ist.“

Für Marga R. kommt die Wende womöglich zu spät. Sie leidet bereits an den Spätfolgen ihrer Cortisonbehandlung: Bluthochdruck, Nierenprobleme, ausgeprägte Osteoporose. Ein gebrochener Fuß heilte monatelang nicht.

„Was da auf mich zukommt, kann ich noch gar nicht richtig abschätzen“, sagt sie und bleibt doch optimistisch: „Irgendwann wurde mir klar: Du musst dich entscheiden. Entweder du akzeptierst die Krankheit. Oder du verbitterst. Da habe ich gesagt: Okay, dann mache ich jetzt eben das Beste draus.“

VERONIKA HACKENBROCH



Morbus-Crohn-Patientin Anastacia
Zur Krankheit bekannt

INTERNET

Facebook für Erwachsene

Mit Google+ hat der Suchmaschinen-gigant ein Angebot gestartet, das die Netzwelt verändern könnte – auch zum Vorteil der Werbewirtschaft.

Vor kurzem noch sah es so aus, als gehe mit Facebook die Geschichte des Internets einem langweiligen Ende entgegen: Die Mitgliederzahl (derzeit über 750 Millionen) auf dem Weg zur ersten Milliarde, die Konkurrenten empfindlich geschwächt oder halb erloschen, der gemeine Nutzer zufrieden im Krähwinkel seines Freundeskreises und an den Aufregungen der Netzwelt meist nur mäßig interessiert – was sollte da noch groß an Überraschungen kommen?



Surfer in einem Internetcafé

BOENING / AGENTUR ZENIT

neu bestimmt, wie sich Neuigkeiten im Internet verbreiten.

Am Anfang steht eine denkbar einfache Idee: der Kreis. Das soziale Umfeld des Nutzers ist in Kreisen („Circles“) organisiert, die er frei festlegen und bevölkern kann: die Familie, die engen Freunde, die fernen Bekannten. Die Kollegen lassen sich in einem Kreis für Büroklatsch und Berufliches verstauen; gleich nebenan logieren die landesweit verstreuten Mitkämpfer für die Sache des Liegerads.

Alles dreht sich, wie im Leben, um die richtigen Kreise. Wer eine Nachricht hochlädt, ein Foto oder einen Link, muss stets vorher auswählen, an welche Kreise die Sendung gehen soll – so lassen sich bequem die Sphären getrennt halten. Auf diese Weise bekommen aber auch alle Kontakte nur das zugespielt, was für sie relevant sein könnte. Die Kollegen werden nicht mit Privatkram behelligt, die Liegeradfreunde freuen sich über harte News zu Reiseanhängern und Rohloff-Naben. Auf einmal wird es nützlich, Teil eines sozialen Zirkels zu sein.

Facebook ist für solchen Nutzwert nicht gebaut; da gibt es zunächst nur

was diese alles für ihr weiteres Umfeld freigeben. Eine Rückbestätigung ist, anders als bei Facebook, nicht nötig. Man kürt da ja auch keinen Freund, sondern nur eine Informationsquelle.

Beliebte Mitglieder, die häufig in fremde Kreise aufgenommen werden, sammeln auf diese Weise rasch Gefolgschaften um sich. Die Erfolgreichsten könnten sich durchaus zu kleinen Medienimperien auswachsen, die Neuigkeiten, Fotos oder auch Linktipps effizient über ihre Kreise aussenden. Google hat mit dieser Idee ein mächtiges und intuitives Werkzeug erschlossen – wie sich Nachrichten im Internet verbreiten, wird immer mehr eine Frage der sozialen Moderation.

Facebook wirkt im Vergleich nun fast ein bisschen infantil. Mit all den eingebauten Spielchen, den Apps zum Zeitvertreib, dem Eiapoepia der „Freunde“ bietet das althergebrachte Sozialnetz vor allem eine Bühne für den geborenen Kleindarsteller im Menschen. Unter Spöttern kursiert Google+ hingegen schon als „Facebook für Erwachsene“.

Es ist lange her, dass Google etwas präsentiert hat, das auf Anhieb wie ein Treffer

Total sozial

Ausgewählte Unterschiede der Netzwerke Google+ und Facebook

- Google+**
- 1 Kontakte werden in Kreisen (Circles) organisiert, z. B. für Familie oder Kollegen. Der Nutzer entscheidet bei allen Fotos, Nachrichten und Links, mit welchen Kreisen er sie jeweils teilen möchte.
 - 1 Die Kreise lassen sich frei je nach Interesse des Nutzers erweitern – auch ohne Zustimmung der aufgenommenen Mitglieder.
 - 1 Videokonferenz für bis zu 10 Teilnehmer

- facebook**
- 1 Alle Kontakte landen erst einmal im gleichen Freundeskreis. Es ist umständlicher, bestimmte Nachrichten nur ausgewählten Gruppen zugänglich zu machen.
 - 1 Jeder Kontakt muss erst zustimmen, um in den Freundeskreis aufgenommen zu werden.
 - 1 Videokommunikation von maximal zwei Personen

DER SPIEGEL

Nun, Google ist wider Erwarten auch noch im Rennen. Ende Juni ging der neue Dienst Google+, gesprochen Google plus, ans Netz. Und seitdem raunt kaum mehr jemand von Facebook als einem finalen Monopol, in dessen Domäne bald die halbe Menschheit ihr halbes Online-Leben verändeln werde. Es gibt eine Alternative.

Gut zwei Wochen nach dem Start von Google+ war der Wert des Suchmaschinenkonzerns um mehr als 15 Milliarden Dollar gestiegen; die Zahl der Nutzer des neuen Angebots sprang von null auf zehn Millionen – und noch immer verzehren sich Anwärter im Internet nach den knappen Einladungen; während der laufenden Startphase beschränkt Google den Zugang.

Google+, von der Fachwelt gelobt, ist auf den ersten Blick nur ein weiteres soziales Netz, wenn auch übersichtlicher und eleganter eingerichtet als Facebook. Auf den zweiten Blick zeigt sich, dass der Spätkömmling womöglich von Grund auf

„Freunde“, was selten so recht passt. Den flüchtigen Geschäftskontakt langweilt gewiss nur, was meine Busenfreundin mir Lustiges flötet. Kumpane, die zusammen-glücken, lieben kleine Scherze und Anspielungen – gut für die Bindung, peinlich für alle, die nicht ganz so dicke sind.

Der durchschnittliche Facebook-Freundeskreis hat 130 Mitglieder – und selbst in dieser beschränkten Schar finden sich Leute aus ganz verschiedenen Sphären zusammengezwängt. Das ist meist weder behaglich noch fördert es die Verbreitung von Nachrichten und Ideen. Statt gemeinsamer Interessen dominiert die soziale Bindung, gleich welcher Art. Facebook ist kein Medium des Austausches – es fragmentiert die Netzwelt in Kleingruppen.

Die Kreise von Google+ dagegen reichen beliebig weit in die Welt hinaus. Jeder kann nach Herzenslust Leute, für die er sich interessiert, in einen seiner Kreise aufnehmen – fortan liest er einfach mit,

aussah. Facebook wird davon aber kaum untergehen. Zu viele Menschen sind dort schon eingewurzelt mitsamt ihrem Sozialleben. Die beiden Giganten dürften sich den Markt einfach teilen: Facebook fürs kuschelige Dasein im Rudel – Google+ fürs extrovertierte Weltinteresse.

Unterm Strich verfolgen die Kontrahenten ohnehin das gleiche Ziel: ein Habitat aufzubauen, das der Nutzer überhaupt nicht mehr verlassen muss. Verdient wird dann mit Werbung.

Besondere Effizienz zeigt auch hier Google: Unter dem Codenamen DDP baut die Firma eine vollautomatische Börse für Kundendaten auf. Werber können dort Zugang zu den Daten anonymer Nutzer ersteigern, die bestimmte Interessen offenbart haben.

Da fügt es sich, dass die Kundschaft sich selbst in all den praktischen Kreisen von Google+ immer feiner sortiert.

MANFRED DWORSCHAK

TIERE

Gier nach dem Pulver

In einem Nationalpark starb das letzte vietnamesische Java-Nashorn – ein Opfer von Wilderern.

Mit letzter Kraft schleppte sich das Nashorn durch das Dickicht. Das aus einem Schnellfeuergewehr abgefeuerte Vollmantelgeschoss hatte das linke Vorderbein zerschmettert.

Es war kein tödlicher Schuss; aber die Wunde infizierte sich und machte jeden Schritt zur Tortur.

Ein Nashorn kommt nicht weit auf drei Beinen. Dafür ist es viel zu schwer. Doch mindestens noch zwei Monate lang überlebte das verletzte Tier im vietnamesischen Cat-Tien-Nationalpark.

An einem zwei Meter hohen Abhang verlor das schätzungsweise 20 Jahre alte Nashorn schließlich das Gleichgewicht und kullerte den Hügel hinab, an dessen Fuß es bewegungsunfähig liegen blieb. Unter der Last von ein bis zwei Tonnen wurde die Atmung schwer. Das Tier verendete.

So qualvoll starb, Anfang 2010, das wahrscheinlich letzte Exemplar des vietnamesischen Java-Nashorns.

Anders als ihre afrikanischen Vettern besitzen die Tiere nur ein Horn, zudem bildet ihre Haut Panzerplatten. Nach und nach hatten Wilderer ihnen in den vergangenen Jahrzehnten den Garaus gemacht – bis in Vietnam am Ende wohl nur ein einziges Exemplar übrig geblieben war. Einst hatten diese Nashörner, die bis zu 40 Jahre alt werden können, auch in Laos, Kambodscha und Thailand gelebt.

Selten wurde das schleichende Aussterben einer Art so lückenlos dokumentiert wie in diesem Fall. Jahrelang nämlich galt dieses eine Tier, das den im Süden Vietnams liegenden Nationalpark durchstreifte, als kleine Sensation.

Einige Biologen hielten die spezielle Form der Java-Nashörner schon in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts für ausgerottet. Andere wie der Zoologe George Schaller schätzten die Anzahl der seltenen Tiere im Jahr 1990 noch auf 10 bis 15 Exemplare. 1999 sollen es dann nur noch zwischen 5 und 8 gewesen sein.

Am Ende blieb nur ein einziges Tier übrig.

Regelmäßig hielten Artenschützer und Wildhüter Ausschau nach dem einsamen Nashorn. Als seine Beobachter es 2009 wochenlang nicht mehr sahen, wurde



Java-Nashorn 1994: Sterben für ein angebliches Wundermittel

aus Sorge um das Tier sogar eine Expedition ausgesandt; zur Crew gehörten unter anderem Spürhunde aus den USA, die auf die Suche von Nashornkot trainiert waren. Mehrmals nahmen die Hunde tatsächlich Witterung auf.

Doch ab Februar 2010 verlor sich endgültig die Spur.

Im April 2010 berichteten Einheimische dann von dem Skelett eines riesigen Tieres, das sie im Wald entdeckt hätten. Die schlimmsten Befürchtungen bestätigten sich – es handelte sich tatsächlich um die Überreste des vermissten Java-Rhinozeros.

Jetzt liegt der Abschlussbericht einer aus Veterinären, Waffenexperten, Pathologen und Mitarbeitern des World Wide Fund for Nature bestehenden Expertenkommission vor, in dem das Ende des Nashorns rekonstruiert wird – und aus dem klar hervorgeht, dass das Tier Opfer von Wilderern geworden ist.

„Das Töten dieses symbolischen Tieres stellt eine nationale Tragödie dar“, sagt der Direktor des Nationalparks, Tran Van Thanh. „Dies ist ein trauriger Moment für den Artenschutz in Vietnam.“

Für die deutsche Veterinärin Ulrike Streicher, die dem Untersuchungsteam angehört, kommt das Ende des Nashorns allerdings nicht überraschend. „Das Horn des Tie-

res war abgesägt und mitgenommen worden“, berichtet Streicher, die im vietnamesischen Danang die Lebensgewohnheiten nachtaktiver Halbaffen erforscht: „Gerade in Vietnam boomt seit Jahren der Handel mit Nashornpulver.“

In der durch den wirtschaftlichen Aufschwung schnell wachsenden Oberschicht des Landes gilt das Horn der Tiere als ein medizinisches Wundermittel. Viele verschiedene Krankheiten und Beschwerden soll es angeblich beheben. Schon seit geraumer Zeit kursiert in Vietnam das Gerücht, ein hoher Regierungsvertreter habe dank des Nashornpulvers seine Krebserkrankung überwunden.

Daraufhin soll die Einnahme des – in Wahrheit vollkommen wirkungslosen – Horns sogar von Krankenschwestern und Ärzten empfohlen worden sein.

Weil in Vietnam und anderen asiatischen Ländern die Nachfrage so hoch ist und es dort nur noch wenige Nashörner gibt, gehen die international operierenden Wilderer wieder vermehrt in Afrika auf Nashornjagd, um die Gier nach dem kostbaren Pulver zu bedienen.

Allein in Südafrika wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres fast 200 Nashörner gewildert. 2010 waren es 333 Nashörner – fast dreimal so viele wie noch im Jahr zuvor. **THILO THIELKE**





Luftaufnahme eines Marktes in São Paulo

TÚCA VIEIRA / FOLHA IMAGEM

STADTFORSCHUNG

Grammatik des Urbanen

Die Städte der Welt wachsen immer weiter. Obwohl weniger als zwei Prozent der Erdoberfläche von den urbanen Agglomerationen bedeckt sind, konzentriert sich inzwischen knapp über die Hälfte der Weltbevölkerung in urbanen Strukturen. Verschiedene Konferenzreihen, ausgerichtet von der London School of Economics und der Alfred Herrhausen Gesellschaft (AHG), widmen sich seit einiger Zeit diesem Phänomen und seinen Konsequenzen für Politik, Wirtschaft und Umwelt. Die Beiträge der letzten Kolloquien sind unter

dem Titel „Living in the Endless City“ in einem opulenten Band (beim englischen Verlag Phaidon) herausgekommen. Stadtplaner, Architekten und Ökonomen fanden sich zum Urban Age Projekt zusammen und untersuchten in ihren anregenden Essays die unterschiedlichen Entwicklungen der drei Mega-Metropolen Mumbai, São Paulo und Istanbul. Von den drei Städten ist Mumbai die am dichtesten besiedelte, in Istanbul lebt der größte Anteil der jeweiligen nationalen Population, und die Einwohner São Paulos produzieren besonders viel Müll. Ziel des Projekts ist es, „eine Grammatik für den Erfolg von Städten“ zu finden, so Wolfgang Nowak, Geschäftsführer der AHG. Eines haben die Mega-Citys gemeinsam, das machen die Fotos des Bandes deutlich: Slums und verstopfte Straßen.

LITERATUR

Tragik eines Glückskinds

Er war ein Weltstar der Literatur, einer der meistgelesenen Schriftsteller seiner Zeit mit 60 Millionen verkauften Büchern, Verfilmungen und Theateraufführungen. Eine elegante und aristokratische Erscheinung, scheinbar ein Glückskind, das doch in Verzweiflung versank. Stefan Zweig, österreichischer Jude, 1881 geboren, starb wie ein Held aus einer seiner Novellen – tragisch, von einem dämonischen Zwang getrieben, unfähig zu Freude und Glück. Am 22. Februar 1942 beging er im sicheren brasilianischen Exil Selbstmord, ohne äußere

Not, mit seiner zweiten Frau, der viel jüngeren Charlotte Altmann. Das ist dramatischer Stoff, und der französische Autor Laurent Seksik, 49, versteht es, die Ingredienzien geschickt zu mischen. In seinem jetzt auf Deutsch erschienenen Roman über „die letzten Tage von Stefan Zweig“ (so der Originaltitel) übernimmt er die Technik der intuitiven Biografie im psychoanalytischen Erzählstil, die sein Vorbild so meisterlich beherrschte. Seksik objektiviert das erfüllte Innenleben des Ehepaars Zweig und kehrt es nach außen, um vor dem



LAURENT SEKSİK
Vorgefühl der nahen Nacht
 Aus dem Französischen von Hanna van Laak.
 Karl Blessing Verlag, München; 240 Seiten; 18,95 Euro.

historischen Hintergrund der Nazi-Barbarei und der untergehenden europäischen Zivilisation den seelischen Zusammenbruch eines hochempfindsamen Künstlers und Tagträumers in das Schicksal eines radikalen Humanisten und Pazifisten zu wenden. Der Flüchtling Zweig hatte keine Kämpferseele, deutet Seksik, der Romancier dieses späten Nachrufs, treffend: „In Wahrheit propagierte sein Werk keine pazifistische Botschaft, es verherrlichte vielmehr die Niederlage. Ja, der Besiegte war in seinen Augen eine erhabene Gestalt.“

KINO IN KÜRZE

„**Brautalarm**“ ist der bisher lustigste Film dieses Sommers und ein Beleg dafür, dass Frauen – allen anderslautenden Gerüchten zum Trotz – doch Humor haben. Kristen Wiig, 37, eine Stammkraft der US-Fernsehshow „Saturday Night Live“, schrieb zusammen mit einer Kollegin das Drehbuch dieser ebenso bösen wie warmherzigen Komödie und sicherte sich die Hauptrolle. Wiig spielt eine Neurotikerin namens Annie, die das Glück ihrer besten Freundin Lilian (Maya Rudolph) kaum erträgt. Lilian will bald heiraten, Annie soll ihre Trauzeugin geben, eine Ehre, um die ein heftiger Zickenkrieg entbrennt. Lilians andere beste Freundin, die schöne Helen (Rose Byrne), tut während der Hochzeitsvorbereitungen alles, um Annie auszustecken und zu demütigen. Für Männer bleiben in diesem Szenario nur Nebenrollen (Jon Hamm, Chris O'Dowd) sowie die sicheren Plätze hinter der Kamera (Regie: Paul Feig, Produktion: Judd Apatow).



Wiig (r.) in „Brautalarm“

POP

Aretha Joplin

Die britische Sängerin Joss Stone, 24, hat ein seltenes Glück. Ihre Stimme klingt nach Erfahrungen, die sie unmöglich allesamt gemacht haben kann. Als hätte sie all die Höhen und Tiefen, für die andere Menschen ein langes Leben brauchen, in ein paar Monaten durchlaufen. Joss Stone sieht allerdings nicht danach aus, sondern jung, frisch und unverbraucht. Wie das Hippiemädchen von nebenan. So war das bei ihrem Debüt, da war sie 16 Jahre alt, und so ist es geblieben. „LP1“ heißt ihr neues, in dieser Woche erscheinendes Album, sie hat es in Nashville aufgenommen, der amerikanischen Country-



GETTY IMAGES

Stone

Music-Hauptstadt. „Aretha Joplin“ hat die Soul-Legende Smokey Robinson sie einmal genannt, das trifft es gut: Joss Stone singt Soul, der leicht aufgeraut ist, im zeitlosen Südstaatenstil. Kein Wunder, dass Mick Jagger, 67, die Sängerin für sein neues, geheimnisumwittertes Band-Projekt Super-Heavy engagiert hat. Sie hört sich an, als hätte er sie schon vor 40 Jahren mögen können.

EXILKULTUR

„Den Pazifismus lebendig halten“

Der Anglist Tilman Westphalen, 76, Ehrenvorsitzender der Erich Maria Remarque Gesellschaft in Osnabrück, über die Zukunft der Schriftstellervilla Casa Monte Tabor am Lago Maggiore

SPIEGEL: Herr Westphalen, Sie engagieren sich für den Erhalt der Remarque-Villa. Was ist so wichtig an diesem Haus?

Westphalen: Remarque, der Verfasser des Antikriegsromans „Im Westen nichts Neues“, hat in der Villa mit Unterbrechungen bis zu seinem Tod 1970 gelebt, gemeinsam mit seiner zweiten Ehefrau Paulette Goddard. Das Haus steht für deutsche Exilkultur im Tessin, die auch durch andere Exilliteraten, wie etwa Hermann Hesse, geprägt ist. Hier muss der Gedanke des militanten

Pazifisten Remarque lebendig gehalten werden. In einer Zeit, in der Deutschland an einem Krieg in Afghanistan beteiligt ist, bleibt Remarque mit seiner Aussage aktuell: „Töten ist der Sinn des Krieges – nicht überleben.“

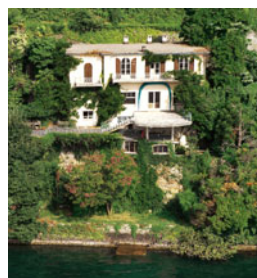
SPIEGEL: Wem gehört das Haus jetzt?

Westphalen: Ein Ehepaar hat es um 1998 herum gekauft. Aber nun haben die beiden ein lukratives Angebot einer Immobilienfirma, die schon viel alte Bausubstanz saniert hat.

SPIEGEL: Was wollen Sie für die Remarque-Villa tun?



Westphalen



Remarque-Villa

Westphalen: Ein Erwerb würde uns helfen, den Schriftsteller Remarque und seine pazifistischen Gedanken bekannter zu machen. Wir versuchen schon jetzt, durch Vorträge und eine Unterschriftenliste auf unserer Website eine Öffentlichkeit herzustellen. Einen Schub erhoffen wir uns auch durch die geplante Neuverfilmung von „Im Westen nichts Neues“.

SPIEGEL: Wie wollen Sie das Geld für einen Kauf zusammenbekommen?

Westphalen: Wir, die Mitglieder der Erich Maria Remarque Gesellschaft aus der Schweiz, aus den USA und aus Deutschland, müssen daran arbeiten, schnell ein nachhaltiges Nutzungskonzept aufzustellen. Nur dann finden wir Geldgeber. Die Gemeinde Ronco und der Kanton Tessin haben ein Vorkaufsrecht für die Villa bis Ende Januar 2012, dann müssen wir sechs Millionen Schweizer Franken zusammenhaben, sonst fällt das Haus einer Luxussanierung zum Opfer.

Der Künstler, Architekt und Menschenrechtler Ai Weiwei ist, spätestens seit seiner Festnahme am 3. April auf dem Flughafen in Peking, zu der prominentesten Symbolfigur für den Widerstand gegen das chinesische Regime geworden. Die Behörden hatten seine Festsetzung mit dem Vorwurf des Steuerbetrugs begründet. Seiner Freilassung gegen Kautions am 22. Juni war eine internationale Protestwelle von Bürgern, Künstlern und Politikern vorausgegangen. Seitdem steht der Künstler unter Hausarrest. Die Behörden verpflichteten ihn zum Schweigen über seine Erlebnisse in der Haft an einem bis heute unbekannten Ort. Doch die mediale Aufmerksamkeit für den Künstler steht in einem merk-

würdigen Kontrast zur Unkenntnis über seine Biografie und die Motivation für seine Arbeit. Ai Weiwei war 2007 durch seine Installation aus alten Haustüren und Fensterrahmen auf der 12. Documenta in Kassel weltweit aufgefallen. Dieses Werk wurde als kritischer Kommentar auf die rigorose chinesische Abrisspolitik gedeutet. Dennoch arbeitete Ai, 53, am Entwurf für das Peking Olympiastadion mit.

Seine pointierte Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen in China, die er in Kunstaktionen, aber auch in seinem Internetblog ausdrückte, gefährdeten ihn zunehmend. 2009 wurde er von Sicherheitskräften geschlagen und in einem Hotelzimmer in der Stadt

DISSIDENTEN

„Wörter sind Beweise“

Ai Weiwei über seine Kindheit, den Einfluss Andy Warhols und das sichere Ende des Kommunismus in China

Hans Ulrich Obrist: Erzählen Sie mir von Ihrer Kindheit und davon, wie alles anfing.

Ai Weiwei: Geboren wurde ich 1957. Mein Vater, Ai Qing, war Dichter. Als ich noch klein war, wurde er in die Wüste Gobi im Nordwesten des Landes verbannt. So verbrachte ich 16 Jahre meiner Kindheit und Jugend nicht weit entfernt von der russischen Grenze. Die Lebensbedingungen dort waren extrem hart, es gab so gut wie keine Schulbildung. Ich wuchs während der Kulturrevolution auf, und wir mussten Kritik und Selbstkritik üben und die Artikel des Vorsitzenden Mao, von Karl Marx, Lenin und anderen studieren. Das wurde Tag für Tag geübt. Nach dem Tod Maos ging ich auf die Filmhochschule, auf die „Beijing Film Academy“.

Ich vermute, dass Sie damals trotzdem vom Wissen Ihres Vaters und seiner Literatur profitierten.

Mein Vater hatte in den dreißiger Jahren in Paris Kunst studiert und war selbst ein sehr guter Künstler. Doch unmittelbar nach seiner Rückkehr wurde er von den Kuomintang, der chinesischen „Nationalen Volkspartei“, in Shanghai ins Gefängnis gesteckt. Während der drei Jahre, die er in Haft verbrachte, konnte er natürlich nicht malen, wurde dafür aber zum Schriftsteller, stark beeinflusst von französischen Dichtern – von Apollinaire, Rimbaud, Baudelaire. Die Kommunisten warfen ihm später vor, antirevolutionär zu sein, gegen die Partei, gegen das Volk. Während der Kulturrevolution wurde er zur Zwangsarbeit verurteilt und musste in einem 200-Seelen-Dorf die öffentlichen Toiletten säubern. Eine ziemlich heftige Strafe für das, was er getan hatte. Er war



Freigelassener Ai in Peking am 23. Juni
„Meinungsäußerung ist nicht möglich“

fast sechzig und hatte nie körperlich schwere Arbeit verrichtet. Fünf Jahre lang hatte er nun so gut wie nie die Möglichkeit, sich auszuruhen, nicht einen einzigen Tag. Er machte oft seine Witze darüber und sagte: „Nun ja, die Menschen scheißen eben unaufhörlich.“ Aber er machte seine Arbeit recht gut. Ich besuchte ihn häufig in diesen Toiletten, um ihm bei der Arbeit zuzuschauen; leider war ich noch zu klein, um ihm zu helfen. Er säuberte diesen öffentlichen Raum sehr gründlich, extrem gründlich, fast penibel. So sah also Bildung in meiner Kindheit aus.

Es gab keine Diskussionen mit ihm über Kunst und Literatur?

Er hat oft darüber gesprochen. Wir mussten all seine Bücher verbrennen, weil sie ihn in Schwierigkeiten gebracht hätten, all diese wunderbaren Bände, Museumskataloge. Nur ein Buch behielt er, eine große französische Enzyklopädie. Je-

den Tag exzerpierte er etwas aus diesem Buch. Er beschäftigte sich mit römischer Geschichte. Und so brachte er uns bei, was die alten Römer damals gemacht hatten – wer wen umgebracht hatte, all diese Geschichten –, und das mitten in der Wüste Gobi. Er liebte Rodin und Renoir, und er sprach oft über moderne Dichtung.

Hat Ihr Vater später seine Arbeit wieder aufgenommen?

Er wurde in den achtziger Jahren rehabilitiert und erfreute sich wieder großer Popularität. Er wurde Vorsitzender einer Schriftstellervereinigung. Und er begann zu schreiben. Er war wirklich voller Leidenschaft und ein sehr freundlicher, liebenswerter Mensch. Er starb 1996, mit 86 Jahren. Seine Krankheit war der Grund, warum ich 1993 aus den USA wieder nach China zurückkehrte.

Sie sind mit etwa zwanzig nach Peking gezogen und haben sich an der Hochschule eingeschrieben.

Das war kurz nach Maos Tod. Ein paar Jahre zuvor war Nixon in China gewesen. Sie wissen, die USA galten als Feind, aber das hat eher historische Gründe. Die wirkliche Bedrohung für China ging von Russland aus, Russen und Chinesen haben sich stets misstraut. Ein paar Jahre nach dem Beginn der „Pingpong-Diplomatie“, 1976, kamen bei einem schweren Erdbeben in Tangshan 300 000 Menschen ums Leben. Und im selben Jahr starben Mao und drei weitere Spitzenfunktionäre, unter ihnen Zhou Enlai. Damit war China buchstäblich heimatlos geworden. Die Ideologie fiel in sich zusammen, der Kampf war gescheitert, politisch gab es plötzlich ein Vakuum. In dieser Zeit hatte ich gerade meinen Schulabschluss gemacht. Ich verbrachte einige Zeit in Pe-

Chengdu festgehalten. Ai erlitt eine lebensgefährliche Hirnblutung. Er konnte sich nach Deutschland absetzen und seine Verletzungen in München erfolgreich behandeln lassen. Der Druck der chinesischen Behörden auf ihn wuchs – genauso wie sein Ruhm. Nun erscheinen zwei Bücher, die erklären helfen, wieso Ai Weiwei so unbeirrt gegen das Regime in Peking kämpft.

In fünf langen Gesprächen mit dem Schweizer Kurator Hans Ulrich Obrist schildert der Künstler in „Ai Weiwei spricht“ seine Kindheit und Jugend im äußersten Nordwesten Chinas, wohin sein Vater, ein bekannter Lyriker, verbannt worden war und wo dieser Zwangsarbeit verrichten musste. Er berichtet auch von

seiner Zeit in New York, seinem ersten Kontakt mit westlicher Kunst und seinen Protestaktionen. Sein Gesprächspartner Obrist, 43, der 2009 von der Fachzeitschrift „Art Review“ zum einflussreichsten Menschen der Kunstwelt gewählt wurde, sprach in den vergangenen zehn Jahren mehrmals ausführlich mit Ai für dieses Interview-Projekt.

Zeitgleich erscheint ein Band mit den Blogs des Künstlers, die seine unverblünten Angriffe auf das Regime enthalten, aber auch Begebenheiten aus seinem Alltag: „Macht euch keine Illusionen über mich. Der verbotene Blog“. Der SPIEGEL hat aus beiden Büchern Auszüge zusammengestellt.





Sohn und Vater Ai in Peking um 1994, Ai-Kunstwerk „Coloured Vases“: „Wir sind eine Generation, die ein Gefühl für Vergangenheit hat“

king, um bei meinem Vater zu sein, dessen Augenkrankheit dort behandelt wurde. Ich fing damit an, Kunstwerke zu fertigen, was vor allem damit zu tun hatte, dass ich der Gesellschaft entfliehen wollte. Und so hatte ich plötzlich die Chance, von den Freunden meines Vaters etwas über Kunst zu lernen.

Was waren das für Leute?

Das war eine Gruppe von Literaten oder Künstlern, die wie mein Vater zu sogenannten Staatsfeinden erklärt worden waren und deshalb nichts zu tun hatten. Viele von ihnen gelten noch immer als gesellschaftsgefährdend. Im Wesentlichen handelt es sich um Professoren und sehr kluge, sehr gebildete Künstler. Sie haben mich ungeheuer beeinflusst.

Wie sah das damals, Ende der siebziger Jahre, mit westlicher Kunst aus? Welchen Einfluss hatte sie? Gab es Bücher?

Es gab so gut wie keine Bücher. Mein erstes Buch über van Gogh, Degas, Manet und ein anderes, über Jasper Johns, bekam ich von einem Übersetzer namens Jian Sheng Yee. Er hatte, glaube ich, eine Deutsche geheiratet und deshalb die Möglichkeit, an solche Bücher zu kommen. Er dachte wohl: „Ach, der Junge mag Kunst.“ Und diese Bücher wurden ungeheuer wertvoll. Es ist interessant, dass wir alle die Post-Impressionisten mochten, aber mit Jasper Johns nichts anfangen konnten, weil wir ihn nicht verstanden: Eine amerikanische Flagge? Eine Landkarte? Was soll das denn?

Das Buch über Jasper Johns wanderte in die Mülltonne?

Direkt in die Mülltonne. Wir konnten damit überhaupt nichts anfangen. Während der Kulturrevolution gab es keine

Universitätsbildung. Die Kunst folgte sozialistischen Regeln und orientierte sich am sowjetischen Stil.

Marcel Duchamp kannte man also nicht?

Überhaupt nicht. Mit dem Kubismus war Schluss – Picasso und Matisse waren die letzten Helden der modernen Kunstgeschichte in China.

Das ist doch bemerkenswert: Es gab nur begrenztes Wissen und kaum irgendwelche Informationen oder Bücher, und doch entwickelte sich in den siebziger und achtziger Jahren in China eine Avantgarde, zu der Sie ja auch gehörten. Was geschah in dieser Zeit?

Wir sind eine Generation, die ein Gefühl für Vergangenheit hat, für die Zeit des Eisernen Vorhangs und des kommunistischen Kampfes. Es war sogar schlimmer, als es heute in Nordkorea ist. Die einzigen Gedichte, die man rezitieren durfte, waren solche auf den Vorsitzenden Mao. Jedes Klassenzimmer, jede Zeitung, die wir lasen – immer war da nur der Vorsitzende Mao, seine Sprache und sein Bild. Doch wir wussten alle, was davor in den zwanziger und dreißiger Jahren passiert war. Wir wussten Bescheid über den Kampf unserer Väter für ein neues China, für ein modernes China mit Demokratie und Wissenschaft. Und Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre merkten wir allmählich, dass Chinas Tragödie aus einem Mangel an Freiheit und freier Meinungsäußerung resultierte. Und so begann diese Gruppe junger Leute, Gedichte zu schreiben und Zeitschriften zu verfassen. Wir begannen mit Selbstbewusstsein für das zu kämpfen, was wir haben wollten: persönliche Freiheit. Es

war, als wäre es Frühling geworden. Jeder las die Bücher, die gerade in Umlauf waren. Es gab keine Kopiergeräte, deshalb schrieben wir ganze Bücher per Hand ab und reichten sie an Freunde weiter. Es gab tatsächlich nur ein sehr begrenztes Maß an geistiger Nahrung und Information, doch dieses wenige wurde mit ungeheurem Eifer und leidenschaftlicher Liebe zur Kunst und zum rationalen politischen Denken weitergegeben. Das war der erste echte Augenblick unserer Demokratie.

Wo und wie hat sich die Avantgarde getroffen? Gab es ein Lokal oder eine Schule?

Es gab eine Mauer. Wir nannten sie die Mauer der Demokratie. An dieser Mauer konnten die Menschen ihre Aufzeichnungen oder Gedanken anbringen. Es war ein sehr kleiner Kreis – China hat ja eine Riesenbevölkerung, aber wirklich aktiv waren weniger als hundert Leute. Es gab ungefähr zwanzig oder dreißig Wandzeitungen, die wir jede Nacht verfassten, druckten und an der Mauer anbrachten.

Was war Ihr erstes Kunstwerk?

Begonnen habe ich als Maler und Zeichner. Ich fertigte jede Menge Zeichnungen an. Ganze Monate verbrachte ich im Bahnhof von Peking, denn dort hielten sich so viele Menschen auf, natürlich gab es damals weder Modelle noch Kunsthochschulen. Also blieb ich einfach im Bahnhof sitzen, um all die dort wartenden Menschen zu zeichnen.

Wie sahen Ihre ersten Gemälde aus?

Es handelte sich zumeist um Landschaften im Stil von Munch, einige orientierten sich aber auch an Cézanne, wie nicht zu übersehen ist. Ich erinnere mich, am Ende der Ausbildung gab der Lehrer jedem Stu-



COURTESY THE ARTIST AND LISSON GALLERY

denen seine Kritik mit auf den Weg, nur mich ließ er dabei bewusst aus.

Sie waren in Ihrer eigenen Welt.

Ja, ich habe die Akademie dann ohne Abschluss verlassen, um 1981 in die USA zu gehen. Für mich war New York schon immer die Hauptstadt zeitgenössischer Kunst. Und ich wollte ganz vorn mit dabei sein. Auf dem Weg zum Flughafen sagte meine Mutter lauter so Dinge wie: „Bist du traurig, dass du kein Englisch sprichst?“, „Du hast kein Geld“ (ich hatte dreißig Dollar in der Hand) und „Was wirst du dort machen?“ Und ich antwortete: „Ich fahre nach Hause.“ Meine Mutter war völlig überrascht, ebenso meine Mitschüler. Ich sagte: „Wenn ich in vielleicht zehn Jahren wieder zurückkomme, werdet ihr einen neuen Picasso erleben!“ Sie haben gelacht. Ich war naiv, aber ich hatte so viel Zuversicht und Selbstvertrauen. Ich bin gegangen, weil die Aktivisten unserer Gruppe alle verhaftet wurden – sie seien westliche Spione, was natürlich völliger Unsinn war. Die Anführer der Demokratiebewegung wurden zu dreizehn Jahren Gefängnis verurteilt. Wir kannten all diese Leute, wir wurden förmlich zurückgedrängt und hatten wahnsinnige Angst.

Wie fanden Sie sich in dieser New Yorker Kunstwelt zurecht?

Ganz zu Anfang lernte ich Englisch. Ich war mir vollkommen sicher, mein gesamtes Leben in New York zu verbringen, dabei war ich gerade einmal Mitte zwanzig. Ich schrieb mich an der Parsons School for Design ein. Mein Lehrer war Sean Scully. Er mochte Jasper Johns, der damals gerade bei Leo Castelli eine Ausstellung mit einer Reihe neuer Werke hatte. Das erste Buch, das ich in New York las, war „The

Philosophy of Andy Warhol“. Ich liebte dieses Buch. Seine Sprache ist so schlicht und gleichzeitig so wunderschön. Von da an wurde mir alles klar. Ich wurde ein Fan von Johns, und dann arbeitete ich mich in Duchamps Denken ein, was mir Einblicke in moderne und zeitgenössische Kunstrichtungen wie Dada oder Surrealismus verschaffte. Ich war natürlich von all dem, was in New York passierte, völlig fasziniert. Es war der Neo-Expressionismus der frühen achtziger Jahre, den ich ein wenig praktizierte, aber nicht wirklich mochte. Mir steht der Sinn eher nach Ideen, deshalb waren mir der Konzeptualismus und Fluxus deutlich lieber. Aber die waren damals nicht wirklich populär. Man musste in all diese Galerien und natürlich auch ins East Village. Man begann sich zu fragen, welche Art von Künstler man eigentlich sein wollte. Ich erinnere mich noch an Jeff Koons' erste Ausstellung mit diesen Basketballen, die in Wassertanks schwebten, das war ganz in der Nähe meiner Wohnung, im East Village.

Wann begannen Sie, mit Skulpturen, Plastiken und Installationen zu arbeiten?

Meine erste Plastik schuf ich 1983, wenn man dabei überhaupt von einer Plastik sprechen kann. Später habe ich dann einen Kleiderbügel genommen und das Profil von Duchamp daraus geformt. Eigentlich wollte ich mit Alltagsobjekten arbeiten – ganz klar unter dem Einfluss von Duchamp und Dada –, brachte aber nicht viel zustande. Aus dieser Zeit sind nur ein paar Objekte übrig, denn bei jedem Umzug – und in New York bin ich in zehn Jahren ungefähr zehnmal umgezogen – musste ich einen Großteil meiner Sachen wegwerfen.

Damals malten Sie auch noch. Es gibt die drei Porträts von Mao: Mao 1–3 (1985). Wann haben Sie beschlossen, mit dem Malen aufzuhören?

Diese Maos waren wie ein Abschiednehmen von alten Zeiten. Ich habe die drei Gemälde innerhalb sehr kurzer Zeit angefertigt und dann das Malen völlig aufgegeben.

Und wie sieht es mit dem Zeichnen aus? Ich habe in Ihrem Atelier eine Menge Zeichnungen gesehen.

Meine ersten Zeichnungen dienten mir in erster Linie als Übung, die Welt mit ein paar Strichen zu erfassen. Das kann sehr unterhaltsam und befriedigend sein. Maler wie Picasso und Matisse zeichneten immer weiter, weil sie es einfach so gut konnten. Ich mag das nicht; immer wenn ich mich zufrieden fühle und mit mir einverstanden bin, versuche ich, mich diesem Gefühl zu entziehen. Später bediente ich mich beim Zeichnen

dann anderer Methoden. Ich mache jeden Tag Fotos, was für mich wie Zeichnen ist. Es ist eine Übung darin, was man sieht und wie man es festhält. Und der Versuch, nicht die Hände zu benutzen, sondern die Wahrnehmung und den Kopf.

Wann haben Sie mit dem Fotografieren angefangen?

Das war Ende der achtziger Jahre in New York, als ich mit dem Malen aufhörte. Es gab damals nur fünfzig Spitzenkünstler, Julian Schnabel und diese Leute. Ich musste auf all diese Vernissagen und in all diese Galerien, und ich wusste, ich hatte keine Chance. Also begann ich eine Unmenge an Fotos zu machen, Tausende von Fotos, die meisten davon schwarz-weiß. Ich habe sie erst zehn Jahre später entwickelt. Fotografieren ist wie Atmen. Es wird zu einem Teil der eigenen Person.

War New York für Sie damals wirklich ein dauerhaftes Exil?

In New York schlug ich mich mit allen möglichen Tätigkeiten durch – am Anfang als Gärtner und Hausmeister. Damals war mein Englisch ziemlich schlecht. Dann machte ich Schreinerarbeiten, war als Rahmenbauer und in einer Druckerei tätig, ich nahm alle möglichen Arten von Jobs an, um zu überleben, aber gleichzeitig wusste ich, dass ich ein Künstler war. Es wurde beinahe zu etwas Symbolischem, ein „Künstler“ zu sein. Du bist nicht irgendjemand, sondern ein Künstler. Ich machte nicht viel Kunst, denn ich wusste: Nach Duchamp bedeutet Künstlersein eher einen Lebensstil oder eine Haltung.

Eine Haltung?

Ja, eine Art, die Dinge zu betrachten. Das hat mich befreit, doch gleichzeitig hat es mich in eine schwierige Position gebracht – ich wusste, ich war ein Künstler, habe aber nicht besonders viel gemacht. Ich bin einfach durch die Gegend gelaufen, ich hatte nicht viel zu tun. Nach einer Weile wurde das alles ziemlich schwierig, denn ich war noch so jung. Auf

der einen Seite will man etwas tun, jemand sein, doch gleichzeitig merkt man, dass es fast unmöglich ist, ökonomisch wie kulturell. Das war dann ein Vorwand für mich, wieder nach China zurückzukehren und mich dort umzusehen, denn ich hatte zwölf Jahre lang weder nach Hause geschrieben noch dem Land einen Besuch abgestattet. Mein Verhältnis zu meiner Familie war nicht gerade be rauschend, es herrschte eine gewisse Distanz. Aber wenn ich schon zurückging, so war dies (die Erkrankung des Vaters) der richtige Moment dafür.

Trafen Sie auf ein verändertes China?

1989 war die Studentenbewegung niedergeschlagen worden:



**AI WEI WEI
SPRICHT**
Interviews
mit Hans Ulrich
Obrist

Aus dem Englischen von Andreas Wirthensohn. Carl Hanser Verlag, München; 144 Seiten; 14,90 Euro; erscheint am 25. Juli.

das Massaker auf dem Platz des Himmelsfriedens. Ich hatte keinerlei Illusionen, was China anging, auch wenn mir jeder erzählt hatte, wie sehr sich das Land verändert habe. Einige Dinge hatten sich in der Tat geändert, andere hingegen nicht. Neu war, dass die Stadtzentren schöner geworden waren. Es gab ein bisschen freies Unternehmertum; was sich nicht geändert hatte, war die Kommunistische Partei – sie ist noch immer überall, sie tötet, bis heute. Es herrscht nach wie vor Zensur, freie Meinungsäußerung ist nicht möglich, nicht anders als zu der Zeit, da ich in die USA ging. China, das ist wirklich ein höchst komplexes, vielschichtiges Gefüge. Und man merkt, die Gesellschaft hat so viele Probleme, und alles ändert sich so langsam. Nach meiner Rückkehr hatte ich noch immer das Gefühl, dass man in diesem Land nicht viel bewirken konnte.

Wie hat das mit dem Blog angefangen?

Durch Zufall. Das chinesische Internetunternehmen Sina hatte die Idee, für eine Gruppe von Leuten Blogs einzurichten. Ich habe ihnen gesagt, dass ich noch nie mit Computern gearbeitet hätte und gar nicht wisse, wie man sie benutzt. Aber sie sagten nur: „Das bringen wir Ihnen bei.“ Es schien mir die beste Möglichkeit, unmittelbaren Kontakt mit der Wirklichkeit zu haben und auch mein Privatleben ins Offene hinaus, in die Öffentlichkeit zu werfen. Früher habe ich viel gezeichnet. Heute ist das Blog mein Zeichnen. Ich lese meine E-Mails, ich schreibe, ich fotografiere. Hätte es das Internet schon früher gegeben, hätten Leonardo da Vinci oder Degas nie gezeichnet. Das Blog ist die moderne Zeichnung. Alles, was ich dort sage, kann als Teil meines Werkes gelten.

Erinnern Sie sich noch an Ihren ersten Blog-Eintrag?

Das erste Blog bestand nur aus einem Satz. Ich sagte in etwa: „Man braucht einen Zweck, um sich selbst auszudrücken, aber dieser Ausdruck ist selbst schon Zweck.“ Am Anfang hat man wirklich damit zu kämpfen, warum man jetzt mit anderen Computern reden soll. Es ist irgendwie ein wenig bizarr, als würde man etwas in einen Fluss werfen: Es geht sofort unter, ist aber trotzdem da drin und verändert das Volumen des Flusses, seine Füllmenge, je nachdem, wie viele Objekte man hineinwirft. Ich glaube, der 19. November 2006 war der erste Tag meines Blogs. Inzwischen habe ich schon mehr als zweihundert Artikel, Interviews und Texte, Kommentare zu Kunst, Kultur und Politik, Zeitungsausschnitte und so weiter dort veröffentlicht. Ich finde, das ist ein höchst interessantes Geschenk für mich oder sogar für China, denn wir le-

ben in einer Gesellschaft, in der Selbstdarstellung nicht unterstützt wird und einem sogar schaden kann, wie das zwei Generationen von Schriftstellern passiert ist. Die Menschen haben Angst, irgendetwas aufzuschreiben; denn Wörter auf Papier können als Beweis für ein Verbrechen verwendet werden. Darum sind chinesische Intellektuelle heute so vorsichtig. Ich bin in einer Gesellschaft aufgewachsen, in der es nicht gerade gefördert wurde, ein Intellektueller zu sein oder zu lesen und zu schreiben. Wenn ich ein Buch zur Hand nahm, sagte mein Vater: „Ach, leg's weg, das tut deinen Augen nicht gut.“ Er war in dieser Hinsicht wie ein alter Bauer.

Das war tatsächlich seine Ansicht?

Ja. Er ging seiner Arbeit nach und war der Meinung, seinen Kindern tue das Lesen nicht gut: Wer über Wissen verfüge, würde bestraft werden. Man durfte nicht offen seine Meinung sagen, weil das tödlich enden konnte. Und eines bedaure ich zutiefst: dass ich nicht wirklich gut schreiben kann. Wenn ich gut schreiben könnte, würde ich dafür meine Kunst aufgeben. Für mich ist Schreiben die

wundervollste und effektivste Art, mein Denken deutlich zu machen. Am Anfang war es ziemlich schwierig, aber im Laufe der Zeit ging es immer besser, und dafür muss ich dieser Technik danken: Sie hat mir das Ganze deutlich erleichtert.

Sie hat in gewissem Sinne Ihr Schreiben befreit?

Sehr sogar. Jetzt kann ich problemlos tausend Wörter am Tag schreiben.

Sie benutzen auch die Kamera für Ihr Blog.

Ja, das ist etwas ganz Großartiges. Man kann unmittelbar zu Menschen sprechen, die man nicht kennt. Es ist, als ob man auf die Straße geht und an der Ecke eine Frau trifft. Man spricht sie direkt an. Und dann fängt man vielleicht an zu streiten oder sich zu lieben.

Sie machen also jeden Tag Fotos, wo immer Sie sind?

Ja, ganz gleich, in welcher Situation. Als man mir dieses Blog eingerichtet hat, wusste ich nicht, was ich damit machen sollte. Ich habe dann Fotos reingestellt, fast 70 000, mindestens 100 am Tag. Ich war überwältigt, denn als wir aufwuchsen, hatten wir keinerlei Möglichkeit, uns frei auszudrücken. Auch heute sagen noch immer viele Leute, ich solle auf mich aufpassen, ich solle nicht so viel sagen in meinem Blog. Aber ich bin der Meinung, jeder soll die Dinge so machen, wie er es für richtig hält. Ich spreche in meinem Blog häufig über die Situation der Menschen und über gesellschaftliche Probleme. Im selben Augenblick, da ich die Tastatur berühre, kann ein junges Mädchen, ein alter Mann oder

„Ich kann mich nicht selbst zensieren, denn das ist ja der Grund, warum ich das Blog habe.“

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) Jussi Adler-Olsen**
Erlösung
dtv; 14,90 Euro
- 2 (4) Jussi Adler-Olsen**
Schändung
dtv; 14,90 Euro
- 3 (2) Volker Klüpfel / Michael Kober**
Schutzpatron
Piper; 19,95 Euro
- 4 (3) Susan Elizabeth Phillips**
Der schönste Fehler meines Lebens
Blanvalet; 14,99 Euro
- 5 (8) Max Landorff**
Der Regler
Scherz; 13,95 Euro
- 6 (5) Donna Leon**
Auf Treu und Glauben
Diogenes; 22,90 Euro
- 7 (6) Karen Rose**
Todesstoß
Knaur; 14,99 Euro
- 8 (11) Martin Suter**
Allmen und der rosa Diamant
Diogenes; 18,90 Euro
- 9 (→) Richelle Mead**
Schicksalsbande – Vampire Academy 6
Lynx; 12,99 Euro

Letzter Band der Jugendbuchserie, in dem eine Freundin der Blutsauger die endgültige Entscheidung in Liebesdingen trifft
- 10 (7) Carlos Ruiz Zafón**
Marina
S. Fischer; 19,95 Euro
- 11 (9) Horst Evers**
Für Eile fehlt mir die Zeit
Rowohlt Berlin; 14,95 Euro
- 12 (10) Arno Geiger**
Der alte König in seinem Exil
Hanser; 17,90 Euro
- 13 (13) Simon Beckett**
Verwesung
Wunderlich; 22,95 Euro
- 14 (12) Rita Falk**
Winterkartoffelknödel
dtv; 12,90 Euro
- 15 (15) Tommy Jaud**
Hummeldumm
Scherz; 13,95 Euro
- 16 (14) Hans Fallada**
Jeder stirbt für sich allein
Aufbau; 19,95 Euro
- 17 (18) Dora Heldt**
Kein Wort zu Papa
dtv; 12,90 Euro
- 18 (→) Josephine Angelini**
Göttlich verdammt
Dressler; 19,95 Euro
- 19 (17) Rita Falk**
Dampfnudelblues
dtv; 14,90 Euro
- 20 (16) P. C. Cast / Kristin Cast**
Versucht – House of Night 6
FJB 16,95 Euro

Sachbücher

- 1 (1) Heribert Schwan**
Die Frau an seiner Seite – Leben
und Leiden der Hannelore Kohl
Heyne; 19,99 Euro
 - 2 (2) Dieter Nuhr**
Der ultimative Ratgeber für alles
Bastei Lübbe; 12,99 Euro
 - 3 (3) Margot Käßmann**
Sehnsucht nach Leben
adeo; 17,99 Euro
 - 4 (4) Walter Kohl**
Leben oder gelebt werden
Integral; 18,99 Euro
 - 5 (6) Joachim Fuchsberger**
Altwerden ist nichts für
Feiglinge Gütersloher Verlagshaus; 19,99 Euro
 - 6 (9) Sven Kuntze**
Altern wie ein Gentleman
C. Bertelsmann; 19,99 Euro
 - 7 (5) Bud Spencer mit Lorenzo De Luca und
David De Filippi** Mein Leben, meine
Filme – Die Autobiografie
Schwarzkopf & Schwarzkopf; 19,95 Euro
 - 8 (7) Andreas Kieling**
Ein deutscher Wandersommer
Malik; 22,95 Euro
 - 9 (10) Helmut Schmidt**
Religion in der Verantwortung
Propyläen; 19,99 Euro
 - 10 (8) Richard David Precht**
Wer bin ich – und wenn ja,
wie viele? Goldmann; 14,95 Euro
 - 11 (12) Leo Martin** Ich krieg dich!
Ariston; 14,99 Euro
 - 12 (11) Wolfgang Büscher**
Hartland – Zu Fuß durch
Amerika Rowohlt Berlin; 19,95 Euro
 - 13 (17) Martin Wehrle**
Ich arbeite in einem Irrenhaus
Econ; 14,99 Euro
 - 14 (13) Matthias Matussek**
Das katholische Abenteuer
DVA; 19,99 Euro
 - 15 (14) Hannelore Elsner**
Im Überschwang
Kiepenheuer & Witsch; 19,99 Euro
 - 16 (→) Katja Schneider**
Gefangen in
Deutschland
mvg; 17,99 Euro
- Leben in einer islamischen
Parallelgesellschaft:
Nach der Heirat mit einem
Türken erlebt eine Deut-
sche einen Kulturschock**


- 17 (15) Axel Hacke / Giovanni di Lorenzo**
Wofür stehst Du?
Kiepenheuer & Witsch; 18,95 Euro
 - 18 (16) Corinne Hofmann**
Afrika, meine Passion A 1; 22,99 Euro
 - 19 (→) Thilo Sarrazin**
Deutschland schafft sich ab
DVA; 22,99 Euro
 - 20 (→) Margot Käßmann**
In der Mitte des Lebens
Herder; 16,95 Euro

ein Bauer meinen Eintrag lesen und sagen: „Schau dir das an, das ist was völlig anderes, der Typ ist verrückt.“ In einer Gesellschaft wie der chinesischen wird jede Frage, welche die Rechte und die Möglichkeiten der freien Meinungsäußerung betrifft, automatisch zu einer politischen Frage. Insofern wurde ich zwangsläufig zu einer politischen Figur. Ich glaube nicht, dass das irgendwie zu beklagen wäre, denn wir wurden nun einmal in eine solche Zeit hineingeboren und müssen uns unseren Problemen stellen. Vielleicht wird die Sache irgendwann von den Behörden unterbunden. Einmal kamen sie und sagten: „Hey, wir werden Ihr Blog melden. Es ist heikel. Warum nehmen Sie nicht einige Seiten raus?“

Das ist tatsächlich passiert?

Ja, sie haben mit mir verhandelt, waren dabei aber sehr höflich. Ich sagte: „Schauen Sie, das Ganze ist doch ein Spiel. Ich spiele meine Rolle, Sie spielen Ihre Rolle. Sie können das Blog sperren, wenn es sein muss, denn das ist technisch für Sie ja kein Problem. Aber ich kann mich nicht selbst zensieren, denn das ist ja der Grund, warum ich das Blog habe.“ Das Blog ist wie ein Ungeheuer, es wächst. Ich bin mir sicher: Sobald jemand einen Blick in mein Blog wirft, beginnt er die Welt anders zu sehen, ohne es zu merken. Viele Leute haben mir gesagt: „Oh, Sie dürfen nicht mit dem Bloggen aufhören. Sie müssen vorsichtig sein. Denn wenn man Sie einsperrt, was sollen wir dann tun?“ Es hat fast etwas Ruhrendes: „Wir brauchen Sie. Ihr Blog ist Teil unseres Lebens geworden.“ Das ist auch der Grund, warum die Kommunisten von Anfang an alles zensiert haben. Sie sind die einzige Propagandaquelle und hatten damit in den letzten 50 Jahren auch großen Erfolg. Aber aufgrund der Öffnung Chinas werden sie nicht überleben. Sie können nicht überleben. Sie müssen ein gewisses Maß an Freiheit zulassen; einmal erlaubt, lässt sich das nicht mehr kontrollieren.

Ihr Blog und Ihre Arbeit machen viele Dinge öffentlich. Haben Sie noch Geheimnisse?

Ich neige dazu, meine persönlichen Geheimnisse offenzulegen. Ich glaube, zum Menschsein gehört, dass sowohl das Leben als auch der Tod ihre verborgene Seite haben, aber es gibt eben immer die Versuchung, die Wahrheit ans Tageslicht zu bringen und zu erkennen, dass man einen gewissen Mut oder ein gewisses Verständnis vom Leben und vom Tod braucht. Also selbst wenn man versucht, sich nach außen zu kehren und zu öffnen, bleibt man doch ein Geheimnis, denn jeder ist ein Geheimnis und ein Rätsel. Wir können uns selbst nie begreifen. Was immer wir tun, führt in die Irre. Insofern ist es also egal.

Wehrt euch!

Aus dem Blog von Ai Weiwei

Gepostet am 26. November 2008

Tötet, aber nicht im Namen der Gerechtigkeit

Nur zu, tötet, wenn ihr wollt, tötet nach Herzenslust. Niemand wird euch daran hindern, habt also keine Sorge und macht munter weiter. Löscht ein Leben aus, es wäre nicht das tausendste und auch nicht das zehntausendste, und es wird auch nicht das letzte sein. Kein Einziger von euch hat mit der Wimper gezuckt, als die Panzer über junge Menschen rollten. Weil schon längst bekannt ist, dass Verbrechen keinerlei Strafe nach sich ziehen, weil ihr euch nur durch Lügen am Leben haltet und weil das Gras der Gerechtigkeit in diesem öden Land nie wachsen wird, gibt es nichts mehr, was euch aufhalten könnte. Der Einsatz „rechtlicher Mittel“, die Präsentation „konkreter Fakten“ vor den höchsten Zivilgerichten und das Gerede von „Recht und Anstand“, das alles ist so lächerlich, als wollte man mit einem Tiger um dessen Fell feilschen. Kann uns jemand sagen, worin heutzutage der Unterschied zwischen dem Staat und Verbrechen besteht? Wenn wir sagen, die Organe der öffentlichen Sicherheit seien Huren, wäre das eine Beleidigung der Arbeiterinnen des horizontalen Gewerbes. Nehmt euch, was ihr wollt, tötet, bis ihr zufrieden seid. Ihr braucht nicht zu wiederholen, wie viele Tibeter ihr befreit habt, dass die Beute größer geworden ist, einige Milliarden, und dass es „einen transparenten demokratischen Prozess“ geben muss. Wer glaubt diesen Schwachsinn noch? Das ist eine vollständigere Version der Geschichte unserer Republik.

Nur zu, tötet, aber nicht im Namen der Gerechtigkeit. Das würde alles der Schande preisgeben. Kein Regime will, dass man sich seiner mit Verachtung erinnert.

Gepostet am 20. März 2009

Bürgeruntersuchung

Wahrheit. Verantwortung. Rechte.

Vor 300 Tagen reiste ich in das Erdbebengebiet im Kreis Wenchuan in der Provinz Sichuan. Dort sah ich schreckliche Zustände und unendliches Leid. Wir wissen nicht, warum all diese Kinder gestorben sind und wie sie gestorben sind. Wir werden nie erfahren, was sie empfanden,

als sie unter dem Schutt lagen und warteten. Während der Katastrophe streckte ich meine Hand nicht aus. Ich muss gestehen, dass es über meine Kräfte ging.

Sie sagen, sie hätten nichts mit dem Tod der Schulkinder zu tun. Sie sagen, die Katastrophe sei unvermeidlich gewesen, die Experten hätten es bewiesen. Sie vertuschen die Wahrheit und sprechen nicht über die Korruption, sie vermeiden es, sich zu den Tofu-Konstruktionen zu äußern. Sie verbergen die Fakten, und im Namen der „Stabilität“ verfolgen, bedrohen und verhaften sie die Eltern der toten Kinder, weil diese Menschen die Wahrheit wissen wollen. Sie verstoßen offen gegen die Verfassung und treten die Grundrechte der Menschen mit Füßen. Diese Kinder hatten Eltern, sie hatten Träume, sie konnten lächeln. Jedes von ihnen hatte einen Namen, der ihm gehörte. Ihre Namen sind das Einzige, was von ihnen bleiben wird, das Einzige, was in Erinnerung gerufen werden kann. Wehrt euch gegen das Unvermögen zu erinnern, wehrt euch gegen die Lügen. Um der Toten zu gedenken, Sorge um die Lebenden zu zeigen, Verantwortung zu übernehmen und die Möglichkeit des Glücks für die Überlebenden aufrechtzuerhalten, leiten wir eine „Bürgeruntersuchung“ ein. Wir werden die Namen aller verschwundenen Kinder herausfinden, und wir werden dieser Kinder gedenken. Denen, die sich Illusionen über uns Bürger machen, sei gesagt: Diese Kinder werden nicht verschwinden, solange wir nicht aufgeben. Dies ist Teil des Grunds zu leben, und wir werden ihn uns nicht nehmen lassen.

Wer Interesse an der Bürgeruntersuchung hat, kann unter folgender Adresse seine Kontaktdaten hinterlassen:

xuesheng512@gmail.com

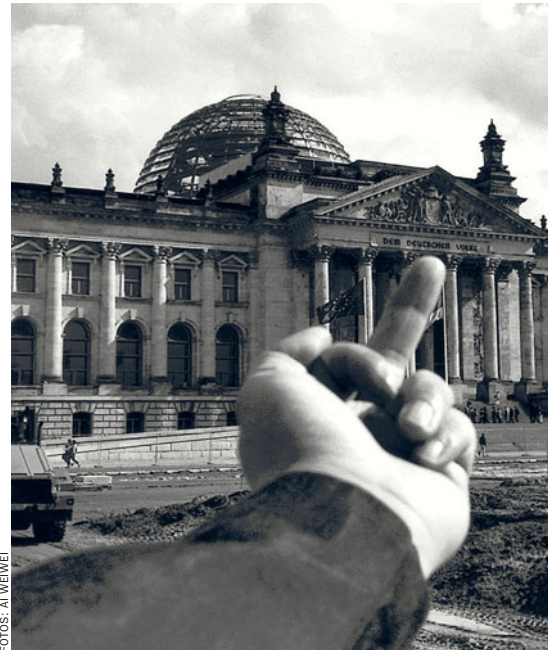
Deine Handlungen erschaffen deine Welt.

Gepostet am 28. Mai 2009

Macht euch keine Illusionen über mich

Jetzt kommt wieder diese Zeit des Jahres, in der ihr sehr beschäftigt sein werdet*. Dass ihr einen von „euren eigenen“ Männern zur Polizeidienststelle geschickt

* Gemeint ist der 20. Jahrestag des Massakers auf dem Platz des Himmlichen Friedens am 4. Juni. In China sind vor solchen Jahrestagen Razzien üblich, und die Zensur wird verschärft.



Ai-Fotoserie „Study of Perspective“ 1995 bis 2003:



Platz des Himmlischen Friedens, Peking



Eiffelturm, Paris



Reichstagsgebäude, Berlin

„Deine Handlungen erschaffen deine Welt“

habt, war nur ein weiteres Missverständnis. Es war nur einen Tag her, dass ich zweimal die 110 angerufen und zwei Beamte des Sicherheitsdienstes, die ihre Ausweise vergessen hatten, zur Polizeidienststelle geschickt hatte, damit sie sich dort identifizierten.

Heute habe ich dreimal die 110 angerufen, um Anzeige zu erstatten und die beiden Polizisten in Zivil, die mich beschatteten, zur Polizeidienststelle zu schicken.

Um mich kurz zu fassen: Gleichgültig, ob es sich um Beamte des Sicherheitsdienstes, uniformierte Beamte, Beamte in Zivil, Polizisten im Notdienst oder die Kader auf der Polizeiwache handelt, meine Maßnahme richtete sich nicht gegen sie persönlich, so, wie ihre Handlungen nicht gegen mich persönlich gerichtet sind. Sollten meine Anschuldigungen ihre Würde verletzt haben, so bedaure ich das aufrichtig. Es war ein Missverständnis.

Wenn ihr lediglich amtliche Pflichten erfüllt und es für euch überlebenswichtig ist, kann ich euer Verhalten bis zu einem gewissen Grad verstehen, egal was ihr gemacht habt.

Was ich sagen will, ist Folgendes: Als Mensch muss ich meine Rechte verteidigen. Niemand sollte mich provozieren. Ich habe hingenommen, dass ihr mein Blog gelöscht habt*, ich habe hingenommen, dass ihr mein Telefon angezapft habt, ich habe hingenommen, dass ihr mein Haus überwacht.

Gepostet am 28. Mai 2009

Ich bin bereit

„Sei vorsichtig! Bist du bereit?“ Ich bin bereit. Obwohl es nichts gibt, für das ich bereit sein könnte. Ich habe ja nur mich selbst. Mehr kann niemand haben, und mehr kann ich auch nicht geben. Wenn es sein muss, werde ich nicht zögern und auch keine Ausflüchte gebrauchen.

Wenn einen etwas wehmütig machen kann, dann die Wunder, die das Leben uns schenkt. Sie sind für uns alle dieselben, wie in einem Spiel, in dem alle gleich sind, und genauso die Illusionen und die Freiheit, die sie begleiten. Ich verstehe jede Art von Bedrohung eines Menschenrechts als Bedrohung der Würde und Vernunft des Menschen, als Bedrohung der vielfältigen Möglichkeiten des Lebens. Ich will lernen, mich dagegen zu wehren.

Immer mit der Ruhe, ich lerne schnell, und ich lasse euch nicht im Stich. Unlängst half mir der kollektive Tod dieser Kinder, die ihr Leben verwirkt hatten, die Bedeutung des individuellen Lebens in der Gesellschaft zu erkennen.

* Einzelne Einträge wurden schon vor dem 28. Mai 2009 gelöscht.

Weist Zynismus und Angst zurück, verweigert die Zusammenarbeit und das Tee-trinken, es gibt nichts zu besprechen. Es gilt dieselbe alte Redensart: Kommt mich nicht wieder besuchen. Ich werde nicht kooperieren. Wenn ihr unbedingt kommen müsst, bringt eure Folterwerkzeuge mit. *Nach diesem Eintrag wurde Ai Weiweis Blog gelöscht. (Danach veröffentlichte er seine Botschaften auf Twitter und anderen Internetdiensten.)*

Gepostet am 20. November 2009

Ich kann es wirklich nicht glauben

Gestern hat ein Mitarbeiter des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit den ganzen Nachmittag lang in der Bank of China meine Kontounterlagen geprüft. Die Begründung lautete, ich sei in einen „Betrug“ verwickelt. Was haben sie vor?

Das Ministerium für Öffentliche Sicherheit hat sehr gründlich ermittelt, über drei Stunden lang. Solche Aktionen beweisen, dass man dort nach unten keine moralische und ethische Grenze kennt. Das überrascht mich keineswegs. Als ich hörte, ich sei in einen „Betrug“ verwickelt, habe ich gelacht – wenigstens teilen wir diese zweifelhafte Ehre.

Meine Mutter und meine Schwester wurden telefonisch befragt. Zuerst waren sie besorgt und befürchteten alles Mögliche, aber ich teile ihre Befürchtungen nicht. Ich glaube, egal was passiert, nichts kann den historischen Prozess aufhalten, mit dem eine Gesellschaft mehr Freiheit und Demokratie einfordert.

Heute Nachmittag kam meine Familie zusammen, und ich habe ihr über meine „Arbeit“ berichtet. Ich erklärte meine Sicht der Dinge und stellte die Situation dar. Alle wissen, dass ich den schlimmsten Fall bereits in Betracht gezogen habe, und sie fühlen sich jetzt viel sicherer.

Was können sie mir schon antun? Sie können mich ausweisen, entführen oder einsperren, auch dafür sorgen, dass ich mich in Luft auflöse. Aber sie haben keine Phantasie oder Kreativität. So eine politische Clique ist erbärmlich.

Begrabt diese Kinder, flößt ihnen Milch ein, von der sie Nierensteine bekommen, und tut, als sei nichts gewesen, überzieht das Land mit Gewalt, aber wagt es nicht, den Tatsachen ins Auge zu sehen ... und so wollt ihr euch in dieser Welt behaupten? Ich kann es wirklich nicht glauben.



AI WEIWEI
Macht euch keine Illusionen über mich. Der verbotene Blog.
Verlag Galiani,
Berlin; 480 Seiten;
19,99 Euro. Erscheint am 25. Juli.

INTELLEKTUELLE

Das Orakel von Toronto

Die Welt verdankt ihm das „globale Dorf“. Vor hundert Jahren wurde Marshall McLuhan geboren. Doch der Kanadier hinterließ weit mehr als nur Schlagworte. *Von Georg Diez*

Tom Wolfe war begeistert. Er hatte die Zukunft gesehen, und sie trug ein Jackett aus Tweed und hatte die Haare mit Pomade nach hinten gekämmt. „Es gibt den totalen Wandel, der jede psychische, soziale, wirtschaftliche und politische Engstirnigkeit beenden wird“, sagte die Zukunft, die auch einen Namen hatte, der mächtig nach morgen klang: Marshall McLuhan. „Die alten bürgerlichen, staatlichen, nationalen Organisationen funktionieren nicht mehr. Der Geist der neuen Technologie verhindert, dass die Dinge so bleiben, wie sie sind, alles an seinem Platz. Wir können nicht mehr nach Hause zurück.“

Das war 1965. Marshall McLuhan, Kanadier, Englischprofessor, wird bald ein Popstar sein und quer durch die USA fliegen, um für viele tausend Dollar Vorträge zu halten. Und der Reporter Wolfe, der selbst hohe Honorare liebte, war überwältigt von diesem philosophierenden Dampfkessel, dessen Ideen im Kopf kochten und immer mal wieder mit einem lauten *ppphhiiiiiee* auf die Welt losgelassen wurden. „Eine Stadt wie New York wird überflüssig“, sagte McLuhan beim Lunch im teuren New Yorker Restaurant Lutèce, „New York wird ein Disneyland, ein Vergnügungspalast.“

Für den so coolen Wolfe war McLuhan schlicht „der wichtigste Denker seit Newton, Darwin, Freud, Einstein und Pawlow“. Seine Reportage trug den Titel „Was, wenn er recht hat?“, McLuhan war für ihn „das Orakel der modernen Zeit“. Dieser Professor aus Toronto, dieser konvertierte Katholik, der, um die Muster zu sehen, die ihm das Morgen zeigten, geheime Reformationsschriften aus dem 16. Jahrhundert studierte, James Joyce und die perspektivischen Zeichnungen der Renaissance.

In dieser Woche nun, am 21. Juli genau, wäre Marshall McLuhan 100 Jahre alt geworden, und Tom Wolfes Frage lässt sich beantworten – McLuhan hatte recht: Er ahnte, wie das Fernsehen und der Computer das Leben verändern würden, er sah das Internet voraus und schrieb schon 1970: „Weil Information zum größten Geschäft der Welt wird, wissen die Datenbanken mehr über einzelne Menschen als sie selbst. Je mehr die Datenbanken über jeden Einzelnen von uns aufzeichnen, desto weniger existieren wir.“

Aber die Geschichte von McLuhan ist komplizierter, widersprüchlicher und damit interessanter. Er war der Technik-Guru, der ein Technik-Skeptiker war. Er war ein Schamane, der von seinen Visionen überholt wurde. Er hasste die Moderne, er hasste die Postmoderne und wurde deren Prophet.



Visionär McLuhan 1966, Teilnehmer einer Internetkonferenz im Mai in Bilbao mit eingeschalteten

Es ist diese Ambivalenz, die McLuhan heute noch spannend macht – jenseits des Klischees, das er selbst geworden ist, jenseits der Slogans und Aphorismen, die sich im Laufe der Jahre verselbständigt haben: So etablierte McLuhan den Begriff des „globalen Dorfs“ und meinte dabei doch mehr das vormoderne Stammesdenken als eine Welt, die ihre Informationen von CNN bezieht.

Er war nie der Apologet einer High-speed-Moderne, für den ihn wahlweise die hielten, die ihn bewunderten, oder die, die ihn lächerlich machten – als alten Knochen,

der gern scheinbar schlaue Kindergarten-sätze hinausposaunte wie: „Das Medium ist die Botschaft“, und doch nicht wirklich verstand, wie ein Computer funktioniert.

Es waren diese produktiven Missverständnisse, die Douglas Coupland motivierten, eine Art Biografie von McLuhan zu schreiben, eine skizzenhafte, persönliche, bruchstückhafte Annäherung an einen Mann, der so anders war als er und der ihm in vielem doch gleicht*.

Es ist eine schiefe, aber stimmige Kombination: Coupland, 49, ist Kanadier wie McLuhan, er ist ein Visionär teilweise wider Willen, er ist für seine Buchtitel bekannter als für seine Bücher, er wird im Grunde, wie McLuhan, auf einen Slogan reduziert: „Generation X“.

1991 erschien dieser Roman, mit dem Coupland ein Lebensgefühl beschrieb



oder erfand: Wie fühlt es sich an, Mitte zwanzig zu sein, in Amerika zu leben und zu wissen, dass es einem nie so gut gehen wird wie den Eltern, weil man den Glauben an den Wohlstand verloren hat, an die Liebe, an die Zukunft – eine Frage, die heute mit Wucht zurückkehrt.

„Geschichten für eine immer schneller werdende Kultur“, so nannte Coupland das. Die Kapitel hießen „Mit 30 gestor-

* Douglas Coupland: „Marshall McLuhan“. Aus dem Englischen von Nicolai von Schweder-Schreiner. Verlag Tropen bei Klett-Cotta, Stuttgart; 224 Seiten; 18,95 Euro.

ben, mit 70 begraben“ oder „Erkaufte Erfahrungen zählen nicht“.

Er beschrieb ziemlich genau die Abstiegsschicht, die die deutsche Mittelschicht erst mit Verzögerung erwischt. Und nebenbei erfand er Begriffe wie „Brazilifikation“, was die sich verbreiternde Kluft zwischen Arm und Reich meinte, und „McJob“, was heute jeder versteht.

Nach dem Welterfolg von „Generation X“ versuchte Coupland eifrig weiter, Buch um Buch der Gegenwart nahezu kommen, indem er ihr ein Stück voraus war. Aber er verwandelte sich langsam in einen Autor, der sich vor allem an Flughäfen verkaufte, an Orten also, wo die Wirklichkeit extrem verwischt und das Gefühl von Zukunft immer mit einer leichten Panik verbunden ist.

auf YouTube, sein Tweed-Jackett, seine streng gekämmten Haare, das alles erinnerte mich an meinen Großvater“, sagt Coupland. Der war „der bestaussehende Mann der kanadischen Prärie“, so beschreibt Coupland ihn in seinem Buch. Er war ein Mann, der „sich fragte, ob die Evangelisten die Wahrheit sagten oder logen oder vielleicht beides taten, ohne es zu merken“.

Und dieser Satz ist dann eben der Schlüssel zum Werk von Coupland, aber auch zur Wirkung von McLuhan. Dessen Wahrheit ist intuitiv, seine Ahnung von dem, was wir heute erleben, verblüffend. „Geheimhaltung, mit der in einer Stammesgesellschaft wirkenden Zauberkraft“, werde „zur Basis des Reichtums“, sagte er, ohne von den Hacker-Angriffen unserer Tage zu wissen. Spionage, schloss er

sere westliche Technologie beschleunigen, wird unser Denken immer fernöstlicher.“ Er war, vermutlich Coupland, ein wenig autistisch.

„Wir betrachten die Gegenwart im Rückspiegel. Wir marschieren rückwärts in die Zukunft.“ Das ist so ein typischer McLuhan-Aphorismus.

Oder: „Das Problem der neuen Politik ist es, das richtige Image zu finden. Die Jagd nach Images ist das neue Ding, und die Politik selbst spielt keine Rolle mehr.“

Oder: „Werbung ist die Höhlenmalerei des 20. Jahrhunderts.“

Er setzte sich ins Fernsehen und erklärte den überraschten Fernsehleuten, was sie mal wieder alles nicht verstanden. Er ließ sich von Toronto nach New York fliegen, er stellte sich vor die Manager von IBM und General Electric, er verlangte dafür unerhörte Summen und haute ihnen dann die Zukunft um die Ohren.

Er war so sehr 20. Jahrhundert wie Bikini und die Pille. Sein Blick auf seine Zeit formte sich durch seine wichtigen, dicken Bücher, „Die Gutenberg-Galaxis“ (1962) und „Die magischen Kanäle“ (1964). Sein lustigstes, schmales, eine Million Mal verkauftes Buch „Das Medium ist die Massage“ (1967), dessen Titel auf einem Druckfehler beruht, ist nur in Teilen von ihm selbst, der Grafiker Quentin Fiore und der Autor Jerome Agel haben es aus Bildern und McLuhans Texten zusammengesetzt, so dass mediale Wahrheiten neben blanken Busen und U-Booten stehen.

Es ist ein flüchtiges Buch, das jetzt wieder erschienen ist, das irgendwo zwischen hypermodern und anachronistisch ist und schon in seiner Form vorführt, wie sich das Gehirn durch die Medien verändert. McLuhan beschreibt, wie sich die alte Vorstellung von Individualität auflöst, wie sich das Ich zerstreut, wie aus der Gleichzeitigkeit eine neue, weltweite Gemeinschaft erwächst, die die Familie ersetzt und Freunde, er beschreibt, wie dieses Ich einerseits absolut wird, weil sich alles darum dreht, und wie es andererseits verschwindet, weil es nicht mehr genau zuzuordnen ist: Er beschreibt das Internet.

„Also ich mag es, wie sich mein Gehirn verändert“, sagt Biograf Douglas Coupland, der in seinen Büchern wunderbare Worte für unsere Zeit gefunden hat; die „Allwissenheitsmüdigkeit“ etwa, also die Tatsache, dass wir einfach keine Lust mehr haben, alles zu wissen. Oder die „extrasomatische Erinnerung“, also die Tatsache, dass es heute mehr Erinnerung außerhalb der Menschen gibt als innerhalb.

Marshall McLuhan, dieser Sprachspieler, erlitt 1979 einen Schlaganfall, der ihn praktisch sprachlos machte. Er starb am 31. Dezember 1980, im Schlaf. ◆



Smartphones: „Wir betrachten die Gegenwart im Rückspiegel“

Seine Bücher waren smart, schnell, unterhaltsam, die ideale Lektüre für Langstreckenflüge. Aber waren sie deshalb weniger klug?

In seinem biografischen Buch über McLuhan scheint Coupland auch diese Frage zu beschäftigen. Wie McLuhan wurde er so etwas wie eine Pythia der Popkultur, mit seinem grauen Bart, seiner tiefen Stimme, seiner Halbglatze wurde er eine Art Opa der Postmoderne.

Tatsächlich hatte er noch einen einfacheren, persönlicheren Grund, dieses Buch zu schreiben: „McLuhans Stimme

daraus, werde so „zum größten Geschäft der Welt“.

Und über den Facebook-Narzissmus unserer Tage schrieb er 1970: „Genau dann, wenn alle Menschen damit beschäftigt sind, an sich und aneinander herumzuzuschneffeln, werden sie für die Vorgänge insgesamt anästhesiert.“

Einen „Meister der Mustererkennung“, nennt ihn Coupland, „ein Mann, der eine Trommel rührte, so groß, dass sie nur alle hundert Jahre gerührt wird“. Er sah das Gleitende, Fließende, fast Spirituelle des Internetdenkens voraus: „Indem wir un-

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Der alte Nazi von nebenan“

Die Weimarer Festivalchefin Nike Wagner über ihre Vorfahren Franz Liszt und Richard Wagner, die Freundschaft ihrer Familie mit Hitler und über Angela Merkels einseitigen Operngeschmack

SPIEGEL: Frau Wagner, Sie sind die Nachfahrin zweier bedeutender Komponisten. Wer steht Ihnen näher, Ihr Urgroßvater Franz Liszt, dessen Geburtstag sich im Oktober zum 200. Mal jährt, oder dessen Schwiegersohn Richard Wagner?

Wagner: Eindeutig Liszt. Ich habe ihn allerdings spät im Leben entdeckt. Und nur durch die lobenden Bemerkungen des Komponisten und Dirigenten Pierre Bou-

lez. Was für ein vielseitiges, phantastisches und auch experimentelles Œuvre! Seit Jahren stelle ich Liszt nun in den Mittelpunkt meines Kunstfestes in Weimar. Er hat den Geist, der mir gefällt: nobel, exzentrisch, europäisch.

SPIEGEL: Viele halten seine Werke für zweitrangig.

Wagner: Vielleicht sind nicht alle von gleicher Qualität, aber Liszt ist unterschätzt und im Konzertbetrieb unterrepräsentiert. Die Zeitgenossen liebten den Virtuosen, der ihnen eine Ekstase bescherte wie sonst nur Paganini. Die von ihm geförderten Kollegen – Wagner, Schumann, Berlioz – rührten keinen Finger für ihn, und das revolutionäre Spätwerk wurde als altersschwach abgetan. Über zwei Weltkriege hinweg änderte sich dann auch der Zeitgeschmack: Liszt schien zu emphatisch, zu laut, zu fromm. Der Koloss Wagner schob sich wohl auch vor ihn.

SPIEGEL: Wie kam Liszt zu Wagner?

Wagner: Er hatte dessen Oper „Rienzi“ gehört, Wagner danach als Genie eingestuft, und dazu stand er dann, egal, wie Wagner sich aufführte. Liszt hielt den Freund finanziell und lebensstechnisch über Wasser – vor allem in den zehn Jahren von Wagners politischem Exil. Da führte er die Werke des Freundes in Deutschland auf, kämpfte für ihn. Bis in die Gründung der Bayreuther Festspiele hinein stand er, der Berühmtere,

Wagner zur Seite. Aus Bayreuther Sicht war er aber immer nur der Steigbügelhalter Wagners, so wurde sein Bild tradiert und kommuniziert. Daran ist seine Tochter Cosima Wagner nicht unschuldig.

SPIEGEL: Den Vater reduzieren zugunsten des Ehemanns?

Wagner: Wahrscheinlich musste sie beweisen, dass sie den größeren Komponisten geheiratet hat.

SPIEGEL: Wie wurde bei Ihnen in der Villa Wahnfried über Liszt gesprochen?

Wagner: Er hat bei den Wagners nie etwas gegolten. Liszt wurde immer mal bespöttelt als der Abbé oder abgetan als Salonvirtuose. Das war eine schon von Richard Wagner verachtete Kategorie, nah am Effektmusiker. Und dann schrieb er so Symphonien und geistliche Werke – wo die große Geschichte doch nur auf Wagners

Musikdramen hinsteuerte und mit dem „Parsifal“ – aus Sicht der Wagners – die heiligen Sujets schon richtig in Szene gesetzt waren. Den späten Liszt hielt Wagner für wahnsinnig. Dabei reichte Liszt mit den späten Werken und ihrer beginnenden Atonalität weiter in die Moderne als Wagner. Wahr ist aber, dass Richard seinen Franz immer geliebt und geachtet hat. Erst nach seinem Tod wurde Liszt in die Versenkung befördert.

SPIEGEL: Cosima hat im Juli 1886, als ihr Vater in Bayreuth im Sterben lag, die Festspiele weitergehen lassen. Er starb heimlich.

Wagner: Im Nebenhaus, schlecht betreut und unter großen Schmerzen. Plötzlich wurde die Einsamkeit, die der ruhelose Liszt wohl immer in sich trug, sichtbar. Die gewisse Etikette, die er im Umgang mit Menschen pflegte und die ihm als Kälte ausgelegt wurde, diente ihm vielleicht auch als Versteck. Liszt erscheint uns heute viel rätselhafter als der ewig exuberante Wagner, der alles nach außen kehrte. Liszt ist diskret, sein Ich ist zart, das schiebt sich nie in den Vordergrund – ein interessanter Kontrast zu seinen gekonnten Selbstinszenierungen in der Öffentlichkeit.

SPIEGEL: Er hat seinen Schwiegersohn nibelungentreu unterstützt.

Wagner: Wagner hatte lebenslang Schuldgefühle Liszt gegenüber, er wusste, was er ihm verdankte. Durch öffentliche Bekundungen hat er dies immer auch zum Ausdruck gebracht, vor allem, als er es geschafft hatte in Bayreuth.



Nike Wagner

leitet seit 2004 das Weimarer Kunstfest „Pèlerinages“. Die Literaturwissenschaftlerin und Publizistin ist die Tochter Wieland Wagners, der nach dem Krieg gemeinsam mit seinem jüngeren Bruder Wolfgang die Bayreuther Festspiele führte. Wieland, der Mitglied der NSDAP gewesen war, versuchte seit 1951, durch seine radikal abstrakten Inszenierungen auch ästhetisch einen Bruch mit der Nazi-Verstrickung Bayreuths sichtbar zu machen. Nach Wielands Tod 1966 übernahm Wolfgang die Alleinverantwortung für die Festspiele. 2008 bewarb sich Nike Wagner, 66, gemeinsam mit dem ehemaligen Intendanten der Salzburger Festspiele Gerard Mortier um die Leitung in Bayreuth. Der Stiftungsrat berief jedoch Wolfgang's Töchter Katharina Wagner und Eva Wagner-Pasquier. Die diesjährigen Festspiele beginnen am kommenden Montag mit „Tannhäuser“.

WERNER SCHÜRING / DER SPIEGEL

SPIEGEL: Im Oktober jährt sich Liszts 200. Geburtstag. Die Festspiele lassen das Jubiläum verstreichen.

Wagner: Das ist unverständlich, beschämend und skandalös. Die Stadt Bayreuth tut dieses und jenes, aber es ist nicht die Stadt, die Franz Liszt etwas schuldig ist, es ist ausschließlich die Familie Wagner. Die Bringschuld der Wagners Liszt gegenüber ist gewaltig. Nur historische Gewissenlosigkeit kann das leugnen. Ich bin tief getroffen, dass meine Cousinen taub waren für meine Bitte, das Festspielhaus zu öffnen für ein großes Fest- und Geburtstagskonzert am 22. Oktober. Es wäre ein grandioses Ereignis gewesen. Und ein Beginn der Schuldentilgung.

SPIEGEL: Liszt war katholisch, er erhielt in Rom die niederen Weihen. Wagner war protestantisch. Wie war es denn in Ihrer Kindheit mit der Religiosität bestellt?

Wagner: Traditionell protestantisch. Aber wohl nur wegen Johann Sebastian Bach.

SPIEGEL: Glauben aus dem Geiste der Musik?

Wagner: Meine Geschwister und ich wurden, als wir zwischen fünf und zehn Jahre waren, einer Art Massentaufe unterzogen, mit Hauskonzert in der Villa Wahnfried. Von der Konfirmation befreite uns der Vater dann. Wir waren ein völlig liberalisierter Haushalt, Religion wurde als Teil der Kultur betrachtet, nur zum Verständnis von Meisterwerken nötig.

SPIEGEL: Daheim gab es schon einen Gott.

Wagner: Eher den aufreibenden Gottesdienst. Der Weihe-Wagner war längst verschwunden, es lagen die Noten von Bach und Beethoven herum. Die Erziehung war bildungsbürgerlich, an Weihnachten mussten wir Klavier vorspielen – die Geschenke blieben so lange zugedeckt.

SPIEGEL: Und Oma Winifred, die treue Freundin Hitlers, saß mit in der Runde?

Wagner: Notgedrungen, sie wohnte ja nebenan, und eine Großmutter gehört an Weihnachten dazu. Für den Rest des Jahres hatte mein Vater eine Mauer durch den gemeinsamen Garten ziehen lassen.

SPIEGEL: War sie warmherzig?

Wagner: Nein, pragmatisch. Ich habe keinen Zugang zu ihr gefunden.

SPIEGEL: Wann war Ihnen klar, dass Winifred eine glühende Nazi-Freundin war?

Wagner: In einer Familie wird ja nicht systematisch Aufklärung betrieben. Aber aus den Bemerkungen meines Vaters teilte sich doch einiges mit. „Die glaubt ja noch an den Endsieg“, spottete er über seine Mutter in den sechziger Jahren. Deswegen ging er nie in ihr Haus nebenan, er mied sie und ihre Nazi-Teegesellschaften. Eine Schocktherapie für uns Halbwüchsige aber war der Dokumentarfilm über das „Dritte Reich“ von Erwin Leiser, in den wir damals schulklassen-

weise geführt wurden. Er zeigte die Leichenberge aus den Lagern. Das führte zu Fragen an die Hitler-Freundin.

SPIEGEL: Sie haben sie zur Rede gestellt?

Wagner: Wir haben gefragt, ob sie den Film gesehen habe, ob wir sie ansonsten mal mitnehmen dürften, sie könne da was lernen. „Alles amerikanische Propaganda“, wehrte sie ab. Sie machte dicht. Sonst hätte sie auch wohl ihr Leben und ihren Glauben in Frage stellen müssen.

SPIEGEL: Und haben Sie mit dem Vater gesprochen, der Hitler ebenfalls nahestand?

Wagner: Mein Vater war sehr introvertiert, er hat so explizit nicht gesprochen. So direkt wie die Großmutter haben wir ihn auch nie gefragt. Wahrscheinlich, weil wir das Gefühl hatten, als Wieland-Kinder ohnehin auf der guten Seite zu sein. Der „alte Nazi“, wie der Sohn die Mutter nannte, saß nebenan, im anderen Haus. Und wir haben die schrecklichen Kon-

flikte meines Vaters mit seiner Mutter miterlebt. Also schien von der Grundstruktur her alles in Ordnung. Außerdem hatten wir begriffen, dass er seinen eigenen Erkenntnisprozess ja öffentlich demonstrierte, durch seine Engagements von ehemals verfeimten Linken, Juden und Modernen und im Medium des Ästhetischen.

SPIEGEL: Sie meinen, Ihr Vater hat sein hochgelobtes Neu-Bayreuth, die Entrümpelung der Bühne von allem Völkischen, als ureigene Entnazifizierung betrieben?

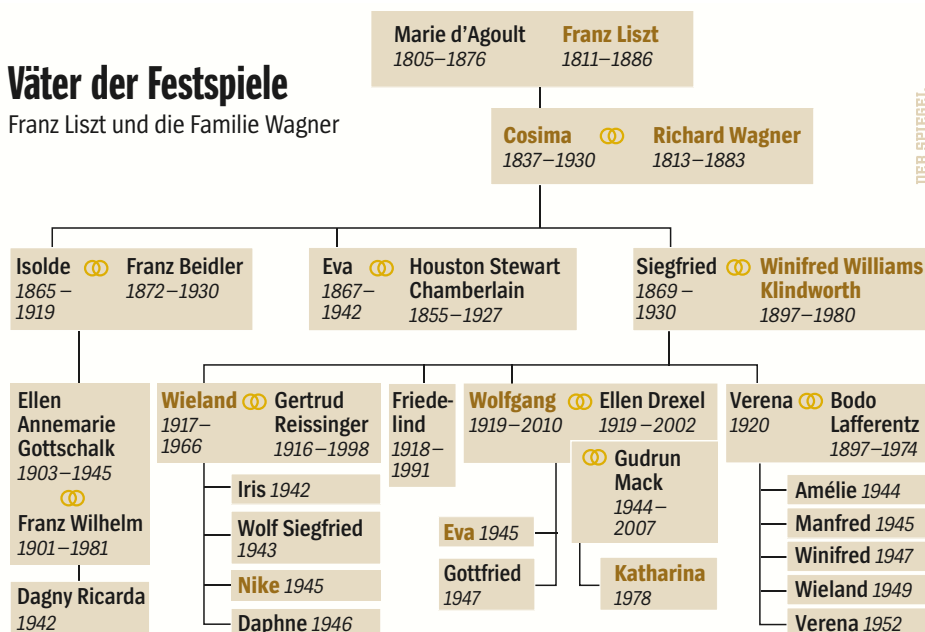
Wagner: Die Dinge sind kompliziert, weil das Ästhetische auch seine eigene Dynamik entwickelt. Aber sicherlich konnte Wieland erst im Widerstand gegen das Vorangegangene ein eigenes künstlerisches Profil gewinnen, er wurde frei. Ich weiß, dass er die Adenauer-Republik nicht mochte, weil überall wieder alte Nazis die Posten besetzten.



Musiker-Freunde Wagner, Liszt*: „Die Bringschuld ist gewaltig“

Väter der Festspiele

Franz Liszt und die Familie Wagner



* Undatierte Postkarte nach einem Gemälde von Hermann Torgler.



Wagner: Meine Mutter erzählte, wie er auf Geheiß Hitlers in die Partei eingetreten wurde: „Was, Wieland, du bist noch nicht in der Partei? Ja, dann werden wir dafür sorgen.“ So locker war das. Sie müssen an die immens privilegierte Situation denken, in der die Wagners bei den Nazis waren. Sie konnten Hitler, abends am Kamin, in Ruhe kritisieren oder herunterschauen auf die piefigen Bayreuther Gauleiter. Man ging im Wahnfried-Garten mit Hitler spazieren und besuchte ihn in der Reichskanzlei. Er war den Winifred-Kindern so vertraut, dass es ihnen dann schwerfallen musste, im guten Onkel den Verbrecher zu entdecken.

SPIEGEL: Wann hat sich das Familienbild für Sie geändert?

Wagner: Das ging so schnell oder so langsam wie die Aufarbeitung der Vergangenheit in anderen deutschen Familien auch. Nach dem Tod meines Vaters 1966 habe ich jahrelange Gespräche mit meiner Mutter gehabt, die sehr hilfreich waren. Zumindest kam das Maß der Vertrautheit bisweilen lebensecht zum Vorschein. Auf die Frage, was sie denn so gemacht hätten am Silvesterabend in Wahnfried, kam die Antwort herausgeplatzt: „Wir haben auf den Anruf von Adolf Hitler gewartet. Vorher konnte keiner zu Bett gehen.“

SPIEGEL: In zwei Jahren steht der 200. Geburtstag Richard Wagners an. Bayreuth will das Ereignis mit einem Jubiläums-„Ring“ feiern. Der vorgesehene Regisseur Wim Wenders ist kurzfristig abgesprungen. Wer könnte es machen?

Wagner: Erfreulicherweise ist das nicht mein Problem. Die Suche gestaltet sich eher planlos, aber warten wir das Ergebnis ab. Immerhin gibt es mit Kirill Petrenko einen interessanten Dirigenten.

SPIEGEL: Es war vielleicht keine gute Idee, einen Filmregisseur auszuwählen, der noch nie fürs Theater inszeniert hat.

Wagner: Filmregisseure haben noch nie auf der Opernbühne reüssiert, die Bedingungen sind zu anders. Aber darüber hinaus: Die Verführung für Künstler, in Bayreuth aufzutreten, bleibt unwiderstehlich. Nirgends kriegt man so viel Aufmerksamkeit jenseits der eigentlichen Leistung. Bayreuth ist ein gesellschaftliches Phänomen. Über die bedingungslose Verbundenheit von Frau Merkel mit dem politisch höchst krisenträchtigen Komplex Bayreuth darf ich mich dennoch wundern.

SPIEGEL: Sie mag nun mal Wagner.

Wagner: Das ist gut und schön. Aber es wäre noch besser, wenn unsere Regierungschefin einmal die Runde machen würde und den anderen Häusern und Festivals ihres Landes die Ehre gäbe – denen, die darben, die sich fürs Neue engagieren und von Medien und Geldgebern vernachlässigt werden.

SPIEGEL: Frau Wagner, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Bayreuth-Gast Hitler, Winifred, Wieland Wagner 1938: „Auf den Anruf gewartet“

SPIEGEL: Moment. Er war selbst verstrickt. Bei Kriegsende war er 28 Jahre alt. Er und sein Bruder Wolfgang standen Hitler ebenfalls nahe.

Wagner: Richtig. Er war eingebunden gewesen in die Hitlerei der Mutter und hatte sich die Gunstbezeugungen Hitlers gefallen lassen. Darüber konnte er nach dem Krieg nicht laut werden. Stattdessen fegte er die Wagner-Bühne leer. Übrigens: Neu-Bayreuth und Liszt hängen zusammen.

SPIEGEL: Wie das?

Wagner: Auch an meinen Vater wird nicht erinnert. Neu-Bayreuth hat aber 2011 einen runden Geburtstag. Vor genau 60 Jahren hat Wieland Wagner mit seinen revolutionären Regiearbeiten begonnen und Bayreuth aus der braunen Verseuchung geholt, stilistisch wie ideologisch. Aber in Bayreuth gibt es keine Ausstellung, keine Veranstaltung – nichts zu Neu-Bayreuth. Warum? Geschichtsvergessenheit der Stadt? Die langen Arme des Regimes von Wolfgang? Es ist doch eine neue Generation am Ruder?

SPIEGEL: Katharina Wagner und Eva Wagner-Pasquier, Wolfgangs Töchter, Ihre Cousinen.

Wagner: Sie sollten sich nicht zu Agentinnen der Probleme ihres Vaters machen. Es war die Langzeitstrategie von Wolfgang Wagner gewesen, sich zunächst dem künstlerisch überlegenen Bruder anzugleichen, „so ähnlich zu inszenieren“ wie er, um ihn dann, in einer nächsten Phase, möglichst vergessen zu machen – oder den Zeithistorikern zu suggerieren, Wieland sei der Obernazi gewesen. In diesem Zusammenhang gibt es einen Film von Tony Palmer über die Familie Wagner von unverantwortlich tendenziöser Machart. Darin behauptet die Wiener Histori-

kerin Brigitte Hamann, dass Wieland Wagner der Direktor eines Konzentrationslagers gewesen sei.

SPIEGEL: Und das bestreiten Sie?

Wagner: Ja. Wir haben den jetzigen Leiter der Gedenkstätte Flossenbürg gebeten, alles rauszufinden, was auf eine fragwürdige Tätigkeit meines Vaters hinweist. Es gibt keinen einzigen Beleg hierfür. Mein Vater arbeitete nur in einem Außenlager von Flossenbürg, in Bayreuth. Dieses Außenlager war in einer Spinnerei untergebracht und wurde zu physikalischen Forschungen – für die „sehende Bombe“ – genutzt. Brigitte Hamanns Behauptung ist absurd. Man fragt sich nur: Warum riskiert sie ihren Ruf als Historikerin?

SPIEGEL: Was hat denn Ihr Vater in dem Außenlager gemacht?

Wagner: Ab September 1944 wurde er von seinem Schwager dort untergebracht, um ihn zu schützen, damit er nicht noch einberufen wurde. Er hat dort an seinen Bühnenbildern gearbeitet. Wenn man so will: das richtige Leben im falschen geführt und nicht gemerkt, dass es das nicht geben kann.

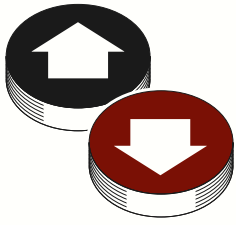
SPIEGEL: Wieland Wagner war in der NSDAP.



Wagner, SPIEGEL-Redakteur*

„An meinen Vater wird nicht erinnert“

* Joachim Kronsbein in Berlin.



Im Keller summen die Bienen

Literaturkritik: Maja Haderlaps preisgekrönter Roman „Engel des Vergessens“ erzählt eine slowenisch-kärntnerische Familiensaga.

Es ist eine duftende, karge, zauber-schöne Welt, dort hinter den sieben Bergen, im hügeligen Grenzland zwischen Slowenien und Österreich, in dem die Ich-Erzählerin des Romans „Engel des Vergessens“ ihre Kindheit verlebte, und eine böse Welt dazu. Sie wird von Außenseitern bewohnt, die zur slowenischen Minderheit in Österreich gehören und denen Unglücksfälle und Gewalttaten im Übermaß widerfahren. Weil hier „die abenteuerlichste Verschwendung wütet“, wie es einmal heißt.

Die Autorin Maja Haderlap ist selbst auf einem Bauernhof im Grenzgebiet aufgewachsen, auf dem slowenisch gesprochen wurde. Sie erzählt kühl analytisch und doch achtsam von einer Gemeinschaft, die stolz ist auf ihre Eigenart und auf die Tragödien der Vergangenheit – und zugleich verbittert über ihr Los, ausgeschlossen zu sein.

Haderlaps Buch beginnt mit Bildern aus einer Kindheit in den sechziger Jahren, mit Katzen und Kälbern, bienendurchsummten Wiesen und dunklen Wäldern, dem Duft von Räucherfleisch und geröstetem Hafer, dem Kinderblick auf einen blutend in der Küche liegenden Vater, der bei einem Unfall verletzt wurde – und auf eine unglückliche Mutter, die mit Gummistiefeln an den Beinen auf der elterlichen Bettstatt kauert.

„Ihre Verzweiflung muss groß sein“, befindet altklug die kindliche Ich-Erzählerin im Roman, „denn die Gummistiefel und ihre befleckte Schürze passen so gar nicht zur hellen, leinenen und mit bunten Blumen bestickten Tagesdecke, die sie über das Ehebett gebreitet hat.“

Der Kummer der Menschen von Eisenkappel, heute Bad Eisenkappel, wo dieses Buch spielt, hat manchmal mit banalen Nöten wie enttäuschter Liebe zu tun, meist aber mit einer nicht bloß ethnischen, son-

dern auch metaphysischen Fremdheit: mit der Verlassenheit von Menschen, die, so Haderlap, „in den Vergangenheitskeller gesperrt worden sind“. In diesem Keller ist oft von den Konzentrationslagern Ravensbrück, Mauthausen und Dachau die Rede. Dorthin wurden viele aus der slowenisch sprechenden Minderheit des Landes Kärnten verschleppt, als einige von ihnen als Partisanen gegen die Nazi-Besatzer Österreichs und deren einheimische Mitkrakeeler kämpften. Und viele der Verschleppten kamen nie wieder zurück.

de, in Klagenfurt als Theaterdramaturgin arbeitete und in früheren Jahren zwei Gedichtbände veröffentlichte. Schon als auf Slowenisch dichtende Lyrikerin berichtete sie von „meinem verrückten Volk“, das „mit seinem Sterben um Liebe wirbt“.

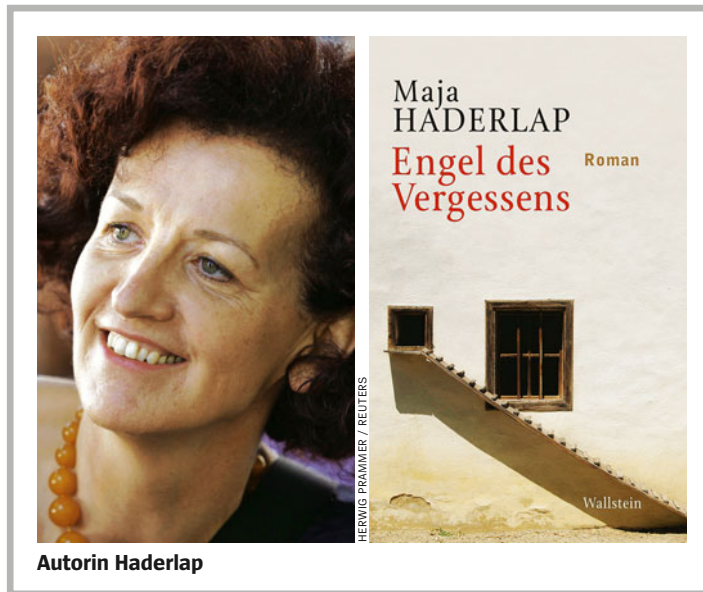
Das Buch „Engel des Vergessens“ hat Haderlap in deutscher Sprache niedergeschrieben, in einem klaren, trotzdem poetischen Ton, in dem die Zeit ein „behäbiger Gletscher“ ist, der alles, was der jungen Heldin erst wunderbar und unverwundbar scheint, unter sich zermalmt. Vielleicht am

schlimmsten erwischt es den Vater der Erzählerin, der einst als Zwölfjähriger bei den Partisanen kämpfte und später Angst und Einsamkeit im Alkohol ersäuft; nur wenn er mit der Tochter auf die Jagd oder zum Holzschlagen aufbricht, bezähmt er sein cholerisches Naturell. „In den Wald zu gehen bedeutet in unserer Sprache nicht nur, Bäume zu fällen, zu jagen oder Pilze zu sammeln“, schreibt Haderlap, es heiße auch, „sich zu verstecken, zu flüchten, aus dem Hinterhalt anzugreifen“.

Es gibt viele anrührende Porträts und ein paar seltsame Brüche in diesem Buch, etwa wenn die Autorin die Erinnerungen ihrer Heldin mit pamphlethaften Attacken auf die österreichische Politik verknüpft. Es finden sich elegische, sehr beiläufig originelle Landschaftsbeschreibungen. Und dazu eine Häufung von Todesfällen, die beinahe komisch wirkt: Die Küchenhilfe Iris beispielsweise ertrinkt beim Schwimmen, der Erntehelfer Stefan hängt sich neben dem Stalleingang, das Mädchen Filica bricht sich das Genick, als es vom Moped stürzt. Es huschen „eisige Schatten“ durch sie, behauptet die Erzählerin dieser todestrunkenen Familiensaga und: „Ich lerne im selbstvergessenen Kärnten, nicht vergessen zu können.“

Exakt in Kärnten, beim berühmten Vorlesewettbewerb um den Ingeborg-Bachmann-Preis in Klagenfurt, gewann Haderlap vorletzten Sonntag mit einem Auszug aus ihrem Roman den mit 25 000 Euro dotierten Hauptpreis.

WOLFGANG HÖBEL



Autorin Haderlap

„Engel des Vergessens“ berichtet von den Mordtaten der SS-Schergen im kärntnerischen Grenzland in den Jahren 1944 und 1945; von Partisanen, die auf einen unklaren Verdacht hin ihren Nachbarn totschlagen; und von der Großmutter der Ich-Erzählerin, die „im Lager“ in Ravensbrück war. „So wenig Brot gab es zu essen im Lager, so wenig, deutet sie mit dem Daumen und dem Zeigefinger die Größe der Brotstücke an, die den Häftlingen zugeteilt wurden. Es musste reichen für einen Tag, manchmal auch für zwei.“ Derart mitgenommen ist die alte Frau, dass sie stets die slowenischen Worte für „sonderbar“ und „furchtbar“ durcheinanderbringt.

Maja Haderlap ist keine blutjunge Roman-Debütantin, sondern eine erfahrene, belesene Autorin, die 1961 geboren wur-

METEOROLOGIE

„Absoluter Blödsinn“

Diplom-Meteorologe Benedikt Vogel, 49, der als „Ben Wettervogel“ im ZDF-„Morgenmagazin“ den Wetterbericht präsentiert, über mediale Hitzerekorde

SPIEGEL: Manche Medien haben einen heißen Hochsommer vorhergesagt. Schaut man aus dem Fenster, sieht das aber ein bisschen anders aus.

Vogel: Da wollten wohl ein paar Wetterleute ein bisschen Aufmerksamkeit erhaschen. Die hauen einfach mal was raus, und weil es hinterher ohnehin keiner kontrolliert, kann denen ja auch nichts passieren. Hauptsache, mal eine tolle Schlagzeile hingeworfen. Wenn's für den Winter schon nicht gestimmt hat, probiert man es eben mal für den Sommer. Und niemand sagt, dass es Müll war.

SPIEGEL: Machen denn Langzeitprognosen überhaupt einen Sinn?

Vogel: Kurzwetterberichte stimmen fast immer, und die Tendenzen für die nächsten Tage sind oft sehr genau. Langfristprognosen sind aber wissenschaftlich überhaupt nicht zu halten, es kommt zwangsläufig zu kleinen Fehlern, die mit jedem Vorhersagetag größer werden. Diese Wettervorhersager spielen mit ihrer Seriosität. Stimmen die



Vogel

Prognosen, können es nur Zufallstreffer gewesen sein. Ansonsten ist das absolute Blödsinn.

SPIEGEL: Verkaufen sich Superlative einfach besser?

Vogel: Jedes Gewitter ist heute eine Katastrophe, alles wird gleich zum Jahrhundertssommer. Mich nervt, dass so unglaublich auf die Sahne gehauen wird. Das ist einfach nur Effekthascherei.

SPIEGEL: Liegt das auch daran, dass sich niemand den Vorwurf gefallen lassen



Strand bei St. Peter-Ording

will, vor einer Extremwittersituation nicht gewarnt zu haben?

Vogel: Das ist wirklich ein Trend. Zieht irgendein Gewitter auf, wird eine Warnung rausgehauen. Wenn man vor Nebel oder starkem Schneefall auf dem Brocken warnt und dann eine Unwetterwarnung für Sachsen-Anhalt bekommt, dann ist das etwas fragwürdig. Nebel gibt es dort durch die exponierte Lage dieses Berges fast 300 Tage im Jahr.

TV-PRODUKTIONEN

Fehlurteil wird Fernsehfilm

Eines der spektakulärsten Fehlurteile der vergangenen Jahre, der Fall Harry Wörz, soll Stoff für einen Fernsehfilm werden. Der heute 45-Jährige hatte mehr als vier Jahre lang unschuldig im Gefängnis gesessen. Erst vergangenen Dezember, mehr als 13 Jahre nach dem ersten Urteil, wurde er von dem Vorwurf rechtskräftig freigesprochen, seine damalige Frau 1997 mit einem Schal stranguliert zu haben (SPIEGEL 22/2011); sie ist seit der Tat ein Pflegefall und kann bis heute nicht sprechen. Nun will die Produktionsfirma TeamWorx („Die Flucht“, „Hindenburg“) die Geschichte verfilmen. Wie der Produzent Sascha Schwingel bestätigt, sei er sich mit Wörz über den Kauf der Rechte bereits einig. Ein Vertrag werde bald unterzeichnet. Der

Südwestrundfunk (SWR), aus dessen Sendegebiet Wörz stammt, hat Interesse an der Produktion signalisiert. Laut Wörz' Anwalt hatten sich bereits am Tag nach der Bestätigung des Freispruchs mehrere Produktionsfirmen gemeldet, um über eine Verfilmung zu verhandeln.



Wörz 2005

TAGESZEITUNGEN

Mehrere Wochen Streik?

Der Konflikt zwischen den Zeitungsverlegern und den Gewerkschaften spitzt sich zu; diese Woche drohen längere Streiks. Am Montag und Dienstag gibt es zunächst in Baden-Württemberg eine Urabstimmung; Ende der Woche folgt Nordrhein-Westfalen. Fällt das Votum entsprechend aus, würde mindestens vier Tage hintereinander gestreikt werden. Bayern könnte nächste Woche folgen. Laut Deutschem Journalisten-Verband (DJV) seien Streiks von mehreren Wochen Dauer denkbar: „Die Streikkasse ist prall gefüllt, die Redakteure fest entschlossen.“ Nach wie vor beharren die Verleger auf einer Verschlechterung des Tarifniveaus für Neueinsteiger, so der DJV. Im Fall von Streiks würden Notausgaben erscheinen.

SKANDALE

Canossa an der Themse

In dieser Woche wird der Medienfürst Rupert Murdoch vor das britische Unterhaus zitiert. Längst geht es nicht mehr nur um die Abhöraffäre seiner mittlerweile eingestellten Boulevardzeitung „News of the World“ – jetzt steht sein Lebenswerk auf dem Spiel.

Es klingt wie eine Erzählung aus einer anderen Zeit; dabei ist es erst vier Wochen her, dass Rupert Murdoch in die Orangerie der Kensington Gardens in Londons Westen geladen hatte, einen historischen Backsteinbau mit weißen Sprossenfenstern, bekannt für nachmittägliche Teerunden und Hochzeitsfeste mit Stil.

Der alte Herr hielt Hof, es war das Sommerfest seines britischen Verlags News International, und alle kamen, so wie in den vorigen Jahren: der konservative Premierminister David Cameron mit seiner Frau Samantha, Oppositionsführer Ed Miliband und viele weitere, die in der britischen Politik etwas sind. Oder etwas zu werden hoffen. Man speiste, süffelte, scherzte. Es gab Champagner und Austern und diskrete Gespräche.

Für diese Woche haben die führenden britischen Politiker dem australisch-amerikanischen Medienfürsten eine Gegen-einladung ausgesprochen: Am Dienstag,

wenn die Uhr von Big Ben halb drei schlägt, werden Murdoch, 80, und sein Sohn und Europa-Statthalter James, 38, vor dem Kulturausschuss im Unterhaus erwartet. Es wird keinen Schaumwein geben und wenig zu lachen. Dafür warten die Damen und Herren Abgeordneten mit unangenehmen Fragen auf.

Was sagen Sie zu den Vorwürfen, Mr. Murdoch, dass die Redakteure Ihrer Boulevardzeitung „News of the World“ Handys abgehört haben sollen? Das eines entführten und später tot aufgefundenen Mädchens? Das der Witwe eines im Irak getöteten Soldaten? Das Angehöriger von Terroropfern? Womöglich 4000 Telefone insgesamt? Und dazu, dass Ihre Leute Polizisten geschmiert haben sollen, um sich Handy-Nummern zu ergaunern? Und Sie haben das zugelassen?

Es geht jetzt nicht um eine Handvoll Pfund. Es geht nicht darum, ob Murdoch jene Blätter abstoßen soll, die ihm auf der Insel geblieben sind, die Räuberpistole

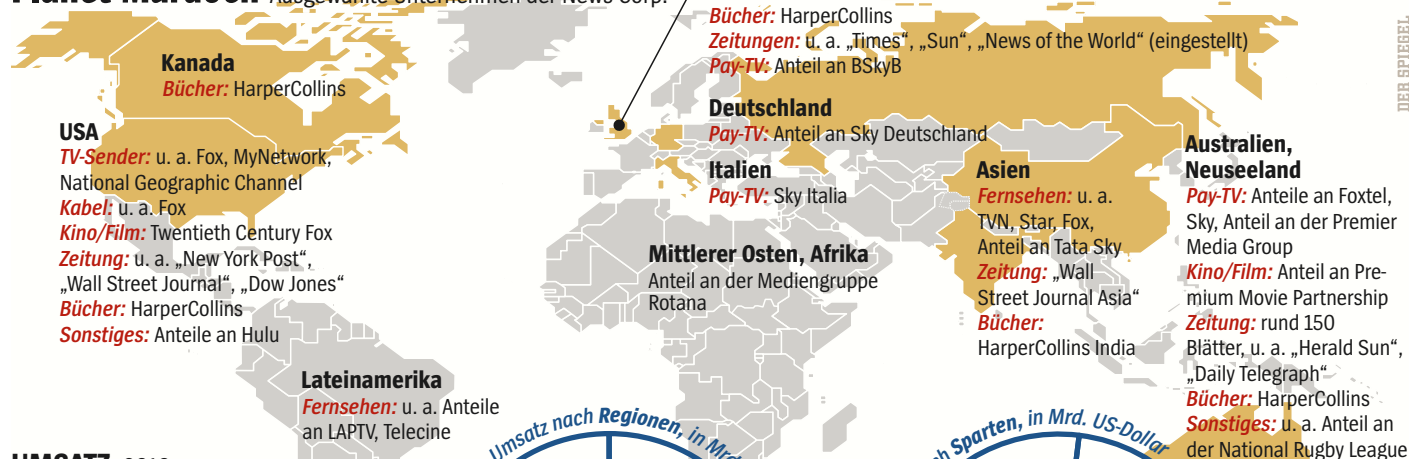
„Sun“, die gesittetere „Times“ oder die „Sunday Times“. Zum Umsatz seines Konzerns steuern sie nur rund fünf Prozent bei.

Es geht darum, ein Übergreifen des Brands in der Zweigstelle London auf die Zentrale jenseits des Atlantik zu verhindern. Es geht um alles, was Murdoch auf jenen zwei australischen Lokalzeitungen aufgebaut hat, die sein Vater ihm vor bald 60 Jahren vererbt hatte: um News Corp., Murdochs „Imperium“, wie er es selbst nennt, das mit mehr als 32 Milliarden Dollar Umsatz größer und mächtiger ist als Bertelsmann (RTL, Gruner + Jahr), Axel Springer („Bild“, „Hörzu“, „Welt“) und ProSiebenSat.1 zusammen.

Den großen Murdoch vor einen Ausschuss zu zitieren – in der alten Zeit, also noch vor vier Wochen: unerhört! Ihn, den geschickten Marionettenspieler der britischen Politik, Lenker des drittgrößten Medienunternehmens der Welt. Von Freunden angeblich „Rupe“ genannt, wogegen jedoch seine eigene Behauptung spricht,

Planet Murdoch

Ausgewählte Unternehmen der News Corp.



UMSATZ 2010

News Corporation

24,7 Mrd. € (32,78 Mrd. US-Dollar)

zum Vergleich:
Bertelsmann

15,8 Mrd. €

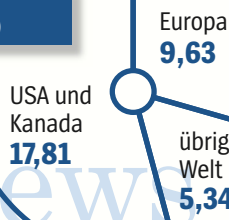
ProSiebenSat.1

3,0

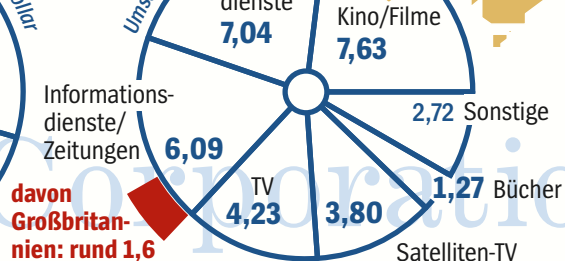
Axel Springer

2,9

Umsatz nach Regionen, in Mrd. US-Dollar



Umsatz nach Sparten, in Mrd. US-Dollar





Ehepaar Murdoch

MICHAEL BUCKNER / GETTY IMAGES

er habe keine Freunde. Feinde erlebten ihn als Hai, Schlange oder Dogge, doch ihren Respekt hatte er.

Jetzt aber, im Juli 2011, ist plötzlich alles anders. Ruf ramponiert, Aktie abgestürzt, Lebenswerk in Gefahr. Der Auftritt im Unterhaus ist Gang nach Canossa und Chance zugleich. Diesmal lässt Murdoch nicht die Puppen tanzen, er muss selbst Theater spielen. Glänzen könnte er in der Rolle des aufrichtigen alten Mannes, der an die Abgeordneten mit starkem australischem Akzent Sätze der Demut richtet. Am Wochenende hatte er bereits eine Anzeige in den britischen Zeitungen vorausgeschickt: „We are sorry.“ Gezeichnet: Rupert Murdoch.

Sich zu verbiegen macht ihm keine Mühe. Nicht Rupert Murdoch, der 1985 sogar die amerikanische Staatsbürgerschaft annahm, um ungehindert im US-Markt mitmischen zu können.

Wie ein Feldherr nahm er im Lauf der Dekaden Medien auf allen Kontinenten ein. Zu seinem Reich gehören das Filmstudio 20th Century Fox mit Schätzen wie „Star Wars“ oder „Titanic“ und an die 200 Blätter, die erfolglose Internetzeitung „The Daily“ ebenso wie das „Wall Street Journal“.

Nirgends ist Murdoch so mächtig wie in den USA. Und, ja: Auch Amerika rümpft die Nase über das, was dieser Tage aus den Gassen des britischen Boulevards emporgespült wird. Weil Redakteure der „News of the World“ womöglich Hinterbliebene von Opfern der Terroranschläge des 11. September 2001 abgehört haben, ist nun das FBI tätig. Denn alles, was mit 9/11 zu tun hat, trifft Amerika ins Herz.

Auf dem Spiel steht die Zukunft von Murdochs US-Senderkette Fox, politischer Terrier im Kampf gegen Präsident Barack Obama, Gewinnbringer seines Konzerns. Fernsehstationen droht mitunter Lizenzentzug, wenn ihnen der „gute Charakter“ abgesprochen wird. Bröckelte Fox, geriete das Imperium ins Wanken.

Derweil macht Großbritannien es den USA vor, wie schnell sich manches geradegerücken lässt. „Das Verhältnis von Politik und Medien wird neu definiert“, sagt Steven Barnett, Medienprofessor in Westminster. „Der Murdoch-Mythos ist tot.“

Seit im Skandal um „News of the World“ immer neue Untaten bekannt wurden, die Murdochs Angestellte begangen haben sollen, wird der Mann, den die Politiker gerade noch umschwärmten, gemieden wie ein Aussätziger. Schon erteilt der konservative Premierminister David Cameron ihm öffentlich Ratschläge, wie er sein Unternehmen zu führen habe.

Ausgerechnet Cameron, dessen Sprecher Andy Coulson zu Jahresbeginn zurückgetreten war. Coulson war bis 2007 Chefredakteur von „News of the World“ gewesen. Zuvor war herausgekommen, dass sein Blatt Prinz Williams Handy anzapft hatte; der Premier stellte Coulson

wenig später trotzdem ein. Wie sich im Januar herausstellte, hatte Coulson mehr über die Affäre gewusst, als er zugeben mochte. Vorvergangene Woche wurde er bei der Polizei vorstellig. Cameron, der ihn noch vor wenigen Tagen als Freund bezeichnete, ist nun selbst beschädigt.

Es ist, als erwachten manche Politiker aus einem jahrelangen Alptraum, in dem sie sich im Würgegriff Rupert Murdochs wähnten. „Wir hatten Angst“, schreibt Peter Mandelson, enger Vertrauter der Labour-Premierminister Tony Blair und Gordon Brown, im „Guardian“.

Andere scheinen unter löchriger Erinnerung zu leiden. Am Donnerstag brach Tony Blair sein Schweigen und klagte in der BBC, er habe sich mit der engen Beziehung zwischen Politikern und Medien stets „unwohl“ gefühlt. Dabei war er als Oppositionsführer 1995 eigens nach Australien geflogen, um sich bei Murdoch vorzustellen. Und telefonierte als Premierminister vor dem Irak-Krieg mehrmals mit dem Alten, um sich der Unterstützung seiner Zeitungen zu versichern. Von etwaigem Unwohlsein Blairs war nie etwas an die Öffentlichkeit gedrungen.

Sumner Redstone, Gründer des Medienkonzerns Viacom, hat es einmal so beschrieben: „Rupert möchte die Welt regieren – und er scheint das auch zu tun.“

Zurzeit allerdings regiert Murdoch nicht. Er reagiert. Knall auf Fall. „News of the World“ machte er dicht. Das Angebot für den Bezahlsender BSkyB zog er zurück. Für rund neun Milliarden Euro hatte er sich jene 61 Prozent des größten britischen Pay-TV-Anbieters einverleiben wollen, die ihm noch nicht gehören. Das Unterhaus forderte ihn in seltener Einigkeit auf, auf die Offerte zu verzichten, und Murdoch fügte sich.

Von fern frohlockt die „New York Times“ über den „britischen Frühling“ – und meint das keineswegs ironisch: „Dank des Sonnenlichts ist in Großbritannien die Demokratie ausgebrochen.“ Wird es jetzt auch in Amerika Frühling?

Der Journalist Carl Bernstein, dessen Watergate-Enthüllungen schließlich 1974 Präsident Richard Nixon zu Fall brachten, schrieb in einem flammenden Kommentar für das Magazin „Newsweek“: Der Skandal könne „Murdochs Watergate“ werden.

Der demokratische Senator Jay Rockefeller, Vorsitzender des Handelsausschusses im US-Senat, fordert: Ein amerikanischer Untersuchungsausschuss solle prüfen, ob Murdochs Leute tatsächlich Hinterbliebene von Opfern des 11. September 2001 belauscht haben. Wären US-Bürger bespitzelt worden, hätte das „schwere Konsequenzen“.

Für die Demokraten wäre dies die langersehnte Schwächung eines mächtigen Gegners. Selbst wenn sie zur Unzeit käme. Denn wo Präsident Barack Obama sich jetzt mühte, mit den Republikanern einen Kompromiss zur Lösung der Haushaltskrise auszuhandeln (siehe Seite 82), hätte eine solche Kritik der Regierung am alten Lieblingsfeind Murdoch auch als Kriegserklärung an die Opposition aufgefasst werden können. Gut möglich, dass im Skandal um „News of the World“ das Anti-Korruptions-Gesetz greifen würde, das die Zahlung von Schmiergeld auch außerhalb der USA ahndet.

Über Politik nur zu berichten hätte Murdoch vermutlich gelangweilt. Seine Medien sollten sie mitgestalten. Das bekam über Jahrzehnte jeder Amerikaner vorgeführt, der Augen zum Fernsehen und Zeitunglesen hatte.

Gute Politik war für Murdoch das, was dem Imperium diene. Gefördert wurde,

verkaufte er entnervt an Bertelsmann, vom ehemaligen Frauensender tm3, dem er zeitweilig die Champions League besichert hatte, trennte er sich.

Im Jahr 2000 war er beim defizitären Bezahlkanal Premiere eingestiegen, damals mehrheitlich im Besitz des Medienhändlers Leo Kirch, der vergangenen Donnerstag in München starb. Premiere riss Kirch in den Abgrund, Murdoch versenkte 1,7 Milliarden Euro. Jahre später kehrte er zurück; heute hält er gut 49 Prozent am Nachfolge-Unternehmen Sky, das zuletzt eine Million Euro Verlust machte. Pro Tag.

Ärgerlich, doch zu verschmerzen. Angeblich hat Murdoch 7,6 Milliarden Dollar auf dem Konto. Mit seiner dritten, 38 Jahren jüngeren Frau, der aus China stammenden Wendi Deng, bewohnt er in New York ein geschätzt 40 Millionen Dollar teures Appartement an der Fifth Avenue.

Einen Fast-Bankrott Anfang der neunziger Jahre überlebte er, eine feindliche Übernahme durch den Medienunternehmer John Malone wehrte er ab. Vor zehn Jahren besiegte er den Prostatakrebs. Murdoch kennt sich aus mit Krisen. Nicht auszuschließen, dass sein Verzicht, BSkyB voll zu erwerben, nur ein Taschenspielertrick ist. Und er in einem Jahr, wenn Ruhe eingekehrt sein mag in Großbritannien, erneut Anlauf nimmt, den Sender zu kaufen.

Es wäre an der Zeit, an die nächste Generation zu übergeben. Doch der Kronprinz, Murdochs Sohn James, scheint dafür wenig geeignet. Zu tief steckt er im britischen Sumpf: Er hat bereits eingeräumt, dass die von ihm autorisier-

ten Schweigegeldzahlungen an abgehörte Prominente ein Fehler waren. Sollte in den USA wegen Bestechung ermittelt werden, könnte es auch ihn treffen.

„James wäre gern wie sein Vater“, schrieb Murdoch-Biograf Michael Wolff kürzlich in seinem Blog. „Er ist Rupert ohne dessen Raffinesse.“

Früher soll er ein Rebell gewesen sein, der Harvard schmiss und sich piercen ließ. Wer ihn später traf, als Europa-Chef der News Corp., erlebte einen farblosen Mann, der eher wie der Praktikant wirkte.

Noch als Erwachsene, heißt es, hätten er und sein Bruder Telefonate mit ihrem alten Herrn mit dem Satz beendet: „Dad, ich liebe dich!“ Als Murdoch jr. vor Jahren in einem Interview mehrmals das Wort „fuck“ benutzte, musste er sich von seiner Mutter öffentlich tadeln lassen.

In einem Gespräch mit dem SPIEGEL sagte er vor zwei Jahren: „News Corp. ist ein Unternehmen, das regelrecht Appetit auf Veränderung hat.“ In diesen Tagen dürfte er, was dies betrifft, erstmals ein Gefühl der Sättigung verspüren.

MARC HUIER, ALEXANDER KÜHN,
MARTIN U. MÜLLER, CARSTEN VOLKERY



Politikerin Palin, Ehemann vor Fox-Auftritt: „Die Welt regieren“

wer seine Ziele teilte. Und das nicht nur mit einer Millionenspende, wie er sie im vergangenen Jahr kurz vor den Wahlen der Vereinigung der republikanischen Gouverneure zukommen ließ.

Den politischen Niemand Ed Koch schrieb Murdochs „New York Post“ 1977 zum Bürgermeisterkandidaten hoch, weil beide Männer die Einschätzung zur Behandlung von Gewerkschaften teilten: „Fertigmachen!“

Für Sarah Palin, 2008 republikanische Kandidatin für die Vizepräsidentschaft, so reaktionär wie telegen, wurde Murdochs Fox News zum Hauskanal; einige der möglichen Kandidaten, die kommenden Jahr für die Republikaner ins Rennen um die Präsidentschaft gehen könnten, sind auf Auftritte bei Fox abonniert.

In Deutschland mühte Murdoch sich vergebens um so viel Einfluss. Dabei hoffierten ihn auch hier Politiker. In roter Strickweste erschien er 1998 bei der SPD. Kanzlerkandidat Gerhard Schröder sagte eine „glänzende Zukunft“ mit ihm voraus. Tatsächlich aber scheiterte Murdoch mit allem, was er in Deutschland anpackte. Seine Anteile am Privatsender Vox

Impressum

Brandstwierte 19, 20457 Hamburg, Telefon (040) 3007-0 · Fax -2246 (Verlag), -2247 (Redaktion)

E-Mail spiegel@spiegel.de · Facebook www.facebook.com/DerSpiegel · SPIEGEL ONLINE www.spiegel.de

HERAUSGEBER Rudolf Augstein (1923 – 2002)

CHEFREDAKTEURE Georg Mascolo (V. i. S. d. P.),
Mathias Müller von Blumencron

STELLV. CHEFREDAKTEUR Dr. Martin Doerry

TEXTCHEF Klaus Brinkbäumer

DEUTSCHE POLITIK · HAUPTSTADTBÜRO Leitung: Dirk Kurbjuweit,
Michael Sauga (stellv.), Christoph Schwennicke (stellv.). *Redaktion Politik:* Ralf Beste, Petra Bornhöft, Ulrike Demmer, Christoph Hickmann, Wiebke Hollersen, Kerstin Kullmann, Ralf Neukirch, René Pfister, Christian Schwägerl, Merlind Theile. *Autor:* Markus Feldenkirchen

Meinung: Dr. Gerhard Spörl

Redaktion Wirtschaft: Markus Dettmer, Katrin Elger, Peter Müller, Alexander Neubacher, Christian Reiermann.

DEUTSCHLAND Leitung: Konstantin von Hammerstein, Alfred Weinzierl; Hans-Ulrich Stoldt (Panorama, Personalien). *Redaktion:* Jan Friedmann, Michael Fröhlingsdorf, Carsten Holm (Hausmitteilung, Online Koordination), Ulrich Jaeger, Anna Kistner, Petra Kleinau, Guido Kleinhubert, Bernd Kühn, Gunther Latsch, Udo Ludwig, Christoph Scheuermann, Katharina Stegelmann, Andreas Ulrich, Dr. Markus Verbeet, Antje Windmann. *Autoren, Reporter:* Jürgen Dahlkamp, Dr. Thomas Darnstädt, Gisela Friedrichsen, Beate Lakotta, Bruno Schrep, Dr. Klaus Wiegrefe

Berliner Büro Leitung: Holger Stark, Frank Hornig (stellv.). *Redaktion:* Sven Becker, Markus Deggerich, John Goetz, Sven Röbel, Marcel Rosenberg, Michael Sontheimer, Andreas Wassermann, Peter Wensierski. *Autoren:* Stefan Berg, Jan Fleischhauer

WIRTSCHAFT Leitung: Armin Mahler, Thomas Tuma. *Redaktion:* Susanne Amann, Markus Brauck, Isabell Hülsen, Alexander Jung, Nils Klawitter, Alexander Kühn, Martin U. Müller, Jörg Schmitt, Jan-ko Tietz. *Autoren, Reporter:* Markus Grill, Dietmar Hawranek, Michaela Schießl

AUSLAND Leitung: Hans Hoyng, Dr. Christian Neef (stellv.), Britta Sandberg (stellv.), Bernhard Zand (stellv.). *Redaktion:* Dietrich Bednarz, Manfred Ertel, Julia Amalia Heyer, Jan Puhl, Daniel Steinvorth, Helene Zuber. *Reporter:* Clemens Höges, Susanne Koelbl, Walter Mayr, Christoph Reuter, Mathieu von Rohr

Diplomatischer Korrespondent: Dr. Erich Follath

WISSENSCHAFT UND TECHNIK Leitung: Johann Grolle, Olaf Stampf. *Redaktion:* Jörg Blech, Manfred Dworschak, Dr. Veronika Hackenbroch, Julia Koch, Cordula Meyer, Hilmar Schmudt, Matthias Schulz, Samiha Shafy, Frank Thadeusz, Christian Wüst. *Autorin:* Rafaela von Bredow

KULTUR Leitung: Lothar Gorriss, Dr. Joachim Kronsbein (stellv.). *Redaktion:* Lars-Olav Beier, Susanne Beyer, Nikolaus von Festenberg, Dr. Volker Hage, Ulrike Knöfel, Philipp Oehmke, Tobias Rapp, Nora Reinhardt, Elke Schmitter, Claudia Voigt, Martin Wolf. *Autoren, Reporter:* Georg Diez, Wolfgang Höbel, Dr. Romain Leick, Matthias Matussek, Katja Thimm, Dr. Susanne Weingarten

KulturSPIEGEL: Marianne Wellershoff (verantwortlich). Tobias Becker, Anke Dürr, Maren Keller, Daniel Sanders

GESELLSCHAFT Leitung: Matthias Geyer, Cordt Schnibben, Barbara Supp (stellv.). *Redaktion:* Hauke Goos, Barbara Hardinghaus, Ralf Hoppe, Ansbert Kneip, Ditsch Kraha, Thies Würger. *Reporter:* Uwe Buse, Jochen-Martin Gutsch, Thomas Hütelin, Alexander Osang

SPORT Leitung: Gerhard Pfeil, Michael Wulzinger. *Redaktion:* Lukas Eberle, Cathrin Gilbert, Maik Großekathöfer, Detlef Hacke, Jörg Kramer

SONDERTHEMEN Leitung: Dietmar Pieper, Annette Großbongardt (stellv.), Norbert F. Pötzl (stellv.). *Redaktion:* Annette Bruhns, Angela Gatterbug, Uwe Klußmann, Joachim Mohr, Bettina Musall, Dr. Johannes Saltzwedel, Dr. Rainer Traub

IPAD Jens Radü; Nicola Abé, Jochen Brenner, Roman Höfner, Bernhard Riedmann

CHEF VOM DIENST Thomas Schäfer, Katharina Lüken (stellv.), Holger Wolters (stellv.)

SCHLUSSREDAKTION Christian Albrecht, Gesine Block, Regine Brandt, Reinhold Bussmann, Lutz Diedrichs, Bianca Huneke, Anke Jensen, Maika Kunze, Stefan Moos, Reimer Nagel, Dr. Karen Ortiz, Manfred Petersen, Fred Schlottbeck, Tapio Sirikka, Ulrike Wallenfels

PRODUKTION Solveig Binroth, Christiane Stauder, Petra Thormann; Christel Basilon, Petra Gronau, Martina Treumann

BILDREDAKTION Michael Rabanus (verantwortlich für Innere Heftgestaltung), Michaela Herold (stellv.), Claudia Jeczawitz, Claus-Dietrich Schmidt; Sabine Dötting, Torsten Feldstein, Thorsten Gerke, Andrea Huss, Antje Klein, Elisabeth Kolb, Matthias Krug, Peer Peters, Karin Weinberg, Anke Wellnitz. E-Mail: bildred@spiegel.de
SPIEGEL Foto USA: Susan Wirth, Tel. (001212) 3075948

GRAFIK Martin Brinker, Johannes Unselt (stellv.); Cornelia Baumermann, Ludger Bollen, Thomas Hammer, Anna-Lena Kornfeld, Gernot Matzke, Cornelia Pfauter, Julia Saur, Michael Walter

LAYOUT Wolfgang Busching, Ralf Geilhufo (stellv.). Reinhold Wurst (stellv.); Michael Abke, Katrin Bollmann, Claudia Franke, Bettina Fuhrmann, Kristian Heuer, Nils Küppers, Sebastian Raulf, Barbara Rödiger, Doris Wilhelm
Sonderhefte: Jens Kuppi, Rainer Sennewald

TITELBILD Stefan Kiefer; Iris Kuhlmann, Gershom Schwalfenberg, Arne Vogt

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
BERLIN Pariser Platz 4a, 10117 Berlin; Deutsche Politik, Wirtschaft Tel. (030) 886688-100, Fax 886688-111; Deutschland, Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft Tel. (030) 886688-200, Fax 886688-222

DRESDEN Maximilian Popp, Wallgäßen 4, 01097 Dresden, Tel. (0351) 26620-0, Fax 26620-20

DÜSSELDORF Georg Bönisch, Andrea Brandt, Frank Dohmen, Barbara Schmid-Chalensbach, Carlsplatz 14/15, 40213 Düsseldorf, Tel. (0211) 86679-01, Fax 86679-11

FRANKFURT AM MAIN Matthias Bartsch, Simone Kaiser, Christoph Pauly, Anne Seith, Oberlindau 80, 60323 Frankfurt am Main, Tel. (069) 9712680, Fax 97126820

KARLSRUHE Dietmar Hipp, Waldstraße 36, 76133 Karlsruhe, Tel. (0721) 22737, Fax 9204449

MÜNCHEN Dinah Deckstein, Conny Neumann, Steffen Winter, Rosental 10, 80331 München, Tel. (089) 4545950, Fax 45459525

STUTTGART Eberhardstraße 73, 70173 Stuttgart, Tel. (0711) 664749-20, Fax 664749-22

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND

ABU DHABI Alexander Smoltczyk, P.O. Box 35 290, Abu Dhabi

BANGKOK Thilo Thielke, Tel. (0066) 22584037

BRÜSSEL Christoph Schult, Bd. Charlemagne 45, 1000 Brüssel, Tel. (00322) 2306108, Fax 2311436

ISTANBUL PK 90 Beyoglu, 34431 Istanbul, Tel. (0090212) 2389558, Fax 2569769

KAIRO Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. (00202) 37604944, Fax 37607655

LONDON Marco Evers, Suite 266, 33 Parkway, London NW1 7PN, Tel. (004420) 32394776, Fax 75045867

MADRID Apartado Postal Número 100 64, 28080 Madrid, Tel. (0034) 650652889

MOSKAU Matthias Schepp, Ul. Bol. Dmitrowka 7/5, Haus 2, 125009 Moskau, Tel. (007495) 96020-95, Fax 96020-97

NAIROBI Horand Knaup, P.O. Box 1402-00621, Nairobi, Tel. (00254) 207123387

NEW DELHI Padma Rao, 101, Golf Links, New Delhi 110003, Tel. (009111) 24652118, Fax 24652739

NEW YORK Ulrich Fichtner, Thomas Schulz, 10 E 40th Street, Suite 3400, New York, NY 10016, Tel. (001212) 2217583, Fax 3026258

PARIS 12, Rue de Castiglione, 75001 Paris, Tel. (00331) 58625120, Fax 42960822

PEKING Dr. Wieland Wagner, P.O. Box 170, Peking 100101, Tel. (008610) 65323541, Fax 65325453

RIO DE JANEIRO Jens Glüsing, Caixa Postal 56071, AC Urca, 22290-970 Rio de Janeiro-RJ, Tel. (005521) 2275-1204, Fax 2543-9011

ROM Fiona Ehlers, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. (003906) 6797522, Fax 6797768

SAN FRANCISCO Dr. Philip Bethge, P.O. Box 151013, San Rafael, CA 94915, Tel. (001415) 7478940

SHANGHAI Sandra Schulz, Taiyuan Road, Lane 63, Block 7 (jia), Room 101, Xuhui District, Shanghai 2000 31, Tel. (008621) 34141703

SINGAPUR Jürgen Kremb, 5 Hume Avenue # 05-04, Hume Park 1, 598720 Singapur, Tel. + Fax (0065) 63142004

STAVANGER Gerald Trautetter, Ryggveien 33a, 4020 Stavanger, Tel. (0047) 51586252, Fax 51583543

TEL AVIV Juliane von Mittelstaedt, P. O. Box 8387, Tel Aviv-Jaffa 61083, Tel. (009723) 6810998, Fax 6810999

WARSAU P. O. Box 31, ul. Waszyngtonga 26, PL- 03-912 Warschau, Tel. (004822) 6179295, Fax 6179365

WASHINGTON Marc Hujer, Dr. Gregor Peter Schmitz, 1202 National Press Building, Washington, D.C. 20045, Tel. (001202) 3475222, Fax 3473194

DOKUMENTATION Dr. Hauke Janssen, Axel Pult (stellv.), Peter Wahle (stellv.); Jörg-Hinrich Ahrens, Dr. Anja Bednarz, Ulrich Booms, Dr. Helmut Bott, Viola Broecker, Dr. Heiko Buschke, Andrea Curtaz-Wilkes, Heinz Egleder, Johannes Eltschig, Johannes Erasmus, Klaus Falkenberg, Cordelia Freiwald, Anne-Sophie Fröhlich, Dr. André Geicke, Silke Geister, Catrin Hammy, Thorsten Hapke, Susanne Heitker, Carsten Hellberg, Stephanie Hoffmann, Bertolt Hunger, Joachim Immsich, Marie-Odile Jonot-Langheim, Michael Jürgens, Renate Kemper-Gussek, Jessica Kensicki, Jan Kerbusch, Ulrich Klotzer, Anna Kovac, Peter Lakemeier, Dr. Walter Lehmann-Wiesner, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig-Sidow, Rainer Lübbert, Nadine Markwaldt-Buchhorn, Dr. Andreas Meyhoff, Gerhard Minich, Cornelia Moormann, Tobias Mulot, Bernd Musa, Nicola Naber, Margret Nitsche, Malte Nohn, Sandra Öfner, Thorsten Oltner, Thomas Riedel, Andrea Sauerbier, Maximilian Schäfer, Marko Scharlow, Rolf G. Schierhorn, Mirjam Schlossarek, Dr. Regina Schlüter-Ahrens, Mario Schmidt, Andrea Schumann-Eckert, Ulla Siegenthaler, Rainer Staudhammer, Dr. Claudia Stodte, Stefan Storz, Rainer Szimm, Dr. Eckart Teichert, Nina Ulrich, Hans-Jürgen Vogt, Ursula Wamser, Peter Wetter, Kirsten Wiedner, Holger Wilkop, Karl-Henning Windelband, Anika Zeller

LESER-SERVICE Catherine Stockinger

NACHRICHTENDIENSTE AFP, AP, dpa, Los Angeles Times / Washington Post, New York Times, Reuters, sid

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG

Verantwortlich für Anzeigen: Norbert Facklam

Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 65 vom 1. Januar 2011
Mediaunterlagen und Tarife: Tel. (040) 3007-2540, www.spiegel-qc.de

Commerzbank AG Hamburg, Konto-Nr. 6181986, BLZ 200 400 00

Verantwortlich für Vertrieb: Thomas Hass

Druck: Prinovis, Dresden

Prinovis, Itzehoe

VERLAGSLEITUNG Matthias Schmolz

GESCHÄFTSFÜHRUNG Ove Saffe

Service

Leserbriefe

SPIEGEL-Verlag, Brandstwierte 19, 20457 Hamburg
Fax: (040) 3007-2966 E-Mail: leserbriefe@spiegel.de

Fragen zu SPIEGEL-Artikeln / Recherche

Telefon: (040) 3007-2687 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: artikel@spiegel.de

Nachdruckgenehmigungen für Texte und Grafiken:

Nachdruck und Angebot in Lesezirkeln nur mit schriftlicher Genehmigung des Verlags. Das gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxen sowie für Vervielfältigungen auf CD-Rom.

Deutschland, Österreich, Schweiz:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

übriges Ausland:

New York Times Syndication Sales, Paris
Telefon: (00331) 53057650 Fax: (00331) 47421711

für Fotos:

Telefon: (040) 3007-2869 Fax: (040) 3007-2966
E-Mail: nachdrucke@spiegel.de

SPIEGEL-Shop

SPIEGEL-Bücher, SPIEGEL-TV-DVDs, Titelillustrationen als Kunstdruck und eine große Auswahl an weiteren Büchern, CDs, DVDs und Hörbüchern unter www.spiegel.de/shop

Abonnenten zahlen keine Versandkosten.

SPIEGEL-Einzelhefte (bis drei Jahre zurückliegend)

Telefon: (040) 3007-2948
Fax: (040) 3007-857050
E-Mail: nachbestellung@spiegel.de

Ältere SPIEGEL-Ausgaben

Telefon: (08106) 6604 Fax: (08106) 34196
E-Mail: spodats@t-online.de

Kundenservice

Persönlich erreichbar Mo. – Fr. 8.00 – 19.00 Uhr,

Sa. 10.00 – 16.00 Uhr

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,

20637 Hamburg

Umzug/Urlaub: 01801 / 22 11 33 (3,9 Cent/Min.)*

Fax: (040) 3007-857003

Zustellung: 01801 / 66 11 66 (3,9 Cent/Min.)*

Fax: (040) 3007-857006

* aus dem Mobilfunk max. 0,42 €/Min.

Service allgemein: (040) 3007-2700

Fax: (040) 3007-3070

E-Mail: aboservice@spiegel.de

Kundenservice Schweiz

Telefon: (0049) 40-3007-2700 Fax: (0049) 40-3007-3070

E-Mail: kundenservice-schweiz@spiegel.de

Abonnement für Blinde

Audio Version, Deutsche Blindenstudienanstalt e. V.

Telefon: (06421) 606265 Fax: (06421) 606259

E-Mail: info@blisti.de

Elektronische Version, Stiftung Blindenanstalt

Frankfurt am Main

Telefon: (069) 95124-15 Fax: (069) 5976296

E-Mail: m-kirchner@t-online.de

Abonnementspreise

Inland: zwölf Monate € 197,60

Sonntagszustellung per Eilboten Inland: € 717,60

Studenten Inland: 52 Ausgaben € 153,40 inkl.

sechsmal UniSPIEGEL

Schweiz: zwölf Monate sfr 361,40

Europa: zwölf Monate € 252,20

Außerhalb Europas: zwölf Monate € 330,20

DER SPIEGEL als E-Paper:

zwölf Monate € 197,60

Halbjahresaufträge und befristete Abonnements

werden anteilig berechnet.

Abonnementsbestellung

bitte ausschneiden und im Briefumschlag senden an

SPIEGEL-Verlag, Abonnenten-Service,

20637 Hamburg – oder per Fax: (040) 3007-3070.

Ich bestelle den SPIEGEL

☐ für € 3,80 pro Ausgabe (Normallieferung)

☐ für € 13,80 pro Ausgabe (Eilbotenzustellung am

Sonntag) mit dem Recht, jederzeit zum Monatsende

zu kündigen.

Das Geld für bezahlte, aber noch nicht gelieferte Hefte

bekomme ich zurück.

Bitte liefern Sie den SPIEGEL an:

Name, Vorname des neuen Abonnenten	
Straße, Hausnummer oder Postfach	
PLZ, Ort	
Ich zahle	
☐ bequem und bargeldlos per Bankeinzug (1/4-jährl.)	
Bankleitzahl	Konto-Nr.
Geldinstitut	
☐ nach Erhalt der Jahresrechnung. Ein Widerrufsrecht besteht nicht.	
Datum, Unterschrift des neuen Abonnenten	SP11-001-WT127

DER SPIEGEL (USPS No. 0154520) is published weekly by SPIEGEL VERLAG. Subscription price for USA is \$350 per annum.

K.O.P.: German Language Pub., 153 S Dean St, Englewood, NJ 07631.

Periodicals postage is paid at Englewood, NJ 07631, and additional mailing offices. Postmaster:

Send address changes to: DER SPIEGEL, GLP, PO Box 9868, Englewood, NJ 07631.

MITTWOCH, 20. 7., 22.45 – 23.15 UHR | ZDF

ZDF-ZOOM
Die Sprit-Abzocke: Wie Mineralölkonzerne Kasse machen

Die Macht der Ölkonzerne ist ungebrochen. Der gesamte Vertriebsweg ist in der Hand von einigen wenigen Unternehmen, die sich den Markt untereinander aufteilen. Die wenigen Konkurrenten, wie unabhängige Tankstellen, werden aus dem Markt gedrängt oder aufgekauft. Schon jetzt sind 65 Prozent des Kraftstoffabsatzes in Deutschland in der Hand der fünf großen Mineralölkonzerne.

SAMSTAG, 23. 7., 22.10 – 0.15 UHR | VOX

DIE SAMSTAGSDOKUMENTATION
Die Love Parade von Duisburg – eine amtlich genehmigte Katastrophe?

Was am 24. Juli 2010 mittags als ausgelassene Party beginnt, endet am späten Nachmittag mit einem Desaster. Die traurige Bilanz der Duisburger Love Parade: 21 Tote, mehr


Trepp am Unglücksort

als 500 Verletzte und unzählige Traumatisierte. Die Dokumentation rekonstruiert den schwarzen Samstag von Duisburg und weist mit zum Teil noch unveröffentlichtem Filmmaterial nach, welche Fehlentscheidungen vor und auch noch während des Techno-Spektakels getroffen wurden. Bei SPIEGEL TV erhebt der damals leitende Notarzt schwere Vorwürfe gegen Stadt und Veranstalter. Neben Augenzeugen, Sicherheitsforschern und Journalisten äußern sich auch der Veranstalter Rainer Schaller sowie Oberbürgermeister Adolf Sauerland zu der Katastrophe.

SONNTAG, 24. 7., 22.00 – 22.45 UHR | RTL

SPIEGEL TV MAGAZIN

Am Abgrund – Was passiert, wenn der Euro scheitert; **Rätselhafte Erdhöhlen** – Die mittelalterlichen Tunnel in Süddeutschland; **Sportliche Schlamm-schlacht** – Watt-Olympiade in Brunsbüttel


THEMA DER WOCHE

Stunde der Wahrheit



Das Gutachten zum umstrittenen Projekt Stuttgart 21 wird übergeben: Ist ein unterirdischer Bahnhof tatsächlich um 30 Prozent effektiver als der alte Bau? SPIEGEL ONLINE berichtet live aus der Hauptstadt der Wutbürger und analysiert die Folgen des Belastungstests:

Wie reagieren die Gegner?
Wie geht es mit der grün-roten Regierung weiter?
Was macht die Bahn?
WISSENSCHAFT | Bruder Android

Künstliche Intelligenz, Roboterhände, die fühlen können – emsig arbeiten Forscher daran, Maschinen immer humaner zu machen oder den menschlichen Körper zu optimieren. Die Kernfrage bleibt: Wann ist ein Mensch ein Mensch?

KULTUR | Übernatürlich

Hollywood hat das Science-Fiction-Genre wiederentdeckt. SPIEGEL ONLINE stellt die Alien- und Weltraum-Kinostarts der kommenden Monate vor.

einstages.de | Der Fotograf der Hippies


Er verehrte Led Zeppelin, liebte sich durch die Göttinger WG-Landschaft – und probierte jede Kamera aus, die ihm in die Hände fiel: Aus Spaß und ohne technisches Verständnis hielt John Chikago Ende der sechziger Jahre die deutsche Hippie-Szene auf 120 000 Bildern fest. Erst vier Jahrzehnte später begann er, seinen Fotoschatz zu sichten – einstages.de zeigt die originellsten Aufnahmen.

www.spiegel.de – Schneller wissen, was wichtig ist

GESTORBEN

Leo Kirch, 84. Er war über Jahrzehnte ein natürlicher Gegenspieler des SPIEGEL. Der gläubige Katholik war mit Franz Josef Strauß und Helmut Kohl befreundet und wickelte bei seinem Aufstieg vom Filmhändler zum Medienmogul so manches Geschäft über Treuhänder ab, die man auch als Strohmänner betrachten konnte. Der Sohn eines Klempners, der in Betriebswirtschaft promovierte, baute ein konservatives Medienimperium auf, das aus seiner Sicht ein Gegengewicht zu ARD und ZDF, zu SPIEGEL, „Stern“ und



FRANK LEONHARDT / DPA

„Zeit“ sein sollte. Auf dem Höhepunkt seiner Karriere herrschte er über die Privatsender Sat.1, ProSieben, Kabel eins, N24, DSF, Neun Live und Premiere und besaß 40 Prozent des Springer-Verlags. Kirch konnte aber auch ein charmanter und witziger Gesprächspartner sein, der dem SPIEGEL eines seiner seltenen Interviews gab, aus dem in den Nachrufen jetzt immer wieder zitiert wird: „Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen.“ Das war 2002, kurz vor der Pleite seines Imperiums, das mit geliehenem Geld aufgebaut war. Seine politischen Freunde, die den Vormarsch des Privatfernsehens und damit Kirchs Aufstieg ermöglicht hatten, konnten ihm nicht helfen. Die Banken gaben keinen Kredit mehr. Kirch vermutete ein Komplott, an dem der SPD-Kanzler Gerhard Schröder und Rolf Breuer, der damalige Chef der Deutschen Bank, beteiligt gewesen sein sollen. „Erschossen hat mich der Rolf“, sagte er, und deshalb kämpfte Kirch bis zum Schluss gegen Breuer, der sich kurz vor der Pleite in einem Interview abfällig über Kirchs Kreditwürdigkeit geäußert hatte. Im Rollstuhl, einen Fuß amputiert, die Augen fast blind, sagte Kirch Ende März vor Gericht aus. Die Chancen stehen nicht schlecht, dass die Richter ihm Schadensersatz zusprechen. Diese Genugtuung wird Kirch nicht mehr erfahren. So wie einige Geheimnisse deutscher Politik weiter ungelöst bleiben, die Kirch hätte aufklären können. Beispielsweise: War Kirch einer der anonymen Spender, die eine schwarze Kasse der CDU aufgefüllt hatten? Leo Kirch starb am 14. Juli in München.

Betty Ford, 93. Sie galt als eine Überlebenskünstlerin, sie war eine Frau, die nicht nur ihre Brustkrebserkrankung überstanden hatte, ihre Alkohol- und ihre Medikamentensucht, sondern auch die Präsident-



MULTON ARCHIVE / BETTY IMAGES

schaft ihres Mannes. Als Gerald Ford nach dem Watergate-Skandal 1974 US-Präsident wurde, wusste sie, wie schwierig ihre neue Rolle als First Lady werden würde: „Je wichtiger er wird, desto unwichtiger werde ich.“ Aber mit ihrer offenen, unkonventionellen Art gewann die leidenschaftliche Tänzerin die Herzen der Amerikaner. 1982 gründete die aus Chicago stammende Politikerin das Betty Ford Center, eine Entzugsklinik, die seitdem auch viele Prominente besuchten. Betty Ford starb am 8. Juli in Rancho Mirage, Kalifornien.

Oliver Storz, 82. Er liebte das Fernsehen, aber er konnte verzweifeln an den Funktionären, die die TV-Sender bevölkern. Als Redakteur bei der Bavaria in München hatte Storz seit Anfang der Sechziger Serien wie „Raumpatrouille Orion“ produziert. Als Drehbuchautor und Regisseur galt sein Hauptinteresse dem Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegszeit, die seine Jugend geprägt hatten. Immer wieder gelang es Storz, zeitgeschichtliche Stoffe in große Fernsehspiele zu verwandeln. „Drei Tage im April“ (1995) zeigte ein schwäbisches Dorf, in dem ein Zug mit KZ-Häftlingen liegenbleibt. 2003 inszenierte er „Im Schatten der Macht“, ein Drama über die letzten Tage der Kanzlerschaft von Willy Brandt, mit Brandts Sohn Matthias in der Rolle des DDR-Spions Guillaume. Oliver Storz starb am 6. Juli in Deining bei München.

Heinz Reincke, 86. Seine Stimme klang knurrig-norddeutsch, seinen Wohnsitz hatte er aber seit gut 40 Jahren in Österreich. Populär wurde der in Kiel geborene Schauspieler in der Rolle des Pfarrers Eckholm, den er 22 Jahre lang in der ZDF-Serie „Der Landarzt“ verkörperte. 1955 holte ihn Gustaf Gründgens ans Deutsche Schauspielhaus in Hamburg; 1968 wechselte er an das Wiener Burgtheater, wo er in vielen Klassikern zu sehen war.



SCHNEIDER PRESS

Der profilierte Theatermann spielte auch in Filmen wie „Das fliegende Klassenzimmer“ und TV-Serien („Zwei Münchner in Hamburg“, „Heimatgeschichten“) mit. Heinz Reincke starb am 13. Juli nahe Wien.



Joly

Eva Joly, 67, frischgekörtete Präsidentschaftskandidatin der französischen Grünen, löst mit ihren Reformideen einen Sturm der Entrüstung aus: Sie will die traditionelle Militärparade zum Nationalfeiertag am 14. Juli abschaffen. „Das entspricht einer anderen Epoche“, kommentierte sie vergangenen Donnerstag beim Anblick der vorbeifahrenden Panzer. Dieses „kriegerische Frankreich“ passe nicht zu ihren Werten. Stattdessen schläge sie vor, eine Parade der einfachen Bürger einzuführen. Schüler, Studenten und Senioren sollten daran teilnehmen. Zu dem beliebten Militärdefilee kommen alljährlich Tausende Zuschauer aus ganz Frankreich, und es wird live im Fernsehen übertragen. Joly, die als norwegi-

sches Au-pair-Mädchen nach Frankreich kam und als unerbittliche Untersuchungsrichterin in der großen Staatsaffäre um den Erdölkonzern Elf bekannt wurde, sorgte mit ihren Bemerkungen für heftige Reaktionen. „Madame Joly verwechselt wohl den 14. Juli mit dem 1. April“, polterte ein Abgeordneter der Regierungspartei UMP. „Es ist Zeit für sie, nach Norwegen zurückzukehren“, schimpfte ein anderer.

Mao Zedong, 1976 verstorbener Vorsitzender der Kommunistischen Partei Chinas, dient posthum dem Kapitalismus. Dieser Eindruck entsteht für Zuschauer des neuen chinesischen Spielfilms „Der Beginn des Großen Aufschwungs“, eines Propagandawerks zur Gründung der Kommunistischen Partei vor 90 Jahren. In einer Szene bekommt der Film-Mao von seiner Freundin eine goldene Uhr der Schweizer Firma Omega geschenkt. Die Kamera zeigt das Luxus-Chronometer in Großaufnahme, der Name des Herstellers ist gut zu erkennen. Schleichwerbung in einem Propagandafilm? „Auf keinen Fall“, sagt Han Sanping, einer der beiden Regisseure des Films und als Präsident der staatlichen China Film Group einer der mächtigsten Männer der Kinoindustrie in der Volksrepublik. Die Uhr sei lediglich „ein Requisit“, so Han zur Nachrichtenagentur AP. Omega ist in 31 chinesischen Städten mit eigenen Filialen vertreten.

Mohammedzai, Vater der vor zwei Jahren brutal verstümmelten Afghanin **Aisha**, 20, fürchtet um sein Leben. Die junge Frau war von ihrem Ehemann, einem Taliban-Kämpfer, und anderen Verwandten beinahe getötet worden. Wegen vermeintlichen Ungehorsams hatten die Männer ihr Nase und Ohren abgeschnitten. Mit Hilfe von Menschenrechtsorganisationen und des US-Militärs gelangte Aisha nach Amerika, wo sie plastische Gesichtschirurgie erhalten soll. Ein Porträt der jungen Frau wurde zum „Pressefoto des Jahres 2010“ gekürt. Vater Mohammedzai hält sich aus Angst vor den Taliban versteckt. „Sie sagten, ich hätte Schande über die Afghanen gebracht, weil



Aisha



Mohammedzai

ich meiner Tochter erlaubt habe, ohne Begleitung nach Amerika zu gehen“, zitiert ihn die „Times“. Ein Nachbar glaubt, die Befürchtungen seien begründet: „Ich bin zu hundert Prozent sicher, dass die Taliban ihn enthaupten würden.“ Vergangene Woche wurde der einzige bisher verhaftete Verdächtige wieder freigelassen. Aishas Mann, der als Haupttäter gilt, soll sich die meiste Zeit seit dem Überfall in Pakistan aufgehalten haben. Gerüchten zufolge plant er jetzt seine Heimkehr.

Guntram Schneider, 60, sozialdemokratischer Arbeitsminister in Nordrhein-Westfalen, erhielt am Mittwoch vor zwei Wochen einen seltsamen Anruf aus dem Bundeskanzleramt. Das Büro von Angela Merkel meldete sich in seinem Vorzimmer. Die Regierungschefin wünsche Herrn Laumann zu sprechen, hieß es. Schneiders Amtsvorgänger, der Christdemokrat Karl-Josef Laumann, hatte das Büro jedoch bereits vor einem Jahr räumen müssen – nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch SPD und Grüne. Zu erreichen ist Laumann inzwischen als Vorsitzender der CDU-Fraktion im Düsseldorf Landtag. Doch das ist offenbar nicht nur Merkels Büro entgangen. Schneiders Mitarbeiterinnen mussten schon mehrere Anrufe von Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) abwimmeln. Der Düsseldorf Sozialdemokrat hält die Orientierungslosigkeit in der Kommunikation „für symptomatisch, wie Deutschland regiert wird“. Schneider: „Ich glaube langsam, die spinnen in Berlin.“



MICHAEL GOTSCHALK / DAPD

Guido Westerwelle, 49, Bundesaußenminister, konnte während seines ersten Staatsbesuchs im krisengeschüttelten Kolumbien auch seinem Hobby frönen. Nach Gesprächen mit Präsident Juan Manuel Santos Calderón und der Präsentation eines Schecks für das Rote Kreuz durfte der Liberale vergangenen Donnerstag am frühen Abend ins Museum. Kunst zählt laut Westerwelles Facebook-Profil neben Sport, Freunde treffen und Kochen zu seinen persönlichen Interessen. Im Museo Botero von Bogotá studierte Westerwelle ausgiebig das Gemälde „La Carta“ von Fernando Botero. An der üppigen Dame mit rubensschen Ausmaßen schien ihn noch das kleinste Detail zu interessieren: Er nahm zur Betrachtung des Werks aus dem Jahr 1976 sogar die Brille ab, um ganz nah an die Leinwand heranzugehen.



Eva Longoria, 36, amerikanischer TV-Serienstar („Desperate Housewives“), erlebt derzeit geschäftliche Turbulenzen. Die Schauspielerin ist Anteilseignerin der Firma Beso LLC, die mehrere Lokale in Las Vegas betreibt. Dem Restaurant „Beso“ („Kuss“) ist der Nachtclub „Eve“ angeschlossen, der Anfang vergangener Woche seine Pforten schloss. Laut Longorias Anwalt war dies ein Versuch, das mit über fünf Millionen Dollar verschuldete Unternehmen Beso LLC vor dem Bankrott zu bewahren. 76 000 Dollar Verlust soll allein das „Eve“ pro Monat eingefahren haben. Die Finanziere von Beso LLC verlangen nun, dass umgehend ein Insolvenzverwalter eingesetzt wird. Auf der Homepage des Nachtclubs hat sich der erzwungene Feierabend bisher nicht bemerkbar gemacht. Eine verführerisch lächelnde Longoria wirbt dort für den „Femme Fatale“-Freitag. Das Motto der angekündigten Party: „Tanzen, bis die Welt untergeht“.

David McAllister, 40, seit einem Jahr Ministerpräsident von Niedersachsen, erfreut sich ungewöhnlicher Fans. Als der CDU-Politiker auf einer Rundreise Goslar besuchte, warteten vor der Kaiserpfalz nicht nur städtische Honoratioren. Auch eine Gruppe Punker beobachtete das Treiben. Während der Regierungschef vom offiziellen Empfangskomitee begrüßt wurde, sangen die Jugendlichen zunächst „Kommunismus, Schalalalala“ und riefen „He, McAllister“. Plötzlich kam einer der Punks auf den Politiker zu – und bat höflich um ein Autogramm. Während der verutzte McAllister eine Karte hervorkramte, erläuterte der junge Mann stolz: „Sie kennen doch Philipp Rösler? Seine Frau war bei meinem Bruder in der Klasse.“ Nach der Begegnung triumphierte McAllister: „Ich bin der einzige CDU-Ministerpräsident, der von Punkern um Autogramme gebeten wird.“ Auf der Weiterfahrt unterschrieb er umgehend ein Dutzend weitere Karten: „Ich Sorge vor, falls mir noch mal Punker begegnen sollten.“

Leonardo DiCaprio, 36, amerikanischer Filmstar, soll einmal mehr Hollywoods glamouröse Vergangenheit beschwören, jedenfalls wenn es nach Clint Eastwood geht. Der Regisseur möchte DiCaprio als Hauptdarsteller für ein Remake des Musical-Klassikers „A Star Is Born“ engagieren. Der Film erzählt die Geschichte einer jungen Frau, die nur mit Hilfe eines abgehalfterten alkoholkranken Schauspielers ihren Weg in Hollywood findet. Für die weibliche Hauptrolle konnte er die Sängerin Beyoncé Knowles gewinnen. „A Star Is Born“ feierte zum ersten Mal 1937 Premiere, erlebte bereits zwei Neuauflagen und beschiede seinen Machern und Mitwirkenden zahlreiche Auszeichnungen. Das Werk gilt als uramerikanisches Kulturgut. DiCaprios Antwort auf Eastwoods Ansinnen steht noch aus; der Schauspieler hat einen straffen Terminplan. Im Moment dreht er „Der Große Gatsby“, ebenfalls ein Remake aus alten Hollywood-Zeiten.



DiCaprio

SHERYL NIELDS / AUGUST

THOMAS KIEROK / LAIF

Bildunterschrift aus den „Aachener Nachrichten“: „Wow: Voltigierer wie Joanne Eccles zeigen Übungen auf Pferden, die selbst beim Bodenturnen bewundernswert wären.“

Wir haben uns darauf spezialisiert, jegliche Beschädigungen, ganz gleich ob Bohrlöcher, Druckstellen, Abgeplatztes oder Kratzer in allen Farbtönen, Mustern und Marmorierungen, weitestgehend wieder herzustellen.

Aus einer Anzeige in „Hinz & Kunzt“

Aus der „Neuen Westfälischen“: „13 neue pastorale Räume haben sich bereits auf den Weg gemacht, um die im Januar 2010 festgelegten neuen Seelsorgestrukturen im Erzbistum Paderborn umzusetzen.“

Aus dem „Darmstädter Echo“: „Hilfreich bei der Artensuche war auch die angebotene Exkursion zum Thema ‚Weichtiere‘, also Schnecken oder Muscheln und Verwandte des Biologen Joachim Wenk, die bei leichtem Regen einige noch nicht an der Naturschutzscheune erfasste Arten beisteuerte, auch durch die eifrige Suche der Exkursionsteilnehmer.“

Rohstoffe dürfen China frei verlassen

Aus den „Nürnberger Nachrichten“

Aus der „Badischen Zeitung“: „Vor allem die riesigen Öltanker, mit der ihnen innewohnenden Gefahr für Umwelt und Gesundheit, stoßen vielen Hauptstadtbewohnern sauer auf.“

Aus dem „Tagesspiegel“: „Während Woreit auf dem Fest am Dienstag ausdrücklich auch die öffentlichen Betriebe für ihr Engagement lobte, sieht der Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Claus-Peter Martens, hier eine unzulässige Zahlung aus zweckgebundenen Mitteln, was nicht zulässig sei.“

Sturm auf dem Saturn ist acht Mal größer als die Erde

Aus der Tageszeitung „Freies Wort“

Bildunterschrift aus den „Wolfsburger Nachrichten“: „Der Garten der Familie Pleines strahlt Ruhe und Geborgenheit aus, ein Ort also, wo die Seele die Beine baumeln lassen kann.“

Zitate

Die „Frankfurter Allgemeine“ zum SPIEGEL-Bericht „Ein Korb für Küsten-Barbie“ über den Versuch der Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, eine von einer Agentur vorproduzierte Artikelserie in Regionalzeitungen zu platzieren (Nr. 28/2011):

Die Zeitschrift DER SPIEGEL machte den Fall in ihrer jüngsten Ausgabe bekannt ... Offenbar war dem Ministerium in Schwerin dann auch aufgefallen, dass die Ministerin hier zu weit gegangen war. Der SPIEGEL meint, Frau Schwesigs Brief sei in einem Ton gehalten, als wären die Zeitungen öffentlich-rechtlicher Besitz ... Inzwischen musste ihr Staatssekretär Nikolaus Voss (SPD) Krisenmanagement betreiben. Er bedauerte – so berichtete „Nordkurier“-Chefredakteur Michael Seidel – den Vorstoß. Leider sei er nicht da gewesen, um die Sache noch zu verhindern.

Die „Süddeutsche Zeitung“ zur SPIEGEL-Panorama-Meldung „Wissenschaft – Schlampiger Doktorsohn“ über Details aus der mit Plagiatsvorwürfen belasteten Dissertation von Bernd Althusmann (Nr. 28/2011):

Niedersachsens Kultusminister Bernd Althusmann (CDU) hat offenbar auch seinen eigenen Doktorvater schlampig zitiert. Der SPIEGEL berichtet, Althusmann verweise in seiner Dissertation auf Werke seines Potsdamer Doktorvaters Dieter Wagner, verstoße dabei aber mehrfach gegen wissenschaftliche Standards ... Ein Sprecher des Ministers sagte, Althusmann „begrüßt die Diskussion über den sorgfältigen Umgang mit Zitaten“.

Die „Berliner Zeitung“ zum SPIEGEL-Interview „Karrieren – Nicht aufregen, kontern“ mit Daimler-Vorstand Christine Hohmann-Dennhardt (Nr. 28/2011):

EU-Justizkommissarin Viviane Reding hat die deutschen Firmenlenker kritisiert ... Ab 2015 werde es eine 30-prozentige Frauenquote für die Besetzung von Aufsichtsräten geben, wenn die Unternehmen nicht bis März 2012 beweisen, dass sie genügend Frauen in Führungspositionen holen. Indes hat sich auch die erste und bislang einzige Frau im Vorstand des Autobauers Daimler, Christine Hohmann-Dennhardt, für eine Frauenquote in Unternehmen ausgesprochen. „Ich persönlich bin für eine Quote“, sagte die ehemalige Bundesverfassungsrichterin, die bei Daimler für Integrität und Recht zuständig ist, dem Magazin SPIEGEL.